The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205105003/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

Februar 1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 10.2.2018

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der Februar 1968 wird hier im Spiegel der oppositionellen und studentischen Gruppierungen sowie ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der Februar 1968 war vor allem bestimmt von der Vietnamsolidarität und dem Internationalen Vietnamkongress in Westberlin am 17./18.2.1968, die hier zwecks Übersichtlichkeit nur als Text und nicht mit Dokumenten erschlossen wird. Fortgesetzt wurden aber vor allem zu Anfang des Monats auch die Aktionen gegen die Militärjunta in Griechenland.

Auf Bundsebene war das Erscheinen des Gründungsaufrufs der späteren Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) der DKP wichtig, in der anfangs auch Trotzkisten mitarbeiten wollten.

In Berlin kam es in Folge der Auseinandersetzungen vom 31. Januar an der FU zu Raumverboten an den Universitäten, von denen der Vietnamkongress im Vorfeld betroffen war, vor allem aber neben der Kritischen Universität (KU) auch das geplante Springer-Hearing, dessen westdeutsche Referenten wegen der Verbote nicht anreisten. Der Senat mobilisierte als Antwort auf den Vietnamkongress massiv zu einer Freiheitskundgebung.

Die erfolgreichen Bremer Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen spornen nun auch in Freiburg und Göttingen die Protestbewegung an, in Bochum werden die Aktionen fortgesetzt.

Sowohl in Hamburg als auch in Heidelberg gehen auch die Aktionen innerhalb der Kirchen weiter, während sich in Westberlin die Katholische Studentengemeinde (KSG) neuorganisiert und kritisch engagiert.

Verschiedentlich, wie aus Hamburg und Tübingen berichtet wird, beginnt nun die Agitation an den Betrieben.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

Februar 1968:
Es erscheint die 'Resistentia' Nr. 2 zum Thema "Vier Jahre Al-Fatah". Darin erscheint auch der Artikel "Das Nah-Ost-Problem im Spiegel der deutschen Presse". Dieser wird auch vom SDS Hamburg (vgl. 7.4.1969) übernommen.
Quelle: Apopress Nr. 6, Hamburg 7.4.1969, S. 13ff

Das Nah-Ost-Problem im Spiegel der deutschen Presse

Den Massenmedien kommt heute eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Es wird dabei immer schwierig zu entscheiden sein, ob die Meinung der Presse die Meinung des Volkes „vox populi" ist, oder ob die Presse das aussagt, was die Staatsführung will und das Volk hören darf oder was das Volk hören will.

Die Gefahr des Mißbrauchs durch Presse und Funk ist jedoch, das muß immer wieder betont werden, sehr groß. Dies gilt insbesondere für das wiederholte Setzen tradierter Stereotypen und das gezielte Verwenden von Begriffswerten und Bildern, die in sich schon einen ganz bestimmten ideologischen oder moralischen Sinn erfahren haben. Die kritiklose Masse übernimmt das permanent projezierte Bild und wird in ihrer gesamten Denk- und Verhaltensweise beeinflußt und geprägt. Auf diese Weise entstehen weitere Vorurteile und letzten Endes Völker, die „bösartig, faul, aggressiv, zurückgeblieben, schmutzig, halbwild oder kulturlos" usw. sind, wobei der kleine Rest des verbliebenen menschlichen Gewissens noch eine Einschränkung zuläßt. Eine Einschränkung, die fast entschuldigend klingt, nämlich daß „die Leute da natürlich auch Menschen" seien. Doch schon die Folgerungen aus dieser „Erkenntnis" werden nicht mehr gezogen.

Unter diesem Blickwinkel ist es interessant und aufschlußreich, einmal die Nahost-Berichterstattung zu untersuchen. Wir dürfen jedoch gleich folgendes vorwegnehmen, was grundsätzlich nicht bewiesen werden muß. Die deutsche Presse hat eindeutig auf Seiten Israels Stellung bezogen. Diese prinzipielle Haltung zu untersuchen, ist im Rahmen dieser kurzen Ausführungen nicht möglich. Kurz kann jedoch folgendes dazu gesagt werden. Im Falle der hier zu behandelnden Thematik ist der Komplex der aufsuchenden Argumente, Darstellungen und Ereignisse durch die Vielschichtigkeit der menschlichen und politischen Verflechtungen dermaßen kompliziert, daß es tatsächlich nicht ohne Schwierigkeiten möglich ist, ein klares Bild zu erhalten. Aber insbesondere in der Bundesrepublik mangelt es speziell zu diesem Thema an gründlicher Kenntis und mangelnder Objektivität. Vielmehr wird das gesamte Problem Nah-Ost mit rein gefühlsmäßigen Kundgebungen und zunehmender Polemik behandelt, wiederum ein Ergebnis 20jähriger einseitiger Darstellungen und geprägt durch einseitig ausgerichtetes und gefördertes Mitleid mit dem Schicksal des jüdischen Volkes. Selbst die sich wissenschaftlich gebenden Analysen, Berichte oder Schilderungen verraten nach den ersten drei Zeilen den Stand des Schreibers und beweisen deshalb im Grunde nichts mehr, es sei denn die Psychose in der sich das deutsche Volk im Zusammenhang mit all dem befindet, was Jude oder Judentum heißt. Es sollen hier keineswegs auch nur im entferntesten die Verbrechen des Naziregimes gerechtfertigt werden. Der Verfasser dieser Ausführungen ist jedoch der Meinung, daß sich die Bundesrepublikaner insbesondere einmal deutlich machen sollten, **daß die Bewohner des Staates Israel in ihrer Mehrheit zwar ihrer Religionszugehörigkeit nach Juden sind, in erster Linie sind sie aber Israelis und Anhänger einer Ideologie, die sich Zionismus nennt.** Und die Krise im Nah-Ost-Raum entstand nicht zwischen Moslems und Juden, sondern zwischen Israelis mit eben der zionistischen Staatsideologie und den Bewohnern Palästinas, die durch diese Ideologie ihre Heimat, und was noch schlimmer ist, ihre elementarsten Rechte verloren haben. Die Verantwortlichen der Presse sollten erkennen, daß auch sie wiederum Völkermord begehen helfen, wenn sie durch einseitige und falsche Berichterstattung (nur zu Gunsten Israels) und das Einhämmern von Vorurteilen ein drittes Volk (die Araber) verteufeln helfen.

Wir haben vor uns einen Querschnitt von Zeitungsartikeln über den Zeitraum Juli 1967 (also Beginn des israelischen Angriffs auf die arabischen Nachbarstaaten) bis zum heutigen Tag, etwa 15 Tage nach dem israelischen Vergeltungsangriff auf den internationalen Flughafen von Beirut. Es handelt sich um einen guten Durchschnitt aus der gesamten bundesrepublikanischen Presse und West-Berlins. Eingeschlossen sind Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Wochenmagazine sowie Illustrierte. Bewußt wurde auf tendenziöse Blätter wie die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" oder einige jüdische Gemeindeorgane verzichtet.

Im Folgenden mögen die aufgeführten Überschriften aus deutschen Zeitungen für sich selbst sprechen und aufzeigen, wie die beiden Parteien dem deutschen Leser vorgestellt werden.

Es wurden mit Absicht Überschriften gewählt, aus denen auf Grund ihrer Geschmacklosigkeit einerseits und ihrer überschwenglichen Sympathiebezeugung andererseits eindeutig die Haltung hervorgeht, die die hiesige Presse einnimmt und mit der aufgezeigt wird, wie die einsetige Berichterstattung in Wirklichkeit aussieht.

Mit Bezug auf die Araber:

Das steigert doch nur unseren Haß . . . (DT v. 4. 11. 67.)

Heckenschützen stören britischen Abzug. (Darmst. Tagblatt, 8. 11. 67.)

Der Racheschwur. (Stuttgarter Nachrichten, 5. 6. 68.)
Sie hausen in Höhlen und auf Dächern (DT v. 14. 11. 67.)

Ägyptens Soldaten sollen Rache geloben. (Stuttg. Nachrichten v. 5. 6. 68.)

Orientpost langsamer als vor 60 Jahren. (Westfalen-Rundschau, Sommer 1968.)

Unsere Ignoranz hat uns zunichte gemacht (FAZ, 25. 6. 68.)

Nasser will den Kanal nicht voll haben.
Etwas ist faul im Reich Ägypten.
Partisan liefert Stiefel – nur zwei Schuhgrößen für die Araber. (Zit. Nah-Ost-Beob. Jan. 68.)

2 500 Sowjets drillen die ägyptische Armee.
Nassers Querschuß.
Der doppelzüngige König. (Zit. Nah-Ost-Beob., Jan. 1968.)

Wecken Israels Erfolge Neid der Araber? (Norddeutsche Rundschau, Itzehoe, 14. 5. 68.)

Bereit zum nächsten Krieg. (Bunte Ill., 27. 11. 68.)

Emotionen statt Fakten. (Bunte Ill., 27. 11. 68.)

Flickschusterei. (Kasseler Post, 16. 12. 68.)

Sonnenland Ägypten mit militanten Schattenseiten. (Mindelheimer Zeitung, 21. 12. 68.)

Granaten im Heiligen Land. (Rhein-Zeitung, Koblenz, 24. 12. 68.)

Die „Volksfront-Terroristen". (Isr. Bulletin, 4. Jhg., Nr. 16, 1969.)

Ihr Haß ist größer als ihr Hunger. (Bild am Sonntag. 10. 11. 1968.)

Mit Bezug auf die Israelis:

„Gefahr für Israel." (Lübecker Nachr. 1. 5. 68.)

Seit 20 Jahren kämpft Israel um seine Existenz gegen die Araber. (Nordd. Rund. 2. 5. 68.)

Staat aus dem Nichts. (Flensburger Tagblatt, 3.5.68.)

Schalom für Israel. (Nordfriesische Nachrichten, 5. 5. 68.)

Ein Außenseiter hat's nicht leicht. (Bunte Ill., 8. 5. 68.)

Hilfe für Kinder aus Israel. (DT 9. 6. 67.)

Israel bittet seine Feinde zu Tisch. (Weser-Kurier-Bremen, 20. 5. 68.)

Menschlichkeit statt Brutalität. (All. jüd. Wochenztg., 3. 5. 68.)

Besatzungspolitik mit leichter Hand. (Isenhagener Kreisblatt, 15. 6. 68.)

Israel läßt arabische Verwandtenbesuche zu. (Die Welt, 18. 6. 68.)

Jerusalem geht kalkuliertes Risiko ein. (Schaumburg-Deister-Ztg., 24. 6. 68.)

Der unauffällige Sieger. (FR v. 29. 6. 68.)

Die Israelis befürchten einen neuen Nah-Ost-Krieg. (DE, 1968.)

Israels Mütter fürchten den Telegrammboten. (Rhein-Neckar-Ztg., 20. 12. 68.)

Israel sucht Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn. (Kieler Ztg., 14. 12. 68.)

Was ist nun der allgemeine Eindruck im Vergleich zum restlichen europäisch-westlichen Ausland (obwohl die gesamte westliche Presse das Problem in ihrem Sinn zu manipulieren versucht)?

1. Sehr viele Agenturmeldungen über sog. Preventiv-, Sicherheits- oder Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Militärbehörde oder deren Verhalten als Besatzungsmacht in den okkupierten arabischen Gebieten, erschienen in Deutschland überhaupt nicht. Z. B. brachte die französische und englische Presse kurz nach dem Krieg zuerst die Napalm-Meldungen der israelischen Luftwaffe, Deutschland zog schließlich nach, als es nicht mehr zu vertuschen war.
2. Agenturmeldungen über arabische militärische Aktivitäten erscheinen oft unter großen marktschreierischen Überschriften auf der 1. Seite der Ausgaben. Die israelischerseits finden sich ganz klein auf der zweiten oder dritten Seite, wenn überhaupt.

Aufschlußreich ist auch die Analyse der **Begriffswahl.** Hier wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen. In der Wortwahl wird suggeriert, was als Recht und was als Unrecht zu gelten hat. Der Gedanke, daß es sich bei den Mitgliedern der Untergrundorganisationen nicht um „Saboteure", „Terroristen", „Abenteurer", „Verhetzte", „Mörder" usw. sondern um Freischärler handelt und bei den Organisationen nicht um „Terrororganisationen" sondern um Befreiungsbewegungen findet selten Durchbruch. Das gerade ist jedoch sehr wichtig. Denn ein Akt der Gewalt als reine Gewalttat wird immer abgelehnt, Gewalt aber, wenn sie der Befreiung dient und der Wiedereinsetzung verlorener Rechte wird akzeptiert und Verständnis finden.

Auch hier einige Beispiele in Überschriften:

Propaganda aus 1001 Nacht. (Allg. jüd. Wo. Düsseld., 17. 5. 68.)

Die arabische Terrororganisation Al Fatah wird immer mächtiger. (Rhein. Merkur, 31. 5. 68.)

Unser Ziel – Israel auslöschen. (Die Allg. Sonntagsz., Würzburg, 26. 6. 68.)

Arabische Saboteure erschossen. (Allg. jüd. W., 3. 5. 68.)

Mörder und Banditen. (Bild a. S., Juni 68.)

Terror und Mord. (Kieler Ztg., 5. 9. 68.)

Arabische Kriegslust. (Bayerische Landesz., 7. 9. 68.)

Über die Partisanen darf natürlich nichts Gutes berichtet werden: Kampfgeist allerdings ist für Al Fatah ein unbekanntes Wort . . ." „. . . Sie haben den Charakter von Sklaven. Sie verpfeifen ihre Kameraden. Sie können morden, aber nicht sterben." (Bild am Sonntag, 31. März 1968, S. 28.) Von der Tapferkeit, der Opferbereitschaft dieser Leute wird nichts erwähnt. Auch von der Weigerung Israels, die gefangenen „Terroristen" den Mitgliedern des Internationalen Roten Kreuzes vorzuführen wird hier nichts erwähnt. Dafür schreibt der Münchener Merkur mit wohlwollender Herablassung am 7. 1. 69: „Vieles an Al Fatah ist Legende. Vieles Selbstbetrug und Phantasie. Zwei Eigenschaften, die die Araber wie Brot und Reis zum täglichen Leben brauchen." Auch hier taucht das übliche Stereotyp von der „Phantasie" und dem „Selbstbetrug" wieder auf, ein beliebtes Motiv, um alle nicht angenehmen Nachrichten als unglaubwürdig und „erträumt" hinstellen zu können.

Mit stolzer Würde erklärt die Frankfurter Rundschau dazu: „. . .Da Israel als zivilisierter Staat nicht einfach seinerseits Mordkommandos ausschicken kann . . ." (4. 1. 68) und bestätigt damit die These von der „Herrenrasse". Auch hier werden die beliebten alten Töne wieder laut. In einer anderen Ausgabe fährt sie dann fort: „. . . Aber die Israelis haben es mit Gegnern zu tun, deren Sinn für Realitäten stark gestört oder unterentwickelt ist. Der markige Urteilsspruch der Welt über die bösen Israelis muß **Menschen dieser Mentalität** nur noch darin bestärken . . ." Welche Mentalität?, möchte man darauf fragen, um die unterschwellig aufgestauten Vorurteile gänzlich hervorzuholen, denn „man kann sich nicht erinnern, daß jemals jemand nach solchen humanitären Regeln gekämpft hätte, wie das israelische Guerillia-Kommando". Nun hat die FR (v. 2. 1. 69) doch endgültig die Balance verloren. Die Wiedergutmachung ist nun vollkommen. Über die „freiwillige" Auswanderung der einheimischen Bevölkerung, die „Begradigungen" der Grenzen durch Sprengung ganzer Dörfer aus „Sicherheitsgründen", über die täglichen Schikanen und Demütigungen der palästinensischen Araber im besetzten Gebiet erwähnt der Schreiber dieses Berichtes nichts. Auch über die arabische Minderheit in Israel selbst, die 19 Jahre lang unter Kriegsrecht stand, verlautet nichts. Dafür erfahren wir in mehreren „Nachrichten" einiges über die Verfolgung und Unterdrückung der Juden in Ägypten. Selbst „Die Zeit" hat keinerlei Hemmungen, diese Berichte, getreulich wiedergegeben aus den Mitteilungen der Israel. Botschaft (Israel Bulletin) vom Winter 68/69, wörtlich ohne den leisesten Zweifel zu drucken. Sämtliche Meldungen aus Israel sind automatisch „glaubwürdig" und „richtig", die arabischerseits entspringen nur „einer regen Phantasie", der „Traumküche des Orients" . . .

Daß diese Art der Berichterstattung als Propaganda von Seiten Israels betrieben wird ist nur zu verständlich. Israel kann weder das Auferstehen einer sozialen Befreiungsbewegung, die gleichzeitig eine strukturelle Umwälzung des gesamten arabischen Raumes anstrebt, begrüßen, noch verträgt die zionistisch-imperialistische Idee irgend einen ideologisch starken Gegner. Denn dieser Gegner muß die israelische Politik auf kurz oder lang entlarven. Daß diese Propaganda in blinder Hörigkeit jedoch seitens der deutschen Massenmedien übernommen wird und sogar auf katastrophale Weise dazu beiträgt, ein Bild zu projezieren, das einerseits eine Wiedergutmachung für die Leiden des jüdischen Volkes sein soll, andererseits aber völlig unberechtigterweise ein anderes Volk damit verteufelt, ja ausrotten hilft, ist nicht mehr gut zu heißen. Neuerdings hat es einige Bestrebungen gegeben, die Themen Judentum und Drittes Reich von den Themen Israel und Zionismus zu trennen. Hierbei hat die westliche Presse jedoch sofort ein drittes Argument in der Hand, das dann endgültig klarstellt", wer der „böse" Teil von beiden ist, dann sind es nämlich letzten Endes die Kommunisten, die sich schlau und böswillig in die Lage hineingeschlichen haben und nun die Araber verführen. „Sie alle wollen erstens: die Juden ins Meer jagen, zweitens: ein kommunistisches Regime nach dem Vorbild Maos errichten . . ."

Bericht einer Reise zu den Partisanen im Bild am Sonntag vom 10. 11. 68: „ . . . die Augen wurden mir verbunden mit einem übelriechenden arabischen Kopftuch, dessen Stoff jedoch so fadenscheinig war, daß ich recht gut sehen konnte . . ." Hier suggeriert Bild zunächst den „Gestank" von allem, was aus den arabischen Ländern kommt, den Schmutz und die „Unsauberkeit dieser Leute" und obendrein die „Fadenscheinigkeit der Stoffe", die Qualität, die dort produziert wird, ist also auch per definitionem „schlecht".

Dem aber nicht genug.

„Die arabischen Revanchisten wissen, daß sie sich einen neuen Krieg militärisch noch nicht leisten können. So sind ihnen die arabischen Vietcong willkommen; diese Freischärler, die nach Maos Rezeptur den „Volksbefreiungskrieg" propagieren: die Terrororganisationen „Al Fatah", „Befreiungsfront" oder „Söhne des Sinai" (Welt am Sonntag, 5. 1. 69). Die Israelis ihrerseits werden nur als friedliebend erwähnt. Die „Araber sind die Kriegstreiber" und die Araber gehören zu den Kommunisten. Auch hier werden die eigenen Motive und Ängste vor eingepflanzten Vorurteilen wachgehalten und verstärkt.

Wie hervorragend sind die guten Taten der israelischen Verwaltung, wie human das Verhalten der Behörden und des Militärs und wie freigiebig ist die Bevölkerung: Es klingt fast makaber, wenn man die Versicherungen zionistischer Politiker hört, die versichern, natürlich wären sie bereit nach einem Frieden mit den arabischen Nachbarn einen Teil der im Jahre 1967 besetzten Territorien zurückzugeben, natürlich nicht die Golanhöhen, auch Gaza ginge nicht, Sinai sowieso nicht wegen „Ägyptens Angriffslust" und der Jordan müsse die Ostgrenze als „natürliche" Grenze bleiben. Dann erfährt man so nebenbei, daß inzwischen in dem Golangebiet 30 Wehrdörfer gegründet worden seien. „Jüdische Firmen im In- und Ausland wurden ermutigt, in den besetzten Gebieten zu investieren; Araber erhielten Arbeitsplätze im Judenstaat – bei besseren Löhnen . . ." Mit nicht mehr zu übertreffender Überheblichkeit bläst die deutsche Presse in das Propagandahorn Israels und verkündet weiter: „ . . . Landwirte, die bisher mit archaischen Methoden gearbeitet hatten, lernten nun . . . [illegible] . . . die moderne Landwirtschaft kennen . . . Siedlungen hatte diesen Bauern in 10 Jahren insgesamt 8 Traktoren geliefert . . . Zugleich verbesserten israelische Fachleute die antiken Bewässerungsmethoden und reparierten die schadhaften Kanäle . . ." Und damit nicht genug mit der selbstlosen Nächstenliebe zu dem „armseligen Brudervolk": „ . . . die Israelis sorgten nicht nur für das wirtschaftliche Wohlergehen, sondern auch für die Erziehung ihrer neuen Untertanen" (!!) „ . . . Überall . . . traf die westlich beeinflußte israelische Zivilisation auf eine fast mittelalterliche Welt von Vorurteilen und Rückständigkeit." Auch hier tradierte Stereotypen von „Rückständigkeit", „Ungeschicklichkeit" und „Kulturlosigkeit"! Die 8 Traktoren sind eine reine Lüge, aber niemand wird sie als solche vermuten. Es klingt ja so glaubwürdig. Nichts erfahren wir von den modernen beispielhaften städtebaulich und technisch hervorragenden Städten wie Ramallah, den zahlreichen Plantagen (sie gibt es ja nur in Israel!), den vielen Schwimmbädern sogar in Hebron, einer Stadt, die als religiöseste und traditionellste immer wieder aufgeführt wird. Kleine Schönheitsfehler, die sich im Gesamtbild schlecht ausmachen würden, wie „ . . . Baufällige Häuser wurden gesprengt – wenn auch, wie an der Klagemauer, nicht immer mit der erforderlichen Erklärung – Parks und Schulen entstanden . . .", werden geschickt überspielt. Der Münchener Merkur vom 7. 1. 69 versichert, daß „Die Besatzungspolitik der Israelis äußerst großzügig in allen wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fragen" sei. Sollte sich hier ein Schelm hinter den Zeilen verbergen? Wird hier die „großzügige" Konfiszierung des arabischen Eigentums gemeint und die recht günstige wirtschaftliche Erweiterung durch den Neuerwerb ägyptischen Öls, und jordanischer Agrarprodukte? Wie verdorben muß die westliche Hemisphäre sein, daß sie solchen Phrasen immer aufs Neue erliegt.

Aber Faschismus, Chauvinismus und rassistische Überheblichkeit sind auch dann zu verurteilen, wenn sie von Seiten einer „rein" jüdischen Gesellschaft kommen. So illustrieren die Darmstädter Blätter, (Hrsg.: Asta der TH Darmstadt, Heft 10/67): „ . . . daß es zur Behauptung ihres Anrechts auf dieses Land nur ein einziges Mittel gab: Seine Erlösung von der Wüste, zu der es die Araber mit ihrer Faulheit und ihren Ziegen degradiert hatten. Aber um es zu erlösen, mußte man darüber verfügen . . ."

Dagegen: „ . . . Alles wurde in Kanälen, Maschinen, Schulen, wissenschaftlichen Forschungsanstalten investiert. Binnen weniger Jahre wurde Israel zu einer grünen Oase und zum pulsierenden Industrieland, ein schlagender Beweis dafür, daß die gelbe Wüste ringsum nur der Faulheit und Unfähigkeit ihrer Bewohner zuzuschreiben war . . ."

Abgesehen davon, daß in der deutschen Presse kaum eine Trennung zwischen Nachricht und Meinung feststellbar ist, darf auch nicht damit gerechnet werden, daß Raum für Objektivität oder Kritik belassen wird. Der Leser wird im Sinne der Ideologie berieselt auch und gerade mit dem Problem Nah-Ost. Meldungen aus Tel-Aviv werden direkt übernommen. Damit dient die deutsche Presse als reines Propagandainstrument des israelischen Staates und seiner Politik. „Das Leben eines Israeli, der in Athen getötet wurde, war mehr wert, als alles Blech und alle Maschinen, die in Beirut zerstört wurden." Ist der Schreiber vielleicht Kommunist? Vergißt er hier, daß die Maschinen nicht Eigentum des Libanon, sondern Eigentum, Privateigentum wohlgemerkt, ausländischer westlicher Gesellschaften waren? Und, so gestatten wir

uns zu fragen, was ist das Leben der arabischen Zivilisten wert, die fast wöchentlich einmal mit Napalm übergossen werden? Die Meldung fährt fort:

„ . . . Die Welt mag sich daran gewöhnt haben über den Tod ‚nur' eines Menschen hinweg zur Tagesordnung überzugehen. **In Israel erregt er eine Nation.**" (Landeszeitung f. d. Lüneburger Heide, 2. 1. 69.) Auch hier werden die Gefühle der israelischen Masse einerseits, die heimgesucht von den Erinnerungen an die jüdische Tragödie in Europa, sofort in Schrecknisse verfallen, strapaziert, andererseits das deutsche schlechte Gewissen. Die Hauptanspielung jedoch bezeugt wieder die Arroganz und den Fanatismus der israelischen Politik. „Bei uns erregt ein Tod die ganze Nation . . ." Aber nur der Tod eines Israeli natürlich. „Wir sind so kultiviert, wir sind mit Talmud und Gedichten in den Krieg gezogen und haben auch nur getötet, weil es gar nicht mehr anders ging, aber am liebsten hätten wir weggesehen . . ."

Auch hier betet die deutsche Presse getreu nach, unter Ausnutzung aller biblischen Mythen und aller alten religiös-nationalen Symbole, denen der Großteil der jüdischen Bevölkerung in Israel selbst zum Opfer gefallen ist. Unter Ausnutzung einiger „blutrünstiger" Äußerungen arabischer Regierender hatte es die israelische Propaganda und die deutsche Presse erreicht, dem Volk eine neue „Endlösung" vorzuspiegeln und alle Gefühle gegen diejenigen zu mobilisieren, die diese Lösung zu verkörpern scheinen. „Mit jeder Bombe wächst der Haß" (Bunte Ills, Offenburg, 18. 12. 68). „Arabischer Terror international" (Frankenpost, Hof, 28. 12. 68). „Israel handelt in Notwehr (Die Welt, Hamburg, 30. 12. 68). „Raketen gegen Zivilisten" (Trierische Landeszeitung, 4. 1. 69) usw. Der Gegner, mit dem Israel zu tun hat, kann und darf nichts taugen. Er ist minderwertig und unterentwickelt. „Sie sind feige und hinterhältig. Wenn PLO-Leute in israelische Gefangenschaft geraten, verraten sie alles und alle: ihre Kameraden, ihre Stützpunkte, ihre Aktionen, nur um ihr **armseliges** Leben zu retten . . ." (Allgemeine Sonntagszeitung, Würzburg, 26. 5. 68). Und „Was wollen die Araber, sie haben aus ihrem Land nichts gemacht. **Wir haben die Kultur.** Warum sollen wir verschweigen, daß wir im Nahen Osten die **Herrenrasse** sind" (Stern, Hamburg, 15. 12. 1968) und weiter in Erinnerung an großdeutsche Zeiten: „Früher hatten wir die Araber im Genick, heute haben wir sie unter dem Stiefel. Das ist einfacher." (Ebenda.)

Sehr starke Impulse kommen natürlich auch aus dem Reservoir der unerfüllten Wünsche und Erinnerungen eines bestimmten Teils unserer Bevölkerung: Wie Ulrike Marie Meinhof schreibt: „ . . . Sympathien wurden in der Bundesrepublik hauptsächlich von einer bestimmten Presse zum Ausdruck gebracht und befanden sich augenscheinlich in Einklang mit dem, was als schwarzer Humor, als reiner Hohn empfunden worden wäre, als Politik aber allgemein geduldet wurde: Die Lieferung von Gasmasken an Israel. Erfolg und Härte des israelischen Vormarsches lösten einen Blutrausch aus, Blitzkriegstheorien schossen ins Kraut, BILD gewann in Sinai endlich, nach 25 Jahren, doch noch die Schlacht von Stalingrad. Antikommunistisches Ressentiment ging nahtlos auf in der Zerstörung sowjetischer Mig-Jäger; die Nichteinmischung der Sowjets wurde als Ermutigung erlebt, es in der deutschen Frage den Israelis gleichzutun; der Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt. Hätte man die Juden statt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der Zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen, die Fehler der Vergangenheit wurden als solche erkannt, der Antisemitismus bereut, die Läuterung fand statt, der neue deutsche Faschismus hat aus den alten Fehlern gelernt, nicht gegen – mit den Juden führt der Antikommunismus zum Sieg." (Voltaire Flugschrift, Nr. 21.)

Interessant ist es vor allem auch, das Bildmaterial zu untersuchen, das in der mehrheitlichen deutschen Presse abgedruckt wird. Aus den arabischen Ländern liegen uns Bilder mit folgenden Motiven vor:

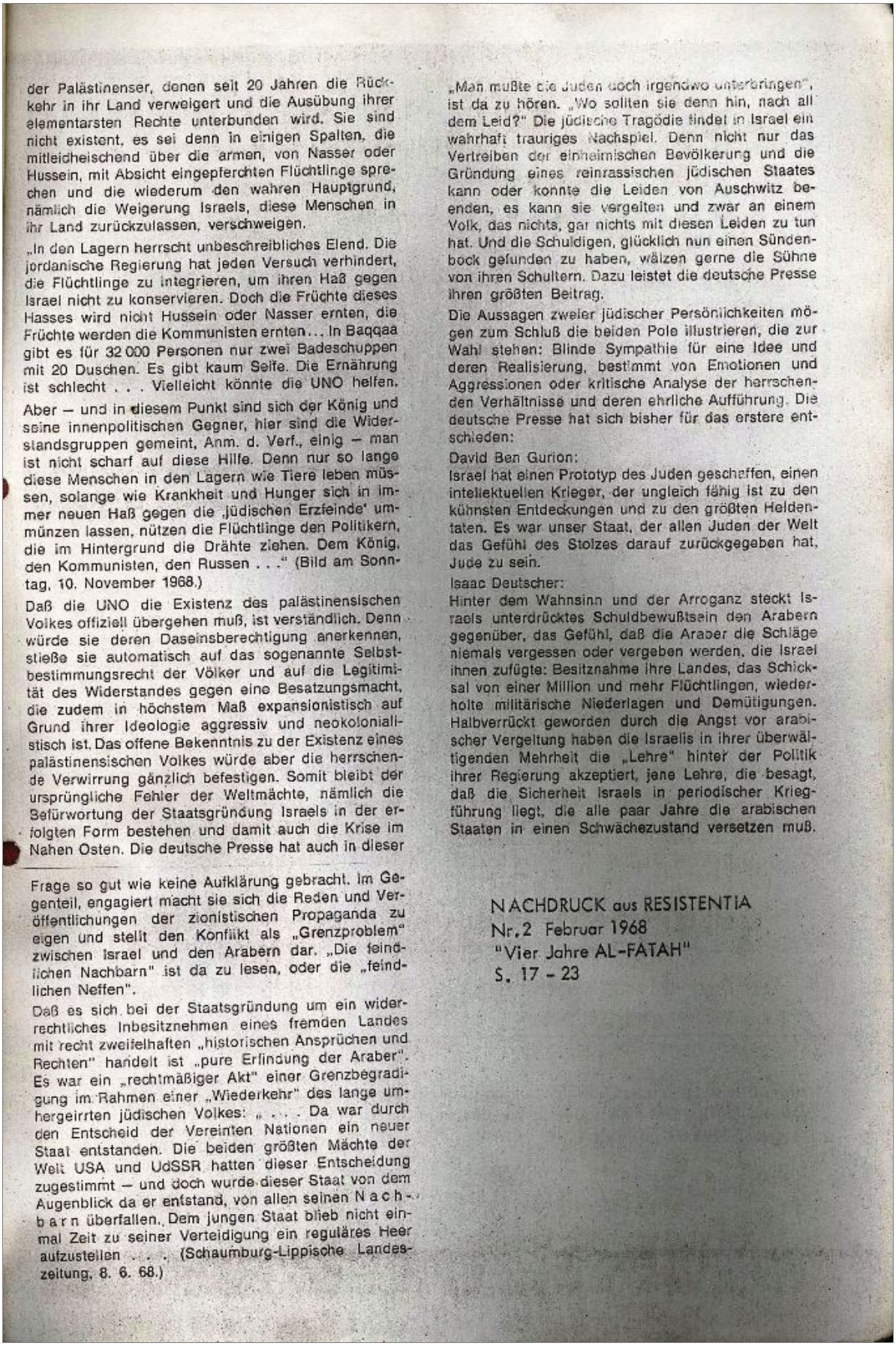
Weites Wüstenland mit Esel und Nomaden, im Hintergrund einige Kamele; Kamelreiter und Wüste; arme Flüchtlinge in lumpiger Kleidung vor zerfetztem Zelt, einige Ziegen; zerlumpte Kinder und Mütter vor verfallenen Häusern; Männer in Hockstellung in Nationaltracht um ein Kaffeetablett; Öltürme und Wüste; Ölscheiks in amerikanischem Wagen; Beduinmädchen mit Schmuck und hinter Schleier; armschwingende Politiker mit finsteren Mienen; Massenansammlungen mit Demonstranten o. ä. mit erhobenen Armen, vielen Plakaten und Spruchbändern; Flüchtlinge mit Stoffballen in langen Reihen über eine Jordanbrücke ziehend; usw.

Über Israel finde ich folgendes: Adrette Militärs in legerer Haltung und junge wohlgenährte Mädchen in engsitzenden Uniformen; Politiker mit lächelnden Gesichtern; Politiker mit Familie, Industrie- und Bewässerungsanlagen; Orangenplantagen mit Pflückern; Landmaschinen im Einsatz; saubere Kinder in neuen Schulen; saubere Kinder in Lufschutzbunkern; Mahnmale von Auschwitz und Dachau mit weinenden Besuchern; Klagemauer mit betenden Leuten, darunter Soldaten; hilfreiche israelische Militärs beim Begleiten von Flüchtlingen über die Allenby-Brücke, Hüter der Ordnung sauber in Korbsesseln am Suez-Kanal und auf Dächern von Wohnhäusern im besetzten Gebiet; Aufnahmen von freundlichen Häusern und weiten Straßen usw.

Allein die Gegenüberstellung der Bilder genügt, um zu begründen, warum die öffentliche Meinung auf israelischer Seite steht. Sie genügt aber auch um aufzuzeigen, wie gefährlich diese Art der „Berichterstattung" ist. Ohne Erklärungen über **Ursachen und Wirkung**, über tatsächliche geschichtliche Zusammenhänge und ohne Erläuterung der anders-

artigen Kultur- und Geisteswelt eines Volkes müssen solche Darstellungen dahin führen, wo wir bereits in Deutschland einmal waren: zur Verteufelung eines ganzen Volkes und schließlich zum Völkermord.

Auch die Kommentare, die anläßlich von UNO-Vollversammlungen und UNO-Debatten und Beschlüssen abgegeben werden machen keine Ausnahme. Sie alle verheimlichen ganz bewußt eine Tatsache: Die Existenz eines palästinensischen Volkes. Die Lage wird so geschildert, als wären die einwandernden Zionisten in ein völlig menschenleeres verwahrlostes Land gekommen. Weiterhin wird in den Kommentaren ebenso wie bei offiziellen Äußerungen der Vereinten Nationen das Nah-Ost-Problem als „Grenzproblem" zwischen Israelis und den arabischen Staaten behandelt. Der UNO wird zwar die Handlungsunfähigkeit bescheinigt, die meist so verstanden wird, daß sie die „Araber" nicht zwingen kann, sich den kultivierten, zivilisierten und wohlmeinenden Zionisten nach deren Vorstellungen unterzuordnen und sich „kultivieren" zu lassen. Sie erwähnen aber nie, daß das eigentliche Problem, nämlich die Existenz



der Palästinenser, denen seit 20 Jahren die Rückkehr in ihr Land verweigert und die Ausübung ihrer elementarsten Rechte unterbunden wird. Sie sind nicht existent, es sei denn in einigen Spalten, die mitleidheischend über die armen, von Nasser oder Hussein, mit Absicht eingepferchten Flüchtlinge sprechen und die wiederum den wahren Hauptgrund, nämlich die Weigerung Israels, diese Menschen in ihr Land zurückzulassen, verschweigen.

„In den Lagern herrscht unbeschreibliches Elend. Die jordanische Regierung hat jeden Versuch verhindert, die Flüchtlinge zu integrieren, um ihren Haß gegen Israel nicht zu konservieren. Doch die Früchte dieses Hasses wird nicht Hussein oder Nasser ernten, die Früchte werden die Kommunisten ernten... In Baqqaa gibt es für 32 000 Personen nur zwei Badeschuppen mit 20 Duschen. Es gibt kaum Seife. Die Ernährung ist schlecht . . . Vielleicht könnte die UNO helfen.

Aber — und in diesem Punkt sind sich der König und seine innenpolitischen Gegner, hier sind die Widerstandsgruppen gemeint, Anm. d. Verf., einig — man ist nicht scharf auf diese Hilfe. Denn nur so lange diese Menschen in den Lagern wie Tiere leben müssen, solange wie Krankheit und Hunger sich in immer neuen Haß gegen die ‚jüdischen Erzfeinde' ummünzen lassen, nützen die Flüchtlinge den Politikern, die im Hintergrund die Drähte ziehen. Dem König, den Kommunisten, den Russen . . ." (Bild am Sonntag, 10. November 1968.)

Daß die UNO die Existenz des palästinensischen Volkes offiziell übergehen muß, ist verständlich. Denn würde sie deren Daseinsberechtigung anerkennen, stieße sie automatisch auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf die Legitimität des Widerstandes gegen eine Besatzungsmacht, die zudem in höchstem Maß expansionistisch auf Grund ihrer Ideologie aggressiv und neokolonialistisch ist. Das offene Bekenntnis zu der Existenz eines palästinensischen Volkes würde aber die herrschende Verwirrung gänzlich befestigen. Somit bleibt der ursprüngliche Fehler der Weltmächte, nämlich die Befürwortung der Staatsgründung Israels in der erfolgten Form bestehen und damit auch die Krise im Nahen Osten. Die deutsche Presse hat auch in dieser Frage so gut wie keine Aufklärung gebracht. Im Gegenteil, engagiert macht sie sich die Reden und Veröffentlichungen der zionistischen Propaganda zu eigen und stellt den Konflikt als „Grenzproblem" zwischen Israel und den Arabern dar. „Die feindlichen Nachbarn" ist da zu lesen, oder die „feindlichen Neffen".

Daß es sich bei der Staatsgründung um ein widerrechtliches Inbesitznehmen eines fremden Landes mit recht zweifelhaften „historischen Ansprüchen und Rechten" handelt ist „pure Erfindung der Araber". Es war ein „rechtmäßiger Akt" einer Grenzbegradigung im Rahmen einer „Wiederkehr" des lange umhergeirrten jüdischen Volkes: „ . . . Da war durch den Entscheid der Vereinten Nationen ein neuer Staat entstanden. Die beiden größten Mächte der Welt USA und UdSSR hatten dieser Entscheidung zugestimmt — und doch wurde dieser Staat von dem Augenblick da er entstand, von allen seinen N a c h b a r n überfallen. Dem jungen Staat blieb nicht einmal Zeit zu seiner Verteidigung ein reguläres Heer aufzustellen . . . (Schaumburg-Lippische Landeszeitung, 8. 6. 68.)

„Man mußte die Juden doch irgendwo unterbringen", ist da zu hören. „Wo sollten sie denn hin, nach all dem Leid?" Die jüdische Tragödie findet in Israel ein wahrhaft trauriges Nachspiel. Denn nicht nur das Vertreiben der einheimischen Bevölkerung und die Gründung eines reinrassischen jüdischen Staates kann oder konnte die Leiden von Auschwitz beenden, es kann sie vergelten und zwar an einem Volk, das nichts, gar nichts mit diesen Leiden zu tun hat. Und die Schuldigen, glücklich nun einen Sündenbock gefunden zu haben, wälzen gerne die Sühne von ihren Schultern. Dazu leistet die deutsche Presse ihren größten Beitrag.

Die Aussagen zweier jüdischer Persönlichkeiten mögen zum Schluß die beiden Pole illustrieren, die zur Wahl stehen: Blinde Sympathie für eine Idee und deren Realisierung, bestimmt von Emotionen und Aggressionen oder kritische Analyse der herrschenden Verhältnisse und deren ehrliche Aufführung. Die deutsche Presse hat sich bisher für das erstere entschieden:

David Ben Gurion:
Israel hat einen Prototyp des Juden geschaffen, einen intellektuellen Krieger, der ungleich fähig ist zu den kühnsten Entdeckungen und zu den größten Heldentaten. Es war unser Staat, der allen Juden der Welt das Gefühl des Stolzes darauf zurückgegeben hat, Jude zu sein.

Isaac Deutscher:
Hinter dem Wahnsinn und der Arroganz steckt Israels unterdrücktes Schuldbewußtsein den Arabern gegenüber, das Gefühl, daß die Araber die Schläge niemals vergessen oder vergeben werden, die Israel ihnen zufügte: Besitznahme ihre Landes, das Schicksal von einer Million und mehr Flüchtlingen, wiederholte militärische Niederlagen und Demütigungen. Halbverrückt geworden durch die Angst vor arabischer Vergeltung haben die Israelis in ihrer überwältigenden Mehrheit die „Lehre" hinter der Politik ihrer Regierung akzeptiert, jene Lehre, die besagt, daß die Sicherheit Israels in periodischer Kriegführung liegt, die alle paar Jahre die arabischen Staaten in einen Schwächezustand versetzen muß.

NACHDRUCK aus RESISTENTIA
Nr. 2 Februar 1968
"Vier Jahre AL-FATAH"
S. 17 - 23

Februar 1968:
Nach einem Bericht der Zeitschrift 'Rebell' wird ein Aufruf zur 'Gründung der Revolutionären Sozialistischen Jugend' (später: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend') bekannt.

Zumindest in der 'Sozialistischen Korrespondenz', die in Hamburg erscheint und als Blatt des Stamokap-

Flügels einzuschätzen ist, erscheint ein Aufruf zur Gründung der Revolutionären Sozialistischen Jugend. Rolf J. Priemer, späterer SDAJ-Funktionär, wird als Kontaktadresse angegeben (vgl. 4.5.1968).
Q: Rote SDAJ-Opposition Nr. 1, Mannheim 1968; Gruppe Revolutionärer Weg: Rebell, Organ der Roten-SDAJ-Opposition (Reprint, Auszüge aus den Jahren 1968-1970), Frankfurt 1978, S. III

Februar 1968:
Vermutlich im Februar 1968 erscheint ein 'Rundbrief - Junge Garde für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend' unter Verantwortung von Rainer Haase Frankfurt.

Berichtet wird von einer Schülerdemonstration in Freiburg (vgl. 1.2.1968) sowie einem internationalen Jugendtreffen (vgl. Juni 1967).

Man tritt ein gegen den Vietnamkongress in Berlin und dafür für einen Marsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: Rundbrief - Junge Garde für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend, Frankfurt O. J. (1968)

Februar 1968:
In der deutscher Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale erscheint der 'Zentralredaktions-Rundbrief' (ZR-RB) für Januar und Februar (vgl. Dez. 1967, März 1968). Aufgrund des Erscheinens des Gründungsaufrufes der SDAJ der späteren DKP (vgl. Feb. 1968) solle man nun keine eigene Jugendorganisation mehr gründen. Berichtet wird auch über die DEA, die Demokratischen Ausschüsse des Widerstands in Griechenland.
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief, o.O. Jan./Feb. 1968

Februar 1968:
Die Februarausgabe des Hamburger 'Roten Morgens' (vgl. Jan. 1968, März 1968) berichtet u.a. von der Gründung der Gruppe Roter Morgen Mannheim (vgl. 2.2.1968).
Im Leitartikel "Großoffensive in Südvietnam" wird ausgeführt:"
Die Großoffensive der südvietnamesischen Befreiungsfront rollt. Täglich, stündlich treffen neue Erfolgsmeldungen ein. Kämpfe in Saigon, Hue, Da Nang und in weiteren 55 Städten des Landes. Die Lage der USA-Invasoren und ihrer südvietnamesischen Marionetten verschlechtert sich täglich. Schon drohen Kriegswahnsinnige im Pentagon mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen. In ihrer Bedrängnis greifen sie zu der von Hitler kreierten Taktik der verbrannten Erde und vernichten ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung mit Raketen, Napalm und Bomben ganze Städte … Die Großoffensive im Landesmaßstab hat eine neue Etappe des vietnamesischen Volksbefreiungskrieges eingeleitet. Die Moral der Aggressoren ist auf dem Null-Punkt angelangt. Die Marionettenarmee ist fast vollständig zusammengebrochen … Je miserabler die Situation der Aggressoren, desto unverschämter die Versuche der Reformisten und Pazifisten, ihnen aus der Patsche zu helfen … Solidarität mit dem Volk Vietnams, d.h. Kampf gegen die Aggressoren, vor allem gegen ihre Stützpunkte und Filialen in Westdeutschland. Gleichzeitig müssen wir aber all die entlarven, die den Aggressoren goldene Brücken bauen möchten."

Weitere Artikel sind:
- Marxistisch-Leninistische Partei Frankreichs gegründet,
- Verhindert zwei, drei, viele Griechenlands,
- Wir brauchen die internationale marxistisch-leninistische Einheit.
Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968

Februar 1968:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 59 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. Jan. 1968, März 1968). Er enthält die Artikel:
- Wird das "Dorf" die "Stadt" besiegen? [Beiträge von Siegfried Markowski und Werner Lauritz zum Che-Guevara-Artikel in IB, Nr. 57]
- [Friedrich Zimmermann]: Bemerkungen über die Vorgänge in China (6. Fortsetzung)
- Aus Briefen, die uns erreichten
- Die Redaktion. Liebe Leser
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 59, Bergisch-Gladbach Februar 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 59 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto Februar 1968

Wird das "Dorf" die "Stadt" besiegen?

In der Nr. 57 v. Dezember 1967 veröffentlichten wir einen Beitrag unseres Genossen B.M. "In memoriam "CHE" GUEVARA". Dieser Artikel hat z.T. sehr positive Reaktionen hervorgerufen, wie die Briefe beweisen, die uns erreichten, aber auch einige kritische Gegenstimmen.

Zwei Beiträge dieser kritischen Stimmen werden wir unseren Lesern nachstehend zur Kenntnis bringen. Der erste Beitrag stammt von unserem Genossen Siegfried Markowski. Dabei bitten wir zu berücksichtigen, daß sich Gen. Markowski noch immer im Krankenhaus aufzuhalten gezwungen ist und seine Kritik gezwungenermaßen nur skizzenhaft und fragmentarisch ausfallen konnte. Wir sind sicher, daß er zu dem umstrittenen Thema später, wenn er sich in körperlich besserer Verfassung befindet, sich in gewohnter Bravour auf hohem theoretischem Niveau noch einmal gründlicher äußern wird.

Der zweite Beitrag stammt vom Genossen W. Lauritz.

Die Redaktion

Siegfried Markowski:

Die These vom Sturz des Kapitalismus durch die Länder der "Dritten Welt" ist zu verwerfen, auch wenn sie von Mao bzw. Lin Biao stammt. Es ist Unsinn zu sagen,....weil diese die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. Solche Thesen klingen zwar gut, aber sie stimmen nicht immer.

Ebenso könnte man sagen (in bezug auf die "Dritte Welt"), die studentische Bewegung allein wäre bei uns in der Lage, den Kapitalismus zu stürzen, weil es sich um eine bewußte Elite handelt, die der Masse nur ihren heiligen Atem einzuhauchen braucht. (So ähnlich klingt es manchmal bei Dutschke). Die Marx'sche Theorie wird einfach auf den Kopf gestellt; die Sache des Proletariats zur Sache des Volkes erklärt. Wo bleibt der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, wo die Theorie vom Klassenkampf?

Richtig ist, daß sich das Schwergewicht der revolutionären Kämpfe nach Asien verlagert hat, aber nicht, weil dort der Endsieg über den Kapitalismus bevorsteht, sondern weil die unterjochten Kolonialländer um ihre nationale Freiheit kämpfen! Die wichtigsten Gründe sind der Widerspruch zwischen den USA und den unterdrückten Ländern, der erreichte bzw. erkämpfte Lebensstandard in den

Industrieländern sowie die ständig wachsende Diskrepanz der ökonomischen Gesamtsituation der Dritten Welt und den Industrienationen und natürlich auch das positive Beispiel Chinas.

Richtig ist auch, daß die USA die kapitalistische Führungsmacht ist und ihre Speerspitze gegen China richtet, weshalb umgekehrt die USA auch der hauptsächliche Gegner bleiben muß, um deren Positionen zu schwächen. Andererseits sehen wir, wie die militanten Operationen der USA eine Wirtschaftskrise größeren Ausmaßes vorläufig verhindert haben und damit auch bei uns etc.

Wenn man die Situation im Weltmaßstab sehen will, dann muß man aber auch alle Faktoren berücksichtigen, nicht nur die einem genehm sind!

Es ist übrigens logisch, daß der Imperialismus seine Bastionen in aller Welt verliert, wenn er von der Arbeiterklasse im eigenen Land geschlagen wird. Die revolutionären Kämpfe dort können in Wechselwirkung natürlich Krisensituationen in den kapitalistischen Hochburgen erzeugen oder vertiefen und damit das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterschaft verändern bzw. begünstigen.

Die "Einkreisungstheorie ist von großer Bedeutung, wenn man sie unter spezifisch nationalen Bedingungen anwendet. Global gesehen sind die nationalen Unterschiede und Interessengegensätze noch viel zu groß, um ihr Allgemeingültigkeit zu verleihen.

Auch die These, daß nach der Bewußtmachung (durch die Studenten) erst die Aufgaben für eine proletarische Partei auftreten (S. 4), kann ich nicht akzeptieren. Das heißt doch, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun! Das Bewußtsein der Massen ist noch nicht so hoch, um revolutionäre Aktionen zu verstehen und deshalb auch zu billigen! Deshalb ist die Studentenbewegung so isoliert mit der Arbeiterschaft. Der umgekehrte Weg wäre der richtigere.

W. Lauritz:

Der Widerspruch zwischen der Dritten Welt und den hochindustrialisierten Ländern hat sich als ein entscheidender revolutionärer Faktor herausgestellt. Die Revolution in den unterentwickelten Ländern ist eine unmittelbare Notwendigkeit, solange sie der Preis für das nackte Leben ist. Einer der größten Siege der revolutionären Theorie in Asien war errungen, als sie erfolgreich den Massen in die Gehirne hämmerte, daß ihre materielle Lage durch ihre nationale bedingt sei.

Der Begriff der "Dritten Welt" wird oft so oberflächlich gebraucht, daß seine Aussagekraft nur noch gering ist. Hier ist eine differenzierte Betrachtung auch der Dritten Halbwelt unbedingt nötig. Die "Dritte Welt" ist kein homogenes Gebilde. Es gibt eine Menge Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, die als unbedingt prowestlich angesehen werden müssen; es gibt viele Staaten, die eine verwaschene Neutralitätspolitik verfolgen, aber dem Imperialismus nicht nur ökonomisch zu Diensten sind usw. Warum das so ist, die sozio-ökonomischen Bedingungen dieser Erscheinungen, kann hier nicht erläutert werden.

Die Hauptstoßkraft der revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt richtet sich gegen die bürgerlich-nationalen Regimes, die nach Erreichung der nationalen Unabhängigkeit formaler Natur sich in retardierende, fortschrittsfeindliche Elemente verwandeln, wie sich besonders deutlich am Diem-Regime in Südvietnam

beobachten ließ, das die Bodenreform der Vietminh rückgängig zu machen versuchte und die alten feudalen Verhältnisse wieder einführte und das Land zusätzlich dem US-Imperialismus als Flugzeugträger gegen die VRCH zur Verfügung stellte.

Ohne die Echtheit des revolutionären Elans der KPCH anzweifeln zu wollen, so sollte man doch bedenken, daß die Politik der VRCH auch dadurch festgelegt ist, daß die USA ihre Hauptstoßkraft gegen China richten. Dem legitimen Sicherheitsinteresse Chinas ist es zuzuschreiben, daß die Chinesen bis vor kurzem in Burma und Indonesien und heute noch in Kambodscha genau so umgänglich sind mit der National-Bourgeoisie wie die Sowjetunion.

Das schwächste Glied in der Kette jener Staaten, die als Vasallen der USA zu gelten haben, sind jene Regimes, deren nationale Bourgeoisie zu schwach ist, um den antifeudalen und antiimperialistischen Kampf anzuführen. Brechen in solchen Ländern Revolutionen aus, so gehören sie schon nicht mehr

> "zum alten Typus der bürgerlich-demokratischen Revolution, sondern sie gehört zum neuen Typus der Revolutionen, sie ist nicht mehr ein Teil der alten bürgerlichen, kapitalistischen Weltrevolution, sondern ein Teil der neuen Weltrevolution, d.h. ein Teil der proletarischen, sozialistischen Weltrevolution." (Mao Tse tung:"Über die neue Demokratie").

Eine solche Revolution

> "führt konsequente Schläge gegen den Imperialismus. Deshalb ist sie für den Imperialismus unannehmbar und stößt bei ihm auf Widerstand. Aber dafür ist sie für den Sozialismus annehmbar und findet Hilfe von seiten des sozialistischen Staates und des internationalen sozialistischen Proletariats. Das ist der Grund, weshalb eine solche Revolution unbedingt zu einem Teil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution werden muß". (Dto.)

In ähnlichem Sinne äußerte sich Lenin auf dem II. Kongreß der III. Internationale (1920):

> "Können wir die Behauptung als richtig anerkennen, daß die zurückgebliebenen Völker, die sich jetzt befreien und unter denen wir jetzt, nach dem Krieg, eine fortschrittliche Bewegung, das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft unbedingt durchlaufen müssen? Diese Frage haben wir mit einem Nein beantwortet".

Die aus den antikolonialen, nationalen Befreiungskriegen hervorgegangenen sozialistischen Gesellschaften müssen einen Teil der ursprünglichen Aufgaben der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere die wirtschaftlichen Aufgaben, mitübernehmen.

Richtig ist auch, wie Mao Tse tung schreibt, "daß der vorläufig noch unversehrte Teil der kapitalistischen Welt nicht leben kann, ohne sich in einem noch stärkeren Maße auf die Kolonien und Halbkolonien zu stützen" (Zum Charakter der chinesischen Revolution und ihrem Verhältnis zur Weltrevolution).

Soweit, so gut. Ist es aber richtig, anzunehmen, wie Lin Piao schreibt, daß

"die ganze Sache der Weltrevolution in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker... abhängt, welche die überwälti-

gende Mehrheit der Weltbevölkerung sind"?

Die chinesische Theorie ist das direkte Ergebnis der chinesischen Revolution. Diese Theorie hat u.E. einen entscheidenden Mangel: sie enthält keine Analyse des Spätkapitalismus. Das hat seine Ursache zweifellos darin, daß die Chinesen den primären revolutionären Prozeß nicht in der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Staaten, sondern in der Emanzipation der Länder der Dritten Welt sehen. Es bleibt aber die entscheidende Frage, wie denn die Revolution auf die Städte übergreift.?

So bleibt denn die subjektive Artikulation der Widersprüche in der spätkapitalistischen Gesellschaft das oberste Problem sozialistischer Theorie und Praxis in dieser Gesellschaft.

Gelingt es der Arbeiterklasse der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht, entscheidende antikapitalistische Erfolge zu erringen und damit auch die Befreiungsbewegung in der unterentwickelten Welt zu unterstützen, so kann man der Zukunft nur mit äußerster Skepsis entgegensehen.

Dann erweist sich jener Aspekt in Lin Piaos Theorie der Einkreisung als besonders fatal, die davon ausgeht, daß der entscheidende Endkampf zwischen imperialistischer und antiimperialistischer Welt mit militärischen Machtmitteln ausgetragen werden wird, weil der Imperialismus nicht von innen heraus vernichtet wird. Denn die Chinesen gehen zweifellos davon aus, daß ein großer Krieg als ultima ratio, begonnen durch den Imperialismus, der sich immer mehr in die Defensive gedrängt sieht, sehr wahrscheinlich sein wird. Für diesen Tag wollen sie gerüstet sein und die große Kraftprobe zu ihren eigenen Bedingungen ausgetragen sehen.

Abzulehnen ist die Bemerkung B.M's, daß die Organisierung einer proletarischen Partei nach der "Bewußtmachung" vor allem der Studenten anzustreben sei. Wir dürfen diesbezüglich auf den inzwischen veröffentlichten Artikel des Gen. Zimmermann hinweisen, der sich mit solchen falschen Ansichten in der letzten IB-Nr. (Sozialistische Partei und Studentenrevolte) auseinandersetzte.

- - - - - - - - - - - -

Bemerkungen über die Vorgänge in China

VI. Fortsetzung

In der letzten Fortsetzung dieser Artikelserie (siehe IB Nr. 51/52 Juni/Juli 1967) schrieben wir:

> "Um die Politik der chinesischen KP und Mao Tse tung's und vor allem die verbissenen Auseinandersetzungen zwischen den beiden kommunistischen Großmächten China und Sowjetunion verstehen zu können, halten wir es für unerläßlich, kurz auf die entscheidenden historischen Aspekte hinzuweisen, die in den vergangenen fünfundvierzig Jahren im wesentlichen das Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU prägten".

Untersucht man die Beziehungen zwischen der KPCH und der KPdSU während der letzten Jahrzehnte bis heute, so stößt man auf zahl-

reiche Widersprüche, die sich scheinbar gegenseitig ausschliessen. Es wird offenbar, daß auch die chinesische Führung glaubt, es sich aus taktischen und politischen Gründen nicht leisten zu können, die historische Wahrheit ungeschmälert ihrer eigenen Öffentlichkeit und der internationalen revolutionären Bewegung einzugestehen.

Es sind in diesem Zusammenhang folgende Aspekte, die wir untersuchen müssen, und zwar

1. wie genannt die Beziehungen zwischen der KPCH und KPdSU bzw. später zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion
2. die chinesische Interpretation sowjetischer Politik unter Stalin und heute
3. die chinesische Lobpreisung Stalins und die Verdammung der jetzigen Führung der KPdSU
4. die Gründe für die Verdrehung historischer Tatsachen durch die Führung der KPCH.

Da diese Aspekte in ursächlichem Zusammenhang miteinander stehen, verzichten wir darauf, sie chronologisch zu untersuchen.

Wir sind mit den chinesischen Kommunisten einer Meinung, wenn sie betonen, daß man ...."Verdienste und Fehler mit der Methode des historischen Materialismus unter Berücksichtigung des historischen Sachverhalts, allseitig, objektiv und wissenschaftlich analysieren, nicht aber nach der Methode des historischen Idealismus die Geschichte nach Belieben verdrehen und revidieren und subjektiv und willkürlich" (zur Stalinfrage, Peking 1963) historische Persönlichkeiten und Geschichtsabläufe beurteilen soll.

Aus diesem Grunde ist es primär, daß man sich vor Augen hält, daß nach der russischen Oktoberrevolution sich die Situation in der Sowjetunion mit der fortschreitenden Bürokratisierung des sowjetischen Staates und der Umwandlung der neuen Macht in die einer herrschenden Klasse änderte. ("Klassen sind mehr ein politischer als ein wirtschaftlicher Begriff" - siehe PEKING RUNDSCHAU Nr. 41/42 v. 8.10.1967). Die revolutionäre Bewegung verlor ihre natürliche Rolle eines Verbündeten. Solange sie den Direktiven der Sowjetbürokratie untergeordnet blieb, konnte sie als Wechselmünze dienen, als Mittel der Staatsinteressen der UdSSR in ihrer Rivalität mit dem imperialistischen Block.

> "Die Stabilisierung des Kapitalismus und das Abflauen der revolutionären Welle im Westen haben mit zur Bürokratisierung der kommunistischen Parteien und ihrer Unterordnung unter die Direktiven des ZK der KPdSU beigetragen; und das bedeutete praktisch, daß die Interessen der Revolution und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder den momentanen diplomatischen Interessen der sowjetischen Bürokratie untergeordnet wurden. Wir kennen die Folgen. Hingegen ist jeder Sieg einer autonomen Revolution eine Gefahr für die Bürokratie" (Jacek Kuron und Karol Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei).

Berücksichtigt man diese Tatsache nicht, so bleibt es unerfindlich, warum die KPdSU seit Mitte der zwanziger Jahre versucht hat, auf die chinesischen Kommunisten Druck auszuüben,

um sie zum Verzicht auf den Kampf gegen Tschiang Kai-scheck zu bewegen.

Stalins Politik ging von der Vorstellung aus, daß die chinesische Revolution rein bürgerliche Ziele haben müsse und auf dem sogenannten "Block der vier Klassen" beruhen sollte. Moskau zwang die widerstrebenden chinesischen Kommunisten, sich bedingungslos der Leitung und Disziplin der Kuomintang zu unterwerfen; General Tschiang Kai-scheck als den Führer des Landes und Nationalhelden zu akzeptieren; sich der Unterstützung von Agrarunruhen zu enthalten; und schließlich, im Jahre 1927, die aufständischen Arbeiter in den Städten zu entwaffnen. Auf diese Weise wurde die erste große und siegreiche proletarische Erhebung in Asien, die Kommune von Schanghai, unterworfen. Es folgte ein Massengemetzel unter Kommunisten und aufständischen Arbeitern und das Debakel der Revolution. Die stalinistische Politik war im Osten nicht weniger als im Westen von der Furcht getrieben, sie könnte den Status quo zerstören oder erschüttern, und von dem Wunsch beseelt, sich aus ernsten sozialen Konflikten im Ausland, die zu "internationalen Komplikationen" hätten führen können, herauszuhalten. Der Stalinismus bemühte sich im Osten nicht weniger als im Westen, den Klassenkampf zum Stillstand zu bringen.

Mao Tse tung setzte sich von Anfang an gegen die Politik Stalins in China zur Wehr . Dieser war von dem Gedanken besessen, an einer Koalition der chinesischen Kommunisten mit der Kuomintang festzuhalten. Dies bedeutete in der Praxis, daß die Kommunisten die Bauernrevolten unterdrücken mußten, die 1926/27 vor allem in Süd-China ausbrachen. In dieser Lage schlug der chinesische KP-Führer Tschen Tu-hsiu Stalins Abgesandten Borodin vor, die Kommunisten sollten endgültig mit der Kuomintang brechen und sich verteidigen. Borodin erwiderte darauf: "Ich bin völlig Ihrer Meinung, aber ich weiß gewiß, Moskau wird das nicht erlauben"(Tschen Tu-hsiu, "Brief an die Genossen der chinesischen Kommunistischen Partei").

Ein paar Tage danach löste die Kuomintang-Regierung die Koalition mit den Kommunisten und erließ ein Verbot aller roten Organisationen. Ungefähr fünfundzwanzigtausend Kommunisten wurden hingerichtet, die Partei mußte in den Untergrund gehen.

Nun schob Stalin die Schuld am Scheitern seiner Politik den chinesischen Kommunistenführern in die Schuhe, die seine Anweisungen buchstabengetreu ausgeführt hatten.

Stalin entsandte neue Komintern-Agenten nach China, u.a. den Georgier Besso Lominadse (endete in den dreißiger Jahren durch Selbstmord) und den Deutschen Heinz Neumann (1937 in der Sowjetunion liquidiert). Sie hatten konkrete Anweisungen für die Anzettelungen von Aufständen in Kanton und Nantschang, die niedergeschlagen wurden und zu einem weißen Terror und zur Dezimierung der Kommunisten führten. Die chinesischen Kommunisten versuchten vergeblich, die Komintern davon zu überzeugen, daß die Zeit für solche Erhebungen noch nicht gekommen sei. Doch Stalin brauchte Erfolge in China als Waffen im Kampf gegen seine eigene Opposition, hatte doch Trotzki und seine Anhänger Stalin wegen dessen China-Politik heftig angegriffen. Dieser telegraphierte der chinesischen KP fast täglich und verlangte sofortige Unruhen in den Städten. In einem solchen Befehl stand, es sei aus strategischen Gründen notwendig, einen Aufstand zu inszenieren, "selbst wenn schon vorher feststeht, daß er mißlingt".

Die Revolten mißlangen. Allein in Kanton wurden über sechstausend Kommunisten und Leute, die mit ihnen sympathisierten, hingerichtet, doch Stalin konnte seine Kritiker darauf hinweisen, daß die "chinesische Revolution noch lebt".

Und Mao Tse tung? Er war es, der die Situation erkannte. Mao war als Theoretiker kein "Bauernabweichler", als der er von den Komintern-Agenten und seinen Parteivorgesetzten bezeichnet wurde. Sogar in den Jahren der Bauernrevolution gab Mao immer zu verstehen, daß es sein Ziel sei, einen kommunistischen Staat auf der Grundlage der Schwerindustrie und der Führerrolle des Proletariats zu errichten. Aber als kommunistisches Parteimitglied und als Funktionär war er schon dadurch ein Abweichler, daß er die Anweisungen der Komintern und seiner eigenen Parteivorgesetzten nicht befolgte. Die Feinde, die Mao am meisten zu schaffen machten, waren einige seiner Genossen. Er mußte zwei schwere Angriffe und Hunderte kleinerer Attacken gegen seine Person überstehen, ganz zu schweigen von den unaufhörlichen Intrigen. Er wurde erst dann Parteiführer, als er praktisch die Macht in Händen hielt, und er war der erste chinesische Parteiführer, der seine Position ohne das vorherige Plazet oder auch nur das Wissen Stalins und der Komintern erreichte.

Auch nach dem langen Marsch gingen die Intrigen Stalins und ihm ergebener chinesischer Kommunisten gegen Mao weiter. Die UdSSR stand seit Frühjahr 1936 mit Tschiang Kai-schock in Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes. Stalin wußte, daß Tschiang einen Vernichtungsfeldzug gegen Maos Sowjetbasen und seine Rote Armee vorbereitete. Wäre der Pakt vor Beendigung von Tschiangs antikommunistischem Feldzug zum Abschluß gekommen, hätte dies eine offene Zurückweisung des Führungsanspruchs Maos und der chinesischen Sowjets durch Moskau bedeutet.

Stalin wollte nicht, daß Tschiang mit der Verteidigung Chinas gegen die Japaner begann, bevor der Generalissimus Mao und alle maoistischen Basen vernichtet hatte. Mao jedoch verstand es, Tschiang in eine aus der Kuomintang und den Kommunisten gebildete Einheitsfront zu manövrieren.

Es besteht wenig Zweifel, daß Mao hingerichtet worden wäre, wenn Stalin seiner hätte habhaft werden können. Chruschtschow erklärte 1956 auf dem XX. Parteitag, daß Stalin zum Bruch mit den chinesischen Kommunisten bereit gewesen sei.

Anstatt die Japaner zu bekämpfen, unternahm Tschiang Kai-schock zwischen Januar 1939 und April 1940 mehrere antikommunistische Offensiven. Die russische Presse fuhr fort, Tschiangs Loblied zu singen. Stalin half Tschiang aufgrund einer Reihe von Leihabkommen mit umfangreichen Waffenlieferungen, die vor allem zur Bekämpfung der Roten Armee verwendet wurden.

1938 bestätigte Tschiangs Regierung offiziell den Empfang einer sowjetischen Anleihe in Höhe von 100 Millionen US-Dollar und 1939 den einer weiteren in Höhe von 150 Millionen Dollar. Maos Armeen erhielten keinerlei Waffenlieferungen von Stalin.

Während des ganzen Zeitraums von 1939 bis 1945 blieb sich das Bild gleich: Tschiangs Kuomintang kämpfte gegen Maos Armee und gegen seine antijapanischen Partisanen in den japanisch besetzten Gebieten, und Stalins UdSSR fuhr fort, Tschiang zu unterstützen.

Für Mao und seine Genossen war es nach Ende des zweiten Weltkrieges 1945 eine bittere Erkenntnis, daß Stalin und die Sowjetführung sie ignorierten.

Der Grund: Während der letzten Kriegsmonate waren Maos Partei und Armee eine Gefahr für die sowjetische Außenpolitik. Die Realisierung der europäischen und fernöstlichen Gewinne kurz nach dem Kriege hing von korrekten Beziehungen zwischen der UdSSR und den Westmächten und sogar mit Tschiangs Regierung ab. Wenn eine europäische oder fernöstliche kommunistische Partei mit ihrem unabhängigen Kurs die UdSSR in den Augen der Westmächte und Tschiang Kai-schecks kompromittierte, konnte dies als Vertragsbruch ausgelegt werden, der gerade die Klauseln der Vereinbarungen von Teheran und Jalta betraf, die der UdSSR Gewinn brachten.

Stalin wünschte für seine sowjetische Partei keine Komplikationen, die farbige Kommunisten wie die Chinesen vielleicht verursachen konnten, wenn sie die anderen farbigen Kommunisten der Welt anführen wollten.

1948 war der Zerfall der Kuomintang offenkundig, die chinesische Rote Armee hatte riesige Territorien befreit, doch Stalin drängte die chinesischen Kommunisten immer noch, Frieden mit Tschiang Kai-scheck zu schließen und der Eingliederung der Roten Armee in Tschiangs Armee zuzustimmen. Der nationale Egoismus der Regierung der UdSSR kannte keine Grenzen.

Die Russen hatten ihre Vorherrschaft in der Mandschurei wiederhergestellt; sie hielten die fernöstliche Eisenbahn und Port Arthur in ihren Händen; sie hatten die Industrieanlagen der Mandschurei demontiert und als "Kriegsbeute" abtransportiert, obgleich diese Provinz damals die einzige Industriebasis Chinas war, von der seine wirtschaftliche Entwicklung abhing. Moskau zeigte auch keine Bereitschaft, auf die Sowjetmongolei zu verzichten, obgleich alle Sowjetführer früher in zahlreichen Versprechungen gelobt hatten, daß nach dem Sieg der Revolution in China die ganze Mongolei zu einer einzigen Republik vereinigt und mit China in einer Föderation verbunden werden würde.

Nach der Errichtung der chinesischen Volksrepublik gingen die Attacken Stalins gegen die chinesische Führung weiter. Stalin bedrohte Mao durch Manipulationen innerhalb der Regierung und Partei. Separatistenregimes in Gebieten, die über ein Drittel Chinas umfaßten, wurden von stalintreuen Kommunisten geführt, die gegenüber dem Mao-Kurs neutral eingestellt waren und ihn ablehnten. Die Regierung der UdSSR schloß separate Wirtschaftsabkommen mit der Mandschurei und Sinkiang.

Schließlich hat der Koreakrieg die chinesischen Finanzen sowie die Industrie- und Menschenkraft strapaziert, und die UdSSR hatte zu diesen Kosten nichts beigetragen. Stalin fuhr mit seinen Eingriffen in die Mandschurei und Sinkiang fort und förderte den Separatisten Kao Kang, der eifrig damit beschäftigt war, den halb unabhängigen Status der Mandschurei zu festigen. Stalins Haltung machte deutlich, daß er China bis zur völligen Abhängigkeit schwächen wollte. Er wollte Maos Formel von den chinesisch-sowjetischen Beziehungen, nämlich die volle Solidarität zwischen unabhängigen Staaten, nicht akzeptieren.

Das sind kurz umrissen die wichtigsten Ereignisse, die das chinesisch-sowjetische Verhältnis außerordentlich belasteten.

Bleibt die Frage, warum die Chinesen Stalin, der sie so erbittert bekämpft und bevormundet hatte, auch heute noch verteidigen? Daß das nicht für alle Zukunft so sein wird, klingt in dem Satz an: Vermutlich wird in diesem Jahrhundert eine endgültige Bestimmung dieser Frage unmöglich sein" (Zur Stalinfrage - zwei-

ter Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU v. 13.9.1963).

Man vergleiche die historische Wirklichkeit mit folgenden Feststellungen der Chinesen:

> "Der internationalen Arbeiterklasse und den revolutionären Völkern wird Stalins Andenken immer teurer".
>
> "Stalin hat im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, gegen die Feinde des Leninismus - die Trotzkisten, Sinowjewleute, Bucharinleute und andere Agenten der Bourgeoisie(!) den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt". (Zur Stalinfrage).

Das ist die sattsam bekannte, stalinistische Geschichtsfälschung! Oder haben die Chinesen nie etwas davon gehört, daß Lenin 1922, auf Stalin weisend, die Partei vor dem "Grobian", dem großrussischen Chauvinisten warnte und bekannte, daß er sich vor den Arbeitern Rußlands ernstlich schuldig fühlte, weil er sie nicht schon früher gewarnt hatte? Drei Jahre später versuchte Kamenjew vergeblich, auf einem stürmischen Parteikongreß das Testament Lenins in Erinnerung zu bringen. 1926 schrie Trotzki auf einer Sitzung des Politbüros, ebenfalls mit dem Finger auf Stalin weisend, diesem die Worte "Totengräber der Revolution" ins Gesicht. Zu jener Zeit existierten noch Oppositionsgruppen, die die Partei zu ihren revolutionär-demokratischen Traditionen und sozialistischen Verpflichtungen zurückführen wollten. Das ist es, was die Arbeiteropposition und die demokratischen Zentralisten bereits 1921 und 1922 zu tun versuchten, was die Trotzkisten seit 1923 und die Sinowjewisten von 1925 bis 1927 taten, was die Bucharinleute 1928 und 1929 und unbedeutendere und weniger wortgewandte Gruppen, sogar stalinistische, zu verschiedenen anderen Zeiten unternahmen.

Aber nach stalinistisch-chinesischer Leseart waren alle bolschewistischen Führer, nahezu das gesamte Leninsche Zentralkomitee, das 1917 erfolgreich die Revolution organisierte, "Agenten der Bourgeoisie"! Diese Ungeheuerlichkeit wird auch nicht dadurch gemildert, daß es an anderer Stelle schamhaft heißt:

> "..... es wurden auch manche unschuldigen Leute verurteilt. 1937 und 1938 wurde so bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen".

Und schließlich tischen die Chinesen die absolut unwahre Behauptung auf:

> "Im ganzen haben die KPdSU und die Sowjetregierung unter Führung von Stalin eine dem proletarischen Internationalismus entsprechende Außenpolitik verfolgt und den Völkern aller Länder, darunter auch dem chinesischen Volk, in ihrem revolutionären Kampf große Hilfe geleistet".

Auch das ist eine bewußt in die Welt gesetzte, große Lüge. Das genaue Gegenteil ist richtig! Die Sowjetunion handelte nach dem Prinzip: "Der Sozialismus wird nicht weiter reichen als unsere Armee". Im Namen dieses Prinzips hat sie versucht, die spanische Revolution ihren eigenen Führern und ihrer Polizei unterzuordnen; Im Namen dieses Prinzips hat sie die-

se Revolution später verraten; sie hat den italienischen und französischen Kommunisten verboten, während der revolutionären Situation der Jahre 1945/46 um die Macht zu kämpfen; sie hat die Revolution in Griechenland verraten; sie hat versucht, auf die chinesischen Kommunisten Druck auszuüben, um sie zum Verzicht auf den Kampf gegen die Armee Tschiang Kai-schecks zu bewegen.

"Jawohl, wir wollen Stalin verteidigen", schrieben die Chinesen, "wenn die Kommunistische Partei Chinas Stalin verteidigt, so verteidigt sie ihn seiner positiven Seiten wegen", "das ganze Leben Stalins war das Leben eines großen Marxisten-Leninisten, eines großen proletarischen Revolutionärs", der nachstalinistischen Führung der KPdSU werfen sie vor, Stalin nur deshalb anzugreifen, um "damit der revisionistischen Linie auf allen Gebieten den Weg zu bahnen" (Zur Stalinfrage).

Es dürfte ausreichend bewiesen sein, daß die von den Chinesen geschmähte revisionistische Sowjetpolitik keine Neuerung der Nachfolger Stalins war. Der Revisionismus ist seinem Ursprung nach stalinistischer; er geht auf die 20er Jahre und auf den Sozialismus in einem Land zurück. Seit damals hat die sowjetische Politik ständig um jeden Preis versucht, jeder ernsthaften und gefährlichen Beteiligung an den Klassenkämpfen und sozialen und politischen Konflikten der Außenwelt aus dem Wege zu gehen. Das ist ihre dauernde Hauptsorge gewesen. Ihr hatte Stalin im Laufe von zwanzig Jahren die Strategie und Taktik der Komintern untergeordnet; und dann, in der Periode zwischen 1943 und 1953 sämtliche Interessen der kommunistischen Parteien. In bezug auf China schlug Stalin alle Rekorde des Revisionismus.

Wird fortgesetzt

- - - - - - - - - - - - - -

Aus Briefen, die uns erreichten:

Der Landesverband Hessen der Deutschen Friedens-Union richtete mit einem Schreiben v. 13.12.1967 folgende Zeilen an uns:

"Von einem unserer Mitglieder wurde uns Ihr Informationsdienst Nr. 55 vom Oktober 1967 zugeleitet. Es erübrigt sich sicher, über den Inhalt des Briefes - Waschechte Marxisten und andere - etwas zu sagen. Sollten Sie wider Erwarten wirklich an den Sachverhalten interessiert sein, empfehlen wir Ihnen den beigefügten Brief - DFU und Bündnispolitik - zur Lektüre. Ich weiß nicht, ob es zuviel verlangt wäre, von Ihnen eine Korrektur zu bitten".

Horst Trapp

(Landesgeschäftsführer)

Wir antworteten mit einem Schreiben v. 9.1.1968:

"Mit Vergnügen nahmen wir den Inhalt Ihres Schreibens vom 13.12.67 zur Kenntnis. Sie nahmen darin Bezug auf einen Artikel in unseren "Informationsbriefen" Nr. 55 vom Oktober 1967, betitelt "Waschechte Marxisten und andere". Wir glauben gerne, daß Sie, subjektiv gesehen, der Meinung sind, es erübrige sich, über den Inhalt dieses Artikels etwas zu sagen.

Sie schrieben: "Sollten Sie wider Erwarten wirklich an den Sach-

verhalten interessiert sein, empfehlen wir Ihnen den beigefügten Brief - DFU und Bündnispolitik - zur Lektüre". Leider lag dieser Brief Ihrem Schreiben nicht bei.

Gestatten Sie uns aber bitte, zu bemerken, daß die in dem von Ihnen beanstandeten Artikel veröffentlichten Informationen über die prekäre Situation einiger DFU-Funktionäre vor der Gründung der "Demokratischen Linken" in Baden-Württemberg von Mitgliedern des Direktoriums der DFU selbst stammen. Daß diese Informationen zu unserer Kenntnis gelangten, ist Pech der DFU. Dieses Pech ist nur so zu erklären, daß auch manche DFU-Mitglieder und Funktionäre darüber verbittert sind, mit welchen Methoden Sach- und Personalpolitik in der DFU durchgesetzt werden".

Mit freundlichen Grüßen

i.A.
Bruno Wilfert

- - - - - - - - - - -

Liebe Leser!

Auf vielfachen Wunsch veröffentlichen wir in dieser Nummer eine weitere Fortsetzung der Artikelserie "Bemerkungen über die Vorgänge in China". Durch den ebenfalls in dieser Nummer publizierten Diskussionsbeitrag zweier Genossen "Wird das "Dorf" die "Stadt" besiegen?" wurde dieses Heft thematisch etwas kopflastig. Das läßt sich leider nicht immer vermeiden.

Sie erleichtern uns die Arbeit, wenn Sie uns die Gebühren von -.50 DM pro IB, zus. 6.--DM pro Jahr incl. Porto für das laufende Jahr 1968 bereits jetzt überweisen. In diesem Zusammenhang dürfen wir Sie auch darum bitten: Helfen Sie mit, unseren "Informationsbriefen" eine weitere Verbreitung zu sichern. Wir sind zu diesem Zweck gern bereit, so gut als möglich interessierten Lesern zu Werbezwecken kostenlos IB zu übersenden.

Die Redaktion

.-.

Februar 1968:
In Freiburg beteiligen sich, laut GUV, etwa 5 000 Menschen an den Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen.
Q: GUV: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung nach 1945 in Freiburg. Weg mit dem KPD-Verbot!, Freiburg O. J. (1976), S. 18

den Widerstand der demokratischen Bewegung zur praktischen Bedeutungslosigkeit verdammt gewesen. In Freiburg gingen aus diesem Anlaß im Juni 1970 etwa 1500 Menschen auf die Straße.
Die demokratische Bewegung hat sich in der Praxis eine weitgehende Demonstrations- , Versammlungs- und Pressefreiheit erobert. Von entscheidender Bedeutung war hier in Freiburg die Auseinandersetzung um die Fahrpreiserhöhungen im Februar 68. Gut an die 5000 Menschen mögen an den mehr als eine Woche andauernden Aktionen der Blockade der Straßenbahn in der Innenstadt beteiligt gewesen sein. H r parlamentarische Intrigen des Oberbürgermeisters Keidel, noch der - in Freiburg erstmalige-Einsatz von zwei Wasserwerfern und der Einsatz von an die 500 Polisisten konnte die Bewegung zerschlagen. Der Kampf endete damit, daß Stadtverwaltung und Gemeinderat die Erhöhungen teilweise zurücknehmen mußten. Das war das unmittelbare Ergebnis. Geradeso entscheidend aber war das Recht auf die Straße, daß sich die Massen im Kampf mit der Staatsmacht eroberten, so wie das Recht darauf, die Ziele der Massen und die Mittel, mit de-

Aufruf an die Freiburger Bevölkerung

Die Polizei hat sich in den vergangenen Tagen bemüht, den wilden Demonstrationen mit aller nur denkbaren Zurückhaltung zu begegnen. Die Demonstranten haben diese Rücksicht der Polizei als Schwäche verwechselt. Infolgedessen ist die Innenstadt von Freiburg schon seit Tagen ein Schauplatz unerfreulichen Treibens. Die Polizei muß ihren Auftrag, die Ordnung wiederherzustellen, nunmehr mit allem Nachdruck durchsetzen. Es werden deshalb noch einmal alle für die ungesetzlichen Demonstrationen Verantwortlichen dringend aufgefordert, weitere Ordnungsstörungen zu unterlassen.

Ich bitte die Bürgerschaft, insbesondere die Schüler und Jugendlichen den Unfrieden fernzuhalten. Eltern, denkt an Eure Kinder!

Dr. EUGEN KEIDEL
Oberbürgermeister

Im Aufruf wird die Hilflosigkeit von Keidel angesichts der schwungvollen Entwicklung der Massenbewegung deutlich.

Die Aktionen zur Blockade der Straßenbahn in Freiburg dauerten mehr als eine Woche. Etwa 5 000 Menschen beteiligten sich im Verlaufe der Aktionen am Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen.

Februar 1968:
Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg gibt das 'forum academicum' - Heidelberger Studentenzeitschrift Nr. 1 (vgl. Dez. 1967, Juli 1968) heraus mit den Artikeln und Beiträgen:
- "Das Heidelberger Modell" für eine demokratische Universität, von Jürgen Kegler;
- "Effektivität und Vernunft. Bemerkungen zum Dahrendorf-Plan" von Hans Gerhard Schmierer;
- "Habemus papam" zur Rektorwahl im Großen Senat, von Ludwig Jäger;
- "Rechter Rat am rechten Platz?" zum Hochschulrecht bzw. der Aberkennung eines Psychologie-Diploms wegen charakterlicher Mängel, von Hans Dettweiler;
- "Der Knüppel oder wie man das Spiel nicht spielen kann" zur Hochschulreform, von Stefan Summerer;
- "Das fiktive Ghetto der Wertfreiheit. Zum Verhältnis soziologischer Theorien zur sozialen Praxis" von Hartwig Berger;
- "Willfährige Knechte? Bemerkungen zur empirischen Sozialforschung" von Peter Sonnhütter;

- "Geschichtswissenschaft und Politik" von Hans Gerhart Schmierer;
- "Weh' denen, die dem ewig Blinden Des Lichtes Himmelsfackel leihen (Schiller) Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Naturwissenschaften und Politik" von Johannes Petermann;
- "History is bunk. Zur Ideologie des Strukturalismus" von Gerhard H. Kurz;
- "FORUM bringt Vorlesungs- und Seminarkritiken":
- - zur Vorlesung Sprachanalytische Ethik von Prof. Tugendhat, von Peter Bierl;
- - "Etwas Durcheinandriges. Wie man in dem Musikhistoriker Reinhold Hammerstein den Dichter erkennen kann" von Dietrich Lohff;
- - "Versuch zu ändern. AT-Seminar 'Ziontradition' Dr. Streck" von Meinhard Schröder;
- "Herrn Hübners empfindsame Hand" zum Bachverein, von Dietrich Lohff;
- "Zum Fragebogen über das FORUM ACADEMICUM" ein Leserbrief von Claus Born, Elisabeth Koesters, Dirk Pilger und Bernhard Vatter; sowie
- "aufgeschnitten" zu Büchern.

Eine Anzeige wirbt zu den Landtagswahlen (LTW) für die Demokratische Linke (DL). Eine Anzeige wirbt für das Amerika-Haus.
Q: forum academicum Nr. 1, Heidelberg Feb. 1968

Februar 1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich im Februar das Flugblatt "Hochschulgesetz" heraus. Aufgerufen wird dazu zu einer Demonstration in Stuttgart am Tag der Verabschiedung im Landtag, voraussichtlich am 15.3.1968.
Q: SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen O. J. (1968), S. 8

(5)

HOCHSCHULGESETZ

I

Seit zehn Jahren brütet man in Baden-Württemberg über einem Hochschulgesetz. Jetzt plötzlich - die Landtagswahlen stehen unmittelbar bevor -, ist das Hochschulgesetz zum Wahlschlager geworden, ein Gesetz, dessen Konzept sogar von Dahrendorf, als "schlichtweg revolutionär" bezeichnet worden ist.
Diesen Wechselbalg der grossen Koalition, um dessen Vaterschaft CDU und SPD sich reißen, will man den Professoren unter die Talare jubeln.
(Und die Studenten sollen die Alimente zahlen.)

II

Sechs Wochen vor der Verabschiedung des Gesetzes entschließt sich der Tübinger Große Senat, hierzu eine mißbilligende Verlautbarung herauszugeben. Indigniert über mangelnde Information, Konsultation und Kooperation mit der Legislative rügen die Ordinariem, es ermangele einer 'demokratischen Öffentlichkeit'. Aufgeschreckt durch das Mißtrauensvotum der Studentenvollversammlung gegen den Rektor - damit auch gegen den Senat - setzten sie das Hochschulgesetz auf eine flugs improvisierte außerordentliche Sitzung; so überstürzt, daß gerade noch Zeit war, die beiden studentischen Vertreter zu benachrichtigen, nicht aber die Studenten.

Warum lehnen die Ordinarien den Hochschulgesetzentwurf jetzt plötzlich ab, wo er doch vorher offenbar als Patentlösung herbeigesehnt wurde? Bedeutet das einen Sinneswandel? Hier kann weder von Wandel die Rede sein, noch kann man darin einen Sinn erblicken, wenn eine ganze außerordentliche Senatssitzung nichts Anderes erbringt, als einen neuerlichen Beweis für verletzte Eitelkeit der Ordinarien.

Von Inhalt und Ziel progressiver Gesetzgebung, Hochschul- und Studienreform ist nicht die Rede. Stattdessen fordert man vom Landtag 'demokratische Öffentlichkeit': den Studenten aber, die genau dies als erste Voraussetzung für jede Hochschulreform erkannt haben, verweigert man dieses Prinzip seit eh. Hochschulreform m i t den Ordinarien hieße Springer durch den Bundestag enteignen.

III

Auf der gestrigen Senatssitzung hat der ASTA ein weiteres Mal versäumt, eine inhaltliche Debatte über das Hochschulgesetz zu erzwingen. Die Studentenvertretung muß lernen, sich nicht als bloße Institution, sondern als Opposition zu begreifen und dementsprechend zu handeln.

WIR FORDERN :

- eine öffentliche Sitzung des Senats im Festsaal noch vor Semesterschluß (alleiniges Thema: Hochschulgesetz)
- unverzügliche Schritte des ASTA zur Durchsetzung dieser Forderung
- Beteiligung der Studenten an einem Vorlesungs-Warnstreik als offensive Kampfmaßnahme gegem das reaktionäre Hochschulgesetz.

WIR RUFEN DIE STUDENTEN AUF, SICH AN EINER DEMONSTRATION IM STUTTGARTER LANDTAG AM TAG DER VERABSCHIEDUNG DES HSG (voraussichtlich am 15.März 68) ZU BETEILIGEN!

Februar 1968:
An der Universität Tübingen erscheint die Nr. 81 der 'Notizen' (vgl. Feb. 1966, Apr. 1969) mit einem Titelbild mit Frank Zappa und den Artikeln:
- "Kampf den Provokateuren" zur Erklärung der Rektoren;
- "Ausländerreferat", das geschaffen werden soll;
- "Fachschaft Soziologie";
- "Wertfreie Wissenschaft" zur Strafanzeige gegen 5 SDS-Mitglieder wegen Störung der Vorlesung von Tenbruck (Soziologie);
- "Hellas und Teutonien. Prüfstein für die Demokratie";
- "Mit allen Mitteln einer Pressure Group. Notizen-Gespräch mit Prof. von Beyme";
- "Der Fall Tenbruck" in der Soziologie, von J. F. Anders;
- "Die Ohnmacht der Pseudo-Konkreten. Zum Go-In des Tübinger SDS" bei Tenbruck, von Rainer Eckertz;
- "Nachtrag zur ESG-Umfrage in der math.-nat. Fak." vom Arbeitskreis für Hochschulreform der ESG;
- "Theologie und Revolution";
- "Zur Technik des SPIEGEL. Bornierte Skepsis, käuflich" zum 'Spiegel', von Féderic Flammer;
- "Ein Abgrund von Radikalität. Faschismus - und kein Ende?" von Alf Lüdtke;
- "Enteignet Springer! Entwurf zu einem neuen Pressegesetz";
- "Beischlaf auf offener Bühne" zur Studentenbühne;
- "Germanistik als Schlußlicht. Pongs über Brecht" von Hermann Pongs;
- "'Die Nacht der Puppen'";
- "Buchbesprechung" zu Habermas: Theorie und Praxis sowie zu Habermas, Friedeburg et al: Student und Politik;
- "Bornismus. Tübingen (r)evolutionäre Komplikationen";
- "Prozeß 'Politisches Mandat'" zum Urteil vom 1.2.1968 gegen den AStA; sowie
- "AStA-Wahlen und Urabstimmung".
Q: Notizen Nr. 81, Tübingen Feb. 1968

Februar 1968:
Die Aktion Demokratische Universität (ADU) München stellt sich vermutlich im Februar mit einem Flugblatt "Die Uni München und die ADU" den bundesdeutschen Asten vor, in dem sie ihre Gründung auf die Übernahme des AStA der LMU durch die MSU im Jan. 1968 zurückführt und sich beschreibt als syndikalistische Organisation mit rund 450 Mitgliedern an Uni, TH, PH, Kunsthochschule und HfPW, von denen etwa 100 zugleich Mitglied von DIS, GASt, HSU, LSD, SDS, SHB und STAKK seien. Man betreibe gemeinsam mit den Fachschaften etwa 12 kritische Arbeitskreise und habe monatlich den 'Unireport' in einer Auflage von 15 000 Stück veröffentlicht.
Q: ADU: Die Uni München und die ADU, München O. J. (1968)

Feb. 68 E07

AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE UNIVERSITÄT - A D U - MÜNCHEN

D I E U N I M Ü N C H E N U N D D I E A D U .

Seit ab Januar 1968 an der Universität München ein von CSU und CV gelenkter rektionärer MSU-AStA amtiert,(MSU =Münchner Studentenunion= = CSU + JU + RCDS + kath.Korporationen + schlagende Korporationen), der in Übereinstimmung und teilweise sogar im Auftrag des bayer. Kultusministeriums handelt (siehe die versuchte Absetzung Pöhles(ADU) als Augsburger Neugründungsbeauftragter im Auftrag des KM !), hat sich in München eine neue syndikalistische Studentenorganisation gebildet,die"Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität (A D U).

Die ADU ist eine Organisation auf Grundpersönlicher,freiwilliger Mit= gliedschaft. Sie zählt am Ende des Wintersemesters 67/68 rund 450 Mitglieder an Uni, TH ,PH,Kunsthochschule und HfPW. Die meisten Mitglieder gehören keinen weiteren Studentengruppen an. Insgesamt etwa 100 sind Mitglied von DIS,GASt, HSU,LSD,SDS und SHB und STAKK.

Die Organe der ADU sind die MV, die Fachgruppen-MV's,der Koordinatior rat(Versammlung der Fachgruppendelegierten) und der Zentrale Ausschuß der 5 Mitglieder hat. Die ADU zählt im Augenblick 14 Fachgruppen,wobe die Fachgruppeneinteilung nicht den traditionellen Fach- und Fakultät grenzen folgt.

Aus der GRÜNDUNGSERKLÄRUNG der ADU :

"Die ADU wird ihre theoretische Arbeit in fach-und themenbezogenen Arbeitskreisen weiterführen und die sich daraus ergebenden praktische Forderungen gegenüber AStA, Universität und Öffentlichkeit vertreten. Die ADU wird dabei eine entschiedene Opposition im Konvent mit einer studentischen Interessenvertretung unabhängig von AStA und Konvent verbinden.

Da mit einer wirksamen,umfassenden und unabhängigen Interessenvertre= tung durch den MSU- AStA kaum mehr zu rechnen ist, wird sich die ADU voraussichtlich zur eigentlichen Interessenvertretung der Studente n entwickeln,wobei sie sich in erster Linie auf den politisch bewußten Teil der Münchner Studentenschaft stützen muß.

Ihr Ziel ist dabei die Demokratisierung der Hochschule, d.h. die Auf= hebung aller wissenschaftsfremden Abhängigkeitsverhältnisse. Diese Demokratisierung wird u.a. und vordringlich verwirklicht durch gleich berechtigte ,funktionsdifferenzierte Teilnahme der Dozenten ,Assiste ten und Studenten an allen Entscheidungen über Universitätsangelegen

./.

heiten.
Die ADU geht davon aus,daß die Interessen der Studenten notwendiger=
weise im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesehen und vertreten
werden müssen.
Das unmittelbare Arbeitsprogramm ist:

1) Die Intensivierung der Arbeit in den Fachschaften und die Unter stützung bei ihrer Weiterentwicklung zu einer wirksamen Interes senvertretung der Studenten in den Instituten und Fachbereichen
2) Die Gründung von kritischen Arbeitskreisen in den Fachschaften und deren interdisziplinäre Zusammenarbeit .
3) Die Information der Studentenschaft über alle interessierenden Probleme und die kritische Stellungnahme zu Hochschul- und Stu= dienfragen ausgehend von den studentischen Interessen.
4) Die Aktivierung der Studenten durch öffentliche Studentenforen und "teach-ins" auf Fachbereichs- und Universitätsebene.
5) Ein entschiedenes Eintreten für die demokratischen Rechte der ausländischen und der deutschen Studenten."

Die von der ADU in Zusammenarbeit mit den meisten Fachschaften,entge
dem Widerstand des rechten AStA initiirten kritischen Arbeitskreise
(im Augenblick etwa 12) arbeiten an fachbezogenen gesellschaftliche
Problemen und an konkreten Studien- und Hochschulfragen.
Im Sommersemester sollen diese Arbeitskreise zu einer kritischen Uni=
versität werden.

Die Konventsfraktion der ADU,inzwischen durch Beitritte von Konvents
mitgliedern zu einer starken Opposition geworden,versucht,den Konven
trotz der geheimen Mauscheleien zwischen ASTA,Universitätsverwaltung
und Kultusministerium, als öffentliches Forum der Studentenschaft zu
erhalten. Wenigstens die gravierendsten Fälle,in denen der MSU-AStA
gemeinsam mit CSU und Professoren gegen die studentischen Interesse
Front macht,sollen an die Öffentlichkeit gelangen.

Als Publikationsorgan der ADU erscheint ab Sommersemester 14 tägig,
bisher monatlich "unireport" in einer Auflage von 15000. Diese Zei=
tung bringt objektive Informationen und Analysen aus dem Münchner
Hochschulbereich.

Die ADU bittet die AStA 's der deutschen Hochschulen, uns wichtiges
Material und Studentenzeitungen zuzuschicken ,damit wir bessere Inf
mationen über Vorgänge an anderen Hochschulen bekommen.

Adresse: ADU ,8 München 13,Barerstr.46 Rgb. T.0811/292054
Verantw.: Reiner Jendis,Adresse oben , Eigendruck im Selbstverlag
Konto: ADU, Nr. 76 083 , Bank für Gemeinwirtschaft, 7

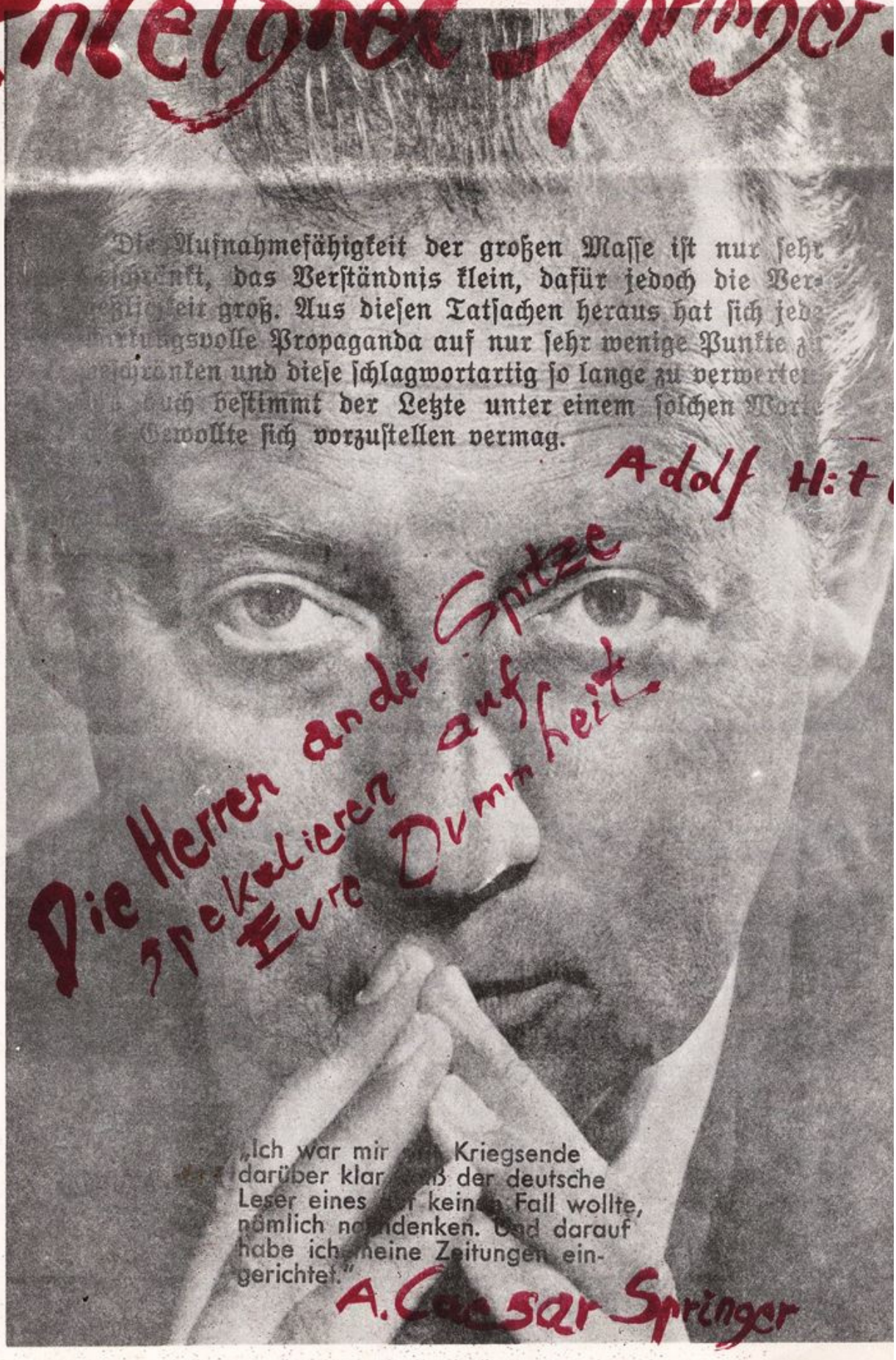
Februar 1968:
Die Aktion Demokratische Universität (ADU) München veröffentlicht, unter Verantwortung von Reiner Jendis und Rolf Pohle, ihre "Dokumente zur Hochschulpolitik" Nr. 1, die vermutlich bundesweit verbreitet werden, zum Thema "Zum politischen Bewusstsein des Professors".

Der Text gliedert sich in die Abschnitte:
- "1. Vorbemerkung";
- "2. Der Professor und sein Verhältnis zum Staat und zum Studenten";
- "3. der Professor als Untertan";
- - "3.1 Historisches";
- - "3.2 Keine grundsätzlichen Wandlungen nach 1945";
- - "3.3 Regierung und Grundgesetz" zum Besuch des Schah von Iran 1967, zu den indonesischen Studenten, mit denen sich der Senat der LMU am 23.2.1967 befasste, zum US-Amerikaner Shuford (DFU), zur Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise der Deutschland-Stiftung in der LMU am 28.2.1967, zum 'Sing-Out 66' der Moralischen Aufrüstung und zum Politischen Polizisten auf dem Teach-In über Ausländerfragen am 19.12.1967;
- - "3.4 Professoren und Hochschulpolitik" zur Universität Regensburg, zum Klinikum Großhadern und zum Bayrischen Hochschulgesetz (BHG);
- - "3.5 Folgerungen";
- "4. Der Professor als Patriarch";
- - "4.1 Von der Lehrkanzel verkündete der Professor…" zur Geschichte seit dem 18. Jahrhundert;
- - "4.2 Die gegenwärtige Haltung des Professors den Studenten gegenüber";
- - "4.3 Dokumente aus dem Bereich der Münchener Universität";
- - - "4.31 Auf die Senatssitzung am 23.2.1967…" zur studentischen Mitbestimmung;
- - - "4.32 'Der Papa wird's schon richten'" zur Teilnahme der Studenten an Fakultätssitzungen und anderen Hochschulgremien;
- - - "4.33 Öffentlichkeit = Anarchie?" zur Geheimhaltung der Senatssitzung vom 9.11.1967 über Mitbestimmung;
- - - "4.34 Korporationstag zur 500-Jahrfeier";
- - - "4.35 Universität als Staatsbürokratie";
- "5. Folgerungen" mit der Forderung nach Öffentlichkeit der Sitzungen der akademischen Gremien um die Kritik zu ermöglichen, wobei "wir davon ausgehen, daß jede Aussage zur Hochschule politischen Charakter trägt."
Q: ADU: Dokumente zur Hochschulpolitik Nr. 1, München Feb. 1968

Februar 1968:
In Berlin erscheint vermutlich im Februar ein Flugblatt "Enteignet Springer!" mit Zitaten von Adolf Hitler.
Q: N. N.: Enteignet Springer!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Febr. 68

Enteignet Springer



Februar 1968:
In Berlin-Zehlendorf gibt Constantin Bartning für Schüler die 'Information' Nr. 2 heraus zum Thema "Reifeprüfung" bzw. Abitur. Bekanntgegeben wird: "Verschiedene Schülerarbeitskreise suchen noch Mitarbeiter." Diese sind u.a. über den AStA der PH erreichbar.
Q: Information Nr. 2, Berlin Feb. 1968

Feb. 68

INFORMATION

INFORMATION Nr. 2 (Reifeprüfung)

Für die einen ist sie "der organische Abschluss des Bildungsganges an den Oberschulen Wissenschaftlichen Zweiges (Gymnasien). Sie soll den Nachweis erbringen, daß der Prüfling das Ziel der Oberschule Wissenschaftlichen Zweiges erreicht und damit die geistige Reife erworben hat, die für ein Studium an einer deutschen Universität oder gleichwertigen Hochschule vorausgesetzt wird."(1)

Die Gegner nennen sie "sonderbare Kunstproduktion, etwas wie eine Oper",in der "jeder Beteiligte so agiert, wie er es im gewöhnlichen Leben nie täte" (2). Die Reifeprüfung, einst geheiligter Abschluss der Schullaufbahn höherer Söhne und Töchter ist, wie auch das übrige Schulsystem und die Universitäten,in das Kreuzfeuer der Kritik geraten;sie wird als "Prüfung schematischen Scheinwissens", als "zufallsabhängige" Ursache unorganisierter Paukerei bezeichnet (3).

Der Verdacht, es handle sich nur um eine zeitraubende Formalität,liegt nahe: Die schriftliche Prüfung unterscheidet sich kaum von den vielen vorangegangenen Klassenarbeiten, diese eine schriftliche Arbeit aber wiegt wesentlich schwerer als die vorangegangenen,aus deren durchschnittlichem Ausfall den Lehrern die Leistungsfähigkeit eines Schülers hinlänglich bekannt ist.

Beim "Mündlichen" geht es ähnlich schiksalhaft zu: Ein paar Minuten, in denen die Prüflinge in einer individuell völlig verschiedenen Verfassung auftreten, können über ein Jahr mehr, über gute oder schlechte Zensuren entscheiden. Dabei haben die Lehrer in den Jahren vorher genügend Gelegenheit gehabt, sich über das mündliche Verhalten ihrer Schüler eine Meinung zu bilden. Auch das "Rundgespräch" ist in diesem Zusammenhang nur ein Teil des "Theaterstücks", denn diskutiert wurde (hoffentlich) schon oft im Unterricht; die Lehrer erfahren also auch dabei nichts neues..

Eine Übung für Prüfungssituationen, wie es oft angefürt wird, ist die Reifeprüfung nicht, weil eine Situation,in der sechs völlig verschiedene Faohgebiete geprüft werden können,später nie wieder vorkommt.

Weiter wird zur Rechtfertigung der Reifeprüfung gesagt: Ohne den Druck der Prüfung arbeiten die Schüler nicht. Wenn das stimmt - welch ein Armutszeugnis für unsere Schulen: Nicht Interesse,Wissensdurst oder Einsicht regen zum lernen an, auch die Lehrer vermögen es nicht zu erreichen, sondern nur der autoritäre Druck der Prüfung. (Hier scheint ein schwerer Fehler unseres gesamten Schulsystems zugrunde zu liegen) Auf alle Fälle ist es dann keine REIFEprüfung, sondern ein Fleiß-und Opportunitätstest.

Was sollte also geändert werden?

Eine völlige Abschaffung oder Änderung der Reifeprüfung ist warscheinlich erst im Zuge der dringend notwendigen (aber kaum begonnenen) allgemeinen Schul- und Universitäts- Reform möglich. Als Übergangslösung wird u.A. vorgeschlagen: 1. Reduzierung der Prüfungsfächer, 2.verteilung der einzelnen Fachprüfungen über das gesamte 13. Schuljahr (alle sechs Wochen eine Prüfung). Es wäre dann wenigstens möglich, sich auf die einzelnen Fächer konzentriert und sinnvoll vorzubereiten; die Prüfungssituation ähnelte späteren Examen mehr.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Möglichkeiten, die nicht nur von einigen Fachleuten des Pädagogischen Zentrums und der PH. diskutiert werden sollten. Nur durch ständige Diskussion, durch Fragen und Protest ist es möglich, die Interessen der Schüler zu wahren und bei der regierenden Bureaukratie Änderungen zu erreichen!

(1)aus Reifeprüfungsordnung v. Berlin. (2)aus einer Abiturrede v. Studienrat S.Haberditzl, März 66, Drilinden OWZ, Bln.-Wannsee. (3)aus Abiturienten Antworten bei einer Umfrage, Februar 68, Bartning.

Verschiedene Schülerarbeitskreise suchen noch Mitarbeiter. Auskunft bei CC.Bartning 76 18 22, HP.Zierke 84 31 68, PH-AStA 17-19.00:7753078

Verantwortl.:C.Constantin Bartning, Bln. 33, Hohe-Ähren 5

Februar 1968:
In Berlin legt der Arbeitsausschuß am Romanischen Seminar der FU "Vorschläge zu einem Organisationsmodell" der KU vor.
Q: KU-Arbeitsausschuß am Romanischen Seminar: Vorschläge zu einem Organisationsmodell, Berlin Feb. 1968

E0102

ORGANISATIONSMODELL DER KU

Am 24.9.1967 fand eine Versammlung statt, zu der die Arbeitsgruppen und die AStA der beteiligten Hochschulen Delegierte entsandt hatten. Entsprechend einem Entwurf und der daran anschließenden Diskussion wurde ein Organisationsschema für die KU von den Anwesenden akzeptiert. Im Vordergrund der Überlegungen stand die verantwortliche Mitarbeit aller Beteiligten, die permanente Diskussion und Überprüfung der Ziele der KU sowie ein Mindestmaß an Organisation, das dennoch die Koordinierungsaufgaben erfüllen kann.

Die Arbeitskreise bestimmen Thema und Arbeitsweise selbst.

Je sieben Personen können einen Arbeitskreis bilden. Der Initiativausschuß unterstützt alle Arbeitskreise bei der Bekanntmachung ihres Vorhabens. Nur die Vollversammlung ist berechtigt, einem Arbeitskreis die Zugehörigkeit zur KU abzusprechen.

Die Vollversammlung ist das oberste Organ der Kritischen Universität. Sie soll abwechselnd in der Freien Universität und der Technischen Universität einberufen werden. Sie tagt öffentlich und besteht aus allen Anwesenden, die mitarbeiten wollen. Sie kann einberufen werden vom Initiativausschuß, von einem Drittel der Mitglieder des Delegiertenrates, von drei Arbeitskreisen und von einem AStA. Die Vollversammlung tritt mindestens zweimal im Semester zusammen. Sie kann die Beschlüsse anderer Gremien aufheben. Jede Arbeitsgruppe entsendet zwei Delegierte in den Delegiertenrat. Diese Delegierten sollen im Turnus von verschiedenen Arbeitskreisteilnehmern gestellt werden. Der Delegiertenrat tagt alle drei Wochen. Zu dieser Sitzung sollen Protokolle aus den Arbeitsgruppen vorliegen.

Der Delegiertenrat tagt öffentlich.

Der Initiativausschuß ist das Exekutivorgan, das die Arbeit zwischen den Vollversammlungen wahrnimmt. Er hat die Aufgabe, das endgültige Verzeichnis vorzubereiten, Räume zu besorgen, Veranstaltungen vorzubereiten und Werbung für die KU zu betreiben. Er vertritt die KU in der Öffentlichkeit. Er koordiniert die Planung und Durchführung von Arbeitskreisen. Er besteht aus 6 von den Delegierten gewählten Mitgliedern, aus je 2 Vertretern des AStA der Freien Universität und der Studentenvertretung der Technischen Universität sowie je einem Vertreter der AStA der Kirchlichen Hochschule, der Hochschule für Bildende Künste und der Pädagogischen Hochschule. Die Kirchliche Hochschule, die Pädagogische Hochschule und die Hochschule für Bildende Künste sind assoziierte Mitglieder.

In dem Initiativausschuß haben die Studentenvertreter der Technischen Universität und der Freien Universität ein Vetorecht, das sich nur auf die Mitwirkung dieser Studentenvertretungen bezieht. Die Vollversammlung entscheidet über die Zusammenarbeit der KU mit den Studentenvertretungen. Konflikte innerhalb der KU sollen durch Diskussion und nicht durch administrative Maßnahmen durch die Studentenvertretung gelöst werden.

Vorschläge zu einem Organisationsmodell

I Eine Reform des Studiums und der Hochschule, deren Dringlichkeit die letzten Ereignisse an der FU Berlin vor Augen geführt haben, kann nicht von DetAILvorschlägen zu Grundstudium und Zwischenprüfung ausgehen, sondern muß Inhalt, Ziel und OrgaNisation von Forschung und Studium bestimmen und aus der Einsicht in die gegenwärtige Situation praktische Konsequenzen ziehen, die den ökonomisch-pragmatischen Forderungen der staatlichen Administration entgegenlaufen.
Verwirklichung des Rechtes auf Bildung vor allem der unterprivilegierten Schichten undlangfristig geplanter Ausbau des Bildungs- und Forschungswesens auf kosten der unsinnigen Rüstungsausgaben ergibt sich als erste Forderung, die Studenten und Dozenten in der Öffentlichkeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln vertreten müssen.

II Studienfreiheit soll gleichberechtigt neben der Freiheit der Lehre anerkannt, die zerrissene Einheit von Forschung und Lehre wiederhergestellt werden. Mit der Verwirklichung der Studienfreiheit muß den Studenten auch institutionell die Mitbestimmung, d.h. die gerechte Beteiligung an der Gesamtverantwortung der Universitätsangehörigen gewährleistet werden. Universitätspolitisch ergeben sich zwei demokratische Forderungen, die in wechselseitiger Beziehung zu sehen und zu realisieren sind: (1) Gleichberechtigung der Studenten bei Forschungs- und Studienplanung; (2) Gleichberechtigung in allen Entscheidungen, die ihre Interessen oder die Interessen aller Universitätsangehörigen betreffen.
Aus der aktuellen Situation heraus stellt sich die Frage: Wie können administrative Akte wie die Einstellung des Lehrbetriebs am Romanischen Seminar in Zukunft verhindert, ja überflüssig gemacht, und wie kann in den beschlußfassenden Gremien Öffentlichkeit hergestellt werden? Im augenblicklichen Stadium, in dem die Hochschulreform noch nicht begonnen hat, ist die Universität vor die Entscheidung gestellt, ob sie zur Fach- und Eliteschule im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrat wird oder ob sie ihr kritisches und emanzipatorisches Potential verbreitert - und gegen den drohenden staatlichen Eingriff einsetzt - , d.h. ihre gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe ernstlich anpackt.
In der Phase, in der sich die Studenten den Zwängen in der Universität (Zwangsexmatrikulation, Grundstudium, numerus clausus) wie den politischen Zwängen in der Gesellschaft zu widersetzen beginnen, wird auch die Institution der liberal scheinenden Freien Universität in Frage gestellt, wird mit der Studienreform die Verwirklichung demokratische Prinzipien wie Gleichberechtigung und Öffentlichkeit in der Universität gefordert.
Um die Studienreform einzuleiten, muß der Experimentalcharakter einzelner Veranstaltungen,d.h. die Mitwirkung der Studenten an der Erarbeitung neuer Studienformen, verallgemeinert werden. Unter Beteiligung aller Institutsangehörigen ist in den einzelnen Instituten ein Organisationsmodell für Studiengänge unter besonderer Berücksichtigung der ersten Semester experimentell

zu entwickeln, das durch Vergleich der Ergebnisse und Kooperation mit anderen Instituten der Phil. Fak. abgestimmmt und korrigiert werden kann. Im Interesse aller Institutsangehörigen muß die weitergehende Forderung lauten: langfristige Forschungs- und Studienplanung.

III Folgende praktische Konsequenzen und Forderungen ergeben sich daraus auf Institutsebene.
1. Alle Prüfungen, die bisher vor dem Staatsexamen abgelegt werden mußten, werden in diesem Semester außer Kraft gesetzt.
2) Eine Paritätische Kommission, die sich aus einer gleichen Zahl von Dozenten und Studenten zusammensetzt, wird sofort gebildet; sie arbeitet vor Beginn des SS, Rahmenvorschläge für ein experimentell zu erarbeitendes Studienmodell aus, dessen Ablauf der ständigen Kontrolle aller Institutsangehörigen unterliegt.
3) Alle Lehrveranstaltungen sind öffentlich.
4) Vom nächsten Semester an tritt ein Institutskomitee von 3 Dozenten und 3 Studenten an die Stelle des bisherigen Direktoriums; dieses Komitee ist der Institutsvollversammlung, die von allen Institutsangehörigen gebildet wird, verantwortlich. - Ab sofort werden zu allen Konferenzen des Direktoriums (oder aller Dozenten) studentische Beauftragte hinzugezogen, die Mitspracherecht, in den für die Studenten entscheidenden Fragen (also z.B. Prüfungen, Berufungen) Vetorecht haben.
5) Noch vor Ende dieses Semesters sind in einer Lehrplandiskussion Vorschläge für die Neuorientierung des angekündigten Lehrplans zu erörtern, die es ermöglichen, daß bereits im Sommersem. folgende Veranstaltungen anstelle der bisherigen GS-Kurse angeboten werden (Es gibt keine obligatorischen Veranstaltungen):
a) eine Experimentalveranstaltung "Einführung in die Literaturwissenschaft" - mit Arbeitsgruppen;
b) eine Experimentalveranst. "Einf. in die Sprachwissenschaft" - mit AG;
c) einführende Arbeitskreise über "Sprachtheorie", "Literatuttheorie", "Theorie der Übersetzung" u.ä.
Die gen. Veranstaltungen müssen eine Orientierung der Studenten für das weitere Studium und die Fähigkeit zu selbständiger Arbeit zum Ziel haben und neue Formen der gemeinsamen Arbeit erproben und unterstützen. In den Experimentalveranst. und den Arbeitskreisen muß eine stetige Beratung aller Teilnehmer stattfinden (Hierbei ist aus der Einführungsveranstaltung von Prof. Loos zu lernen). Außerhalb dieser Veranstaltungen wird, ebenfalls zu Beginn des So.sem., eine intensive Studienberatung aller jungen Semester durch 2 Studenten und 2 Dozenten eingeführt.
Darüberhinaus wird die bisherige Abstufung in Pro-, Haupt- und Oberseminar aufgegeben. Thematik, Verfahrensweise und Organisationsform dieser neuen Seminare ,die für das Somsemester vom vorgesehenen Lehrplan her konzipiert werden sollten, werden in der Lehrplandiskussion erörtert.(Best. Pro- und Hauptseminare können z.B. zusammengelegt oder parallel veranstaltet werden; statt der geplanten Vorlesungen finden die beiden Experimentalveranstaltungen statt.)
6) Bis zu Beginn des So.sem. wird eine paritätische Kommission gebildet, die eine neue Staatsexamensordnung entwirft,die von gleichzeitig experimentell zu erarbeitenden Studienvorschlägen audgeht. Diese Kommission legt im So.sem. der Institutsvollversammlung ihren Entwurf vor.

Solche Studienvorschläge sind zu verbinden mit Forschungsvorhaben des Instituts, die von Dozenten und Studenten gemeinsam bestimmt und unternommen werden (zum ersten Mal im WS 68/69). Die Experimentalveranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise werden soweit wie möglich an den Forschungsvorhaben orientiert. Ein literaturwissenschaftliches Forschungsvorhaben etwa wird - verbunden mit einem sprachwissenschaflichen Fv. desselben Gebietes oder der gleichen Themenstellung - für mehrere Jahre geplant; innerhalb dieser FV finden Seminare statt, in denen einzelne Bereiche aus dem Forschungsobjekt bearbeitet werden. Ausgehend von den Forschungsthemen werden Arbeitskreise gebildet, die didaktische und methodische Grundfragen des Französischunterrichts, neue Lehrformen und bildungspolitische Zielsetzungen in Zusammenarbeit mit Pädagogen und mit dem Bildungsforschungsinstitut entwickeln. In Verbindung mit diesen AK finden LehrpraKTIka, an denen Dozenten mitwirken, statt, in denen die Beziehung zwischen theoretischer Arbeit am Institut und praktischem Expäiment in der Schule hergestellt wird. (Diese Lehrpraktika ersetzen die bisherige von der Fachwissenschaft getrennten Schulpraktika).
Studiengänge dürfteh nur als Rahmenvorschläge verstanden werden und nur formal bestimmen, was inhaltlich erst noch experimentell zu erarbeiten ist.

IV Die in III, 2 geforderte Kommission macht die hier unterbreiteten Vorschläge zur Grundlage ihrer Arbeit.

Arbeitsausschuß
Romanisches Seminar

Februar 1968

Februar 1968:
An der Universität Frankfurt erscheint der 'Diskus' - Frankfurter Studentenzeitung Nr. 1/2 (vgl. 1.4.1968) für Jan. /Feb. vermutlich im Februar mit einem Titelbild zu Vietnam und dem Leitartikel "Permanente Wissenschaftskritik".

Weitere Artikel und Rubriken sind:
- "Polizei und Immatrikulationskartei" u.a. zum Teach-In vom 17.1.1968;
- "Politischer Mord" zu Benno Ohnesorg;
- "Dienstverpflichtung" zum Ausländergesetz, über das die spanischen Arbeiter besorgt seien;
- "Vom Sinn der Repräsentationsideologie" von Gert Schäfer;
- "Nach dem Blitzkrieg" zu Israel, von Manfred Buddeberg;
- "Schutz der Verfassungswirklichkeit. Über die Praxis des Verfassungsschutzes" zum BfV, von Hermann Lohaus;
- "Trüber Spiegel. Offener Brief des Iranischen Studentenvereins Berlin" vom ISV zum 'Spiegel';
- "Erstunken und erlogen" zu den Angriffen des 'Spiegel' auf Bahmand Nirumand;
- "Das Faustrecht des SPIEGEL" zum Iran, von C. Rainer Roth;
- "Berliner Rechtshilfe", die sich selbst darstellt;
- "Offener Brief an die FAZ von D. Bald, H.-J. Blank, Dr. W. Euchner, G. Kress, Dr. J. Hirsch, G. Schäfer (Assistenten der Universität Frankfurt)" zum Bericht der 'FAZ' über Studentenproteste in Frankfurt;
- "Geschäftsgebaren eines Presseorgans der Freien Welt" zur 'FAZ';
- "Deutschritterorden - Vorbild der SS. Von der 'Christianisierung' im Osten - zur Lebensraumtheorie" von Hans-Peter Riese;
- "Geschichtswissenschaft gleichgeschaltet?" zum Buch "Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft", von Hermann Lohaus;
- "Unheilbares Deutschland" zum Buch "Student und Politik im geteilten Deutschland" des Kuratorium Unteilbares Deutschland (KUD) von Til Schulz;
- "Bücherreport";
- "Wissenschaftsreform und Studienreform. Eine exemplarische Skizze für die Jurisprudenz" von Eckhart Osborg;
- "Notstandsprofessor" zum Juristen Prof. Bernhardt, von Hubert Rottleuther;
- "Versuch einer Analyse" der Studentenproteste, von Prof. Hövels vor der medizinischen Fakultät im Dez. 1967, mit dem Kommentar "Kritische Ansätze";
- "Das Faß ohne Boden oder: Diskussionen als Alibi" von Fritz Glöde;
- "Bewußte Irreführung der Studenten. Beitrag zur Podiumsdiskussion am 17.1.1968" von Wetzel (SDS) zur Godesberger Erklärung der WRK;
- "Die Taktik des Rektor Rüegg" von L. Finke;
- "Zur Motivation der Godesberger Erklärung" von Walter Rüegg;
- "Studende geeche Professorn";
- "Der Fall Wenke" an der Universität Hamburg, von E. Neckermann;
- "Bundeswehroffiziere als Privatarmee für Thielicke" in der Hamburger Michaeliskirche;
- "Die Bremer Revolte" zum Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen in Bremen (vgl. 15.1.1968), von Til Schulz;
- "AUSS kommunistisch unterwandert?" von M. Lukasik;
- "'Unternehmen Studentenunruhen'" zum BGS in Alsfeld;
- "Der Kapitalismus und die Fachidioten. Zur Frankfurter Ringvorlesung: Wissenschaft und Gesellschaft" von Wolfgang Streeck;
- "Magnifizienzens Studenten-Maffia" zur Fachschaft Soziologie, von V. Weyel;
- "'Lehrstunde in Manipulation'?" zur Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE) von den Mitgliedern des Rates der Nichthabilitierten;
- "Nervus rerum: Devisenbilanz" zum 'Deutschen Studentenanzeiger', von H. Wolf;
- "Gibt es einen Fortschritt?" zur Fachschaft Sozialwissenschaft an der RUB Bochum;
- "Bundeswehr - Schule der Nation";
- "Knokke - Hors Concours" von Johannes Egenolff;
- "Mackie Messer, der Ballade dritte Folge" von Henrich von Nussbaum;
- "Aufgehängte Kunst" von Hans-Peter Riese;
- "Von der Wirklichkeit der Kunst" von Irma Reblitz;
- "Anagogisch!;
- Buchrezensionen;
- "Rauschgiftjugend röchelt noch" von Ulf Mathiesen;
- "Kleines Geläut" von Angelika Mechtel;

- "Konzentration III" von Elmar Barn; sowie
- "Spiel" von Hans Imhoff.
Q: Diskus Nr. 1/2, Frankfurt Jan. / Feb. 1968

Februar 1968:
Erste öffentliche Veranstaltung des sich neu konstituierenden RC in Oldenburg.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 9, Berlin 1968, S. 4

Februar 1968:
Bei den Beratungen über ein neues Schulverwaltungsgesetz (SVG) in Hamburg setzt sich der Vorstand des Hamburger Schülerparlaments (HSP - vgl. Juni 1968), laut Hermann Hanser (vgl. 19.4.1969), für unabhängige Schülervertretungen, Mitbestimmungsrecht der Schüler in ihren Angelegenheiten sowie fünf stimmberechtigte Schüler in der Lehrerkonferenz ein, kann sich aber nicht durchsetzen.
Q: AUSS-Info Nr. 5/6, Frankfurt 1969, S. 68f

Februar 1968:
Laut Peter Schütt (vgl. März 1968) darf Prof. Spuler seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, da "sich, einer Erklärung der Hamburger Schulbehörde zufolge, 'zahlreiche Schüler' für seine Rückkehr ausgesprochen hatten. Wie sich später herausstellte, hatten sich ganze vierzehn Unterschriften für einen entsprechenden Antrag gefunden.

Die Bewegung gegen die 'Braune Universität Hamburg' hatte immer wieder zahlreiche Studenten zur Aktion bewegt. Schütt fährt fort:"
Wesentlich geringeren Mobilisierungseffekt besaß dagegen die Hamburger 'Kritische Universität', die in ihrem ersten Semester mehr um kritische Aufklärung als um direkte Aktion bemüht war. Die KU blieb in Hamburg Randerscheinung, ihr fehlte von vornherein der Rückhalt innerhalb der Studentenschaft. Sie war nicht, wie in Berlin, das Ergebnis einer gesamtstudentischen Reflexion auf die Stellung der Hochschule in der Gesellschaft, sondern verdankte ihre Gründung der Information und Initiative einzelner, von der Masse der Studenten isolierter Aktivisten. Wie der aus ähnlichen Gründen in Hamburg in Anfängen steckengebliebene 'Republikanische Club' (RC, d.Vf.) füllte die Kritische Universität allenfalls Lücken und Leerstellen aus, ohne auf die etablierten Hochschulverhältnisse einzuwirken." Allerdings gab es auch Ausnahmen: "Die Hamburger Germanisten, die seit einigen Semestern zusammen mit ihren Berliner Kollegen eine studenteneigene kritische Zeitschrift 'Germanistikstudium' herausgeben, verstärkten ihre überregionalen Kontakte, sie leiteten zusammen mit Berliner und Bonner Kommilitonen eine kritische Auseinandersetzung mit den Monopoltendenzen des 'Germanistenpapstes' Benno von Wiese ein und unterstützen die Vorbereitungen zu einem studentischen 'Gegen-Germanistentag', mit dem während der nächsten Tagung des deutschen Germanistenverbandes in Westberlin gegen die Unterdrückung jeglicher Kritik durch die autoritäre Verbandsleitung protestiert werden soll."

Zur internationalen Solidarität im WS 1967/68 heißt es u.a.:"
Zwei Demonstrationen richteten sich gegen die Militärdiktatur in Griechenland und gegen ihre moralische, ökonomische und militärische Unterstützung durch die Bundesrepublik".
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 381 und 388f

Februar 1968:
Die DKP berichtet vom KPD-Verbot (vgl. 8.10.1970):"
Im Februar 1968 hatten schleswig-holsteinische Kriminalbeamte in einer Neumünsteraner Druckerei insgesamt 55 000 Exemplare des KPD-Parteiprogramms beschlagnahmt."
Q: Kommunist Extra KPD-Verbot aufheben, Hamburg O. J. (1971), S. 1

01.02.1968:
Lars Müller berichtet vom Freiburger Fahrpreiskampf (vgl. 2.2.1968), "am 1. Februar blockierten Tausende den Bertholdsbrunnen, um gegen die Erhöhung der Bus- und Straßenbahnpreise zu demonstrieren. Vier Tage lang dauerten die Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizei. Zum ersten Mal begehrte auch in Freiburg die Jugend gegen die Obrigkeit auf, wurden Formen des Zivilen Ungehorsams massenwirksam. … Es wäre 'wohl nicht anzunehmen, dass in Freiburg die Schüler und Lehrlinge den Betrieb [des Verkehrs] stören werden.' So schrieben die Verkehrsbetriebe an die Stadtverwaltung, wenige Tage nachdem die Zeitungen über erfolgreiche Fahrpreisdemonstrationen aus Bremen berichteten. Dennoch wollte die Direktion der Verkehrsbetriebe, bereits in bester Fastnachts-Laune, vorbereitet sein: 'Man könnte hier die bevorstehende Faschingszeit ausnutzen: Wenn sich jüngere Menschen auf Schienen bzw. Straßen setzen nicht gleich Polizei, sondern Lautsprecherwagen mit moderner Tanzmusik. (…) Damit könnten Spitzen gebrochen und alles mehr in das Humorige verbogen werden.' Das Ordnungsamt

beurteilte die Lage etwas ernster. Eine knappe Woche vor der geplanten Einführung erhöhter Straßenbahntarife wurde der Termin deshalb in letzter Minute um genau einen Monat auf den 1. März - und damit in die Semesterferien - verlegt. Am 1. Februar kamen dennoch Schüler und Studenten zum demonstrieren an die damals stark befahrene Straßenkreuzung am Bertholdsbrunnen. 'Gleich wirds grün' riefen sie im Chor am Straßenrand, gingen los, als die Ampel umsprang und blieben bei rot auf der Straße stehen. So war die Kreuzung blockiert. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und das selbstgerechte Leben der alten Nazis lag seit Monaten in der Luft. Mit der Blockade war sie von Freiburgs Schülern und Studenten endgültig aufgenommen und in die lokalen Auseinandersetzungen hineingetragen worden.

Die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhung, ein informeller Zusammenschluß sozialistisch organisierter Schüler, Studenten und Lehrlinge, hatte den Protest angezettelt. Im Demonstrationsaufruf zeigte sich, dass das Thema geeignet war, viele in ihrem Drang nach Protest zusammenzubringen. 'Wenn jetzt die Straßenbahnpreise erhöht werden sollen, dann sind die Betroffenen vor allem: Arbeiter, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten.' Zur ersten Freiburger Fahrpreisdemonstration kamen etwa 2000 Menschen, die von 13: 00 Uhr an die Kreuzung am Bertoldsbrunnen den ganzen Nachmittag über blockierten. Ein Stadtrat bemühte sich um Gespräche mit Demonstranten. Die aber bestanden darauf, mit dem Oberbürgermeister an Ort und Stelle persönlich zu reden. Der stellte sich ihnen allerdings nur auf dem Rathausplatz. Erst nachdem bekannt wurde, dass er zugesagt hatte, die Fahrpreiserhöhungen erneut zu prüfen, wurden die Blockaden am Abend beendet. Der erste Demonstrationstag hatte somit Erfolge gezeigt. Die Tariferhöhungen sollten überprüft werden, der Gemeinderat würde sich gleich in der nächsten Sitzung erneut mit dem Thema befassen, der Oberbürgermeister und andere Lokalpolitiker haben mit den Demonstranten auf der Strasse diskutiert."

Die Junge Garde der IAK (vgl. Feb. 1968) berichtet vermutlich von heute von einer Schülerdemonstration in Freiburg.
Q: Rundbrief - Junge Garde für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend, Frankfurt O. J. (1968); Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003

01.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheinen vermutlich heute die 'Informationen zur St.P.-Wahl' Nr. 1 (vgl. 5.2.1968) unter der Schlagzeile "Wenn die Hüllen fallen…" zur ADS.
Q: Informationen zur St.P.-Wahl Nr. 1, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

WENN DIE HÜLLEN FALLEN ...

Hans-Joachim Kemper (ADS-Vorstandsmitglied, Ex-RCDS-Vorsitzender) und Adolf Friedrichs (ADS-Gründungsmitglied, Leiter der philosoph. Fachschaft) gerieten mächtig in Wut, doch der Ältestenrat bestätigte: St.P.-Kandidaten müssen a l l e Vereinigungen, Verbindungen etc. angeben, in denen sie Mitglied sind. Also kam ans Licht, was man bisher tunlichst zu verschweigen suchte:

Von den "freien Studentinnen und Studenten" (so ADS-Flugblatt), die für die ADS kandidieren, waren die meisten so "frei von Ideologien", daß sie sich erst vom Wahlleiter schriftlich bitten lassen mußten, in der Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß sie ihre wahre Heimat im RCDS, in Corps und Verbindungen haben. Nur 2 (!!) von 24 Korporierten hatten freiwillig ihre Zugehörigkeit zu einer Korporation angegeben.

Nun kam es heraus:

Von 30 Kandidaten der ADS sind 2 RCDS-Mitglieder und 24 (in Worten: vierundzwanzig) Korporierte; nur 4 sind Unabhängige.

Auch sonst bedient sich die ADS einer Verschleierungstaktik. So zeigt es der "Fall Schmücker":

Schmücker, stellv. LSD-Vorsitzender, war bei einer öffentlichen ADS-Sitzung zugegen. Dieser 'Spitzel" durfte aber nicht während der ganzen Sitzung zugegen sein. Man beschloß, bei einigen Punkten wolle man ihn dabei sein lassen, andere Fragen werde man in einem nichtöffentlichen Teil behandeln, darunter z.B. die Hauptquellen der Gelder, mit denen der aufwendige Wahlkampf finanziert wird.

-- HAT DIE ADS ETWAS ZU VERBERGEN ?
-- WARUM WOLLTEN DIE ADS-LER IHRE ZUGEHÖRIGKEIT ZU ANDEREN GRUPPEN NICHT VON VORNHEREIN BEKANNTGEBEN ?
-- WARUM SCHEUT DIE ADS DIE ÖFFENTLICHKEIT ?

Eine Gruppe, die zu solchen Fragen Anlaß gibt, erweist sich für eine demokratische Universität als untragbar.

Elke Brude
Alexander von Oettingen
Jörg Panzer
Jürgen Reichel
H.G.Schmitz
Hans H. Tegtmeyer
Gisela Wellmann
Ernst Lobischer

01.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute das Flugblatt "Die Mitte ist sachlich!" zur ADS.
Q: Feuerborn et al.: Die Mitte ist sachlich!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

DIE MITTE IST SACHLICH !

Die Mitte ist sachlich ?

Wie sachlich ist die Mitte?

SO SACHLICH IST DIE MITTE :

Der Ältestenrat zwang auf der letzten StP-Sitzung die Kandidaten zum 28. StP, die Zugehörigkeit zu allen studentischen Verbindungen anzugeben.

Die Angabe einer Zugehörigkeit zu einer

			pol. Hochschulgruppe	Korporation
	erfolgte		freiwillig	gezwungen
Wahlkreis	N a m e			
Volkswirte	2. Lachenauer	ADS		Allemania
	3. Sauerteig	ADS		Rheno-Nicaria
213	4. Buntzel	ADS		Allemania
	6. Waadt	ADS		Normannia
	7. Gerhard	ADS		VDSt.
Juristen	3. Lachenauer	ADS		Allemania
	5. Merkel	ADS		Leonensia
	6. Andres	ADS		Rhenania
	9. Breivogel, Fri.	ADS/RCDS		
	10. Rassek	ADS		Ferdinandea
	11. Hahn	ADS		Ghibellina
	15. Berger	ADS		Frankonia
	16. Schrepfer	ADS		Ferdinandea
Math./Nat.	2. Bohnert	ADS + RCDS		
	10. Kemper	ADS		
Philosophen	7. v. Cdijk	ADS	Gezwungen!	Arminia
	20. Aries	ADS		Nassovia
	25. Wünschel	ADS		Arminia
Biologen	2. Fischer	ADS		
	3. Rojahn	ADS		Vandalo Guesph.
	4. Glöckner	ADS		Allemania
Vorkliniker	2. Wolfrum	ADS	Stauffia	
	3. Hoppe	ADS		Rhenania
	7. Kühn	ADS		Allemania
	8. Künkel	ADS		Stauffia
	10. Becker	ADS		
Kliniker	1. Junger	ADS	Allemania	
	5. Rassek	ADS		Ferdinandea
	10. v. Mühlenfels	ADS		Ferdinandea

Facit: 2 Kandidaten der ADS gaben ihre Zugehörigkeit zu einer Verbindung freiwillig an!

Erst anhand dieser Tabelle kann man verstehen, warum sich die beiden Vorstandsmitglieder der ADS, H.-J. Kemper und A. Friedrich, auf der letzten Parlamentssitzung derart heftig gegen die Angabe a l l e r studentischen Vereinigungen im Wahlinfo wehrten.

Beispiele sachlicher Mitarbeit des "Mitte"-vorstandsmitglieds H.-J. K e m p e r im Studentenparlament:

In der letzten Parlamentsperiode 2 durch Geschäftsordnungsanträge abgebrochene Sitzungen
In der letzten StP-Sitzung wegen ungebührlichen Benehmens aus dem Sitzungssaal verwiesen. Da er der Aufforderung nicht folgte, mußte sich das Parlament auflösen.

D. Feuerborn Ch. Richartz J. Montag J. Kühner

01.02.1968:
In Berlin hatte die KU zum "Springer-Tribunal" um 20 Uhr im Hörsaal HE 101 der TU aufgerufen.
Q: KU: Springer-Tribunal, Berlin O. J. (1968)

KU | KRITISCHE UNIVERSITÄ

Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von Westber

Frauenmörder saß nackt am Tatort! Man sollte dem Tierquäler die Finger abhacken! Der Kanzler gab den Bergleuten sein Wort! Nackter Mann mit Maske überfällt Schulkinder - Eltern in Sorge! 18jähriger vor Gericht: Macht mich zum Mädchen! Das Opfer hat selbst schuld! Falscher Kammersänger verführte Minderjährige! Muttermord für 240 DM! Mord im Blindenheim! Mutter warf ihr Baby weg! Falscher US-Polizist biß in den Teppich!

DO. 1. FEBR. 20 h

TU Hörsaal HE 101

Dürfen Studenten über BILD-Leser lachen?
Wer ist klüger: Arbeiter oder Studenten?
Weiß nur der Student von der Unterdrückung?
Sind Arbeiter dumm?
Genügt das Aussprechen der Wahrheit?
Warum reagieren Arbeiter darauf aggressiv?
Gehören Studenten zur herrschenden Klasse?

WIE KÄMPFT MAN GEGEN DIE MANIPULATEURE?

Arbeitskreis der Kritischen Universität SPRINGER TRIBUNAL beginnt den Kampf.

springer - tribunal

01.02.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein "Offener Brief an die Berliner", unterzeichnet von je einem Studenten der FU, PH und TU, der darum bittet, die Studenten nicht "mit einer radikalen Minderheit gleichzusetzen".
Q: Göpelt, P. et al.: Offener Brief an die Berliner, Berlin O. J. (1968)

Offener Brief an die Berliner

1.26

Berliner und Berlinerinnen!

Immer geringer erscheint die Möglichkeit, Interesse und Verständnis für die Probleme der Studenten zu bewahren oder gar neu zu entwickeln. Mißverstehen auf der einen, Provokation auf der anderen Seite erschweren jede Diskussion. Wir, die unterzeichneten Studenten der FU, TU, PH wehren uns hiermit nicht nur gegen jeden Versuch, uns mit einer radikalen Minderheit gleichzusetzen, sondern distanzieren uns auch auf das energischste von Provokationen und Krawallen sowie allen Demonstrationen, die das legale Maß berechtigten Protestes überschreiten. Den unbestreitbaren Mängeln an den Hochschulen werden wir abhelfen durch Reform, nicht durch Revolution. Denn wir wollen die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht beseitigen, sondern verbessern. Wir erstreben auch keine Arrangements mit dem SED-Regime, sondern hoffen, daß die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik nicht ab- sondern ausgebaut werden. Wir protestieren nicht nur gegen den Schah, sondern auch gegen Ulbricht, nicht nur gegen den Krieg in Fernost, sondern vor allem gegen die Mauer in der eigenen Stadt. Und uns erregt nicht nur die Unterdrückung der Vietnamesen, sondern auch und gerade die Unterdrückung unserer eigenen Landsleute in Mitteldeutschland. Wir bekennen uns zum Grundgesetz, zur parlamentarischen Demokratie und zur Bundesrepublik Deutschland, denn wir wissen, daß sie allein Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit für uns alle garantieren. Daran wird auch die lautstarke Aktivität einer radikalen Minderheit unter uns nichts ändern!

FU: gez. Ingo Fiebiger
TU: gez. Lutz Bewig
PH: gez. Peter Göpelt

- -

Mit dem Inhalt dieser Erklärung bin ich einverstanden.

Unterschrift:

Adresse:

Zu schicken an P. Göpelt, 1 Berlin 46, Malteserstr. 90 b. Schmidt

01.02.1968:
An der FU Berlin ruft der AStA mit einem Flugblatt auf zur Uni-VV am 2.2.1968. Auf der Rückseite wird die Aufführung des Münchner Rationaltheaters am 5.2.1968 angekündigt.
Q: AStA FU: Freitag 2.2.68…, Berlin 1.2.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, den 1.2.1968
Argystr.20
Tel. 76 90 2246

FREITAG

2.2.68

14 UHR

VOLLVERSAMMLUNG ALLER FAKULTÄTEN IM AUDIMAX

das münchner rationaltheater
ein politisches Kabarett
8 München 13
Hohenzollernstr. 74
Telefon 34 97 24

Presseinformation

Das Münchner Rationaltheater wurde im Februar 1965 gegründet. Es stand von Anfang an fest, daß es ein ausschließlich politisch und soziologisch orientiertes Programm bieten sollte. Dieses Vorhaben ließ sich ohne Dokumentation nicht verwirklichen, deshalb verwendete das Rationaltheater als erstes Kabarett Tonbandaufnahmen, Dias und Filme, szenische Mittel, die inzwischen längst im Kabarett heimisch geworden sind.
Durch Zufall fand sich im dritten Programm des Rationaltheaters "Was Recht ist muß rechts bleiben" eine Lübke-Nummer, die dann den bekannten Lübke-Rummel auslöste. Das Rationaltheater wurde nämlich durch die Angriffe der Presse praktisch dazu gezwungen, sein Lübke-Bild entscheidend zu erweitern. Dies geschah durch eine Ausstellung von Dokumenten, auf die sehr viel Recherchierarbeit verwendet wurde. Die Ausstellungen wurden auch prompt beschlagnahmt, mußten aber wieder freigegeben werden, weil Lübke es vorzog, keine Ermächtigung zur Strafverfolgung zu geben.
Wenn heute die Illustrierte "Stern" in etwa den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen des Rationaltheaters erbringen konnte, so geschah dies ausschließlich mit Dokumenten, die schon im Sommer 1966 im Rationaltheater zu besichtigen waren. Damals allerdings polemisierte Stern-Autor Arnau noch sehr scharf gegen das Rationaltheater.

Um dem Kabarett neue Formen und Möglichkeiten zu erschließen und es vom Beigeschmack der "Kleinkunst" zu befreien, hat das Rationaltheater bekannte Autoren als Texter gewonnen. So werden im neuen Programm "So legt man Euch Ihr Brüder" u.a. Wolfgang Graetz, Heinar Kipphardt und Martin Walser mit Texten vertreten sein.

Von der Kritik wurde das Rationaltheater als scharfes Kabarett begrüßt, wobei die Kritiken im einzelnen - und dies scheint ein Zeichen für die Geschlossenheit der Aussagen im Programm zu sein - oft weit auseinander gingen in ihrer Beurteilung. So wurde z.B. das letzte Programm "Heute Schlachtschüssel" von drei verschiedenen Kritikern als a) "sehr weich und dadurch fernsehreif", b) "urmarxistisch, verbohrt" und c) als "eines der wichtigsten Kabarettprogramme, die es bisher in der BRD gab", bezeichnet.

5. FEB., 2015, AUDI-MAX

SO LEGT MAN EUCH, IHR BRÜDER

Vorverkauf: AStA der FU, TU und Abendkasse

01.02.1968:
An der FU Berlin ruft, laut einer handschriftlichen Datierung heute, die Studentenvertretung der Phil. Fak heute mit dem Flugblatt "Können se nich, wolln se nich, dürfen se nich?" zum Romanischen Seminar und zur Uni-VV am 31.1.1968 auf zu einer weiteren Uni-VV am 2.2.1968.
Q: SV Phil Fak: Können se nich, wolln se nich, dürfen se nich?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E 7 2
1-2-68

Können se nich, wolln se nich, dürfn se nich ?

Dezember '67 Nachdem die Professoren des Romanischen Seminars (RS) sich aus formalen Gründen weigern, mit ihren Studenten über das Grundstudium (GS) zu diskutieren, beschließt eine Vollversammlung des RS, über Sinn und Ziel des GS in den Grundstudiumskursen zu diskutieren.

17.Januar 68 Auf der Fakultätssitzung der Phil.Fak. wird Klage erhoben über die "Flegeleien" der Studentenvertretung und der "sogenannten Vollversammlung", die die Dozenten von der wissenschaftlichen Arbeit abhielten.

24.Januar 68 Die Studenten des RS werden für eine Woche aus den Seminaren und Vorlesungen ausgesperrt, nachdem zuvor die angekündigten Diskussionen in den Grundstudiumskursen durchgeführt wurden.
Die Institutsleitung bespricht ihr Vorgehen mit Stellen des Berliner Senats.
Der Rektor verurteilt das studentische Bemühen um Diskussion über das GS in einer Presseerklärung als "gezielte Provokation".
Die Vollversammlung der Studentendes RS spricht ihrer Studentenvertretung ihr Vertrauen aus und beschließt, ihr Studium selbst zu organisieren.

30.Januar 68 Die Vollversammlung der Phil.Fak. fordert u.a., daß die "Hohe Fakultät" auf ihrer Sitzung am 31.Januar als einzigen Tagesordnungspunkt (TOP) die Vorfälle am RS behandelt und öffentlich, d.h. zusammen mit einer VV aller Fakultäten im Audimax diskutiert. Sie fordert weiter: Aussetzung der Zwischenprüfung bis zu einer Neuregelung des GS und adäquate Beteiligung der Studenten (mit Einspruchsrecht) in den Instituten und Fakultäten.
Nur ein Professor zeigt sich zur Diskussion mit der VV bereit; Rektor, Dekan und Direktor des RS folgen der Einladung der Studentenvertretung nicht.

31.Januar 68
9.00 Uhr: Auf einer Diskussionsveranstaltung im RS weigern sich die Dozenten, grundsätzliche Änderungen am GS zuzulassen und nehmen nicht dazu Stellung, daß ihnen aufgrund der Schließung des Romanischen Seminars von der VV der Phil.Fak. das Mißtrauen ausgesprochen wurde.

14 Uhr Vollversammlung aller Fakultäten, gleichzeitig Sitzung der "Hohen Fakultät"
Die Fakultät lehnt die Forderung des studentischen Sprechers nach sofortiger öffentlicher Diskussion über die Aussperrung am RS ab und belaßt die Tagesordnungspunkte "Grundstudium, Vertraulichkeit und Bericht über das RS" am Ende der Tagesordnung. Die Fakultät geht auch nicht auf Kompromißvorschläge des studentischen Sprechers ein, sie stellt ihn vielmehr vor die Alternative, entweder die Vertraulichkeit zu wahren oder die Sitzung zu verlassen.
Der studentische Sprecher erklärt die Vertraulichkeit als mit den Interessen der Studenten unvereinbar, verläßt die Sitzung und erstattet der Vollversammlung Bericht.
Die Vollversammlung im Audimax billigt ausdrücklich das Verhalten des studentischen Sprechers und beschließt, ihren Sprecher zur Unterstützung ihrer Forderung zur Fakultätssitzung zu begleiten. Zunächst wird eine Delegation (Landsberg, Runge, Lönnecke) gewählt, die der "Hohen Fakultät" die studentischen Forderungen vorträgt. Die Delegation kehrt unverrichteter Dinge zur Vollversammlung zurück, worauf diese einhellig beschließt, ihren Tagungsort in die Boltzmannstraße (Tagungsort der Hohen Philosophischen Fakultät) zu verlegen.

3. 1. Als die Studenten in der Boltzmannstr. ankommen sind die Türen zum
0016.30 Sitzungssaal der "Hohen Fakultät" geschlossen und die Studenten ausgesperrt. Auf das nochmalige Angebot der Studenten, in das Audi Max zurückzukehren, wenn die "Hohe Fak." mit ihnen diskutieren wolle, ergeht der lapidare Bescheid, " wir tagen weiter! "
Die folgenden Diskussionen führen zu dem Beschluss der VV, die Tür zum Sitzungsaal in einer dem Verhalten der "Hohen Fakultät" angemessenen Weise zu öffnen und damit die Öffentlichkeit der Sitzung herzustellen.
Wiederholte Anrufe führten lediglich dazu, dass sich Herr Prof. Gollwitzer gegen den Willen der "Hohen Fak." bereit erklärt, zu den Studenten zusprechen, wobei diese darauf verzichteten , sien Verlassen der "Hohen Fak." zu nutzen, um in den Sitzungsaal zu gehen. Während der Diskussion erklärt HerrGollwitzer von sich aus, mit den von der VV dazu delegierten Asta-Vorsitzenden Landsberg und dem PhilFak-Sprecher Wiesand in die "Hohe Fak." zu gehen. Dort solle der Vorschlag der VV,diskutiert werden, wonach entweder am nächsten Tag eine öffentliche Sitzung durchgeführt werden solle, odernach 30 Minuten ihr Beschluss ausgeführt werde, die Öffentlichkeit der sitzung durch Öffnen der Türen herzustellen.
HerrGollwitzer wird in den Sitzungsaal hereingelassen, der studentischen Delegation schlägt man die Tür vor der Nase zu. Nach Ablauf der 30 Minuten erscheint Herr Gollwitzer erneut und unterrichtetd die VV von der Weigerung der"Hohen Fak. ", den Asta-Vorsitzenden LAndsberg zu empfangen und darüber zubeschliessen, am nächsten Tag eine öffentliche stizung im Audi-Max durchzuführen. In diesem Moment verschaffen sich die Studenten endgültig Zugang zur " Hohen Fak.
Währenddessen diskutiert der im Treppenhaus verbleibende Teil der Studentenschaft die Haltung der " Hohen Fak." und beschliesst, diese noch einmal aufzufordern die Delegation zu empfangen, die Beratungen der " Hohen Fak. " jedoch auf 10 Minuten zu befristen. Im gleichen Augenblick verlassen die Mitglieder der " Hohen Fak. den Sitzungssaal durch die Nebentür und steigen über die auf der Treppe sitzenden Studenten hinweg.
Der Konventsvorsitzende stellt fest, dass die Professoren damit die Interessen der Studenten mit Füssen treten.

++++++++++++++++++++++++++++

Informationsblatt der Studentenvertretung der PHIL. FAK.

++++++++++++++++++++++++++++

Vollversammlung alle
Fakultäten — Freitag 2.2.
Audi - Max - 14 Uhr

01.02.1968:
Der RCDS an der FU Berlin gibt, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Repressive Demokratie" heraus zu den Vorfällen auf der Uni-VV am 31.1.1968.
Q: RCDS FU: Repressive Demokratie, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Foto 2
1.2.67

REPRESSIVE DEMOKRATIE

AM 31.1. fand eine Vollversammlung aller Fakultäten über die Vorfäl
am Romanischen Seminar statt.
Nach lägerer Diskussion wurden dort zwei Forderungen an die zu glei
Zeit am Germanischen Seminar tagende Hohe (Phil) Fakultät gestellt:
Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung und sofortige Behandlung
Vorfälle am Romanischen Seminar.

Die Professoren lehnten das Verlangen ab, stellten aber in Aussicht
in TOP 12 ein neuer Fakultätsbeschluss über die Aufhebung der Vertr
lichkeit gefaßt werden würde. Darauf beschloss die Versammlung , vo
den Räumen der Hohen Fakultät ein Sit-in zu veranstaltn.

Zu Beginn wurde der Antrag von T. Fichter angenommen, die Türen zur
Sitzungssaal aufzubrechen. Die Verwirklichung des Beschlusses unter
zunächst, da Prof. Gollwitzer versuchte zu vermitteln.
Obwohl die Versammlung erst die Abstimmung in der Fakultät abwarten
te, ehe zu konkreten Aktionen geschritten werden sollte, wurde eine
eingetreten, während Gollwitzer noch um einen Kompromiß bemüht war.

Die Kommilitonen Runge, Foof, Popp und Töpffer stellten sich vor di
Tür und versuchten mit passivem Widerstand der Versammlungsmehrheit
sprechend weitere Gewaltanwendung zu verhindern.

Von dem weiteren Geschehen einige Beispiele:

Bei dem Versuch, das Vordringen einer Minderheit zu verhindern, wur
die Konventsabgeordneten Runge und Foof getreten. Ersterem wurde di
Brille aus dem Gesicht geschlagen, eine Zigarette auf der Hand ausg
drückt. Runge wurde u.a. von Lefèvre (SDS) tätlich angegriffen.
Runges Vorwurf, dies seien faschistische Methoden, beantwortete
Wiesand (SDS/HSU) mit einem Schlag auf den Kopf.

Fichter (SDS) rief den hinausgehenden Professoren zu: "Wir sind noc
viel zu mildtätig gewesen, ihr Schweine!"

Kommilitone Blankertz: "Professoren ins KZ!"

Antrag der ASTA-Ref. Fronius: Die Wände des Germ. Sem. mit Farbe zu
schmieren. "Wer nicht hören will, muss lesen!"

Prof. Gollwitzer,"linken" Studenten durchaus wohlgesonnen, wurden v
diesen niedergeschrien.

Dies Sit-in hat deutlich gezweigt, daß Terror das bevorzugte Kampfm
tel gerade derjenigen ist, die sich als Gralshüter der Demokratie a
spielen. Wir rufen die Studentenschaft auf, sich von diesen Method
zu distanzieren.

Wir fordern den Konventspräsidenten auf, dieses Sit-in am Montag,
um 15.Uhr im Audi Max in einer außerordentlichen Konventssitzung d
kussieren zu lassen.

RCDS - FU

gez. Ulrich Grasser
Vorsitzender

01.02.1968:
Innerhalb des Republikanischen Clubs (RC) Dortmund (vgl. 26.1.1968, 2.2.1968) verbreitet der Vorstand die 'RC-Informationen' Nr. 3 (vgl. 8.1.1968):"
1. RAUMFRAGE: Die Schwierigkeiten für den Republikanischen Club Räume zu mieten, waren größer als erwartet. Eine genaue Mitteilung über die bevorstehende Entscheidung in der Raumfrage hoffen wir Ihnen in der Mitgliederversammlung geben zu können.

2. ARBEITSKREIS NEOFASCHISMUS: Aufgrund der Initiative einiger Clubmitglieder hat sich der Arbeitskreis Neofaschismus gebildet. Er will zu diesem Problem eine Materialsammlung anlegen und Möglichkeiten erörtern, wie dem Neofaschismus im Dortmunder Raum begegnet werden kann. Anläßlich einer Information aus französischen Pressekreisen ist der Rep. Club mit einem Brief an den Oberbürgermeister von Dortmund und an die Öffentlichkeit getreten (vgl. 26.1.1968, d.Vf.). Der OB und die Presse haben inzwischen darauf reagiert. (Siehe: WAZ v. 29.1. und 30.1.1968, RN vom 30.1.1968 und WR vom 30.1.1968; ein Abzug des Briefes an den OB sowie die Presseerklärung des Rep. Clubs sind beigefügt).

3. FINANZLAGE: Wir möchten Sie an die Überweisung der fälligen Mitgliedsbeiträge und Spenden erinnern. Eine reibungslose organisatorische Arbeit erfordert von der Miete bis zum Briefporto Geld.

4. ENTSCHULDIGUNG: Wir bitten Sie um Entschuldigung (und Verständnis), weil wir aufgrund der Schwierigkeiten in der Übergangsphase bis zur räumlichen Etablierung nicht immer alle Mitglieder ausreichend informieren konnten.
…
NACHTRAG ZU PUNKT 1: Eine endgültige Entscheidung in der Raumfrage ist gefällt worden. Der Rep. Club zieht auf dem Südwall 31 ein."
Q: RC Dortmund: RC-Informationen Nr. 3, Dortmund 1.2.1968

02.02.1968:
Lars Müller berichtet vom Freiburger Fahrpreiskampf (vgl. 1.2.1968, 6.2.1968):"
Um dem Erfolg Nachdruck zu verleihen, wurden die Blockaden am folgenden Tag fortgesetzt."
Q: Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003.

02.02.1968:
Im Raum Mannheim findet, laut 'Roter Morgen', ein Treffen der dem 'Roten Morgen' nahestehenden Genossen statt, die sich als Gruppe Roter Morgen Mannheim konstituieren und eine Leitung wählen. "Politisch wurde beschlossen: Den Imperialismus und an seiner Spitze den derzeit aggressivsten Vertreter, den der USA zu bekämpfen, den Revisionismus unaufhörlich anzugreifen, die nationale Bourgeoisie zu schwächen mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats zu errichten, die einzig und allein der Weg zur Errichtung des Sozialismus ist". Anwesend ist u.a. auch Helmut Günter, der in der KPD-Zeitschrift 'Freies Volk' als "Agent des Verfassungsschutzes" bezeichnet wird.
Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968, S. 6

02.02.1968:
In Berlin wird vermutlich heute eine Übersicht über Veranstaltungen in den nächsten Wochen erstellt.
Q: N. N.: Veranstaltungen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

VERANSTALTUNGEN

2.2.	FU-Audimax	Vorbereitung zur Sitzdemonstratio Griechische Militärmission)
3.2.	11-13	Sitzstreik, im Anschluss daran
		Diskussion im Audimax FU
6.2.	2o h Audimax TU	KU Vollversammlung
9.2.	19-24 Audimax TU	Springer Hearing
1o.2.	14,3o-23 dto	dto
11.2.	1o-22 dto	dto
12.2.	2o h HE 1o1	Hanoi-Film Vietnam Veranstaltung
13.2.	FU-Hörsaal A	Kuba-Bolivien
14.2.	Filmstudio-FU Audimax	?????
16.2.	TU HE 1o1	Kuba Wochenschau
17.2.	TU audimax	Vietnamkongress

02.02.1968:
An der FU Berlin findet um 14 Uhr im Audimax eine Vollversammlung statt, zu der u.a. heute der AStA aufruft und einen Antrag vorlegt.

Der Rektor gewährt den Raum nur unter der Auflage, dass nicht zu strafbaren Handlungen aufgefordert werde.

Gellhardt, Lagodzinski und Zinser legen der Vollversammlung einen Alternativantrag zum Antrag des AStA vor, der sich für Schwerpunktstreiks und Go-ins ausspricht. Verabschiedet wird eine Resolution, die diesen Antrag teilweise annimmt.

Die Studentenvertretung des Institut für Germanistik rief dazu auf mit einem Flugblatt, das auch zur Kandidatur zur Studentenvertretung auffordert.
Q: AStA FU: Freitag…, Berlin 2.2.1968; AStA FU: Der Rektor der Freien…, O. O. (Berlin) O. J. (1968);Gellhardt et al.: Die Vollversammlung…, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: Resolution der Vollversammlung aller Fakultäten am 2.2.1968, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 2.2.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 2027

FREITAG

2.2.68

14 UHR

VOLLVERSAMMLUNG ALLER FAKULTÄTEN

Antrag einer Resolution der Vollversammlung aller Fakultäten am 2.2.1968

Die Vollversammlung aller Fakultäten solidarisiert sich mit den Studenten der Philosophischen Fakultät in ihrer Auseinandersetzu mit der Hohen Fakultät und dem Lehrkörper des Romanischen Semin

Sowohl die Aussperrung der Romanistik-Studenten in der Woche vom 24.-30.I.1968, während der Ordinarien, Dozenten und Assistenten denLehrbetrieb einstellten, als auch das Verhalten der Hohen Phil sophischen Fakultät am 31.I.1968, die die Forderung nach öffentlicher Diskussion von mehr als 800 Studenten ignorierte, zeigen deutlich, daß die Ordinarien noch immer glauben, Kraft ihrer institutionell garantierten Macht über die Studenten beliebig Maßnahmen verhängen zu können. Anlaß der Aussperrung war der angebliche Terror von Studenten, die in Lehrveranstaltungen versuchten, die Diskussion über das Grundstudium zu führen. Die Professoren selbst hatten jedoch die Studenten gezwungen, die Diskussionen in den einzelnen Lehrveranstaltungen als ihre letzte Möglichkeit an zusehen, eine Änderung des gegenwärtigen Grundstudiums zu erreic

Das Grundstudium in der Philosophischen Fakultät wurde in s sein gegenwärtigen Form vor fast drei Jahren gegen die Argumentation Studenten von den Ordinarien eingeführt. Der prinzipielle Mangel dieses Grundstudiums besteht darin, daß es einen Teil der unkoor nierten, keiner inhaltlichen Auseinandersetzung unterworfenen Lei veranstaltungen der einzelnen, auf ihre Eigenbrödelei pochenden Lehrstühle einfach obligatorisch setzt und nach xx vier Semestern eine Ausleseprüfung vorschreibt, die nach diesem chaotischen Grun studium notwendig auf eine Wissensprüfung hinauslaufen muß. Dieser Mangel ist direktes Resultat der Situation, daß die Professoren jede inhaltliche, an Ausbildungszielen orientierte oder gar Planu von integrativen Studienprogrammen als Angriff auf ihre Lehrfreih verstehen. So erklärten sich denn auch die Fakultät und selbst di einzelnen Institute für inkompetent, in eine gemeinsame Diskussi über die inhaltliche Gestaltung des Grundstudiums einzutreten, we allein der jeweilige Dozent zu entscheiden habe, was und wie in s ner Lehrveranstaltung gearbeitet wird. Als aber Studenten des Ro nischen Seminars versuchten, mit dem allein zuständigen Dozenten in seiner Lehrveranstaltung über die Änderungen des Studiums zu kutieren, wurden sie als Terroristen denunziert und ihr Versuch

b.w.

Vorwand genommen, durch die Einstellung des Lehrbetriebes der Diskussion zu entgehen.

Trotz der Forderung der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät vom 30.1. und der Vollversammlung aller Fakultäten vom 31.1., die Aussperrung am Romanischen Seminar in öffentlicher Diskussion zu erörtern, zeigte sich die Hohe Philosophische Fakultät am 31.1. entschlossen, diese Vorfälle routinemäßig, gegen Ende der Tagesordnung, lediglich in Form eines Berichts und natürlich hinter verschlossenen Türen abzuhandeln. Damit demonstrierte sie nur das Prinzip des Ordinarienregiments: Die studentischen Vertreter werden überstimmt, Maßnahmen werden über die Studenten verhängt, Kritik ist in unverbindlichen Gesprächen erlaubt; dringen jedoch die Studenten darauf, an der zu den Entscheidungen führenden Diskussion teilzunehmen, setzen sie sich dafür ein, daß Entscheidungen auf Grund erzielter Diskussionsergebnisse, nich Kraft institutioneller Gewalt getroffen werden, fällt die liberale Maske von den Ordinariengesichtern, und mit dem Gestus von Feudalherren lassen sie wissen; "Wir beugen uns nicht dem Druck der Gosse".

Die Vollversammlung aller Fakultäten würde es begrüßen, wenn nicht erst eine gewaltsam geöffnete Tür die Ordinarien veranlassen würde, ihre autokratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Die Vollversammlung aller Fakultäten sieht sich jedoch außer Stande, das gewaltsame Öffnen der Tür zu verurteilen, weil sie sich sonst - angesichts der unbeirrten Herrschaftsausübung durch die Ordinarien - notwendig zur Resignation bekennen müßte.

Den von der Vollversammlung aller Fakultäten abgelehnten Alternativantrag der Antragsteller Gellhardt, Lagodzinski, Zinser und AStA zu diesem Absatz finden Sie auf der nächsten Seite.

Die Antwort der Studentenschaft auf die Ignoranz der Ordinarienuniversität kann nur die Entmachtung jener Ordinarien sein: Die Vollversammlung aller Fakultäten spricht sich deshalb für Schwerpunktstreiks und CO IN's aus, die die an der Universität Etablierten und deren Vorstellungen ebenso blockieren und ignorieren wie es die Ordinarien mit der Studentenschaft bzw. deren Beschlüssen tuen. Die Diskussion in den Lehrveranstaltungen über die Inhalte und Organisation des Studiums muß ebenso weitergeführt werden, wie die studentische Selbstorganisation des Studiums. Die Vollversammlung aller Fakultäten schlägt vor, daß sich die andiesen Aktionen interessierten Studenten in fakultätsspezifischen Ausschüssen zusammenfinden, um gemeinsam ihre Erfahrungen Und Schwerpunkte ihrer Argumentation zu beraten und zu veröffentlichen.

Die Vollversammlung aller Fakultäten

Antrag einer Resolution der Vollversammlung aller Fakultäten am 2.2.1968

Die Vollversammlung aller Fakultäten solidarisiert sich mit den Studenten der Philosophischen Fakultät in ihrer Auseinandersetzu mit der Hohen Fakultät und dem Lehrkörper des Romanischen Semina

Sowohl die Aussperrung der Romanistik-Studenten in der Woche vom 24.-3o.I.1968, während der Ordinarien, Dozenten und Assistenten denLehrbetrieb einstellten, als auch das Verhalten der Hohen Phil sophischen Fakultät am 31.I.1968, die die Forderung nach öffentlicher Diskussion von mehr als 8oo Studenten ignorierte, zeigen deutlich, daß die Ordinarien noch immer glauben, Kraft ihrer institutionell garantierten Macht über die Studenten beliebig Maßnahmen verhängen zu können. Anlaß der Aussperrung war der angebliche Terror von Studenten, die in Lehrveranstaltungen versuchten die Diskussion über das Grundstudium zu führen. Die Professoren selbst hatten jedoch die Studenten gezwungen, die Diskussionen i den einzelnen Lehrveranstaltungen als ihre letzte Möglichkeit an zusehen, eine Änderung des gegenwärtigen Grundstudiums zu erreic

Das Grundstudium in der Philosophischen Fakultät wurde in s seine gegenwärtigen Form vor fast drei Jahren gegen die Argumentation Studenten von den Ordinarien eingeführt. Der prinzipielle Mangel dieses Grundstudiums besteht darin, daß es einen Teil der unkoor nierten, keiner inhaltlichen Auseinandersetzung unterworfenen Lei veranstaltungen der einzelnen, auf ihre Eigenbrödelei pochenden Lehrstühle einfach obligatorisch setzt und nach zu vier Semestern eine Ausleseprüfung vorschreibt, die nach diesem chaotischen Grun studium notwendig auf eine Wissensprüfung hinauslaufen muß. Dieso Mangel ist direktes Resultat der Situation, daß die Professoren jede inhaltliche, an Ausbildungszielen orientierte oder gar Planu von integrativen Studienprogrammen als Angriff auf ihre Lehrfreih verstehen. So erklärten sich denn auch die Fakultät und selbst di einzelnen Institute für inkompetent, in eine gemeinsame Diskussi über die inhaltliche Gestaltung des Grundstudiums einzutreten, we allein der jeweilige Dozent zu entscheiden habe, was und wie in s ner Lehrveranstaltung gearbeitet wird. Als aber Studenten des Ro nischen Seminars versuchten, mit dem allein zuständigen Dozenten in seiner Lehrveranstaltung über die Änderungen des Studiums zu kutieren, wurden sie als Terroristen denunziert und ihr Versuch

b.w.

Vorwand genommen, durch die Einstellung des Lehrbetriebes der Diskussion zu entgehen.

Trotz der Forderung der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät vom 30.1. und der Vollversammlung aller Fakultäten vom 31.1., die Aussperrung am Romanischen Seminar in öffentlicher Diskussion zu erörtern, zeigte sich die Hohe Philosophische Fakultät am 31.1. entschlossen, diese Vorfälle routinemäßig, gegen Ende der Tagesordnung, lediglich in Form eines Berichts und natürlich hinter verschlossenen Türen abzuhandeln. Damit demonstrierte sie nur das Prinzip des Ordinarienregiments: Die studentischen Vertreter werden überstimmt, Maßnahmen werden über die Studenten verhängt, Kritik ist in unverbindlichen Gesprächen erlaubt; dringen jedoch die Studenten darauf, an der zu den Entscheidungen führenden Diskussion teilzunehmen, setzen sie sich dafür ein, daß Entscheidungen auf Grund erzielter Diskussionsergebnisse, nich Kraft institutioneller Gewalt getroffen werden, fällt die liberale Maske von den Ordinariengesichtern, und mit dem Gestus von Feudalherren lassen sie wissen; "Wir beugen uns nicht dem Druck der Gosse".

Die Vollversammlung aller Fakultäten würde es begrüßen, wenn nicht erst eine gewaltsam geöffnete Tür die Ordinarien veranlassen würde, ihre autokratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Die Vollversammlung aller Fakultäten sieht sich jedoch außer Stande, das gewaltsame Öffnen der Tür zu verurteilen, weil sie sich sonst - angesichts der unbeirrten Herrschaftsausübung durch die Ordinarien - notwendig zur Resignation bekennen müßte.

Den von der Vollversammlung aller Fakultäten abgelehnten Alternativantrag der Antragsteller Gellhardt, Lagodzinski, Zinser und AStA zu diesem Absatz finden Sie auf der nächsten Seite.

Die Antwort der Studentenschaft auf die Ignoranz der Ordinarienuniversität kann nur die Entmachtung jener Ordinarien sein: Die Vollversammlung aller Fakultäten spricht sich deshalb für Schwerpunktstreiks und CO IN's aus, die die an der Universität Etablierten und deren Vorstellungen ebenso blockieren und ignorieren wie es die Ordinarien mit der Studentenschaft bzw. deren Beschlüssen tuen. Die Diskussion in den Lehrveranstaltungen über die Inhalte und Organisation des Studiums muß ebenso weitergeführt werden, wie die studentische Selbstorganisation des Studiums. Die Vollversammlung aller Fakultäten schlägt vor, daß sich die andiesen Aktionen interessierten Studenten in fakultätsspezifischen Ausschüssen zusammenfinden, um gemeinsam ihre Erfahrungen Und Schwerpunkte ihrer Argumentation zu beraten und zu veröffentlichen.

Die Vollversammlung aller Fakultäten

Die Vollversammlung aller Fakultäten fordert:

- Die öffentliche Diskussion und Beschlußfassung der Hohen Philosophischen Fakultät über ihre Tagesordnungspunkte der abgebrochenen Fakultätssitzung:
  11) Studienreformkommission
  12) Vertraulichkeit der Fakultätssitzungen
  13) Schließung des Romanischen Seminars.
- Prinzipielle Öffentlichkeit der Sitzungen aller Fakultäten.
- Garantie durch Beschlüsse aller Fakultäten, Aussperrungen nicht zuzulassen.

Die Vollversammlung aller Fakultäten unterstützt die Forderungen, die die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät am 30.1. beschlossen hat:

-"Die Vollversammlung fordert die sofortige Suspendierung der Zwischenprüfung als unabdingbare Voraussetzung zur experimentellen Gestaltung des Studiums und zur Bildung einer Kommission, die die Neuorganisation der Studienverhältnisse, insbesondere der der Anfänger erarbeiten soll. Als weitere Bedingung gilt, daß die von den Romanisten begonnene Praxis der Diskussion am Arbeitsplatz weitergeführt wird."

"Als weitere Forderungen ergeben sich:

a) Umwandlung der Direktorenkonferenz in einen Ausschuß, indem die Beschlüsse nicht gegen den Willen der studentischen Vertreter gefaßt werden können. Aufgabe dieses Ausschusses ist die verbindliche Planung des Forschungs- und Lehrbetriebes, von Berufungen und der Finanzplanung. Zu Einzelfragen werden gleichstrüktuierte Kommissionen gebildet. Sie arbeiten öffentlich und berichten regelmäßig der Vollversammlung, die die Arbeit kontrolliert.

b) Die Mitbestimmung muß auch auf Fakultätsebene neu gestaltet werden

- Die Studentenvertretungen aller Institute der Phil. Fak. entsenden jeweils einen Sprecher, der in der Fakultät stimmberechtigt ist.
- In allen Kommissionen der Fakultät, einschliesslich der Strukturkommission, müssen Studenten zugelassen sein.
- Die Studenten haben ein Vetorecht."

Die Vollversammlung aller Fakultäten behält sich vor, am Mittwoch, den 7.2.68 nachmittags, erneut zusammenzutreten, falls die Hohe Philosophische Fakultät bis dahin der Forderung nach öffentlicher Behandlung der Tagesordnungspunkte 11,12,13 nicht nachgekommen ist. Dabei wird die Vollversammlung aller Fakultäten über die dann notwendigen Schritte beraten.

Alternativantrag (vgl.Seite 3) Antragsteller: Gellhardt, Lagodzinski, Zinser und AStA
(abgelehnt)

Die Vollversammlung aller Fakultäten ist sich bewußt, daß auch das gewaltsame Öffnen von Türen die Ordinarien nicht veranlasst, ihre auto-

kratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Auch wenn festgestellt werden muß, daß die scheinbar gewaltlose Herrschaft Regierender brutaler als ohnmächtige nur Gewalt symbolisierende Aktionen von Beherrschten ist, muß das gewaltsame Öffnen der Tür zum Sitzungszimmer der engeren Philosophischen Fakultät bedauert werden. Das tätliche teilweise gegen Beschlüsse der Vollversammlung aller Fakultäten verstoßende Verhalten einiger Kommilitonen gegen Ende der Vollversammlung am 31.1.68 muß scharf verurteilt werden, weil die Stärke der Studentenschaft darin besteht, ihre Aktionen demokratisch zu beschliessen und auszuführen

Ein weiterer von der Vollversammlung aller Fakultäten am 2.Februar 1968 angenommener Beschluß zum Verhalten des Rektors

Die auf der Vollversammlung aller Fakultäten vom 2.2.68 versammelten Studenten erheben schärfsten Protest gegen die Presseerkelärung des Rektors vom 1.2.68, die die Hetzkampagne gegen die Studenten der FU verschärft.

Wir fordern den Rektor auf, nach seiner Weigerung, über die von ihm mitunterzeichnete Godesberger Erklärung öffentlich oder im Rundfunk zu diskutieren und nunmehr seine skandalöse unwissenschaftliche Presseerklärung vom 1.2.68 noch in diesem Semester auf einer Vollversammlung aller Fakultäten zu vertreten. Sollte sich der Rektor erneut weigern rational mit den Studenten zu diskutieren, so kündigen wir hiermit an, daß wir diese Diskussion im Rektorat selber führen werden.

2.2.68

DER REKTOR
DER FREIEN UNIVERSITÄT
BERLIN
1 BERLIN 33, IHNESTRASSE 24

1 BERLIN 33 (DAHLEM), den 1.2.1968
RUF 76901 APP.

Tgb.-Nr. I - 6308/68

An den
1. Vorsitzenden des ASTA
Herrn Wolfgang Landsberg
1 Berlin 33
Garystraße 20

Sehr geehrter Herr Landsberg,

Auf Ihren Antrag vom 1.2.1968 überlasse ich dem Allgemeinen Studentenausschuß das Auditorium maximum für eine Informationsveranstaltung am

Freitag, dem 2.2.1968,
in der Zeit von 14 - 19,3o Uhr.

Die Überlassung erfolgt unter folgenden Auflagen:

1. Der Allgemeine Studentenausschuß stellt sicher, daß die Anwesenden sich nicht als satzungswidriges Beschlußorgan betätigen.

2. Der Allgemeine Studentenausschuß gewährleistet, daß von der Versammlung keine Nötigungshandlungen gegen andere Organe oder Mitglieder der Universität begangen werden.

3. Der Allgemeine Studentenausschuß übernimmt die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß in der Versammlung keine strafbaren Handlungen geplant und verabredet werden.

Ich sehe mich zu diesen Auflagen veranlaßt, nachdem auf der Informationsveranstaltung vom 31.1.1968, die als Vollversammlung aller Fakultäten angekündigt wurde, Beschlüsse gefaßt worden sind, deren Ausführung zu rechtswidrigen Angriffen auf Organe und Mitglieder der Universität geführt haben.

- 2 -

Sollte der Allgemeine Studentenausschuß nicht bereit oder in der Lage sein, die Auflagen zu erfüllen, so würde ich mich zu meinem Bedauern außerstande sehen, weiteren Anträgen auf Raumüberlassung für Veranstaltungen dieser Art zu entsprechen.

Hochachtungsvoll

[illegible]

ZUR SELBSTVERSTÄNDLI
WIEDERUM NUR „SOGE-
NANNTEN"

VOLLVERSAMMLUNG
ALLER FAKULTÄTEN

LÄDT ERGEBENST EIN:
DER AStA DER FU

P.S.: BITTE PROVOZIEREN SIE
NICHT DEN AStA!

DER AStA

FREITAG, 14⁰⁰, AUDI.

EÜ 62
2.2.68

Die Vollversammlung aller Fakultäten möge beschliessen:
(Alternativantrag zu Absatz 3, Seite 2) des vom AsTA ursprünglich vorgelegten Antrages, der letzte Absatz auf Seite 3 entfällt dann):

Die Vollversammlung aller Fakultäten ist sich bewußt, daß auch das gewaltsame Öffnen von Türen die Ordinarien nicht veranlasst, ihre autokratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Auch wenn festgestellt werden muß, daß die scheinbar gewaltlose Herrschaft Regierender brutaler als ohnmächtige nur Gewalt symbolisierende Aktionen von Beherrschten ist, muß das gewaltsame Öffnen der Tür zum Sitzungszimmer der engeren Philosphischen Fakultät bedauert werden. Entsprechend muß das tätliche teilweise gegen Beschlüsse der Vollversammlung aller Fakultäten verstoßende Verhalten einiger Kommilitoninnen gegen Ende der Vollversammlung am 31.1.68 scharf verurteilt werden, weil die Stärke der Studentenschaft darin besteht, ihre Aktionen demokratisch zu beschliessen und auszuführen..

Die Antwort der Studentenschaft auf die Ignoranz der Ordinarienuniversität kann nur die Entmachtung jener Ordinarien sein: Die Vollversammlung aller Fakultäten spricht sich deshalb für Schwerpunktstreiks und GO IN-s aus, die die an der Universitäät Etablierten und deren Vorstellungen ebenso blockieren und ignoriren wie es die Ordinarien mit der Studentenschaft bzw. deren Beschlüssen tuen. Die Diskussionen in den Lehrveranstaltungen über die Inhalte und Organisation des Studiums muß ebenso weitergeführt werden, wie die studentische Selbstorganisation des Studiums.
Die Vollversammlung aller Fakultäten schlägt vor, daß sich die an diesen Aktionen interessierten Studenten in Ausschüssen zusammenfinden, um gemeinsam ihre Erfahrungen und Schwerpunkte ihrer Argumentation zu beraten und zu veröffentlichen.

Antragsteller:Gellhardt, Lagodzinski, Zinser

E 0402

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik der FU

1800 GERMANISTEN

WER BESTIMMT DIE STUDENTISCHE FACHPOLITIK
AM GROSSTEN INSTITUT DER PHIL. FAK.
IM SOMMER 1968 ?

KANDIDIEREN SIE !

Avantgarde der PhilFak ?

Geben Sie bitte Paßbild
Personalien
Adresse
Telefonnummer
und Ihr politisches Programm (10 Zeilen)
in Raum 308 ab.

WAHLVERSAMMLUNG
+ VOLLVERSAMMLUNG

FR. 2.2., 13°°

AUDIMAX

RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG ALLER FAKULTÄTEN AM 2.2.1968

Die Vollversammlung aller Fakultäten solidarisiert sich mit den Studenten der Philosophischen Fakultät in ihrer Auseinandersetzung mit der Hohen Fakultät und dem Lehrkörper des Romanischen Seminars.
Sowohl die Aussperrung der Romanistikstudenten in der Woche vom 24- 30. 1. 1968, während der Ordinarien, Dozenten und Assistenten den Lehrbetrieb einstellten, als auch das Verhalten der Hohen Philosophischen Fakultät am 31.1., die die Forderung nach öffentlicher Diskussion von mehr als 800 Studenten ignorierte, zeigen deutlich, daß die Ordinarien noch immer glauben, kraft ihrer institutionell garantierten Macht über die Studenten beliebig Maßnahmen verhängen zu können. Anlaß der Aussperrung war der angebliche Terror von Studenten, die in Lehrveranstaltungen versuchten, die Diskussion über das Grundstudium zu führen. Die Professoren selbst hatten jedoch die Studenten gezwungen, die Diskussion in den einzelnen Lehrveranstaltungen als ihre letzte Möglichkeit anzusehen, eine Änderung des gegenwärtigen Grundstudiums zu erreichen.
Das Grundstudium in der Philosophischen Fakultät wurde in seiner gegenwärtigen Form vor fast 3 Jahren gegen die Argumentation der Studenten von den Ordinarien eingeführt. Der prinzipielle Mangel dieses Grundstudiums besteht darin, daß es einen Teil der unkoordinierten, keiner inhaltlichen Auseinandersetzung unterworfenen Lehrveranstaltungen der einzelnen, auf ihre Eigenbrödelei pochenden Lehrstühle einfach obligatorisch setzt und nach 4 Semestern eine Auslesеprüfung vorschreibt, die nach diesem chaotischen Grundstudium notwendig auf eine Wissensprüfung hinauslaufen muß. Dieser Mangel ist direktes Resultat der Situation, daß die Professoren jede inhaltliche, an Ausbildungszielen orientierte oder gar Planung von integrativen Studienprogrammen als Angriff auf ihre Lehrfreiheit verstehen. So erklärten sich denn auch die Fakultät und selbst die einzelnen Institute für inkompetent, in eine gemeinsame Diskussion über die inhaltliche Gestaltung des Grundstudiums einzutreten, weil allein der jeweilige Dozent zu entscheiden habe, was und wie in seiner Lehrveranstaltung gearbeitet wird. Als aber Studenten des Romanischen Seminars versuchten, mit dem allein zuständigen Dozenten in seiner Lehrveranstaltung über die Änderungen des Studiums zu diskutieren, wurden sie als Terroristen denunziert und ihr Versuch zum Vorwand genommen, durch die Einstellung des Lehrbetriebes der Duskussion zu entgehen.

Trotz der Forderung der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät vom 30.1. und der Vollversammlung aller Fakultäten vom 31.1., die Aussperrung am Romanischen Seminar in öffentlicher Diskussion zu erörtern, zeigte sich die Hohe Philosophische Fakultät am 31.1. entschlossen, diese Vorfälle routinemäßig, gegen Ende der Tagesordnung, lediglich in Form eines Berichts und natürlich hinter verschlossenen Türen abzuhandeln. Damit demonstrierte sie nur das Prinzip des Ordinarienregiments: die studentischen Vertreter werden überstimmt, Maßnahmen werden über die Studenten verhängt, Kritik ist in unverbindlichen Gesprächen erlaubt; dringen jedoch die Studenten darauf, an der zu den Entscheidungen führenden Diskussion teilzunehmen, setzen sie sich dafür ein, daß Entscheidungen auf Grund erzielter Diskussionsergebnisse, nicht Kraft institutioneller Gewalt getroffen werden, fällt die liberale Maske von den Ordinariengesichtern, und mit dem Gestus von Feudalherren lassen sie wissen: "Wir beugen uns nicht dem Druck der Gosse!"

Die Vollversammlung aller Fakultäten würde es begrüßen, wenn nicht erst eine gewaltsam geöffnete Tür die Ordinarien veranlassen würde, ihre autokratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Die Vollversammlung aller Fakultäten sieht sich jedoch außerstande, das gewaltsame Öffnen der Tür zu verurteilen, weil sie sich sonst - angesichts der unbeirrten Herrschaftsausübung der Ordiarien - notwendig zur Resignation bekennen müßte.
(Von der Vollversammlung aller Fakultäten wurde dieser Alternativantrag zu dem vom AStA übernommenen Antrag Geilhard, Zinser, Lagodzinski zu diesem Absatz angenommen)

Folgender vom AStA übernommener Antrag Hellhard, Zinser, Lagodzinski wurde abgelehnt:
Die Vollversammlung aller Fakultäten ist sich bewußt, daß auch das gewaltsame Öffnen von Türen die Ordinarien nicht veranlaßt, ihre autokratische, studentische Interessen ignorierende Geschäftsroutine aufzugeben. Auch wenn festgestellt werden muß, daß die scheinbar gewaltlose Herrschaft Regierender brutaler als ohnmächtige nur Gewalt symbolisierende Aktionen von Beherrschten ist, muß das gewaltsame Öffnen der Tür zum Sitzungszimmer der engeren Philosophischen Fakultät bedauert werden. Das tätliche teilweise gegen die Beschlüsse der Vollversammlung aller Fakultäten verstossende Verhalten einiger Kommilitonen gegen Ende der Vollversammlung am 31.1. muß scharf verurteilt werden, weil die Stärke der Studentenschaft darin besteht, ihre Aktionen demokratisch zu beschließen und auszuführen.

Die Antwort der Studentenschaft auf die Ignoranz der Ordinarienuniversität kann nur die Entmachtung jener Ordinarien sein: Die Vollversammlung aller Fakultäten spricht sich deshalb für Schwerpunktstreiks und Go-Ins aus, die die an der Universität Etablierten und deren Vorstellungen ebenso blockieren und ignorieren wie es die Ordinarien mit der Studentenschaft bzw. deren Beschlüssen tun. Die Diskussion in den Lehrveranstaltungen über die Inhalte und Organisation des Studiums muß ebenso weitergeführt werden, wie die studentische Selbstorganisation des Studiums. Die Vollversammlung schlägt vor, daß sich die an diesen Aktionen interessierten Studenten in fakultätsspezifischen Ausschüssen zusammenfinden, um gemeinsam ihre Erfahrungen und Schwerpunkte ihrer Argumentation zu beraten und zu veröffentlichen.
Die Vollversammlung aller Fakultäten fordert:
-Die öffentliche Diskussion und Beschlußfassung der Hohen Philosophischen Fakultät über ihre Tagesordnungspunkte der abgebrochenen Fakultätssitzung:(11) Studienreformkommission (12) Vertraulichkeit der Fakultätssitzungen (13) Schließung des Romanischen Seminars.
-Prinzipielle Öffentlichkeit aller Sitzungen der Fakultät.
-Garantie durch Beschlüsse aller Fakultäten, Aussperrungen nicht zu zulassen.
Die Vollversammlung aller Fakultäten unterstützt die Forderungen, die die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät am 30.1.68 beschlossen hat:
"Die Vollversammlung fordert die sofortige Suspendierung der Zwischenprüfung als unabdingbare Voraussetzung zur experimentellen Gestaltung des Studiums und zur Bildung einer Kommission, die die Neuordnung der Studienverhältnisse, insbesondere der der Anfänger erarbeiten soll.
Als weitere Bedingung gilt, daß die von den Romanisten begonnene Praxis der Diskussion am Arbeitsplatz weitergeführt wird."
Als weitere Forderungen ergeben sich:
a)Umwandlung der Direktorenkonferenz in einen Ausschuß, in dem die Beschlüsse nicht gegen den Willen der studentischen Vertreter gefaßt werden können. Aufgabe dieses AUSSCHUSSES IST DIE VERBINDLICHE PLANUNG des Forschungs- und Lehrbetriebes, von Berufungen und der Finanzplanung. Zu Einzelfragen werden gleichstrukturierte Kommissionen gebildet. Sie arbeiten öffentlich und berichten regelmäßig der Vollversammlung, die die Arbeit kontrolliert.
b) Die Mitbestimmung muß auch auf Fakultätsebene neu gestaltet werden: Die Studentenvertretungen aller Institute der Phil.Fak. entsenden jeweils einen Sprecher, der in der Fakultät stimmberechtigt ist. In allen Kommissionen der Fakultät, einschließlich der Strukturkommission müssen Studenten zugelassen sein. Die Studenten haben ein Vetorecht."

Die Vollversammlung aller Fakultäten behält sich vor, am Mittwoch, dem 7.2.68 nachmittags, neu zusammen zu treten, falls die Hohe Philosophische Fakultät bis dahin der Forderung nach öffentlicher Behandlung der Tagesordnungspunkte (11), (12), (13) nicht nachgekommen ist. Dabei wird die Vollversammlung über die dann notwendigen Schritte beraten.

02.02.1968:
An der FU Berlin gibt, laut einem Eingangsstempel heute, der Dekan der Phil. Fak das Flugblatt "Einige Richtigstellungen" zum gestrigen Flugblatt der Studentenvertretung heraus.
Q: Dekan Phil Fak: Einige Richtigstellungen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

D 2 FEB 1968

E I N I G E R I C H T I G S T E L L U N G E N

Ein sogenanntes Informationsblatt der Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät ("Können se nich...") enthält eine Reihe von falschen Informationen und glatten Lügen.

1. Die Professoren des Romanischen Seminars haben sich keineswegs geweigert, mit ihren Studenten über das Grundstudium zu diskutieren. Vielmehr haben sie für den 15.1. zu einer öffentlichen Diskussion darüber eingeladen, die in sachlicher Atmosphäre verlief und am 31.1. fortgesetzt wurde.

2. Der Lehrkörper des Romanischen Seminars ist weiterhin zur Diskussion bereit. Er verwahrt sich allerdings dagegen, daß von kursfremden Studenten die Lehrveranstaltungen permanent gestört werden.

3. Am 31.1. unterbreitete der Lehrkörper 7 Vorschläge zur grundsätzlichen Reform der ersten Phase des Studiums, darunter die Abschaffung des obligatorischen Charakters des Grundstudiums; es ist eine glatte Lüge zu behaupten, die Dozenten hätten sich geweigert, "grundsätzliche Änderungen am Grundstudium zuzulassen".

4. Die Monierung von "Flegeleien" der Studentenvertretung in einer Fakultätssitzung bezog sich lediglich auf ein einziges Vorkommnis (Usurpation der Versammlungsleitung durch einen Germanistikstudenten bei den Romanisten am 15.1.). Von einer vereinzelten Flegelei kann allerdings seit der Anwendung repressiver Gewalt durch Studenten gegenüber der Fakultät am 31.1. keine Rede mehr sein.

5. Die letzte studentische Aktion hatte eindeutig terroristischen Charakt Bezeichnenderweise verschleiert das "Informationsblatt" diesen Umstand durch verharmlosende und wehleidige Darstellungen. Es ist ideologisierende Manipulation der studentischen öffentlichen Meinung, wiederholte Ultimaten und Brachialgewalt als freundliche Diskussionseinladung und Erreichen der Öffentlichkeit einer Sitzung hinzustellen.

6. Das Flugblatt verschweigt, daß eine von der Fakultät eingesetzte Kommission unter Mitwirkung eines studentischen Fakultätssprechers einen den heutigen Gegebenheiten entsprechenden Vorschlag zur Änderung des § 3 der Fakultätssatzung (Vertraulichkeit der Beratungen) erarbeitet hatte; der Vorschlag konnte durch den gewaltsamen Einbruch der Studenten nicht mehr beraten werden: er stand für den 31.1. auf der Tagesordnung. Für die Übergangsphase hatten die bisherigen studentischen Sprecher versichert, sich bei Habilitationen an die Vertraulichkeit zu halten. Herr Wiesand lehnte dies aus Prinzip ab und schloß sich damit selbst von der Sitzung aus.

Die Fakultät ist weiterhin von der Notwendigkeit überzeugt, gemeinsam mit den Studenten die Reform des Grundstudiums zu diskutieren und zu verwirklichen. Sie lehnt es aber ab, dies unter Drohung, Zwang oder Gewalt zu tun.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät

E. L o o s .

02.02.1968:
An der FU Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Stellungnahme" von Karin Bauer, Christian Brete, Horst Domdey, Manfred Lefèvre und Veronika Ullmer zu den Vorfällen vom 31.1.1968.
Q: Bauer, K. et al.: Stellungnahme, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

D 2 FEB. 1968

Stellungnahme

Die Vorfälle um Herrn Runge, dessen politische Einstellung wir nicht akzeptieren, veranlassen uns, der Voll versammlung folgende Stellungnahme vorzulegen.

1. Die Auseinandersetzungen an der FU haben gezeigt, daß Veränderungen nur möglich sind, wenn man die "herrschenden" Spielregeln durchbricht.
2. Wir halten bewußte Provokationen für legitim, solange sie nicht zu tätlichen Angriffen auf einzelne Personen ausarten und solange sie Mittel bleiben, die rationale Diskussion mit den Professoren notfalls zu erzwingen.
3. Wenn es stimmt, daß am Mittwoch, den 31. 1. 1968, Herrn Runge die Brille aus dem Gesicht geschlagen, eine Zigarette auf der Hand ausgedrückt und er geohrfeigt wurde, so halten wir diese Methoden für unmenschlich und fürchten, daß sie unser Eintreten für die Demokratisierung der Gesellschaft unglaubwürdig machen. Dieses Vorgehen nützt den politischen Gegnern, denen es zum Vorwand dient, der inhaltlichen Diskussion auszuweichen.

Karin Bauer(stud. phil.)
Christian Brete (stud. phil.)
Dr. Horst Domdey (Akad. Rat)
Manfred Lefèvre (Assistent)
Veronika Ullmer (stud. phil.)

02.02.1968:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Gesang vom romanischen Popanz" durch die "noch zu gründende Projektgruppe 'Anti-Popanzen-Poesie' des SDS.
Q: SDS: Gesang vom romanischen Popanz, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

GESANG vom ROMA-NISCHEN POPANZ

Es waren einmal drei bäuchige Popanze, die regierten, wie alle ihre Verwandten, jeder über ein Ordanit. Diese drei Ordanite waren zusammengefaßt in einem losen Verband, der sich, wenn Ruhe im Lande war, dadurch auszeichnete, daß die drei Popanze, wenn sie sich sahen, sich die Hände gaben, und wenn sie wieder auseinandergingen, dasselbe taten.

Wie alle Popanze auf der Welt hatten auch sie die natürliche Neigung, sich mit einer Schar von Vielleichtnachwuchspopanzen, Aushilfspopanzen und Handreichpopanzen zu umgeben. Wie an allen Ordaniten mußten auch hier diese Unterpopanzen ihre Schwänzchen, die sie sich in mühevoller Arbeit angeeignet hatten, abgeben an die drei Großpopanzen, die damit den Ruhm der drei Ordanite über die ganze Welt verbreiteten. Und es gelang ihnen in kürzester Zeit, ihren Unterpopanzen klarzumachen, daß sie ihre Schwänzchen für eine gute Sache gegeben hatten. Diese nickten dann alle immer an den richtigen Stellen mit dem Kopf und freuten sich, daß sie in die große Familie der Popanzen aufgenommen waren.

Nun passierte es eines Tages, daß die Untertanen, denen eine Überprüfung ihrer popanzialen Versorgung versprochen worden war, ihre drei Popanze daran erinnerten. Jene gaben sich diesmal etwas länger die Hände. Als aber nichts geschah, murrte das Volk und entschloß sich, selbst einmal die Überprüfung vorzunehmen und die Vielleichtnachwuchspopanzen, Aushilfspopanzen, Handreichpopanzen und die drei Großpopanzen zu fragen, ob es nicht vielleicht, unter Umständen möglich ware, die Möglichkeit einer möglichen Überprüfung zu überprüfen.

Nun ist es eine Eigenschaft, die allen Popanzen gemeinsam ist, daß sie in einer solchen Situation sofort und unwiderleglich eine große Gefahr für ihre Popanziate wittern. Unterstutzt von ihren Unterpopanzen gingen sie also auch diesmal zum Heiligen Vater aller Popanzen und zum Meister Bürgerpopanzen und holten Rat ein, was zu tun sei. Man kam überein, daß man den Frieden der drei Ordanite nur dadurch bewahren konnte, wenn man die drei Popanzen für eine Zeit verschwinden ließ.

Das taten sie.

Nur hatten sie nicht daran gedacht, daß das Problem der Versorgung dadurch sich nicht verfluchtigte, sondern daß die Untertanen, als sie merkten, daß sie nicht mehr versorgt wurden, erst recht darüber sprachen und sich Gedanken machten.

Die Untertanen erkannten, daß dieses Problem nur dadurch zu lösen war, daß sie ihre Versorgung selbst betrieben. Die drei Popanzen sollten nur noch mit Ratschlägen dienen dürfen.

Als das Volk auf einer großen Versammlung dieses beschlossen hatte, machte es sich sogleich daran, die Gedanken, die es sich im Laufe der Jahre gemacht hatte, zu verwirklichen. Sie gaben alle Schwänzchen an die Unterpopanzen zurück und viele fühlten sich fast wie im Traum. Nur die drei ehemaligen Großpopanzen waren unglücklich, denn sie hatten auf einmal nichts mehr zu regieren. Ihre Sonne war untergegangen.

Aber eine Kundschaft eilte von Popanzenvolk zu Popanzenvolk :

MACHT EINE GROSSE FINSTERNIS ÜBER ALLE POPANZIATE

(Noch zu gründende Projektgruppe "Anti - Popanzen - Poesie" des SDS)

02.02.1968:
An der TU Berlin gibt das Aktionskomitee für Politische Arbeit (APA) vermutlich heute den "Aufruf zum Sitzstreik" am 3.2.1968 vor der Griechischen Militärmission heraus.
Q: APA: Aufruf zum Sitzstreik, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

2.2.68

A U F R U F Z U M S I T Z S T R E I K

Das Studentenparlament der Technischen Universität forderte in seiner Sitzung am 1. Februar 1968 die Studenten der TU auf, sich an der Sitzdemonstration gegen die Zustände in Griechenland und für die Freilassung der politischen Häftlinge des griechischen Terrorregimes am Samstag, 3.2. von 11.oo - 13.oo Uhr vor der griechischen Militärmission in der Uhlandstraße zu beteiligen.

Zwei Wochen vorher stand der Antrag schon einmal vor dem Parlament, damals war er gegen die Stimmen der Wahlgemeinschaft (WG), also der Linken abgelehnt worden.

Einige Hauptredner gegen diesen Antrag waren Hain und Zöllner, beide UAG. Damals sprachen sich beide gegen den Antrag aus, da der Sitzstreik nicht genehmigt war. Eine Genehmigung war zu dieser Zeit auch nicht zu erwarten. Nach der entsprechenden Parlamentssitzung gab die Burschenschaft Thuringia ein Flugblatt, unterzeichnet u.a. mit Zöllner (UAG) heraus, in dem Demonstrationen gegen die Zustände in Griechenland grundsätzlich befürwortet wurden, aber der Sitzstreik abgelehnt wurde, da es sich hier um einen provozierten Zusammenstoß mit den Behörden handele. Als besonderer Gag wurden die Namen derjenigen Parlamentarier aufgeführt, die den Antrag unterstützt hatten.

Inzwischen hatte sich die Situation dahingehend geändert, daß der Innensenator völlig überraschend seine Zustimmung zur Sitz-Demonstration gab.

Als am 1.2. unter den so veränderten Umständen der Antrag erneut gestellt wurde, verlangte UAG-Parlamentarier Rogge geheime Abstimmung, zog aber, weil das Parlament laut dagegen protestierte, diese Forderung zurück. Bei der anschließend stattfindenden namentlichen Abstimmung verließen Rogge, Koch, Zöllner (alle UAG) den Sitzungssaal und entzogen sich somit der Notwendigkeit, ihr Votum abzugeben.

Wir machen die TU-Studenten auf diesen Vorfall aufmerksam:
Diese UAG-Parlamentarier scheuen die öffentliche Stellungnahme; sie sind nicht bereit, zur Demonstration gegen die Faschistischen Zustände in Griechenland aufzurufen.
Konnten sie vor zwei Wochen noch formale Argumente gegen eine solche Demonstration vorschieben, entzogen sie sich der Stellungnahme ganz, als diese Argumente entfallen waren.
Gebt diesen Kneifern und Formalisten der UAG bei der nächsten Wahl zum Studentenparlament die Quittung!
Beteiligt Euch am Sitzstreik am kommenden Samstag!

APA (Aktionskomitee f. Politische Arbei

02.02.1968:
An der FU Berlin lud die ESG zur Fete ab 20 Uhr in der Gelfertstrasse ein.
Q: ESG FU: Fete, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Eo162

-ESG-FU-ESG-FU-E

DIE ESG/FU LÄDT EIN ZUR:

K A I S E R

W I L H E L M

G E D Ä C H T N I S

M E M O R I A L

FÊTE

F R E I T A G, 2. Februar 1968 - 20.00 Uhr in allen Räumen der EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDE DER FU, Dahlem, Gelfertstr. 45

ES SPIELT DIE BAND VOM P O P I N C L U B

EINLAGEN DES REICHSKABARETTS u.a. 2 PROTESTSÄNGER VOM steve club

DIETRICH KITTNER (BORNIERTE GESELLSCHAFT - EUROPA-CENTER)

2 BARS v i e l e G e t r ä n k e ,

H E I S S E W Ü R S T C H E N

E I N T R I T T : EINZELGÄNGER 3,DM, p a a r e 5.-- DM

ESG-FU-ESG-F

02.02.1968:
Innerhalb des Republikanischen Clubs (RC) Dortmund (vgl. 1.2.1968, 7.2.1968) lädt Peter Rath zur Mitgliederversammlung am 7.2.1968 ein, wobei u.a. ausgeführt wird:"
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einen eigenen Stuhl (mögl.) mitbringen würden, denn die Rep. Club Räume sind noch leer. Wir würden dann schon einige Stühle haben - und Sie hätten am Mittwoch einen Sitzplatz."
Q: RC Dortmund: Einladung zur Mitgliederversammlung, Dortmund 2.2.1968

03.02.1968:
Nach einem Bericht von Schlomann/Friedlingstein beteiligt sich an einer 'Sozialistischen Februar Konferenz' u.a. auch der Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD. Ein Sozialistisches Zentrum konstituiert sich.
Q: Schlomann, Friedrich-Wilhelm, Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970

03.02.1968:
Das Komitee der 100 rief zur Blockade der griechischen Militärmission von 11 bis 13 Uhr auf sowie zur Informationsveranstaltung um 20 Uhr im Audimax der FU.

Vorgeschlagen worden war die Blockade vom Arbeitskreis 28, "Methodik der direkten, gewaltfreien Aktion" der Kritischen Universität (KU).

Von den heutigen Griechenlandaktionen in Berlin berichtet auch die Kommune Eins (vgl. 17.2.1968).
Q: Antrag des KU-Arbeitskreises 28 'Methodik der direkten, gewaltfreien Aktion', O. O. (Berlin) O. J. (1968); Kommune Eins: Nr. 1, Berlin 17./18.2.1968, S. 13f;Komitee der 100: Freiheit für Griechenland, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KOMITEE DER 100 KOMITEE DER 100 KOMITEE DER 100 KOMITEE DER 100

Freiheit für Griechenland

BLOCKADE DER GRIECHISCHEN MILITÄR-MISSION AM 3. II. 68 11 Uhr - 1 Uhr
GEWALTFREIE DIREKTE AKTION

Informationsveranstaltung

FU - AUDIMAX

HEUTE

20 Uhr

Es sprechen:
Prof. C.W.Müller PH
G. Soukup PH
Dr. Th. Ebert, OSI
I.Katzoulis, Ver.griech.Stud.
J.F.Schapitz, LSD
Chr. Semmler, SDS

anschliessend
P L E N U M S D I S K U S S I O N

3.2.68.

Antrag des KU-Arbeitskreises 28 "Methodik der gewaltfreien, direkten Aktion":

Betreff: Blockade der griechischen Militärmission

Die Versammelten der Solidaritäts-Kundgebung "Freiheit für Griechenland möchten befürworten, daß ein "Kommittee der 100" aus Vertretern oppositioneller Gruppen gebildet wird, das gewaltfreie, direkte Aktionen für die Freiheit Griechenlands vorbereitet.
Die erste Aktion soll eine Blockade der griechischen Militärmission in Form eines unangemeldeten Sitzprotestes von mindestens 3 000 Bürgern sein. Dabei sollen sich die Forderungen zunächst auf die "Freilassung aller politischen Gefangenen in Griechenland" konzentrieren.

Begründung:

Die Lage der politischen Gefangenen in Griechenland und die schwierige Aufgabe, Griechenland zu demokratisieren, gestatten keine unüberlegten Aktionen. Erfolversprechende direkte Aktionen bedürfen längerer öffentlicher Vorbereitungen auf der Basis demokratischer Teilnahme.
Nur gewaltfreie Aktionen sind geeignet, eine größere Anzahl von Berlinern zu mobilisieren und die Sympathie weitester Kreise für das Anliegen unserer griechischen Freunde zu gewinnen.
Das konsequente Zögern der Bundesregierung und des berliner Senats, wirksame Schritte zur Befreiung Griechenlands zu unternehmen, erlauben es nicht, mit Befürwortern dieser Politik, zu der auch Waffenlieferungen an die Militärdiktatur gehören, um die Genehmigung einer Demonstration zu feilschen.
Wenn ein uns befreundetes Volk in die Hände einer Militärdiktatur fällt, ist es unsere demokratische Pflicht, auch alltägliche Gewohnheiten, wie das Beachten von Verkehrsregeln, zurückzustellen, um eine machtvolle Demonstration zu organisieren. Sollte dieses Demokratieverständnis den Regierenden unbegreiflich sein, so müssen wir zivilen Ungehorsam leisten und notfalls unsere Solidarität mit Griechenland durch den Gang ins Gefängnis unter Beweis stellen.
Jeder solidarisiert sich eben auf seine Weise.

Ein günstiger Zeitpunkt scheint uns Samstag, der 3. Februar, 11-13 Uhr zu sein.

In seiner Methode halten wir das mit Bertrand Russell und Rev. Michael Scott im Jahre 1960 gegründete "Komittee der 100", das sich gegen Nuklearwaffen wandte, für vorbildlich.

Anschriften von Mitgliedern des Arbeitskreises 28:
Matthias Mirschel c. Peter Strube, 37, Teltower Damm 12[illegible]-22, Tel. 847567
Rolf Niemann, 15, Xantener Str. 15a, Tel. 88349[illegible]9
Theodor Ebert, 48, Welterpfad 55, Tel. 7752489

PAZIFISMUS, TERROR, NACKTER TERROR

Das [illegible]
Komitee der 100 Gewaltlosen hatte aufgerufen. Zu einer friedlichen Demonstration vor der griechischen Militärmission in der Uhlandstrasse.

Auch die weitmäunigen Absperrungen der Polizei konnten es nicht verhindern: Soo zur Anwendung aller friedlichen Mittel entschlossene Demonstranten saßen länger als eine Stunde in unmittelbarer Nähe der MM auf dem Boden. Sie setzten der Junta in Athen stark zu, indem sie radikale Forderungen stellten("sofortige Freilassung der politischen Gefangenen") und Theodorakis-Lieder anhörten.

Die Junta ist jetzt auch sichtlich angeschlagen. Daß sie noch nicht ganz gestürzt ist, verdanken wir ohne Zweifel wieder einmal den sattsam bekannten unappetitlichen Typen, die anschließend auf den Kudamm zogen, um dort Krawall zu machen.

Sowie Terror.

KI, entgegen anderslautender Gerüchten nicht überall dabei, wurde erst um 15 Uhr auf den Kudamm gelockt. Durch den Polizeifunk. Der verbreitete das Gerücht - kaum trauten wir unseren Ohren - Demonstranten zögen zum Kudamm. Um das Schlimmste zu verhüten reihten wir uns in den Zug ein.

Das zenitente Verhalten einiger Autofahrer, die sich als agents provocateurs der deutschen Automobilindustrie selbst die Windschutzscheiben einschlugen, machte nach einer halben Stunde den Einsatz von Wasserwerfern notwendig.

Für mich, der ich am 21. Oktober nicht auf dem Kudamm sondern in Moabit tätig war, eine neue Erfahrung. Den besten Schutz bieten Autos. Fahrend und parkend.

Wasserwerfer sind sehr bald leergespritzt. Eine Füllung hält nicht viel länger als ein Berliner Senat. Leerstehende Wasserwerfer kann man besetzen bevor sie durch die Seitenstrassen wegfahren. Krähenfüße im Demonstrationsgepäck besorgen dafür, daß der Wasserwerfer nicht so schnell wegfährt.

An der Ecke Fasanenstraße wurde ich von Bürgern in Uniform belästigt, angefaßt, zwischendurch befreit und schließlich doch noch weggeschleppt, weil ich in die falsche Richtung mich bewegt hatten Sie rissen mir die Brille runter. Die ging dann verschütt. 31.50.DM.

Im Polizeiauto war ich erst allein. Ohne Brille konnte ich von innen nicht einmal sehen, wie Jungkommunarde Karl sich todesmutig vor das Auto stürzen wollte, um meinen Abtransport zu verhindern. Das ist ihm schlecht bekommen - er liegt jetzt, von einem gezielten Polizeiknüppel getroffen

im JüdischenKrankenhaus.

TREIBT DIE JUDEN IN DAS MEER! BESTZT IHRE KRANKENHÄUSER!

Das Polizeifahrzeug fuhr mit mir immer den Kudamm auf und ab und lud Demonstranten und Mitbürger ein. Schließlich waren wir sechs Polizisten und sieben Zivilisten im Auto. Wir forderten eine demokratische Abstimmung darüber, wo [illegible]. Die wurde uns verweigert, somit wir denen wieder mal die demokratis[illegible]

[illegible] vom Gesichtgerissen [illegible].

Wir wurden im Polizeirevier Pankstraße im Wedding abgeliefert. Wo ich noch nie war. Die Rechnung der Polizei, ich säße am Gesundbrunnen sicher vor Befreiungsversuchen der Kommune, ging auf.

Wie ich später erfuhr, erholten sich Kommune-Prokurist Ganghofer und die anderen schon ab 16 Uhr vor dem Fernsehschirm.

Wir waren 25 Leute auf dem Polizeirevier. Alle ohne Schnürsenkel. Ich war schon sauer, weil ein Polizeioffizier mich, als ich das Klosett benützte, mit den Worten kränkte: "Lassen Sie die Tür auf, Herr Langhans!". Wir waren in auf offenen Zellen, durch einen Flur verbunden, untergebracht. Unter den Festgenommenen viele neue Gesichter. Ich kannte nur Bernd Kramer.

Daß es nicht langweilig wurde, hatten wir einem älteren Herrn zu verdanken, der nicht nur Kühn hieß, sondern sich auch so verhielt. Man hatte ihn beschuldigt, er hätte sich an Polizeifahrzeugen vergangen, was er bestritt. Auch war er der Ansicht, daß seine Inhaftierung auch dann nicht gerechtfertigte, wenn die Vorwürfe gegen ihn stimmten. Die ganze Sache wurmte ihn zusehends mehr. Er rief mehrmals: "SELBST WENN ' DANN NICHT!" Als kurz nach Mitternacht alle dösten, knallte es zweimal kurz hintereinander. k. hatte seine Schuhe an die Wand geschmissen und fing nun an sich sämtlicher Kleider zu entledigen. Saß dann splitternackt auf einer Bank in seiner Zelle, die Hände wie ein Buddha über dem stattlichen Bauch gefaltet und stieß in regelmäßigen Abständen finstere Drohungen aus.

Sicher war es nicht zuletzt dieser neuen Protestform zu verdanken, wenn wir schon um zwei Uhr aus dem Polizeigefängnis entlassen wurden.

03.02.1968:

In Berlin hatten die Studentenvertretung der TU, der Lateinamerikanische Studentenverein und die Selbstverwaltung Sigmundshof eingeladen zum Wochenendseminar zu Lateinamerika.

Q: SV TU, LASV, SV Sigmundshof: Wochenendseminar, Berlin 1.2.1968; SV TU, LASV, SV Sigmundshof: am 3. und 4. …, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E0702

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G
DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN
LATEINAMERIKANISCHE STUDENTENVEREINIGUNG
- SELBSTVERWALTUNG SIEGMUNDSHOF -

1 Berlin 12, d. 1.2.68
Straße d. 17. Juni 13
Tel.: 31 07 81/964

Anmeldung siehe oben

WOCHENENDSEMINAR

am 3. und 4. Februar 1968 in S I E G M U N D S H O F Clubraum B

Thema: GEGENWARTSPROBLEME LATEINAMERIKAS
aus der politischen, ökonomischen
und sozialen Sicht

Seminarleiter: ARMIN SCHÖNBERGER-ROSERO (LASV/AELA)

Samstag, 3.2.

13.oo Uhr Mittagessen

14.oo Uhr "Probleme der Guerilla-Taktik in Latein-
amerika und die Sozialrevolutionäre Bewegung"
Referent: Hugo Mansilla (Bolivien), Politologe

anschließende Diskussion

16.oo Uhr Kaffee

16.3o Uhr "Die Allianz für den Fortschri t"
Referent: Oscar Zambrano (Bolivien), Romanist

anschließende Diskussion

19.oo Uhr Abendessen

Sonntag, 4.2.

11.oo Uhr "Ökonomische Modelle für Lateinamerika"
Referent: Jorge Salazar S. (Ecuador), Dipl.-Kfm.

13.oo Uhr Mittagessen

14.oo Uhr "Die ökonomischen Konsequenzen des Imperialismus
in Lateinamerika"
Referent: Alejandro Schubert (Chile), Volkswirt

16.oo Uhr Kaffee

16.3o Uhr "Perspektiven des wirtschaftlichen Wachstums
Lateinamerikas"
Referent: José Carvajal (Ecuador), Wi. Dipl.-Ing.

18.oo Uhr Abendessen

19.oo Uhr abschließende Diskussion

* * * * * * * * * * * * * *

DM 2,-- Eigenbeteiligung

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLI
LATEINAMERIKANISCHE STUDENTENVEREINIGUNG
SELBSTVERWALTUNG SIEGMUNDS HOF

---

am 3. und 4. FEBRUAR 1968 in S I E G M U N D S H O F

THEMA:
G E G E N W A R T S P R O B L E M E
L A T E I N A M E R I K A S
AUS DER 'POLITISCHEN, ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN SICHT"

REFERENT: Armin Schönberger-Rosero

Samstag d.3.2.68

13.oo Uhr Mittagessen

14.oo Uhr "Probleme der Guerilla-Taktik in Lateinamerika und die Sozialrevolutionäre Bewegung"
Referent: Hugo Mansilla (Bolivien), Politologe -

anschliessend Diskussion

16.oo Uhr Kaffee

16,3o Uhr "Die Allianz für den Fortschritt"
Referent: Oscar Zambrano (Bolivien), Romanist -

anschliessend Diskussion

19.oo Uhr Abendessen

Sonntag d.4.2.68

11.oo Uhr "Ökonomische Modelle für Lateinamerika"
Referent: Jorge Salazar S. (Ecuador),
Dipl.-Kaufmann, München -

13.oo Uhr Mittagessen

14.oo Uhr "Die ökonomischen Konsequenzen des Imperialismus in Lateinamerika"
Referent: Alejandro Schubert (Chile), Volkswirt -

16.ooUhr Kaffee

16,3o Uhr "Perspektiven des wirtschaftlichen Wachstums Lateinamerikas"
Referent: José Carvajal (Ecuador), Wirtschafts-
Dipl.Ing. München .-

18.oo Uhr Abendessen

19.oo Uhr abschliessende Diskussion.

03.02.1968:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, die "Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland".
Q: RCDS FU: Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland, Berlin O. J. (1968)

E0f62

3.2.67

Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland

Der RCDS hat sich eindeutig für eine sachliche Diskussion der Probleme ausgesprochen, die sich für die Studentenschaft durch den Kurras-Freispruch und die unbegründet erscheinende Untersuchungshaft Fritz Teufels darbieten.

Er tritt auch heute noch für eine Fortsetzung dieser Diskussion ein. Es ist jedoch bedauerlich, daß die gestrige Veranstaltung nicht zu einer sachlichen Diskussion beigetragen hat. Es wurde vom AStA versucht, eine Reihe von Beschlüssen und Resolutionen ohne Rücksicht auf den Informationsstand der anwesenden Studenten und den Wunsch nach eingehender Diskussion durchzupeitschen. Zudem wurde versucht, gefaßte Beschlüsse, die dem AStA nicht paßten, durch Manipulationen und Wiederholungen der Abstimmungen zu revidieren.

Die Demonstration vor dem Kriminalgericht Moabit war weder hinreichend begründet noch ausreichend diskutiert. Wir halten diese Art der Vollversammlung für nicht geeignet, den demokratischen Willensbildungsprozeß der Studentenschaft zu fördern.

Der RCDS begrüßt grundsätzlich Informationsveranstaltungen über Griechenland. Es ist notwendig, will man Demokrat sein und bleiben, sich über die Vorgänge in Griechenland zu informieren. Wir lehnen Militärdiktatur und Totalitarismus, seien sie rechter oder linker Prägung, ab. Wir fordern Freiheit für alle politischen Häftlinge, insbesondere für die, die auf griechischen KZ-Inseln gefangen sind. Wir fordern den Rücktritt der Militär-Yunta und freie Wahlen in Griechenland.

Wir begrüßen Demonstrationen gegen das Militär-Regime, auch wenn sie spontan erfolgen.

Politische Demonstrationen hören jedoch dort auf, wo Fensterscheiben von Steinen zertrümmert werden. Steine sind keine Argumente, und nur auf Argumente sollte es uns ankommen.
Wir wollen jederzeit für die Freiheit und die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland eintreten, wir wollen jedoch nicht unter roten Fahnen demonstrieren, wie es gestern Nacht geschah. Ebenso lehnen wir die Verquickung Berliner Verhältnisse mit der griechischen Situation ab. In Griechenland liegt eine eklatante Verletzung der Grund- und Menschenrechte vor, die Legalität ist außer Kraft gesetzt. In einem verfassungsmäßigen Rechtsstaat, wie in der BRD und West-Berlin, kann von einer Verletzung der Legalität allerhöchstens in Einzelfällen gesprochen werden. Einen Vergleich zu ziehen, erscheint nicht nur unsinnig, sondern auch gefährlich.

RCDS an der FU
1 Berlin 15
Fasanenstr. 46

03.02.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' kommt es in der Bochumer Innenstadt zu weiteren Demonstrationen gegen die anstehenden Fahrpreiserhöhungen, die von Schülern und Studenten organisiert sind, in deren Verlauf die Polizei auch Wasserwerfer und Schlagstöcke einsetzt. Auch am 5.2.1968 findet noch ein sog. Aktionstag statt (vgl. 29.1.1968, 15.2.1968).
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 19, Bochum 1968, S. 1

04.02.1968:
In Heidelberg führt der SDS ein Go-In in der Peterskirche durch und fordert mitten im Gottesdienst einfach eine Diskussion.
Q: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfügung: Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Stuttgart 24.6.1970, zitiert nach: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 10, Bochum 29.6.1970

04.02.1968:
An der FU Berlin verfasst Irmgard Kohlhepp einen Offenen Brief zu den Vorfällen vom 31.1.1968.
Q: Kohlhepp, I.: Offener Brief, Berlin 4.2.1968

Irmgard Kohlhepp,
stud. phil.

Berlin, den 4. 2 1968

Herrn
Jürgen B. R u n g e , stud. jur.
R C D
1 B E R L I N 15
Fasanenstr. 46 III

O F F E N E R B R I E F

Sehr geehrter Herr Kommilitone!

Bei der Vollversammlung am 2.2.1968 gelang es mir nicht mehr, öffentlich zu Ihrem Verhalten am 31.1.1968 im Gebäude Boltzmannstr.3 Stellung zu nehmen. Deshalb tue ich es auf diesem Wege.

Da ich mich nicht weit von dem Ort Ihres gewaltsamen Eingriffes in das Geschehen befand, möchte ich einige Dinge richtig stellen, die von Ihnen und anderen Personen falsch dargestellt worden sind.

1. Die Mehrheit der Versammlung hatte die gewaltsame Öffnung der betreffenden Tür beschlossen.
2. Der Einstieg durch die geöffnete Tür begann genau 3o Minuten, nachdem Herr Professor Gollwitzer mit den Forderungen der versammelten Studenten wieder zur Sitzung der Hohen Fakultät zurückgegangen war, also genau zu der den Professoren durch Herrn Professor Gollwitzer angekündigten Zeit.
3. Der im mittleren Flur in der Nähe des Mikrophons gefaßte Beschluß, mit dem Einstieg zu warten, kam zu spät, weil schon einige Leute durchgestiegen waren. Außerdem konnte er in der entstandenen Unruhe nicht mehr gehört werden.
4. Während die Leute, die die Tür aufbrachen, nur Gewalt gegen Sachen einsetzten, begannen Sie zusammen mit Ihren Begleitern mit der Gewaltanwendung gegen Personen, indem Sie sich - rücksichtslos um sich schlagend - Ihren Weg zur Tür bahnten und die durchsteigenden Kommilitonen gewaltsam an ihrem Vorhaben hinderten. Erst daraufhin wandten die derartig Angegriffenen Ihnen gegenüber Gewalt an.

Zunächst zum letzten Punkt: Sie haben hier das praktiziert, was Sie immer Ihren politischen Gegnern zuzuschreiben versuchen, nämlich SA-Methoden. Sie haben einen Stoßtrupp eingesetzt, der Ihre Absichten ohne Diskussion mit physischer Gewaltanwendung durchzusetzen versuchte. Sie haben dies getan im Interesse des herrschenden Systems, um die bestehende Ordnung um jeden Preis gegen Veränderungen zu schützen. Das ist genau die Methode, die SA, SS und andere nationalsozialistische Organisationen in der Zeit nach dem 3o.Januar 19[illegible] anwandten, um politische Gegner auszuschalten. Das ist Mithilfe bei der Entartung der Staatsgewalt zum Faschismus.

Im Laufe der Wahlen zum 2o.Konvent, als die Sache sehr günstig für Sie aussah, haben Sie ausgerufen (sinngemäß):"Wenn jetzt die Professoren die Studienreform nicht zügig mit uns zusammen durchführen, können sie was erleben!"

Sie haben aus der konsequenten Verweigerung der Diskussion über das Grundstudium, die in der Schließung des Romanischen Seminars gipfelte, zunächst die richtige Folgerung gezogen, indem Sie sich hinter die Forderungen der Studenten stellten und dies mit der Überbringung dieser Forderungen an die Hohe Fakultät dokumentierten.

Ist Ihnen im weiteren Verlauf der Ereignisse an diesem Tag nicht klar geworden, daß die Professoren nicht gewillt sind, ihre Privilegien freiwillig aufzugeben? Ist Ihnen nicht klar geworden, daß die Studentenschaft Druckmittel anwenden muß, um ihre Forderungen durchzusetzen?

Wie können Sie in diesem Zusammenhang Ihre Gewaltaktion vor der bewußten Tür begründen? Wollen Sie sich vor Ihren politischen Freunden rehabilitieren, nachdem Sie vorher für die Rechte der Studenten eingetreten waren?

Warum verhalten Sie sich derartig schäbig dem Kommilitonen gegenüber, die mit ausdrücklicher Billigung der Mehrheit der versammelten Studenten eine Handlung begingen, die Ihnen bei der bekannten hier gebotenen Rechtspraxis empfindliche Nachteile einbringen kann? Fritz Teufel bekam nicht Angst vor seiner eigenen Courage und bekannte sich öffentlich zu seinen Handlungen. Wie weit sind Sie bereit, auch in gefährlichen Situationen zu dem zu stehen, was Sie als notwendig und richtig erkannt haben?

Was wollen Sie erreichen, wenn Sie eine Untersuchung des Ereignisses um die Tür mit Hinweis auf Studentenvertreter fordern? Wollen Sie etwa gar auf diese schäbige Weise Ihre politischen Gegner im Konvent ausschalten? Ich weise Sie darauf hin, daß eine solche Untersuchung, falls sie objektiv geführt wird, sich auch gegen Sie wenden muß; denn Sie haben zur Störung von Ruhe und Ordnung entscheidend beigetragen, indem Sie die Gewaltanwendung von Sachen auf Personen verlagert haben.

Ich schlage Ihnen vor, daß Sie meine Fragen auf der nächsten Vollversammlung aller Fakultäten beantworten.

I. Kohlhepp

Irmgard Kohlhepp, stud. phil.

04.02.1968:
An der FU Berlin erscheint das 'Math Nat Blatt' Nr. 7 mit der Einladung der Fachschaft Physik zur öffentlichen Diskussion über einige Aspekte des Physik-Studiums am 7.2.1968 um 16 Uhr.
Q: Math nat Blatt Nr. 7, O. O. (Berlin) 4.2.1968

FACHSCHAFT PHYSIK

MITTWOCH, dem 7.2.68, 16 UHR

findet im Seminarraum des II. Mathematischen Instituts, Königin-Luise-Str 24/26

eine

öffentliche Diskussion

über einige Aspekte

des PHYSIK-STUDIUMS

statt.

Neben den Mitgliedern der Studienreformkommission Physik nimmt Herr Dr. Germer vom Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt teil. Wir rechnen mit der Teilnahme weiterer Professoren und Assistenten des Faches Physik. Die Diskussion hat folgenden Anlaß:

Am 8.Januar 1968 fand auf Einladung des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes (WLPrA) eine Besprechung zwischen den Physikprüfern für das Staatsexamen (Prof. Eichler, Honerjäger, Lindenberger, Päsler, Penzlin, Wilking) und Dr. Germer und Dr. Neve vom WLPrA statt, auf der einige Änderungen des Prüfungsmodus für das Staatsexamen mit zweitem Fach Physik vereinbart wurden. Außerdem wurde über ein Studienmodell für das Zweitfachstudium der Physik beraten. Über den Inhalt dieser Besprechung wurde zwischen den Beteiligten Vertraulichkeit bis zum 16.Januar vereinbart, so daß auch die Studienreformkommission erst in der zweiten Sitzung, die sich mit diesem Gespräch beschäftigte, über dessen Inhalt informiert wurde.

Am 16.Januar wurde der aktuelle Teil der Vereinbarungen, nämlich die vorübergehenden Änderungen des Prüfungsmodus, den betroffenen Studenten bekanntgegeben. Danach gilt für diejenigen Kandidaten, die sich im Januar zur Prüfung gemeldet haben, folgende Regelung (wir zitieren einen Anschlag im II.Math.Inst.).

"1.)Quantenmechanik ist nicht Gegenstand der Prüfung (es sei denn auf ausdrücklichen Wunsch des Kandidaten).

2.)Nachträglich wurde die Einschränkung der Prüferwahl in der theoretischen Physik rückgängig gemacht. D.h.: Die Kandidaten, die sich im Januar gemeldet haben, können nachträglich als Prüfer einen der Professoren Eichler, Päsler, Penzlin oder Theis wählen.

3.)Der Kandidat k a n n auf die Teilnahme desjenigen Prüfers in Physik verzichten, der die schriftliche (nicht experimentelle) Klausur gestellt hat. Der andere Prüfer übernimmt dann beide Teile der Prüfung.

Diese Regelung gilt nur für diejenigen Studenten, die sich im Januar gemeldet haben. Für die kommenden Meldungen im Juni d.J. wurde bisher nur Punkt 1.) garantiert. 2.) und 3.) werden von weiteren Gesprächen abhängig gemacht."

Ab Meldetermin Januar 1969 soll folgende Regelung gelten: Die Prüfung im selbst gewählten theoretischen ~~W~~ Schwerpunkt umfaßt auch die "Quantenbetrachtungsweise" (Dr. Germer). Diese Änderung wurde dadurch nötig, daß sich die Theoretiker sonst weigern würden weiter zu prüfen.

Das ebenfalls im WLPrA beratene Studienmodell sieht (bis jetzt) im 2. Studienfach Physik während des gesamten Studiums 50 Semesterwochenstunden an Lehrveranstaltungen vor. Sie sollen sich auf insgesamt je 16 Std. Praktika und Grundvorlesungen und 18 Std. theoretische Vorlesungen mit Übungen verteilen.

Ihre studentischen Mitglieder der Studienreformkommission sind der Ansicht, daß diese Pläne sich auf das Physikstudium überhaupt auswirken werden und daher von allen Studenten und Dozenten der Physik diskutiert werden müssen.

Kommen Sie am Mittwoch und vertreten Sie selbst Ihre Interessen !

Diskutieren Sie zum Beispiel über folgende Fragen:

Was soll durch die vorübergehende Änderung des Prüfungsmodus erreicht werden?
Wäre es sinnvoll, diese Änderung beizubehalten?
Wie ändern sich die Prüfungsanforderungen?
Welche Konsequenz für das Studium hat die Forderung nach quantentheoretischen Kenntnissen?
Sind die augenblicklich angebotenen Lehrveranstaltungen, insbesondere zur Quantentheorie, eine sinnvolle Vorbereitung auf die Anforderungen von Beruf und Examen? Haben Sie Verbesserungsvorschläge?
Welche Funktion soll ein Studienmodell haben?

Verantwortlich:
Bleck, Brettel,
Karcher, Sack,
Stasch

MATH NAT BLATT

7

4.2.68

05.02.1968:
An der Universität Heidelberg rufen zum Teach-in für die ausländischen Studenten im Studentenwohnheim Klausenpfad der SDS und die SAALA (vgl. 18.2.1968) auf, aber auch der AStA.
Q: SDS: Wilde Störversuche in der Presse, Heidelberg O. J. (1968); AStA: Heute Teach-In, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968);SAALA: [unleserlich] zur Lage der ausländischen Studenten in HD, O. O. Heidelberg) O. J. (1968)

ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTAA

Heute

05.02.68

TEACH-I

THEMA

1. DIE STELLUNG DES AKADEMISCHEN AUSLANDSAMT
2. PROBLEME AUSLÄNDISCHER KOMMILITONEN
3. DIE SDS-AKTION AM FREITAG 26.1.68 IN DER

AstA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA ASTA

05.07.68

zur Lage ausländischer Studenten in HD

1).SAALA begrüßt die Aktivisierung und Politisierung der ausländisch Studenten. Es ist stets das Ziel des SAALA, daß die ausl. Stud. politisch bewußt werden, sich innerhalb der HD Univ. soweit wie möglich an den Aktivitäten zu beteiligen und bei den Angelegenheiten der ausländischen Studenten mitzuwirken.

2) SAALA geht von der folgenden Lage ausl. Studenten aus: Unter den 12,ooo Stud. der HD Universität nehmen die 1,2oo ausl. Stud (1o%!) zwar zweifelsohne eine Sonderstellung ein, sind aber völlig unzureic end und mangelhaft organisiert. Denn, sie haben neben allg. Anpassu schwierigkeiten an die dt. Verhältnisse (z.B. Sprache, Studiumsystem usw) noch spezifische soziale, finanzielle und politische Schwierigkeiten. Allein aus diesem Grund ist die Forderung nach einer eigene Vertretung ihrer Interessen berechtigt. Ihre Interessen können unse Meinung nach durch allgemeine Eingliederung in die verschiedenen Fakultäten in dem StP nicht ausreichend vertreten werden. Sie müssen selbständig organisiert und vertreten sein. Mangelhaft ofganisiert sind die ausl. Stud aber, weil sie bisher lediglich beim Auslandsamt in Form der Nationenvertreter repräsentiert sind. Wir meinen, daß die sog. "Nationenvertreter" oft auf undemokratischer Basis für wenig bedeutsamen Ziele (etwa Tänze, Tourismus usw) aufgestellt werden, sie sind für die Vertretung der universitätspolitischen Zwecke weden befähigt noch legitimiert. Ausserdem können die Nationenvertre terdie Interessen der sonstigen überregionalen, politisch organiserte Stud-Gruppen nicht vertreten(z. B. Islamische Gruppe, SAALA.).

3) Das Desinteresse des StP an die Problematik der ausl. Stud. ist dur die völlig unbegründete Abschaffung des Auslandsreferats im AStA deut lich zu Tage getreten (auch die SDS-Vertreter naben dabei offenbar geschlafen.) Dies zeigt gerade die Notwendigkeit der eigenen, selbst ändigen Vertretung ausländischer Studeten in der Universität.

4). Deshalb fordert SAALA die ausl. Stud. auf, eine Vollversammlung ausl. Stud. einzuberufen. Nur diese VV wäre die einzige Urform einer direkten Demokratie unter den ausländischen Studenten. SAALA schlägt vor, daß auf einer solchen VV darüber diskutiert wird, ob dem StP ein Vertreter für das Auslandsreferat im AStA verbindlich empfohlen werden soll, oder ob das außerordentliche Referat beim Sozialreferat im AStA die Befugnis haben soll, die Beiträge ausländischer Stud. zu verwalten, um damit die ausl. Kommilitonen zu unterstützen, die aus politischen Gründen in Schwierigkeiten geraten sind. Denn nur so legimitierter Vertreter der ausländischen Studenten kann garantieren, das Interesse der gesamten ausländischen Studenten wirkungsvoll zu vertreten. Die Vollversammlung sollte ihren Vertreter beauftragen: das Interesse der ausl. Stud. nach allen Seiten hin, abe v.a. beim Auslandsamt zu vertreten, die Arbeit das AA zu kontrolieren bestimmte wichtige Angelegenheiten nach dem Prinzip der Paritätsbesetzung mitzubestimmen; das Auslandsreferat soll sich um die Politiserung ausländischer Studenten bemühen, um zu verhindern, daß diese nicht nur zum blossen Spezialisten, aber politischen Dummkopf ausgebildet werden. (Ende)

05.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheinen vermutlich Ende dieser Woche die 'Informationen zur St.P.-Wahl' Nr. 3 (vgl. 1.2.1968) unter der Schlagzeile "ADS ist indiskutabel".
Q: Informationen zur St.P.-Wahl Nr. 3, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Informationen zur StP-Wahl Nr. 3

ADS ist indiskutabel

W A S N U N ?

1. In den vergangenen Tagen haben wir gezeigt, daß die ADS wegen ihrer Verschleierungstaktik unwählbar ist. 2. Ein Flugblatt vom 1. 2. 1968 brachte eine Liste, die die ADS-Kandidaten nach ihrer Mitgliedschaft bei Korporationen und Verbindungen aufschlüsselte. 3. Der Republikanische Club zeigte, daß die 3-seitige "Stellungnahme" der ADS nur aus Leerformeln besteht.

Dagegen setzen wir folgende KONKRETE FORDERUNGEN:

Politisches Mandat: Aus der Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Forschung entspringt das Politische Mandat. Als Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft bedeutet dies: Aufdeckung von anti-demokratischen, un-freiheitlichen Tendenzen und Ausbildung in Methoden, die solche Entwicklungen verhindern. Hieraus ergibt sich im Gegensatz zur Ansicht der ADS, die sich auf das Hochschulpolitische Mandat beschränkt, das v o l l e p o l i t i s c h e M a n d a t der Studentenschaft.

Drittelparität: Nicht nur das Betroffen sein von Beschlüssen der akademischen Gremien (VDS), sondern auch die Gemeinschaft von Lernenden und Lehrenden erfordern die Mitbestimmung der Studenten. Sowohl in der Planung und Durchführung von Seminaren, Vorlesungen etc. als auch in allen akademischen Gremien müssen sie deshalb gleichberechtigt vertreten sein.

Öffentlichkeit: Nur die Öffentlichkeit aller Beratungen und Entscheidungen kann die Glaubwürdigkeit der Selbstkontrolle der Universität beweisen. (Verband Deutscher Studentenschaften)

Kritische Universität: An der Stellungnahme zur KU kommt es heraus, was man unter "Kritische Rationalität" und "demokratischer Ausgestaltung der Selbstverwaltungskompetenzen" (ADS-Manifest S. 1 und 3) versteht:

Entweder "den Anforderungen einer freiheitlichen Gesellschaft" (Sprich: Wirtschaft?) "Rechnung (zu) tragen" (ADS-Manifest Seite 3).

Oder a) Die Berechtigungen jener Anforderungen der Gesellschaft zu überprüfen und
b) an diese Gesellschaft selbst Forderungen zu stellen.

Kritische Rationalität beginnt bei:
Vorlesungs- und Seminarrezensionen;
statt Marxistenseminaren Bildung von Arbeitsgruppen;
Abbau von autoritativen Strukturen: z.B.
Seminarleiter als Gleicher unter Gleichen.

bitte wenden!

Für die Verwirklichung dieser Ziele schlagen wir vor, folgende Kandidaten zu wählen:

Wahlkreis 1 (Theol.)

Hans Heinrich Tegtmeyer	(HSU)
Hans Georg Schmitz	(ESG)
Meinhard Schröder	(SDS)

Wahlkreis 2 (Jur.)

Volker Schweitzer	(LSD)
Detlef Feuerborn	(LSD)
Hansgeorg Jacob	(Wingolf)
Andreas v. Mettenheim	-

Wahlkreis 3 (Vorklin.)

Hans-Jürgen Geber	(LSD)
Lisa Dörrscheidt	(WUS)
Bärbel Fischof	-
Walter Vielhaber	-

Wahlkreis 4 (Klinaker)

Gunthard Weber	-
Arnulf Lorentz	(WUS,HSU,
Ernst-Wilhelm Rauterberg	- DIS)
Helga Betzner	(SDS) -

Wahlkreis 6 (Volkswirte)

Hans-Dieter Mahler

Wahlkreis 7 (Phil.)

Volker Müller	(SDS)
Dietmar Alt	(LSD)
Albrecht Schmücker	
Dietrich Hildebrandt	-
Christoph Heise	(WUS,RC)
Jerzy Montag	(SDS)
Michael Körner	(SDS)
Georg Elwert	(LSD)
Gerhard Frei	-
Harald Schwarzenberg	(SDS)

Wahlkreis 8 (Dolm.)

Hartmut Rautenberg	-
Tilla Siegel	(SDS)
Ulrike Hatfeld	-

Wahlkreis 9 (Chem.)

Wolfgang Flues	(LSD)

Wahlkreis 10 (Biol.)

Kein Wahlvorschlag, da kein Kandidat unseren Erwartungen zu entsprechen scheint.

Wahlkreis 11 (Math.)

Johannes Johannsen	-
Gerhard Müller	-
Alexander v. Kapp-herr	-
Ulf-Günther Korb	(EFSV)

Die Verfassergruppe von "Informationen zur StP-Wahl"

Heinrich Allers	Reinhart Kößler
Stephan Baier	Alexander v. Oettingen
Elke Brude	Jörg Panzer
Gisela E.-Wellmann	Jürgen Reichel

05.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute das Flugblatt "Zwischenberichte aus der Modell-Werkstatt oder erste Ansätze von Kritischer Universität" zur KU bzw. zu acht Seminaren der Theologischen Fakultät im WS 1967/68.
Q: N. N.: Zwischenberichte aus der Modell-Werkstatt oder erste Ansätze von Kritischer Universität, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

ZWISCHENBERICHTE AUS DER MODELL-WERKSTATT oder

ERSTE ANSAETZE VON KRITISCHER UNIVERSITAET

In acht Seminaren der Theol.Fakultät wurden zu Beginn des WS 67/68 Reformversuche unternommen. Wiewohl es noch nicht an der Zeit ist Bilanz zu ziehen,werden doch schon Strukturen sichtbar,wie Kritische Universität praktiziert werden kann,Strukturen,die sich variiert in (Pro-)Seminaren und Uebungen aller Fakultäten anwenden lassen.

I) Soziologische Uebung (9o-Min-Doppelstd pro Woche;2o Teilnehmer)
+ Jeder Sitzung liegen zugrunde fortlaufend zwei Kapitel eines Buches sowie eine darüber von einem Studenten angefertigte 'Rezension'(etwa 12o Zeilen;sie liegt eine Woche vorher hektographiert a Sowohl die Technik einer Rezension wie die inhaltlichen Probleme des Buches selbst stehen zur Debatte.
+ Auf die Besprechung von je zwei Kapiteln + Rezension werden zwei Sitzungen verwandt -ineiner tagen die Teilnehmer in zwei Gruppen zu je 1o Mann,in der anderen im Plenum.
+ Immer leitet ein Student die Diskussion(Während der gesamten 9o Minuten wird ausschließlich diskutiert anhand des Buches und der Rezension!),der Seminarleiter ist Gleicher unter Gleichen.
+ Nach anfänglicher Zurückhaltung beteiligen sich fast alle am Gespräch,die Diskussion bleibt immer genauer bei den Problemen des Textes,der Informationsgehalt einer Sitzung steigt stetig.Der Einzelne wird mehr aktiviert,zum eigenen Urteil gefordert,er gel zu kritischem und selbstkritischem Denken.
+ Die Beseitigung von autoritativen Strukturen schafft Raum zur fr en Selbstbetätigung des Einzelnen.

II) Alttestamentliches Seminar (1oo-Min-Doppelstd pro Woche;75 Teiln
+ Gemäß einem Arbeitsplan liegen jeder Sitzung eine Bibelstelle so ein studentisches Referat(etwa 15o Zeilen) + dazu vom Seminarlei gestellte Fragen zugrunde.Referat + Fragen liegen etwa eine Woch vor der Sitzung hektographiert aus.
+ Während der ersten 5o Minuten werden die Grundprobleme des Bibe textes anhand von Referat + Fragen in fünf Arbeitsgruppen durchgesprochen.Ein Student leitet jeweils die Diskussion,der Seminar leiter ist umschichtig wöchentlich bei einer andern Gruppe Zuhör
+ Die Ergebnisse bzw Fragen der Gespräche werden jeweils in maxima zwei kurzen (!) Thesen zusammengefaßt.
+ Die 5 Diskussions- und der Seminarleiter vergleichen und ordnen die Thesen.
+ In den zweiten 5o Minuten werden in der festgelegten Reihenfolge im Plenum die einzelnen Thesen durchdiskutiert.Hierbei war (bish der Sem-L Diskussionsleiter.
+ Gegnüber der ursprünglichen Seminargestalt (9o Min n u r Plenum kein Referat schriftlich eine Woche vorher,sondern mündlich vorg tragen) bietet der Reformvorschlag an Vorteilen:
+ Das Informationsniveau der Studenten gegenüber dem Sem-L steigt; Referat+Fragen schaffen Zeit/Möglichkeit d er Reflexion zur Entfaltung selbständiger kritischer Positionen;die Gruppenarbeit er licht/verlangt intensivere Mitarbeit des Einzelnen - "hier,im kl nen Kreis wagt er schon 'mal was zu sagen";nach Klärung der Vorfragen in den Gruppen bietet das Plenum d e Gelegenheit zu längerer und detaillierterer Auseinandersetzung mit Thesen seitens der Studenten oder des Sem-L .

III) Modifikationen anderer Seminare
+ Anstelle des eine Woche früher ausliegenden Referats kann auch d Bildung von 5-6 Mann starken Arbeitsgruppen;die neben der eigtl. Sitzung einmal wöchentlich gemeinsam,arbeitsteilig den anstehend

b.w.

Stoff durchsprechen und Fragen/Thesen formulieren, die Argumentationsbasis der Studenten verbessert und dadurch eine Diskussio mit dem Plenum resp Sem-L fruchtbar werden:Hauptziel ist die Eigenständigkeit des Einzelnen.

+ Das Arbeitsprogramm des Semesters wurde in einem Seminar von den Studenten selbst erstellt.

IV) Zwischenbilanz

+ Modell I) eignet sich für Seminargrößen zwischen 1o und 2o Mann
+ Modell II) -ggf mit Variationen- kann bei übergroßen Teilnehmerzahlen dennoch Betätigungsmöglichkeiten für den Einzelnen schaff
+ Bei beiden Modellen ist von großer Bedeutung die SCHAFFUNG KLEINE ARBEITSGRUPPEN(dh Selbstbetätigung;durch Diskussion Bestätigung, Widerlegung,Abwandlung von eigenen/fremden Thesen) sowie die FRÜ ZEITIGE INFORMATION(dh Möglichkeit zum Ausbau von Positionen/Kri etc).Erst diese beiden Faktoren ermöglichen eine ALLSEITIGE DISK SION.
+ Bei beiden Modellen wurde deutlich,daß das Diskutieren(=als Best teil des LERNPROZESSES !) noch mehr eingeübt werden muß.
+ Das entscheidende bei beiden Modellen ist,daß der Student von Ob zum SUBJEKT DER LEHRE gemacht wird.Ergo bestimmt der Sem-L,was a welche Weise im Seminar behandelt werden soll,sondern in gemeins Arbeit werden Semesterprogrammen entworfen und auch durchgeführ (vgl V) zweiter Absatz !)

V) Theoretische Grundlagen der Reformen

+ Unabhängig davon,um was für eine Lehrveranstaltung es sich hande muß jedes Seminar ua den Forderungen des Wissenschaftlichen Arbe prozesses,des Lernprozesses also entsprechen.Wo nicht,werden an sen Veranstaltungen Beteiligte entweder frustrieren oder systema entmündigt.
+ Lernen,dh Sich-etwas-zu-Eigen-machen,geschieht in vier Stufen: 1)INFORMATION 2)REFLEXION 3)DISKUSSION:These-Antithese 4)SYNTHES Diese vier Elemente stehen miteinander in einem Rückkopplungsverhältnis.Wird eines vernachlässigt,ist der Prozeß gestört -Fol vgl oben !
+ Intention der bisherigen Reformen war es,durch rechtzeitige Information Zeit für die Reflexion des Einzelnen zu schaffen.Nach folgreicher Diskussion seiner Thesen in der Gruppe hat er dann d Möglichkeit,im Plenum eine fundierte Antithese zu vorgegebenen B hauptungen aufzustellen.
+ Somit ist der sinnvolle Durchbruch durch autoritative Strukturen möglich:autoritativ,dh auf Person und Sache des Sem-L zugeschnit tene Lehrveranstaltung;sinnvoll,dh Anhebung des Informationsnive und deshalb Kritikfähigkeit an aufgestellten (profess.) Thesen.
+ Das 'Mehr an Information' entspringt nicht der "reinen Lehre",di der Professor den Studenten "doziert",sondern der freien Selbstb tätigung des Einzelnen in kleinen Arbeitsgruppen.

VI) Ausblick

+ Die Reformen,die sämtlich VERSUCHS-CHARAKTER haben,sind bestrebt neben den sachlich-inhaltlichen Problemen eines Seminarthemas au wieder die Frage nach der Methodologischen Ortsbestimmung ins Blickfeld zu rücken.Ein spezieller Stoff bekommt demgemäß die Funktion eines Beispiels,an dem exemplarisch die Methode wissenschaftlichen Arbeitens selbst sowie die Reflexion über die BEDIN DER MOEGLICHKEIT VON DENKEN AN SICH geübt wird.
+ Zum andern müßte andiesem Exemplarischen Stoff das Verhältnis vo (theoretischem,Stoff und konkreter Wirklichkeit analysiert werde
+ Aufgabe einer KU müßte es sein,solche methodologisch-hermeneutis Ansätze sowie deren Anwendungsmethoden von der Theorie in die Praxis hinein zu entwickeln und diese in Universität und Gesellschaft zurückfließen lassen.

05.02.1968:
An der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt von vier unabhängigen Kandidaten zum Studentenparlament.
Q: Frei et al.: Die erfreuliche…, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil...phil..

5.11.68

Die erfreuliche Tatsache, daß sich zur Wahl des 28. Studentenparlamen so wiele Kandidaten bewerben, birgt die Gefahr in sich, daß nichtorganisierte und nicht finanziell unterstützte Kandidaten in der Masse untergehen. ·

Wir fordern Sie auf: Nutzen Sie die Möglichkeit der Persönlichkeitswa

Folgende Kandidaten stellen sich Ihnen daher aus finanziellen Gründen gemeinsam mit diesem Flugblatt vor:

Gerhard F r e i
Dietrich H i l d e b r a n d t
Bernd K ö n i n g e r
Herbert W e i ß

Wir konnten uns auf folgende Leitlinien für die Arbeit im Parlament einigen, die wir individuell vertreten werden:

Weder der Wissenschaftsrat noch die Ministerialbürokratie noch die Ho schule selbst waren bisher in der Lage, überzeugende Vorschläge zur N ordnung der Universität vorzulegen und zu verwirklichen.

Die Vorschläge von Seite der Studentenschaft sind bis jetzt in keiner Konzeption hinreichend berücksichtigt worden.

Die ständige Weigerung, die Studentenschaft effektiv an dem Neuordnun prozeß teilnehmen zu lassen, verstärkt den Verdacht, daß durch Diszip nierung der Hochschule ein nur den Erfordernissen der Industriegesell schaft angepaßter Akademikerausstoß erreicht werden soll.

Die Beseitigung der Hochschulmisere durch eine grundlegende Neuordnun kann nur erzielt werden, wenn sämtliche Mitglieder der Hochschule gleichermaßen aktiv und produktiv bei der Durchführung der universitä Selbstverwaltungsaufgaben, aber vor allem a u c h am Wissenschaftsprozeß beteiligt werden.

Die Demokratisierung der Hochschule muß daher notwendigerweise über d bloß formalistische Forderung nach quantitativer Beteiligung der Stud in den Entscheidungsgremien der Universität (z.B. Drittelparität) hin gehen und vor allem eine umfassende und effektive studentische Mitwir bei der Erhaltung der Freiheit von Forschung und Lehre beinhalten.

Wir fordern daher eine Umstrukturierung des Lehrprogramms und die Mod fizierung der Prüfungsordnungen im Hinblick auf eine aktive, eigenver antwortliche Beteiligung der Studenten am Lehrbetrieb.

Kandidaten für das 28.Studentenparlament: Gerhard Frei
Dietrich Hildebrandt
Bernd Köninger
Herbert Weiß

05.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt "Waren Sie dabei?" zur Rolle der Korporationen beim Aufstieg des NS, unter Verantwortung eines SDS-Mitglieds.
Q: Schwarzenberg / Baumann: Waren Sie dabei?, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

S. S. 68

WAREN SIE DABEI ?

Hamburger Tageblatt vom 16.5.1933:"...ebenso waren die Hochschulgru
des Stahlhelms und die Chargierten der Korporationen erschienen.
Gegen 23 Uhr loderte prasselnd die Flamme empor. Brausend erklang d
Lied der studentischen Jugend: Burschen heraus!
Höher schlug die Flamme, Buch um Buch aus jener undeutschen Sphare
wurde zerrissen und vernichtet."
Kölner Tageblatt vom 18.5.1933 : "...begann vor der Kölner Universi
die grosse Kundgebung des Nationalsozialistischen Deutschen Student
bundes wider den undeutschen Geist mit einem Aufmarsch der Wehrverb
de und Korporationen "
Generalanzeiger für Bonn und Umgebung vom 11.5.1933 :"Wahrend die M
ge das Horst-Wessel-Lied anstimmte, stand unten auf dem Markt, mitt
in dem Fahnenwald der Korporationen, die übrigens eine schwarz-weis
rote Flagge mit der Aufschrift "Deutsch die Saar" inihre Mitte geno
men hatten, der Scheiterhaufen in hohen Flammen. Bücher und Zeitung
Zeitschriften und Broschüren flogen in die prasselnde Glut, ... Dan
krachte der Scheiterhaufen zusammen."
(Zitiert nach der Dokumentation von J. Wulf:"Literatur und Dichtung
Dritten Reich" rororo 1966 , S. 56, 57, 53)

Schon 1929 stellte Baldur von Schirach, Führer des N.S.D.Studentenbu
des fest: "Es ist kein Zufall, dass der Nationalsozialist. Deutsche
Studentenbund und die schlagenden Verbindungen eine gewisse Auslese
Menschenmaterials aus der heutigen Studentenschaft in ihren Reihen v
einen: der Wille zur Tat und Waffe hat die hier einzig wertvollen ak
vistischen Elemente zusammengefasst. Und warum vereinigen sich die A
visten in Bünden, die letzten Endes irgendwie dem Kampf dienen? Weil
re Jugend kämpfen will.(zit. Hermann Glaser. "Spiesserideologie von
Zerstörung des deutschen Geistes im 19.u. 20. Jhdt." Rombach, Freibu
1964)
Bis dahin hatten sich die Korporationen schon warmstens als Bundesg
sen der Faschisten empfohlen: So wurde in der Weimarer Zeit u.a. be-
schlossen:
"1920 : der Burschentag untersagt die Mitgliedschaft von Juden.
Mitglieder von internationalen oder separatistischen Parteie
können nicht mehr der Deutschen Burschenschaft angehören.(
1923 : Das Freimaurertum steht nicht auf dem Boden der Deutschen Bu
schenschaft.
1925 : Die Mitgliedschaft zum "Reichsbanner Schwarz-rot-gold" ist u
vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Burschensc
1929 : Kampf gegen die Alleinherrschaft der Parteien und Parlamente

Nach Schirachs Konstatierung der Verwandtschaft von Nazismus und burs
schaftlichem Heldengeist half man mit vereinten Kräften in Saalschlac
ten und durch Beschlüsse, die eingegangene Liaison zu legalisieren.
So beschloss man

"1930 : Die Angehörigen der Deutschen Burschenschaft sind in einheitl
chem Geist zu politischer Mitarbeit zu erziehen.
1932 : Der Burschentag bejaht den Nationalsozialismus als wesentlich
Teil der volklichen Freiheitsbewegung."[2])
(1 und 2 zitiert nach : Burschenschaftl. Blatter, 79.Jg. Heft 10/11,
1964, S. 191)

Nachdem die Korporationen noch bei den Bücherverbrennungen akademisch
Hilfestellung geben durften, waren sie für die Faschisten nutzlos ge-
worden und wurden bis Ende 1935 in den Nationalsozialistischen Deutsc
Studentenbund überführt. Fortan durften sie die Helden bei Judenprogr
und Angriffskriegen undSiegesfeiern sein.

SIE WAREN ALSO DABEI.....

Wie kam es zu solcher Liaison?

Prädestiniert waren die Korporierten zu solcher Verbindung durch das Vorhandensein ihres fatalen Schweinehundes: "Bei der Mensur wird der innere Schweinehund niedergekämpft, im Antisemitismus und Chauvinismus läßt man ihn wieder hervor". (Glaser S. 201)

Darüber hinaus gedieh die Weltanschauung der Nazis wie der Korporierten "in der Biermystik der Bierkeller und Bierlieder, der Mensur- und Saalschlachten; beide Weltanschauungen waren Ausdruck der ewigen Sehnsucht des kleinbürgerlichen Charakters nach Unterwerfung und Herrschaftsteilnahme (Adorno), Zeichen der aus individueller wie kollektiver Verdrängung aufsteigenden Minderwertigkeitsgefühle, die nationalistisch, völkisch, antisemitisch abreagiert wurden. Die Verherrlichung des Heldentums war die Kompensation der Komplexe "Feigheit" und "Servilität"...." (Glaser S. 202

Sind sie wieder dabei?

Die Korporierten erheben heute in Heidelberg den Anspruch, denkende, individualistische, die Mitte vertretende Menschen zu sein. Sie legen auf ihren Individualismus besonderen Wert; er sei der Grund gewesen, weshalb die Korporierten unter dem NS-Regime verboten worden seien, denn die Corps hätten sich geweigert, ihre kommunistischen, sozialistischen, jüdischen oder monarchistischen Corpsbrüder auszuwerfen. Wie unsere Zitate jedoch weisen, kann der größte Teil der Burschenschaften 1933 kaum mehr Juden, Sozialisten oder gar Kommunisten in seinen Reihen gehabt haben, wenn die gefassten Beschlüsse verwirklicht wurden. Uns scheint vielmehr, daß die Korporationen weniger "verboten", denn als nutzlos gewordener Komplize "fallengelassen" wurden; wie das Spinnenmännchen durften sie nur die Hoch noch erleben....

W i r f r a g e n, wo das Denken, der Individualismus der Korporierten in Weimar und 1933 gewesen sind.

W i r f r a g e n, ob ihnen die eigene Vergangenheit tatsächlich so unbekannt ist, daß sie Anspruch auf schieren Widerstand gegen den Faschismus zumelden wagen.

W i r f r a g e n, wie es mit der Sachlichkeit der Korporationen heute bestellt ist. Die (zumindest teilweise) Verschleierung der eigenen Vergangenheit läßt wenig auf Sachlichkeit schließen. Noch weniger aber, die versuchte Verschleierung der eigenen Korporationszugehörigkeit bei der Nominierung für die ADS. Aus wahltaktischen Gründen wurde Couleur gestrichen und der Unwahrheit die Ehre gegeben.

Bundesbruder, kommst du ins Stammlokal, sag, du
habst uns in der Mitte lügen sehn, wie es
die alten Herren befahlen....

Sie sind wieder dabei...

verantwortl.: H. Schwarzenberg, (SDS), und G. Baumann

05.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt "(Studenten)-Provinz-Parlament" des World University Service (WUS) Komitee Heidelberg zu den Wahlen zum Studentenparlament und der Abschaffung des AStA-Auslandsreferats.
Q: WUS: (Studenten)-Provinz-Parlament, Heidelberg O. J. (1968)

5.02.68

(Studenten) - P R O V I N Z - P A R L A M E N T

Das 27. StP zeigte in einem Beschluß vom 31. 1. 1968 erstaunliche Internationalität:

Mit großer Mehrheit stimmte es für die Abschaffung des ordentlichen AStA-Auslandsreferats. An seiner Stelle wird ein ordentliches Hochschulreferat eingerichtet werden. Das Auslandsreferat ist zum außerordentlichen deklassiert worden. Eine Diskussion darüber fand praktisch nicht statt. Enttäuschend ist vor allem, daß auch die Mitglieder des StP, die dem SDS angehören, anscheinend keine Bedenken hatten, obwohl der SDS erst vor kurzem lautstark eine weitgehendere Selbstverwaltung der ausländischen Studenten gefordert hatte.
NIEMAND ist gegen die Einrichtung eines ordentlichen Hochschulreferates. Im Gegenteil. Aber darf die Alternative heißen:

AUSLANDS - ODER HOCHSCHULREFERAT ??

Der Beschluß bedeutet

- Degradierung des Auslandsreferentenposten zur halben Stelle
- kein Stimmrecht im AStA
- Schwächung der Stellung der Ausländer an der Universität und damit Prestigeverlust bei ausländischen Stellen und Vertretungen
- Schwächung des Position des Auslandsreferenten gegenüber dem Akademischen Auslandsamt

Die weit verbreitete Mißachtung der im Grundgesetz garantierten Rechte der Ausländer in der BRD ist bekannt. Darüber hinaus hat gerade das Jahr 1967 gezeigt, welch eklatanten Rechtsverletzungen ausländische Kommilitonen ausgesetzt waren : u. a. Überwachung und Schikanierung persischer Studenten, Entführung koreanischer Kommilitonen, Repressalien gegenüber griechischen Studenten.

Diese Tendenz dürfte keineswegs rückläufig sein. Um so mehr gilt es, die Rechte der ausländischen Kommilitonen zu sichern, die Stellung ihrer Vertretungen zu stärken.

WIR SIND FÜR PROGRESSIVE HOCHSCHULREFORM, ABER NICHT AUF KOSTEN UNSERER AUSLÄNDISCHEN KOMMILITONEN !

Wir fragen uns weiter, wie die sonstigen Aufgaben des Auslandsreferates, die in letzter Zeit mehr schlecht als recht von einem ordentlichen Referenten wahrgenommen wurden, in Zukunft von einem außerordentlichen Referenten wahrgenommen werden sollen:
- Analyse und Verbesserung des Ausländerstudiums, insbesondere der Studienkollegkurse
- Soziale Hilfe für Ausländer
- in Zusammenarbeit mit den Fachschaften: Vorschläge zur Berufung von Gastprofessoren, Anregungen zum und Information über das Auslandsstudium
- Einflußnahme auf die Vergabe von Stipendien beim DAAD und anderen Organisationen, Ausweitung dieser Stipendienprogramme
- Kontakte zu Hochschulen im Ausland, Austauschprogramme über die Mitglieder der studentischen Selbstverwaltung hinaus
- Teilnahme an internationalen Tagungen studentischer Verbände

WORLD UNIVERSITY SERVICE (WUS), Komitee Heidelberg
Unsere Kandidaten für das StP:

Gabriele D i e t r i c h	(theol.)
Lisa L ö r r s c h e i d t	(Vorkliniker)
Arnulf L o r e n t z	(Kliniker)
Christoh H e i s e	(phil.)

05.02.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 76 (vgl. 29.1.1968, 9.2.1968) heraus unter der Überschrift "Wahl mit hohem Einsatz" zu den Studentenparlamentswahlen, deren Kandidaten vorgestellt werden.

Eine Anzeige wirbt für das Amerika Haus.
Q: AStA Uni: Info Nr. 76, Heidelberg 5.2.1968

05.02.1968:
Im Audimax der FU soll um 20.15 Uhr das Münchener Rationaltheater auftreten. Karten werden verkauft durch die Asten von FU, PH und TU.

Eingeladen wurde an der FU auch durch die Studentenvertretung der Math-Nat. Fak und die Fachschaft Physik.
Q: N. N.: Lieben Sie Lübke?, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SV Math.-Nat Fak FU, FS Physik FU: Seltsame Begegnung, Berlin O. J. (1968)

LIEBEN SIE LÜBKE?!

Kommen Sie auf jeden Fall am 05. Februar 1968, um 20.15 Uhr
ins Auditorium maximum der Freien Universität Berlin

Eintritt : DM 1.50
Vorverkauf: AStA TU, AStA FU, AStA PH und Abendkasse

SO LEGT MAN EUCH, IHR BRÜDER

(frei nach Heinrich Lübke)

präsentiert vom

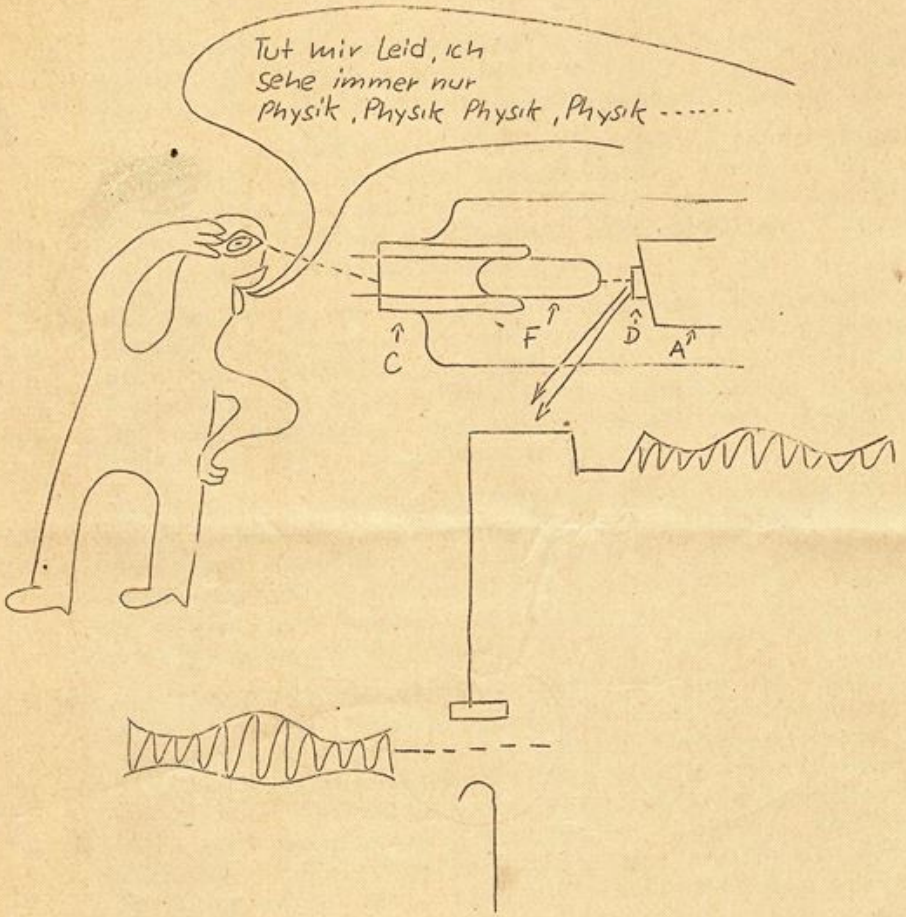
MÜNCHENER RATIONALTHEATER

Anschließend zur AStA-Wahl in die Konventssitzung im Hörsaal D

E0702

PHYSIK

Studentenvertretun
der Math. Nat. Fak
Fachschaft Physik
Verantwortl. Stasc
Berlin 33
Hüningerstr. 44



SELTSAME BEGEGNUNG

Theater für alle Fachidioten
auch für SIE

Mo. 5.2.68. 20°°
Theatersaal, Henry Ford Bau

Karten zum Preise von DM 2.10 beim AStA und den Studentenvertretungen aller FAkultäten

Grafik nach „Anrisse" Nr. 61

05.02.1968:
In Berlin gibt der SHB vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Die Universität vor ihrem Ende?" heraus zu den Raumverboten.
Q: SHB: Die Universität vor ihrem Ende?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

8.2.68 EOB

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

DIE UNIVERSITÄT VOR IHREM ENDE??

Gibt dieUniversität sich selber auf,?

Soll die Auton-omie die Universität jetzt endgültig liquidiert werden?

Sollen die kritischen Studenten ausgeschaltet werden?

Das sind die Tatsachen:
Folgende politische Veranstaltungen sollen verboten werden:

- Vollversammlung der KU; Thema: "Unmenschliche Wissenschaft"
- Springer-Hearing vom 9.-11.2. in der TU
- Internationaler Vietnamkongress vom 17./18.2 in TU und FU

Abgesehen von dem illegalen Eingriff in die politische Betätigung der Studentenschaft, deren Inhalt Universität und politische Instanzen in höchstem Maße unbequem ist, zeichnet sich ein bisher nie dagewesener Druck der Staatlichen Gewalt auf die Universität ab:

- Wissenschaftssenator Stein verbot qua Dienstaufsicht die KU-Vollversammlung.
- Innensenator Neubauer kündigt das Verbot der übrigen Veranstaltungen an, ohne die akademischen Gremien und den zuständigen Senator zu informieren.

Über Neubauers weitere Pläne bestehen keine Zweifel mehr:
Er will den Konflikt mit "radikalen Studenten" durch "schärferes Vorgehen der Polizei" endgültig lösen. ("Auf Neugierige und Schaulustige" soll dabei keine Rücksicht genommen werden)

Für immer noch kritische Studenten hält der Senat weitere Mittel bereit:
Längst kon-zipierte sogenannte 'Verschaltgesetze würden es ermöglichen, unbequeme Studenten in Schnellverfahren zu relegieren.

Wir fragen:

WIE LANGE NOCH WOLLEN DIE UNIVERSITÄTEN DER ZERSCHLAGUNG IHRER AUTONOMIE ZUSEHEN?

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

05.02.1968:
An der FU Berlin geben die Institutsvertretung Publizistik und die Freunde der Publizistik (FdP) vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Solidarität" heraus zum Romanischen Seminar.
Q: IV Pub, FdP: Solidarität, Berlin O. J. (1968)

24.2.68

SOLIDARITÄT

Die Studentenvertretung des Instituts für Publizistik und die "Freunde der Publizistik" solidarisieren sich mit den Bemühungen der Studenten am Romanischen Seminar, die notwendige Diskussionen über Mängel des Grundstudiums voranzutreiben.

Die Reaktion der Professoren des Romanischen Instituts ... auf diese Diskussionensforderungen sprechen für sich selbst. Administrative Maßnahmen sollen die Unruhe unterdrücken.

WIR FORDERN DIE AUFNAHME EINES REALISTISCHEN LEHRBETRIEBS AM ROMANISCHHEN SEMINAR ',

und damit den Beginn der permanenten Diskussion über die bisherige Grund studienpraxis.

verantwortlich: IV - Publizistik
und
Freunde der Publizistik
1 Berlin - 33
Ihnestraße 28

05.02.1968:
An der FU Berlin geben die Sprecher der Studentenvertretung der Math-Nat. Fak vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Zur Information" heraus zur Uni-VV vom 2.2.1968. Aufgerufen wird dazu, sich von Gewalt zu distanzieren.
Q: SV Math.-Nat Fak FU: Zur Information, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Esto 2
→ 2. 2. 68

zur information

Entgegen einer AStA - Vorlage, die gewaltsame Ausschreitungen verurteilte, wurde in der VV aller Fakultäten am 2. 2. 68 im Audi- Max ein Gegenantrag von Gross mit großer Mehrheit angenommen, der die Methode der direkten Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele für berechtigt hält. Dieser Antrag ist deshalb so grotesk, weil er das Verhalten von Gross auf dem Sit- In am 31. 1. 68 nachträglich sanktionieren soll.

Da es sich am Mittwoch, dem 31. 1. 68 um eine VV aller Fakultät also auch der Math. - Nat. Fakultät handelte, sah sich der Fak tätssprecher genötigt, eine außerordentliche FA- Sitzung für Freitag, den 2. 2. 68 einzuberufen. Auf dieser ordnungsgemäß einberufenen FA- Sitzung wurde von sechs FA- Mitgliedern folgen den Antrag eingebracht:

Der Fakultätsausschuß der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät distanziert sich entschieden von den Vorfällen beim Sit- In am 31. 1. 68 in der Boltzmann Straße 3. Mit der Anwendu physischer Gewalt von mehr als 400 Studenten gegen 80 Fakultäts mitglieder ist die Basis "rationaler Diskussion und Argumentati endgültig verlassen. Eine Verhandlungsöffentlichkeit so gewaltsam herstellen zu wollen, daß sachliche Auseinandersetzung im gleichen Augenblick unmöglich wird, muß als völliges Unverständ nis gegenüber den dringenden Problemen oder als bewußte Provokation angesehen werden.
Der Fakultätsausschuß unterstützt die Bemühungen der Studentenschaft der Philosophischen Fakultät um eine umfassende Reform d Grundstudiums durch öffentliche Diskussion zwischen allen Betei ligten.
In einem Augenblick, wo diese öffentliche Diskussion gerade in vollem Gange ist, muß die auf dem Sit - In geübte Methode der direkten Gewaltanwendung den Erfolg aller Reformbestrebungen gefährden.

b. w.

Der Fakultätsausschuß der Mathematisch - Naturwissenschaftliche Fakultät ruft alle Studenten auf, sich ihrer Verantwortung gegenüber der Universität und ihren Problemen bewußt zu sein und die notwendige sachliche Atmosphäre für die Lösung der anstehenden Fragen wiederherzustellen.

Obwohl die VV aller Fakultäten am Freitag, den 2. 2. 68 im Audi Max bereits um 18 ^{05} beendet war, hielten es die FA- Mitglieder Gross, Hamann, Lagodzinski und Stasch nicht für nötig, rechtzeitig zu erscheinen und nahmen sich damit selbst die Möglichkeit, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Man muß von Studentenvertretern erwarten, daß sie ihre Pflichten pünktlich und gewissenhaft erfüllen. Dem Fakultsausschuß deswegen den Vorwurf zu machen der Antrag sei nicht ausführlich diskutiert worden ist geradezu billig.

Umsomehr ist verständlich, daß der Inhalt dieser Resolution nicht in das Konzept der Herren Gross & Co. paßt. Gross kündigte auch gleich ein suspensives Veto des Ältesten an, der an der Sitzung gar nicht teilgenommen hatte.
Was liegt näher, als sofort zu behaupten, der Antrag sei mit scheindemokratischen Methoden durchgezogen worden. Eine derartig den Sachverhalt entstellende Argumentation macht nur allzu deutlich, wie die politische Meinung Andersdenkender verketzert wird

(Rosa Luxemburg: " Freiheit ist die Freiheit Andersdenkender! "

Die Vorfälle der jüngsten Zeit haben zu einer weiteren Eskalation an der Freien Universität geführt, die nicht nur deren Existenz auf das gefährlichste bedroht, sondern nun auch zu direkter Gewaltanwendung geführt hat.

Distanzieren Sie sich nicht nur von dem Vorgehen radikaler Gruppen sondern wehren Sie den Anfängen bald nicht mehr aufzuhaltender Gewalttätigkeiten!

Gerhard Schaefer
1. Fakultätssprecher
der Math.-Nat. Fakultät

Joachim Petermann
2. Fakultätssprecher
der Math.- Nat. Fakultät

05.02.1968:
Laut 'Roter Morgen' demonstrieren in Frankfurt ca. 3 000 Menschen ihre Solidarität mit Südvietnam. Vor dem US-Generalkonsulat, dem Amerikahaus und dem US-Handels-Centre am Opernplatz, kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.
Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968, S. 2

06.02.1968:
Lars Müller berichtet vom Freiburger Fahrpreiskampf (vgl. 2.2.1968):"
Am Dienstag, den 6. Februar befasste sich der Gemeinderat wie versprochen mit der Fahrpreisgestaltung, blieb jedoch bei seinem alten Beschluss. Während der Debatte wurde vor dem Rathaus demonstriert. Die Schüler und Studenten empörten sich dabei besonders darüber, dass die Sitzung des Gemeinderats nicht per Lautsprecher auf den Platz übertragen wurde. Sie fühlten sich als souveräne Diskussionspartner übergangen. Lapidar erklärte OB Keidel in der Sitzung 'nochmals, dass keine neuen Sachargumente vorliegen, die eine erneute Beschlußfassung notwendig machen.' Die Aktionsgemeinschaft verfasste daraufhin ein wütendes Flugblatt: 'Der Stadtrat hat uns bewußt provoziert, (…). Wenn der Stadtrat sich vom Druck der Strasse distanziert, 'Vertritt er nicht die Interessen der Bevölkerung!'

Für die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhungen war deshalb klar: 'Ab heute 13.00 Uhr Bertholdsbrunnen' Die Stadtverwaltung betrachtete die Angelegenheit dagegen als erledigt und untersagte die Fortsetzung der Versammlungen. Die Polizei, inzwischen durch 28 auswärtige Einheiten verstärkt, wurde angewiesen zu räumen. Die Blockaden wurden zwar beim Anrücken der Polizei langsam aufgegeben, aber gleich darauf an anderer Stelle fortgesetzt. Gegen diese Taktik konnten auch die erstmals in Baden-Württemberg eingesetzten Wasserwerfer nichts ausrichten. Während draußen Demonstranten und Polizei eine 'Notstandsübung' abhielten, wie es in Sprechchören gerufen wurde, versuchte der 'Studenten-Rat' im Theatersaal der Alten Uni eine ordentliche Sitzung abzuhalten: von 11: 05 Uhr bis nachts um 3: 30 Uhr. Mehrfach wurde die Sitzung unterbrochen, 'um mit der Staatsanwaltschaft über die Freilassung der inhaftierten Studenten (…) zu verhandeln', oder um 'Polizeirat Maier Gelegenheit zu geben, mit den anwesenden Studenten über die Demonstration am Nachmittag zu diskutieren.' Polizeirat (PR) Maier, seinerzeit Einsatzleiter bei den Fahrpreisdemonstrationen, war aufgrund einer Schreckensnachricht in die Alte Uni geeilt: 'Gegen 1.30 Uhr erfuhren wir, daß dabei von 300 bis 400 Studenten beschlossen worden sein soll, noch in der Nacht die Haftanstalt am Holzmarktplatz zu 'stürmen', wo noch festgenommene Demonstranten einsaßen.' Als PR Maier in die Versammlung platzte, fand gerade eine ordentliche Abstimmung über den neuen AStA-Vorsitzenden statt. Die Demonstration zum Knast war zuvor in Geschäftsordnungsdebatten verhandelt worden. 'Gegen 03.50 Uhr standen etwa 50 Versammlungsteilnehmer am Holzmarktplatz. Außer einigen Ansätzen zu Sprech-Chören fanden keine Ordnungsstörungen statt, …' so der Polizeibericht.

Die Studenten dachten dabei noch gar nicht an eine militante Herausforderung des Staates. Im Gegenteil. Sie kritisierten, dass Polizeieinsätze von den Inhalten ablenkten. 'Durch Einsatz von Wasserwerfern und Polizeiketten tut man so, als ob die Demonstranten im Unrecht seien. (…) Verhaftet wird zum Beispiel, wer ins Megaphon spricht oder Flugblätter verteilt. So versucht man, das politische Anliegen der Demonstration zu zerstören.' Daran zeigte sich, dass es der Bewegung von Beginn an um mehr ging als um die Fahrpreise. Durch die erfolgreichen Blockaden verloren die Landesbehörden das Vertrauen in die lokale Polizeiführung und griffen in deren Arbeit ein. Der Freiburger Einsatzleiter PR Maier wurde von einem auswärtigen Beamten abgelöst, der sich mit einem harten Polizeieinsatz jedoch auch nicht durchsetzen konnte. Der Nachmittag mündete im Chaos. 'Demonstranten blockieren mit erbeuteten Absperrgittern die Fahrbahn' (Polizeibericht), anstatt dahinter zu bleiben. Vereinzelt konnten Busse und Personenwagen über die umkämpfte Kreuzung am Bertholdsbrunnen geschleust werden - zu einem hohen Preis. Wasserwerfer beschädigten Geschäfte in der Innenstadt, zahlreiche unbeteiligte Passanten gerieten in die Auseinandersetzungen. Ein Student wurde bei einem Schlagstockeinsatz schwer verletzt.

Bereits vor dieser Eskalation hatte die 'Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler und Studenten' an diesem Abend zu einem 'Hearing' ins Haus der Jugend geladen. Demonstranten sollten dort mit Bürgermeistern und Stadträten diskutieren. Nach den Straßenkämpfen des Tages fanden sich am Abend 1500 der Konfliktgegner, darunter auch OB Keidel, zur Diskussion ein. Erst diese Versammlung konnte die Situation befrieden. Die Ergebnisse des Abends veranlasste Schüler und Studenten aufzurufen: 'Vorerst keine Demonstrationen mehr', denn der Gemeinderat würde zu einer Sondersitzung zusammentreten."
Q: Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003

06.02.1968:
In Berlin gibt der Arbeitskreis Kuba der KU, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "2. Vietnam in Guatemala" heraus.
Q: KU-AK Kuba: 2. Vietnam in Guatemala, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KU KRITISCHE UNIVERSITÄ

06 FEB 1968

Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von Westbe

RBEITSKREIS:KUBA ARBEITSKREIS:KUBA ARBEITSKREIS:KUBA 1.INFORMATION ARBEITS

2. Vietnam in Guatemala

"In dem mittelamerikanischen Staat Guatemala ist die Hölle los. Links-Radikale und Rechts-Extremisten metzeln an politische n Gegnern alles nieder, was ihnen in den Weg kommt. Allein drei Prominente wurden innerhalb eines Tages Opfer der Mordwelle" BZ vom 18.1.1968

"Tagelange Schießereien zwischen Rechts-und Linksextremiisten in Guatem Stadt. Dabei kamen auch zwei US-Militär-Attachés ums Leben." Bild v.18.

Als Höhepunkt einer seit Tagen laufenden Terrorwelle in Guatemala .... Abend v. 17.1.

"Die Schießereien und Anschläge gehen vermutlich auf das Konto sich bekriegender Links- und Rechtsradikaler Gruppen" Tagesspiegel v.19.1.68

"Es hat den Anschein, als seien neben Mitgliedern der Guerillabewegung auch andere radikale politische Gruppen an dem Machtkampf beteiligt.... ....Diese Struktur trägt alle Keime für extreme Putsche von links oder rechts in sich.." "Tagesspiegel" vom 2.2.1968

Die Absicht unserer Berliner Presse, gesellschaftliche Vorgänge zu verschleiern, ist offensichtlich. Als ungeschichtliche Minoritäten werden die Guerillas begriffen, als Banden werden sie bezeichnet, in Wirklichkeit sind sie die revolutionäre Befreiungsbewegung selbst.

Von den USA sind sie aber längst "anerkannt": die Amerikaner leiten die die militärischen Aktionen gegen die Guerillas in den Bergen; von ihrem Stützpunkt in Panama werden direkt Flugzeuge eingesetzt; "häufig wird Napalm verwandt", wie der Vizepräsident von Guatemala, Marroquin Rojas, der Presse bstätigte. (Le Monde v. 18.1.1968)

Wir drucken ungekürzt einen wirklich sachgemäßen Artikel ab; solche kann man -- natürlich sleten -- in der westdeutschen Presse finden:

Süddeutsche Zeitung Mittwoch, 31. Januar 1968

Politik mit Pistolen in der Bananen-Republik

Guatemalas Guerillas verbünden sich gegen die Großgrundbesitzer und das amerikanische Kapital

Von unserem Korrespondenten Carlos Widmann

Rio de Janeiro, im Januar

Der Mestize Miguel Angel Asturias bekam 967 für seine Romane, die mit nie erlahmender ufsässigkeit das Elend Guatemalas enthüllen, en Nobelpreis der Literatur. Seit 40 Jahren arbeitet dieser Mann im Grunde an der gleichen Geschichte: Seine Heimat als Ausbeutungsobjekt des amerikanischen Bananenkonzerns *United Fruit;* das Schicksal der Indios, die aus der Misere der Gegenwart in die Mythen der Maya-Vergangenheit flüchten; die Geriebenheit der Oberschicht, die den Indio tritt und dem Gringo die Stiefel leckt. Darüber schrieb Asturias sein Leben lang, im Untergrund, im Exil, im diplomatischen Dienst. Daß er sich wiederholte kann ihm niemand verargen: Im Prinzip hat sich in Guatemala in 40 Jahren nichts geändert. Variationen über sein altes Thema bietet ihm nun, da er als emsig schreibender Botschafter in Paris sitzt, die guatemaltekische Wirklichkeit. Asturias Heimat ist Schauplatz eines Guerillakriegs, und die Regierung, die er in Frankreich vertritt, hat ihre Macht praktisch an die Militärs verloren.

Erst die Erschießung zweier Amerikaner machte das Land Schlagzeilenwürdig. Auf der Avienda de las Américas im Zentrum der Hauptstadt, überholte nachts ein Auto ein anderes, wobei die Maschinenpistole keine Sekunde schwieg: Oberst John Webber und Korvettenkapitän Ernest Munro, Beauftragte des Pentagons, blieben tot auf der Strecke. Tatsächlich herscht in der Kaffee- und Bananenrepublik südlich von Mexiko seit 18 Monaten ein „Bürgerkrieg ohne Front und ohne Schützengräben" (so Vizepräsident Marroquin Rojas), dem nach guatemaltekischen Angaben 1000, nach mexikanischer Schätzung 4000 Menschen zum Opfer fielen.

Rache für „Che"

Auf Flugblättern, die nach dem Anschlag zirkulierten, bekennt sich die Guerilla-Armee FAR (Fuerzas Armadas Revolucionarias) stolz zu der Tat. Denn Oberst Webber, Chef der US-Militärmission in Guatemala, war als Führer und Stratege der Partisanenbekämpfung ihr Erzfeind. Die Guerillas geben zu, daß hinter dem Gewaltakt auch emotionelle Beweggründe stecken: Es gelte, „Che" Guevara zu rächen. Offenbar hat sie der Tod des „Che" und die Vernichtung der Guerillakämpfer in Bolivien nicht entmutigt, sondern stimuliert. Die beiden Partisanengruppen, die seit sechs Jahren in Guatemala am Werk sind, haben ihre Streitereien begraben und ein Vergeltungsbündnis geschlossen: Die „Lakaien des Imperialismus" sollen bluten für den toten „Che".

Die Guerillas sind, obwohl sie sich heute als Teil der lateinamerikanischen Revolution begreifen und von Castro unterstützt werden, ein Produkt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Guatemalas im letzten Vierteljahrhundert.

Bis 1944 war Guatemala als Wirtschaftskolonie der USA unangefochten. Indios und Mestizen (95 Prozent der Bevölkerung) arbeiteten auf den Plantagen der United Fruit und der Großgrundbesitzer praktisch als Leibeigene oder begnügten sich als Bauern mit winzigen Parzellen des schlechtesten Bodens. 10 Prozent der Anbaufläche in den Händen der United Fruit, weitere 13 Prozent im Besitz von drei Familien. 80 Prozent der Landbevölkerung lebten von 10 Prozent der gesamten Anbaufläche, während 2,2 Prozent der Grundbesitzer 70 Prozent des Plantagenbodens besaßen (von dem sie wiederum nur 10 Prozent nutzten). Durchschnittliche Lebenserwartung: 35 Jahre. Analphabetenquote: 90 Prozent. Regierungsform: Diktatur. Junge Offiziere, Akademiker und Kaufleute stürzten 1944 den letzten Tyrannen alten Stils, Jorge Ubico; freie Wahlen brachten 1945 Professor Juan Arévalo an die Macht.

Das Land würde nun, so schien es, aus der Feudalzeit in den bürgerlichen Kapitalismus eintreten. Doch Arévalo wußte, daß dieser Weg nur in winzigen Schritten zurückzulegen war, wollte er nicht gestürzt werden. Er begnügte sich mit der Einhaltung demokratischer Spielregeln, baute Schulen, erlaubte die Bildung von Gewerkschaften und die Existenz der KP und führte einen Versicherungsschutz für Plantagenarbeiter ein. Die feudalen Besitzverhältnisse tastete er nicht an, doch hinterließ er seinem jungen Nachfolger Jacobo Arbenz, Sohn eines Schweizer Apothekers und Armee-Oberst, ein Landreformprojekt.

Arbenz begann 1952 den Entwurf seines Vorgängers zu verwirklichen. Er war bescheiden: Landbesitz bis zu 90 Hektar blieb unantastbar, und vom Großgrundbesitz durfte nur dann ein Teil (gegen Entschädigung) enteignet werden, wenn er nicht genutzt wurde. Das betraf auch brachliegende Ländereien der United Fruit, jenes tüchtigen Unternehmens, das einen Jahresprofit von 70 Prozent abwarf, der nicht in Guatemala, sondern in Boston versteuert wurde. Es konnte somit kein Zweifel bestehen — jedenfalls nicht für John Foster Dulles, den ehemaligen Anwalt der United Fruit und späteren US-Außenminister —, daß Arbenz Kommunist war. Dulles erklärte Guatemala zum „Gefahrenherd".

Ein Jahrhundert kolonialer Abhängigkeit hatte die Mentalität des guatemaltekischen Bürgertums geprägt: Als Arbenz bei den USA in Ungnade fiel, wendete es sich angstvoll von ihm ab. So trat ein, was vorher nicht der Fall gewesen war: Arbenz hatte plötzlich nur noch die Intellektuellen, jüngere Offiziere und die kleine KP auf seiner Seite — und mit den Bauernmassen immerhin die Mehrheit des Volks. Als im Juni 1954 eine von der CIA organisierte Söldnerarmee in Guatemala einmarschierte, hätte er Dulles ein Schweineb[illegible] Erlebnis bereiten können; er brauchte nur [illegible]ehre an die Bauern zu verteilen. Doch Arbenz kapituliert Castillo Armas, der als CIA-Marion bekam, gab der United Fruit all zurück. Von 1954 bis 1965 regierten diktatoren das Land. Anfang 1966 USA freie Wahlen unter Ausschal ken, und Julio César Mendez Mont als Kandidat des Bürgertums die b Konkurrenten.

Soweit der äußere Ablauf der gibt jedoch eine „zweite Ebene" de kischen Politik, von der nur selten die Außenwelt drangen. Am 13. N versuchten Offiziere, die einst unt dient hatten, einen Putsch. Sie sc flüchteten in die Berge. Seither gib Die Ex-Offiziere haben vom glück und vom siegreichen Castro gelern bürgerliche" Reform hat ihrer Me einem Land wie Guatemala keine feudale Besitzverhältnisse änder sich doch für den Sozialismus ent dafür der „legale Weg" durch die sei, bleibe als Ausweg der Guerilla

Bald aber haben die Kämpfer sich gespalten. Oberst Marco Ant führt die „Revolutionsbewegung Sein Steckbrief: Sohn einer Guat eines Chinesen (darum „El Chino" g zende Laufbahn in der Armee; v kanern in Panama ausgebildet in art, die er jetzt, freilich auf nich Weise, anwendet — dem Dschu andere Guerillatruppe nennt sich der bewaffneten Revolution" (FAR dem Studenten César Montes gefi will allein den Bauernkrieg gelte rend Montes auf das Zusammen KP, Studentenbewegung, Bauern vertraut. Die Versöhnung zwisch folgte unter dem Schock, den der T varas hervorrief.

Marxistische Zeitschriften in N Montevideo rühmten vor einiger 2 der Guerillas. Wollte man ihnen gl „El Chino" auf höchst chinesisch Gebiete im Landesinnern gewor „revolutionäre Bewußtsein" der enorme Fortschritte. Sicher war de das Dogma) Urheber dieser fro Ganz erfolglos aber können Yon S Montes nicht gewesen sein. Denn Jahren Guerillatätigkeit noch am in seiner Beschäftigung fortfährt, punkte gefunden haben, die seine fertigen.

Terror und Gegenterror

Eine direkte Folge des Gueri die Verstärkung der amerikanis Was Arthur Schlesinger [illegible] in ziehungen" zwischen dem [illegible]tag

06.02.1968:
In Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt der KU mit der Einladung zur morgigen Vollversammlung in der TU zum Thema "Unmenschliche Wissenschaft".
Q: KU: Technische Universität Vollversammlung, Berlin O. J. (1968)

KU | KRITISCHE UNIVERSITÄ

Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von Westbe

TECHNISCHE UNIVERSITÄT

VOLLVERSAMMLUNG

THEMA:

UNMENSCHLICHE WISSENSCHAFT

Dr. Wulf (Hué): Bericht eines Arztes aus Südvietnam

P. Gäng : Zum politischen Charakter von Wissenschaft

Arbeitskreis 26 Wissenschaft im Dienst der Konterrevolution
Zur Situation der Kritischen Universität

Diskussion Arbeitskreisberichte

MITTWOCH

FU TU PH KiHo HfBK

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

06.02.1968:
In Berlin geben die Studentenvertretung der TU und der AStA FU das Flugblatt "Springer schlägt zurück!" zur Raumvergabe für das Springer-Hearing und die Vollversammlung der KU heraus.
Q: SV TU, AStA FU: Springer schlägt zurück!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SPRINGER SCHLÄGT ZURÜCK !

Raumvergabe für politische Veranstaltungen soll kontrolliert werden.
"Springer-Hearing" und KU-Vollversammlung vom Senat verboten.

"Wenn der Senat zu der Schlußfolgerung kommt, daß gewisse Universitäten nicht mehr in der Lage sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Disziplinarordnungen den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten, wird der Berliner Gestzgeber die erforderlichen Vorkehrungen treffen müssen." Das gab laut "Welt" vom 6.2. der Senat von Berlin am Montag bekannt.
Vorausgegangen waren in chronologischer Folge nachstehende Ereignisse:
Das politische Referat der Studentenvertretung der TU beantragte für den 7.2. (KU-Vollversammlung), den 9.,10. und 11.II.68 (Springer-Hearing) das Audimax der TU und bekam vom Rektor die Genehmigung mit der Auflage, daß in den Veranstaltungen nicht zu strafbaren Handlungen aufgefordert werde. Am 1.II. fand die erste Veranstaltung zum Springertribunal im TU-Audimax statt. In dieser Veranstaltung würde ein Film gezeigt, der in satirischer Absicht die Herstellung eines Molotow-Cocktails beschrieb. In der gleichen Nacht wurden in einigen "Morgenpost"-Filialen Fensterscheiben eingeworfen, was die Presse in Zusammenhang mit dieser Veranstaltung brachte. Am Samstag, den 3.2., fand der lange geplante Griechenland-Sitzstreik statt, der auf dem Kudamm mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz endete. Innensenator Neubauer erklärte daraufhin, künftig werde man"Terror" nicht mehr hinnehmen, die Polizei werde sofort mit "den geeigneten Mitteln" eingreifen.
Am Montag kamen in der TU-Studentenvertretung zwei Briefe von Rektor Weichselberger an, in denen die Zusage für das Audimax am 7.2. zurückgezogen und am 9.,10. und 11. nur unter der Bedingung die Genehmigung aufrechterhalten, daß die Studentenvertretung ihm schriftlich im Namen der Veranstalter versichere, daß nicht zu Handlungen strafrechtlichen Inhalts aufgefordert werden würde.
Das Wochenende war mit SPD-Sitzungen ausgefüllt gewesen, in denen über ein vom CDU-Abgeordneten Kotowski entworfenes "Vorschaltgesetz" diskutiert wurde, das bereits in der Schublade gelegen hatte, und mit dessen Hilfe "RÄndalierer"sofort ohne Disziplinarverfahren von der Universität relegiert werden könnten. Am Dienstag vormittag fand ein Gespräch zwischen Schütz, Neubauer, Stein, Weichselberger (TU-Rektor), Harndt (FU-Rektor) und anderen statt, in dem eine "Koordination der Saalvergaben" zwischen TU,FU und Senat erreicht werden sollte, um künftig politische Veranstaltungen durch Saalvergabe-Entscheidungen zensieren zu können. Rektor Weichselberger weigerte sich laut eigener Auskunft, (am Nachmittag gegenüber Studenten vertretern), das geplante Springer-Hearing zu verbieten. Er machte Schütz, Neubauer und Stein keines der geforderten Zugeständnisse, die über seine beiden Absagebriefe hinausgehen würden.
Um 13 Uhr begann ein Gespräch der TU-Studentenvertretung mit Rektor Weichselberger. Das Gespräch erbrachte keine Änderung

in bezug auf die Absage für den 7.2.. Die Studentenvertretung hat bereits Einspruch gegen die Entscheidung des Rektors beim Verwaltungsgericht erhoben. In einer Presseerklärung des Ini= tiativausschusses der KU wird darauf hingewiesen, daß die an= gekündigte Vollversammlung der KU entgegen Verlautbarungen des Innensenators und der Presse am 7.2. um 19 Uhr im Audimax der TU stattfindet. Zum Springerhearing am 9. bis 11. 2. er= klärte der Vorstand der Studentenvertretung, er behalte sich di geforderte Erklärung vor.
Am Nachmittag gab Innensenator Neubauer im RIAS bekannt, die Rektoren der Universitäten hätten einheitlich auch für das kommende Wochenende die Veranstaltungen untersagt. Neubauer erklärte, der neue Schritt erfolge aufgrund einer Anweisung von Senator Stein. Das Verbot sei erlassen worden, weil "nach den jüngsten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten ist, daß zu kriminellen Handlungen aufgefordert wird." Außerdem erklär= te Neubauer, in Zukunft müsse mit einem schärferen Vorgehen der Polizei gerechnet werden. Die TU habe auch die Erlaubnis zur Benutzung der Räume für den vom SDS geplanten Vietnam-Kongress am 17./18,II.68 zurückgezogen.

Die TU-Studentenvertretung fragte daraufhin Rektor Weichsel= berger, ob dies zutreffe. Prof. Weichselberger zeigte sich bestürzt und sagte, die Behauptungen von Neubauer seien größtenteils unzutreffend. Er habe das Springer-Hearing am am 9. bis 11. 2. nicht untersagt, sondern nur die erwähnte Auflage gemacht. Der "neue Schritt" auf "Anweisung von Stein" sei nicht erfolgt, außerdem könne ihm Senator Stein hier keine "Anweisungen" geben. Daß er die Erlaubnis zum Vietnam-Kongreß zurückgezogen habe, sei frei erfunden.

Konzertierte Aktion

Die Situation ist im Augenblick noch offen. Dei "Welt" sprach am 6.2.von einer "Kraftprobe" und von einer möglichen Schlie= ßung der Universitäten. Die Drohung des Senats mit entschlos= senen Maßnahmen", verbunden mit dem "Schubladengesetz" zur Relegierung unbotmäßiger Studenten, dazu der Druck des Senats auf den Rektor der TU (bis hin zu Falschmeldungen), lassen vermuten, daß die Exekutive in Berlin "durchzugreifen" gedenkt ("BZ": "Säubern der Universitäten"). Offenbar soll, wenn sich die Rektoren nicht fügen, die "Staatsaufsicht" kompromißlos eingreifen und auch gegen den Willen der Rektoren "aufräumen". Die angeheizte Kampagee, von Springers Zeitungen mit Balken= schlagzeilen vorangetrieben, deutet daraufhin, daß das Springe Hearing mit allen Mitteln verhindert werden soll. Die Exekuti dieser Stadt - ob von Springer unter Druck gesetz oder nicht - fährt alle Geschütze auf, um die gegen Springer gerichteten Veranstaltungen unmöglich zu machen.
Springer schlägt zurück.

Studentenveetretung TU
Asta FU

06.02.1968:
In Berlin gibt der Initiativausschuß der KU eine Presseerklärung heraus, in der mitgeteilt wird, dass die morgige Vollversammlung der KU um 19 Uhr im Audimax der TU stattfinde, da die Studentenvertretung der TU Klage gegen das Raumverbot eingereicht habe. Teilweise erscheint diese Presseerklärung auch auf der Rückseite eines Flugblattes "Notstand an der Uni" mit einem Auszug aus dem Landespressedienst Berlin vom 6.2.1968.
Q: KU-IA: Presseerklärung, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

NOTSTAND AN DER UNI

dpa lbn 16
kraftprobe zwischen staatlicher ordnung und studenten zu erwarten

berlin, 6. februar 68 lbn - eine kraftprobe zwischen den radikalen teilen der berliner studentenschaft und den staatlichen ordnungskräften ist in dieser woche möglich, nachdem die rektoren der technischen universität und der freien universität keine räume für eine vollversammlung der kritischen universität mit der tu-studentenvertretung und für das sogenannte 'springer-hearing' zur verfügung stellen wollen[1], wie der bürgermeister und innensenator kurt neubauer am dienstag nach der wöchentlichen senatsarbeitssitzung vor pressevertretern berichtete, haben beide rektoren das für das wochenende vorgesehene springer-hearing in den universitätsräumen verboten. neubauer fügte dem hinzu, aus den erfahrungen der letzten zeit sei mit sicherheit zu erwarten gewesen, daß es bei diesen veranstaltungen aufforderungen zu kriminellen handlungen gegeben hätte.

RIAS meldete am 6.2.68 um 15.00 nach der Presseerklärung Neubauers: "Wie Neubauer erklärte, erfolgte der neue Schritt aufgrund einer Anweisung von Senator Stein."

die staatlichen organe müßten dafür sorgen, daß dem verbot der rektoren nachdruck verliehen würde. entsprechende zusagen habe der senat den rektoren gegeben. die rektoren hätten bereits kontakte mit dem polizeipräsidenten aufgenommen für den fall, daß ein polizeilicher einsatz notwendig sei. sollte ein solcher polizeieinsatz notwendig werden, so kündigte neubauer an, er habe nicht die absicht, die polizei lächerlich machen zu lassen.

zwtl: auch keine räume für vietnam-kongress

für einen in der nächsten woche in berlin geplanten sogenannten vietnam-kongreß des sozialistischen deutschen studentenbundes werden nach den worten des senators ebenfalls keine räume an den universitäten zur verfügung gestellt. eine endgültige entscheidung über den kongreß stehe aber noch aus. neubauer teilte mit, daß der sds-ideologe dutschke eine großdemonstration als teil dieses kongrsses für den 18. februar angemeldet habe, die demonstration soll vom john-f.-kennedy-platz bis zum amerikanischen kino in der clay-allee führen. der senator sagte, er werde diese demonstration wahrscheinlich nicht genehmigen.

zwtl: staatsanwälte bei polizeieinsatz anwesend

neubauer berichtete, daß bei polizeilichen einsätzen künftig staatsanwälte anwesend sein werden. dies sei jedoch keine neue einrichtung. schon bei früheren einsätzen wären staatsanwälte dabeigewesen. was den polizeieinsatz am sonnabend auf dem kurfürstendamm betreffe, so sagte neubauer, er hätte es gern gesehen, wenn der polizeiliche einsatz zeitlich etwas zügiger erfolgt wäre.

ende 6/2 1532 fst

1) Die Studentenvertretungen beider Universitäten haben heute gegen diese Raumverweigerung Klage eingereicht. Die KU-Vollversammlung findet heute abend dennoch statt.

P R E S S E R K L Ä R U N G I N I T I A T I V -
A U S S C H U S S D E R K U:

Die angekündigte Vollversammlung der KU im Auidimax der TU findet entgegen Verlautbarungen des Innensenators und der Presse morgen am 7.2.1968 doch um 19 Uhr im Audimax der TU statt.
Die Studentenvertretung der TU hat vor dem Verwaltungsgericht Berlin auf Aufhebung des unbegründeten Raumentzuges durch den Rektor der TU geklagt.

Initiativausschuß der KU

06.02.1968:
In Berlin gibt die Studentenvertretung der TU ein 'AStA Info' heraus mit einer Presseerklärung zum Raumverbot für die Vollversammlung der KU und das Springer-Hearing. Enthalten ist auch ein "Bericht über die Presse-Erklärung von Bürgermeister Neubauer im RIAS am 06.02.68 um 15.00 Uhr".
Q: SV TU: AStA Info Mit äusserstem Befremden…, Berlin 6.2.1968

Mit äusserstem Befremden hat die Studentenvertretung der Technischen Universität aus den Erklärungen von Bürgermeister Neubauer vor der Presse entnommen, dass die Genehmigung für die Benutzung des Auditorium Maximum für eine K.U. - Vollversammlung und das "Springer-Hearing" auf "Anweisung von Senator Stein" zurückgezogen wurde. Wir sehen darin einen unverantwortlichen Eingriff in die Autonomie der Universität, zur Disziplinierung der kritischen Studentenschaft.

Empört weisen wir die ungeheuerliche Unterstellung von Bürgermeister Neubauer zurück, "nach den jüngsten Erfahrungen (sei) mit Sicherheit zu erwarten gewesen", dass bei Veranstaltungen der Studentenvertretung" zu kriminellen Handlungen aufgerufen werde".
Diese Behauptung von Senator Neubauer trifft auf keine Veranstaltung der Kritischen Universität und der Berliner Studentenvertretungen zu. Wir befürchten, dass diese gezielte Diffamierung als Vorwand für weitere administrative Eingriffe in die Rechte der Studentenschaft dienen soll,

P R E S S E E R K L Ä R U N G der Studentenvertretung der TU am 6.2.6

B E R I C H T

über die PRESSE-ERKLÄRUNG von Bürgermeister NEUBAUER im RIAS
am 06.02.68 um 15.oo Uhr

Bürgermeister Neubauer hält es für möglich, daß es Ende der Woche zu einer neuen Kraftprobe zwischen Polizei und radikalen Studentengruppen kommt. Nach der heutigen Senatssitzung wies Neubauer vor den Pressevertretern darauf hin, daß der Rektor der Technischen Universität eine geplante Vollversammlung der Studentenvertretung und der sogenannten Kritischen Universität untersagt hat. Außerdem haben nach Mitteilung Neubauers die Rektoren der TU und FU nun einheitlich das für das kommende Wochenende geplante sogenannte "Springer-Hearin untersagt. Nachdem der Rektor der TU bereits gestern die Erlaubnis zur Benutzung des Auditorium maximum zurückgezogen hatte. Wie Neubauer erklärte, erfolgte der neue Schritt aufgrund einer Anweisung von Wissenschaftssenator Stein. Der Senator habe damit sicherstellen wollen, daß die Angelegenheit an beiden Universitäten nicht unterschiedlich behandelt wird. Neubauer fügte hinzu, das Verbot sei erlassen worden, weil nach den jüngsten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten gewesen sei, daß zu kriminellen Handlungen aufgefordert werde.

Der Bürgermeister betonte, in Zukunft müsse mit einem schärferen Vorgehen der Polizei gerechnet werden. Dabei könne auch nicht mehr wie im bisherigen Umfang Rücksicht auf Neugierige und Schaulustige genommen werden. Die TU hat nach den Worten Neubauers auch die Erlaubnis zur Benutzung der Räume für den vom SDS geplanten Vietnamkongreß am 17. und 18.02.68 zurückgezogen.

06.02.1968:
An der TU Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Springer schlägt zurück!" der 'Anrisse' zur Raumvergabe für das Springer-Hearing und die Vollversammlung der KU.
Q: Anrisse Flugblatt Springer schlägt zurück!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

S P R I N G E R SCHLÄGT Z U R Ü C K

SPRINGER-HEARING VERBOTEN - SENATS-ZENSUR DURCH RAUMVERGABE

"Wenn der Senat zu der Schlussfolgerung kommt, dass gewisse Universitäten nicht mehr in der Lage sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Disziplinarordnungen den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten, wird der Berliner Gesetzgeber die erforderlichen Vorkehrungen treffen müssen".

Das gab, laut "Welt" vom 6.2. der Senat von Berlin am Montag bekannt. Vorausgegangen waren, in chronologischer Folge, nachstehende Ereignisse: Das politische Referat der Studentenvertretung der TU beantragte für den 7.2. (KU-Vollversammlung), den 9., 1o. und 11.2.1968 (Springer-Hearing) das Audimax der TU und bekam vom Rektor die Genehmigung mit der Auflage, dass in den Veranstaltungen nicht zu strafbaren Handlungen aufgefordert werde. Am 1.2. fand erste Veranstaltung zum Springer-Tribunal im TU-Audimax statt. In dieser Veranstaltung wurde ein Film gezeigt, der in satirischer Absicht die Herstellung eines Molotow-Cocktails beschrieb. In der gleichen Nacht wurden in einigen "Morgenpost"-Filialen Fensterscheiben eingeworfen, was die Presse in Zusammenhang mit dieser Veranstaltung brachte. Am Samstag, den 3.2., fand die lange geplante Griechenland-Sitzstreik statt, der auf dem Kudamm mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz endete. Innensenator Neubauer erklärte daraufhin, künftig werde man "Terror" nicht mehr innehmen, die Polizei werde sofort "mit den geeigneten Mitteln" eingreifen.

Am Montag kamen in der TU-Studentenvertretung zwei Briefe von Rektor Weichselberger an, in denen die Zusage für das Audimax am 7.2. zurückgezogen und am 9., 1o. und 11. nur unter der Bedingung die Genehmigung aufrechterhalten werde, dass die Studentenvertretung ihm schriftlich im Namen der Veranstalter versichere, dass nicht zu Handlungen strafrechtlichen Inhalts aufgefordert würde. -

Das Wochenende war mit SPD-Sitzungen ausgefüllt gewesen, in denen über ein vom CDU-Abgeordneten Kotowski entworfenes "Vorschaltgesetz" diskutiert wurde, das bereits in der Schublade gelegen hatte und mit dessen Hilfe "Randalierer" sofort ohne Disziplinarverfahren von der Universität relegiert werden könnten. Am Dienstag vormittag um 9 Uhr fand ein Gespräch zwischen Schütz, Neubauer, Weichselberger, Harndt (FU-Rektor) und anderen statt, in dem eine "Koordination der Saalvergaben" zwischen TU, FU und Senat erreicht werden sollte, um künftig politische Veranstaltungen durch Saalvergabe-Entscheidungen zensieren zu können. Rektor Weichselberger weigerte sich laut eigener Auskunft (am Nachmittag gegenüber Studentenvertretern), das geplante Springer-Hearing zu verbieten. Er machte Schütz, Neubauer und Stein keines der geforderten Zugeständnisse, die über seine beiden Absagebriefe hinausgehen würden.

Um 13 Uhr begann ein Gespräch der TU-Studentenvertretung mit Rektor Weichselberger. Das Gespräch erbrachte keine Änderung in Bezug auf die Absage für den 7.2. Die Studentenvertretung hat bereits Einspruch gegen die Entscheidung des Rektors beim Verwaltungsgericht erhoben. In einer Presseerklärung des Initiativausschusses der KU wird darauf hingewiesen, dass die angekündigte Vollversammlung der KU entgegen Verlautbarungen des Innensenators und der Presse am 7.2. um 19 Uhr im Audimax der TU stattfindet. Zum Springer-Hearing am 9. bis 11.2. erklärte der Vorstand der Studentenvertretung, er behalte sich die geforderte Erklärung vor.

Am Nachmittag gab Innensenator Neubauer im RIAS bekannt: Die Rektoren der Universitäten hätten einheitlich auch für das kommende Wochenende die Veranstaltungen untersagt. Neubauer erklärte, der neue Schritt erfolge aufgrund einer Anweisung von Senator Stein. Das Verbot sei erlassen worden, weil "nach den jüngsten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten ist, dass zu kriminellen Handlungen aufgefordert wird". Ausserdem erklärte Neubauer, in Zukunft müsse mit einem schärferen Vorgehen der Polizei gerechnet werden. Die TU habe auch die Erlaubnis zur Benutzung von Räumen für den vom SDS geplanten Vietnamkongress am 17./18.2.68 zurückgezogen.

Die TU-Studentenvertretung fragte daraufhin Rektor Weichselberger, ob die Meldung zutreffe. Prof. Weichselberger zeigte sich bestürzt und sagte, die Behauptungen von Neubauer seien grösstenteils unzutreffend. Er habe das Springer-Hearing am 9. bis 11.2. nicht untersagt, sondern nur die erwähnte Auflage gemacht.

...er "neue Schritt" auf "Anweisung von Stein" sei nicht erfolgt, ausser-... könne ihm Senator Stein hier keine "Anweisungen" geben. Dass er die ...laubnis zum Vietnamkongress zurückgezogen habe, sei frei erfunden.

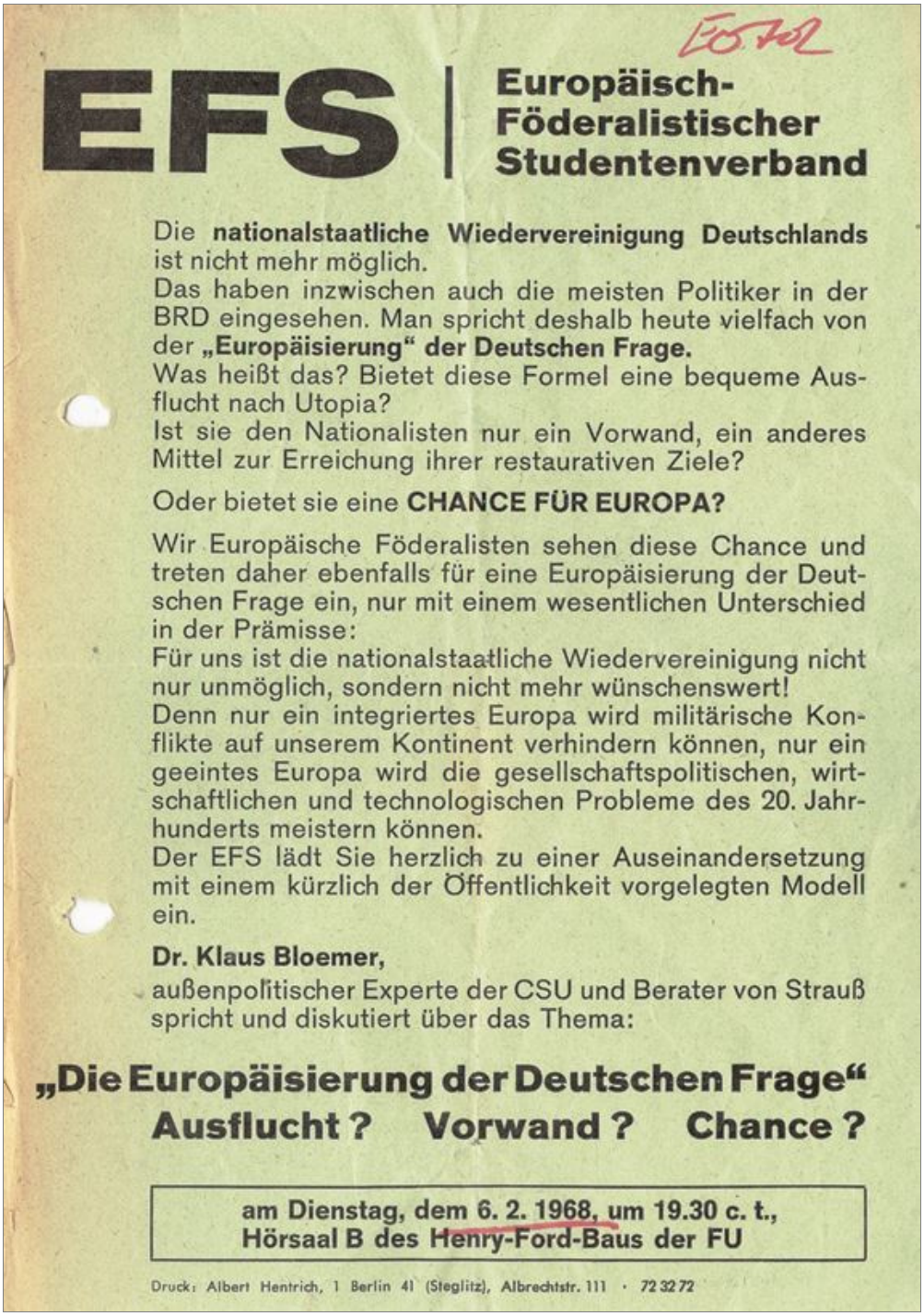
K O N Z E N T R I E R T E A K T I O N

...ie Situation ist im Augenblick noch offen. Die "Welt" sprach am 6.2. ...on einer "Kraftprobe" und von einer möglichen Schliessung der Univer...itäten. Die Drohung des Senats mit "entschlossenen Massnahmen", ver...unden mit dem "Schubladengesetz" zur Relegierung unbotmässiger Studen...en, dazu der Druck des Senats auf den Rektor der TU (der bis zu Falsch...eldungen geht), lassen vermuten, dass die Exekutive in Berlin "durch...ugreifen"gedenkt ("BZ":"Säubern der Universitäten").
Offenbar soll, wenn sich die Rektoren nicht fügen, die "Staatsaufsicht" kompromisslos eingreifen und auch gegen den Willen der Rektoren "auf...räumen". Die angeheizte Kampagne, von Springers Zeitungen mit Balken-Schlagzeilen vorangetrieben, deutet darauf hin, dass das "Springer-H...ring" mit allen Mitteln verhindert werden soll.
Die Exekutive dieser Stadt, ob von Springer unter Druck gesetzt oder nicht, fährt alle Geschütze auf, um die gegen Springer gerichteten Veranstaltungen unmöglich zu machen.

S P R I N G E R S C H L Ä G T Z U R Ü C K

ANRISSE FLUGBLATT ANRISSE FLUGBLATT ANRISSE FLUGBLATT ANRISSE

06.02.1968:
In Berlin lud der EFS ein zur Diskussion mit Dr. Klaus Bloemer (CDU) zum Thema "'Die Europäisierung der Deutschen Frage' - Ausflucht? Vorwand? Chance?" um 19.30 Uhr im Hörsaal B des Henry Ford Baus der FU.
Q: EFS: 'Die Europäisierung der Deutschen Frage' - Ausflucht? Vorwand? Chance?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)



EFS | **Europäisch-Föderalistischer Studentenverband**

Die **nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands** ist nicht mehr möglich.
Das haben inzwischen auch die meisten Politiker in der BRD eingesehen. Man spricht deshalb heute vielfach von der **„Europäisierung" der Deutschen Frage.**
Was heißt das? Bietet diese Formel eine bequeme Ausflucht nach Utopia?
Ist sie den Nationalisten nur ein Vorwand, ein anderes Mittel zur Erreichung ihrer restaurativen Ziele?

Oder bietet sie eine **CHANCE FÜR EUROPA?**

Wir Europäische Föderalisten sehen diese Chance und treten daher ebenfalls für eine Europäisierung der Deutschen Frage ein, nur mit einem wesentlichen Unterschied in der Prämisse:
Für uns ist die nationalstaatliche Wiedervereinigung nicht nur unmöglich, sondern nicht mehr wünschenswert!
Denn nur ein integriertes Europa wird militärische Konflikte auf unserem Kontinent verhindern können, nur ein geeintes Europa wird die gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Probleme des 20. Jahrhunderts meistern können.
Der EFS lädt Sie herzlich zu einer Auseinandersetzung mit einem kürzlich der Öffentlichkeit vorgelegten Modell ein.

Dr. Klaus Bloemer,
außenpolitischer Experte der CSU und Berater von Strauß spricht und diskutiert über das Thema:

„Die Europäisierung der Deutschen Frage"
Ausflucht? Vorwand? Chance?

am Dienstag, dem 6. 2. 1968, um 19.30 c. t.,
Hörsaal B des Henry-Ford-Baus der FU

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41 (Steglitz), Albrechtstr. 111 · 72 32 72

06.02.1968:
In Berlin lud der AStA der PH ein zur Veranstaltung "Die zukünftige Situation Westberlins" mit Danelius von der SEW.
Q: AStA PH: Danelius in der PH, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

POLITISCHES REFERAT ASTA POLITISCHES REFE

PARTEI – ODER BUHMANN?

DANELIUS

IN DER

PH

DER PARTEIVORSITZENDE DER SED-W
SPRICHT ZUM THEMA:

„DIE ZUKÜNFTIGE SITUATION
WESTBERLINS"

ZEIT: 6.2.68, 18^{00}
ORT: RAUM 202

POLITISCHES REFERAT ASTA POLITISCHES REFE

07.02.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Vielleicht muss sich mancher einschränken" von einem Ex-Springer-Leser mit Kritik an der 'Bild'-Zeitung.
Q: Ex-Springer-Leser: Vielleicht muss sich mancher einschränken, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

7.2.68 E0102

VIELLEICHT MUSS SICH MANCHER EINSCHRÄNKEN (Bildzeitung vom 30.12.66)

WER ES AN DER SPITZE EINES STAATES ALLEN RECHT MACHEN WILL, DER IST EIN FREVLER (Bildzeitung vom 12.11.66)

schreibt die Bildzeitung des Milliardärs Axel Cäsar Springer. Da hat die Zeitung, die sich gern als Freund des kleinen Mannes ausgibt, wohl recht. Aber wessen Recht wird an der Spitze des Staates gemacht? Die Bildzeitung fordert von der Großen Koalition: "Diese neue starke Regierung muß den Mut und die Kraft zu unpopulären Entscheidungen haben. Sie wird mit ziemlicher Sicherheit Steuererhöhungen nicht vermeiden können...die Industrie braucht dies Geld (Bildzeitung vom 28.10.66)

Das hört sich alles sehr vernünftig an, aber es ist die Vernunft der Herren an der Spitze, nicht unsere Vernunft. Die Wirklichkeit sieht so aus: Steigende Preise, steigende Mieten, Abbau der Sozialleistungen in den Betrieben, Rezeptgelder, drohende Fahrpreiserhöhungen usw. usw. Aber die Dividenden der Unternehmer, die Ministergehälter bleiben ungekürzt. Der Milliardär Axel Cäsar Springer will uns in seinen Zeitungen einreden, das alles geschähe nur zu unserem Nutzen.

ER HÄLT UNS FÜR DUMM GENUG, DAS ZU GLAUBEN. Das hat er oft genug gesagt.

Wir werden Springer und seinen Verbündeten zeigen, daß wir es satt sind, für ihre Weiber, Villen, Privatflugzeuge zu arbeiten, ihre Macht zu vergrössern satt sind. Wir sind nicht so dumm, weiterhin ihren Lügen zu glauben.

Vielleicht wird Springer uns einzureden versuchen, daß wir doch nichts gegen die Mächtigen erreichen können. Aber wie schrieb doch die BZ: "Wir müssen alle gemeinsam anpacken, um den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen." Sie meinte damit den Karren, auf dem Springer und die anderen Milliardäre sitzen und den wir schleppen müssen. Aber die Karre wird sich leichter ziehen lassen, wenn wir die Herren heruntergeworfen haben.

Allerdings, darin hat Springer recht: Gemeinsam müssen wir dabei anpacken.

Ein Anfang ist gemacht, wenn wir uns vornehmen, keine Springerzeitungen mehr zu kaufen. Soll Axel Cäsar doch auf seinen Lügen sitzen bleiben!

WERFT DIE HERREN VON DEM KARREN, DEN WIR SCHLEPPEN MÜSSEN.

Kauft keine Springerzeitungen: Bild, BZ, Morgenpost, Welt, Hör zu, Bravo, Funkuhr, Twen, Eltern, Kicker.

ENTEIGNET SPRINGER

Ex-Springer-Leser

07.02.1968:
In Berlin gibt der Initiativausschuß der KU eine "Resolution zur Vollversammlung der KU" zusammen mit dem Aufruf zu dieser um 19 Uhr im Audimax der TU heraus.
Q: KU-IA: Resolution zur Vollversammlung der KU, Berlin O. J. (1968)

6.2.68

KU | **KRITISCHE UNIVERSITÄ**

Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von Westb

RESOLUTION ZUR VOLLVERSAMMLUNG DER KU
eingebracht vom Initiativausschuß

Der Rektor der TU hat seine Zusage Räume für die KU zur Verfügung zu stellen ,auf Druck des Regierenden Bürgermeisters widerrufen. Er begründet diese Maßnahme damit,daß auf der Veranstaltung eines Arbeitskreises der KU (Springerarbeitskreis) zu kriminellen Handlungen aufgerufenworden sei. Damit wird unterstellt,daß die KU eine zentralistisch strukturierte Organisation sei und es werden Aktionen außerhalb der KU zum Vorwand genommen,die Tätigkeit der gesamten KU zu blockieren.

Die KU hat sich zum Ziel gesetzt, die verschiedenen Formen institutioneller Gewalt im Spätkapitalismus zu analysieren. Sie untersucht und bekämpft sublime und offene Gewalt in den Formen der US-Aggression in Vietnam,der Manipulation der Bevölkerung durch die Springerpresse und der Unterdrückung der studentischen Opposition durch Universitätsbürokratie und Senat.

Steine gegen Amerikahäuser und Morgenpostfilialen sind keine Gewalt im Vergleich zu Flächenbombardements in Vietnam; Filme über Molotow-Cocktails sind die Parodie von Gewalt im Vergleich zu der permanenten Entmündigung der Massen, deren wirkliche Interessen deformiert und zu denen der Herrschenden umgebogen werden.

Steinwürfe gegen Fensterscheiben eines übermächtigen privaten Propagandaministeriums sind nicht die Aufforderung zu inhumaner Gewalt, mit der die faschistische Mobilmachung beginnt.

Sie sind Ausdruck ohnmächtiger symbolischer Gewalt gegen Sachen Sie können als provokative Demonstration die Funktion haben, auf die Notwendigkeit der Beseitigung des Springermonopols hinzuweisen.

Die Anwendung von Gewalt ,wie sie im Widerstandsrecht gegen illegitime Herrschaft begründet ist, hat sich zu orientieren am Ausmaß der gesellschaftlichen Unterdrückung und am Bewußtseinsstand der Addressaten der jeweiligen Aktion.

b.w.

VOLLVERSAMMLUNG

Ob die Aktionen gegen die Springerfilialen in der letzten Woche diese Bedingungen rationaler Gegengewalt erfüllt haben, ist in Zweifel zu stellen. Für den größten Teil der Bevölkerung musste diese Demonstration deshalb unverständlich bleiben, weil die Aufklärungskampagne über das Springermonopol zu diesem Zeitpunkt noch nicht weit genug fortgeschritten war.
Gerade in dieser Situation ist es dringend notwendig, in einer Vollversammlung der KU die Problematik der Gewalt zu diskutieren.
Wenn der Rektor und der Berliner Senat in dieser Situation versuchen, die demokratische Selbstbestimmung der Studenten in einer Vollversammlung der KU zu verhindern, so muß dies gesehen werden als Teil der neuen Strategie der berliner Exekutive, die außerparlamentarische Opposition zu unterdrücken.

HEUTE 19 UHR

PRESSEERKLÄRUNG INITIATIVAUSSCHUSS KU

Die angekündigte Vollversammlung der KU im Audimax der TU findet entgegen Verlautbarungen des Innensenators und der Presse morgen am 7. 2.1968 doch um 19Uhr im Audimax der TU statt. Die Studentenvertretung der TU hat vor dem Verwaltungsgericht berlin auf Aufhebung des unbegründeten Raumentzuges durch den Rektor der TU geklagt.

TU - AUDI-MAX - TU

07.02.1968:
In Berlin gibt der LSD ein Flugblatt "Haben wir einen neuen Rektor?" heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung der KU um 19 Uhr im Audimax der TU heraus.
Q: LSD: Haben wir einen neuen Rektor?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

10-2-68

LSD LSD LDS LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

HABEN WIR EINEN NEUEN REKTOR?

Neubauer sagt ja!

Senator für WiKu Stein wies die Rektoren Weichselberger (TU) und Harndt (FU) an, die Vollversammlung der KU und das Springer-Hearing zu verbieten.

Ist der Staatskommissar für die Universitäten schon ernannt?

Nach Neubauer steht an den Hochschulen eine Kraftprobe zwischen "radikalen Studenten" und den "staatlichen Ordnungskräften" bevor.

Kesselschlacht am Kudamm?

Neubauer kündigt "schärferes Vorgehen der Polizei" an. Auf "Neugierige und Schaulustige" soll keine Rücksicht mehr genommen werden. (Schießbefehl?)

Die Studenten treffen sich heute um 19 Uhr am Audimax der TU. Sie werden dort erfahren, ob die von der Studentenvertretung der TU erhobene Klage auf Aufhebung des Veranstaltungsverbotes Erfolg hatte.

Liberaler Studentenbund Deutschlands
1Berlin, Großbeerenstr.66, Tel. 181835

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LS

07.02.1968:
In Berlin gibt der SDS ein Flugblatt "Die Vollversammlung der KU findet statt !!!" mit dem Aufruf zu dieser um 19 Uhr im Audimax der TU heraus.
Q: SDS: Die Vollversammlung der KU findet statt !!!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

7.2.68

DIE VOLLVERSAMMLUNG DER KU FINDET STATT !!!

Mit den Wasserspielen auf dem Kurfürstendamm und den eingeworfenen Fensterscheiben bei Springers Filialen hat Schütz endlich den Vorwand, gegen die politisch bewussten Studenten vorzugehen. Die nach der Polizeischlacht am 2.6. zwangsweise aus außenpolitischen Gründen unterbrochene Politik paramilitärischer Maßnahmen soll jetzt durch den verschärften Einsatz von Zwangsmitteln wieder aufgenommen werden. Vorbereitet durch die systematisch inszenierte Progromhetze in Springers Zeitungen, die denen des Völkischen Beobachters in nichts nachsteht, arrangiert der Senat die entgültige Liquidierung der politischen Studenten.
Zu diesen Maßnahmen wird der Senat als Interessenvertretung des Bundesverbandes der deutschen Industrie, des Springerkonzerns, und der amerikanischen Besatzungsmacht gezwungen.
Denn weder kann er es sich leisten,
- die Darstellung der amerikanischen Kriegsverbrechen während des internationalen Vietnamkongresses zuzulassen,
- noch die Entlarvung der Manipulationsmechanismen auf dem Springer- Hearing
- noch die Aufklärungsveranstaltungen von Studenten in westberliner Betrieben.
Diese Gründe dürfen vom Senat nicht genannt werden. Kurzerhand erklärt er alle weiteren Aufklärungsveranstaltungen und -aktionen zu potentiellen kriminellen Handlungen und erpresst die berliner Rektoren, die dabei Gefahr laufen, die Autonomie der Hochschule zur Farce zu machen.
Ausdruck hierfür ist die schamlose Presseerklärung Neubauers über angebliche Entscheidungen des TU-Rektors Weichselberger die dieser zu dementieren sich gezwungen sah.
Wir fordern den Rektor der TU auf, die Tradition, die Professor Wetzel am 4. Juni 1967 an der FU einleitete, aufzunehmen und das Audi-Max für die Veranstaltung der KU aufzuschliessen.
Die berliner Studenten tun dem Senat nicht den Gefallen, die ihnen zugedachte Rolle des Innenfeindes zu spielen. Sie werden das, was der Senat dadurch erreichen will - die Verschleierung seiner politischen und wirtschaftlichen Misere -verhindern. Sie werden den Terror der staatlichen Organe durch politische Mobilisierung und revolutionäre Disziplin beantworten.

AUDIMAX TU 19⁰⁰

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

07.02.1968:
Zur heutigen Vollversammlung der KU wird auch ein "Entwurf für eine Resolution Ziele und Organisation der Kritischen Universität" vorgelegt.
Q: N. N.: Entwurf für eine Resolution Ziele und Organisation der Kritischen Universität, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Entwurf für eine Resolution

ZIELE UND ORGANISATION DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT

In den Monaten nach dem 2. Juni 1967 haben sich in Diskussionen und bereitenden Arbeitskreisen die folgenden Ziele und Aufgaben der Krit Universität herausgebildet. Der provisorische Initiativausschuß wird der ersten Vollversammlung der Kritischen Universität zur Beratung u Stellungnahme vorlegen.

I. Kritische Reflexion und wissenschaftliche Analyse für eine demokr tische politische Praxis

Die kritische Universität stellt sich die Aufgabe, durch kritisch-th retische Reflexion und Anwendung empirisch-analytischer Methoden mit wirken an der Bestimmung der Ziele und Aktionen der außerparlamentar schen radikaldemokratischen Oppositionsgruppen in Westberlin, die an einer aufgeklärten Demokratisierung unserer Gesellschaft und an der freiung von Unterdrückung und Unmenschlichkeit, insbesondere in den dern der Dritten Welt, aktiv teilnehmen wollen.

Sie will deren aufklärerische Agitation und Praxis aktuell und langf verständlicher und wirksamer, d.h. auch experimentell lehrbar machen begreift sich darin als kritisch denkendes und praktisch handelndes jekt gegenüber einer Gesellschaft, in der"Wissenschaft" überwiegend bloßen Technik, zur "Substanz des praktischen Lebens" (Schelsky) un damit zum reinen Objekt der herrschenden Politik geworden ist.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen insbesondere die politische Praxi der Studentenvertretungen, die an der demokratischen Oppositionsbewe teilnehmen, unterstützen. In dieser Konkretisierung des "Politischen dats" der Studentenschaft wird ein spezifischer historischer Zusamme hang zwischen kritischer Theorie, Wissenschaft und Praxis öffentlich monstrativ wiederhergestellt. Dieser Anspruch, der sich aus der verf sungsrechtlich geschützten Teilhabe der Studenten an der Wissenschaf freiheit und ihrer akademischen Selbstverwaltung legitimiert, kann d administrative Gewalt behindert, aber nicht beseitigt werden.

II. Demokratische Studienreform und Hochschulkritik

Die Kritische Universität versteht sich als eine neue Organisationsf praktischer experimenteller Hochschulreform und permanenter Hochschu kritik. Überall dort, wo bestimmte Inhalte und Methoden der Wissensc ihrer Anwendung und ihrer Vermittlung mit gesellschaftlicher Praxis, dem Emanzipations- und Demokratisierungsprozeß der Gesellschaft dien von den herrschenden Exponenten und Gremien der Hochschulen behinder oder ausgeschlossen werden, sollten Studenten in Verbindung mit inte essierten Assistenten, Dozenten und Experten aus der Berufungspraxis dazu übergehen, die Arbeit an diesen Themen selbst zu organisieren. se autonome kooperative Tätigkeit dient dem stets gefährdeten Versuc einer subjektiven Emanzipation und Selbstverwirklichung der Studente und jungen Wissenschaftler gegen den herrschenden akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb. Sie kann sich aber auch auf lange Sicht als nü lich für den Kampf um subjektive befriedigende und emanzipatorische beitsformen und Arbeitsziele in der späteren Berufspraxis erweisen (III).

Zur Sicherung dieser selbst organisierten Studienreform muß die Krit Universität einerseits an einer permanenten Hochschulkritik arbeiten irrationale und repressive Strukturen und Ziele des herrschenden Leh betriebs innerhalb der Hochschulen und in der Öffentlichkeit demonst tiv angreift und in Frage stellt (durch Vorlesungs- und Prüfungsrez sionen, öffentliche Disputationen und Tribunale). Andererseits muß zusammen mit den studentischen Fachschaftsvertretungen allen Student eine effektive solidarische Hilfe zur erfolgreichen Bewältigung der stehenden, vielfach irrationalen Studien- und Examensforderungen anb ten (z.B. kritische Studienführer, Lektürepläne und Vorlesungskript als Ersatz für zeitraubende, unrationelle Pflichtveranstaltungen, de Besuch dann zu vermeiden wäre).

Durch die praktisch vorweggenommene und selbst organisierte, wenn au
fragmentarische Studienreform und eine permanente öffentliche Hochsc
kritik will die Kritische Universität die Position der Studentenvert
tungen und der abhängigen Wissenschaftler im Kampf um die Demo krati
rung der Hochschulstruktur stärken.
Ausgehend von ihrer Arbeit an Strategien der demokratischen gesellsc
lichen Veränderung zum Abbau von Herrschaft und Unterdrückung und au
Grund ihrer eigenen experimentellen Studienveranstaltungen und klein
Forschungsprojekte will sich die Kritische Universität darum bemühen
neue emanzipatorische und kritische Fragestellungen in die offiziell
Programme der Forschung und des Studiums, aber auch der Lehrerbildun
akademischen Fortbildung und des Schulunterrichts aufgenommen werden
III. Demokratische Wissenschafts- und Berufspolitik der Intelligenz
Selbst organisierte experimentelle Hochschulreform, permanente Hochs
kritik und die Auslösung genereller demokratischer Hochschulreformen
nen letztlich der rascheren und breiteren Entfaltung von theoretisch
wissenschaftlichen Fortschritten und der Stärkung der sozialen Selbs
nisation der Träger dieser Fortschritte im Kampf gegen die permanent
schleierte Vernichtung oder den Mißbrauch ihrer praktischen Realisie
chancen unter den herrschenden Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen
intensiver der theoretische wissenschaftlich-technologische Fortschr
sich zu entfalten und sozial in seinen Subjekten zu organisieren ver
desto eher kann die Wissenschaft angesichts der bestehenden gesellsc
lichen Barrieren ihrer objektiv möglichen praktischen Anwendung im D
der Verbesserung des menschlichen Daseins wieder zu einer emanzipato
historischen Kraft werden.
Die Kritische Universität wird daher auch versuchen, zu einem Forum
Aktionszentrum der Studenten, Wissenschaftler und akademischen Prakt
zu werden, die sich bewußt in den Dienst eines solchen objektiv gese
schaftskritischen Fortschritts der Wissenschaft stellen - gegen jene
tutionen und Unternehmen, die wissenschaftliche Methoden zur Organis
der verschleierten Vernichtung geistigen Kapitals, zur Sabotierung o
zur inhumanen Perversion wissenschaftlicher Fortschritte mißbrauchen
bei der planvollen Herabsetzung der Lebensdauer von Produkten und Di
leistungen oder bei der Verwissenschaftlichung der Manipulation von
schen in den Bewußtseinsindustrien. In Verbindung mit interessierten
senschaftlern und Gewerkschaftsorganisationen soll ein "Dokumentatio
trum über den Mißbrauch der Wissenschaft für inhumane und destruktiv
Zwecke" (vgl. H. Marcuse in "Kritik der reinen Toleranz", Frankfurt
vorbereitet werden.
In der Kritischen Universität können sich die Studenten und jungen A
miker, die in ihrem Berufsleben an der Realisierung der progressive
senschaftlich-technologischen Möglichkeiten für die Emanzipation der
schen von Unterdrückung, Mangel und Manipulation mitwirken wollen, a
unvermeidlichen Konflikte mit etablierten Machteliten und bürokratis
Apparaten, aber auch mit konformistischen und autoritären Kollegen v
reiten. Es sollen Organisationsformen und Strategien entwickelt werd
die es der kritischen Intelligenz in den Berufen und Betrieben ermög
für eine gesellschaftliche Demokratisierung und menschliche Rational
rung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsziele zu kämpfen. Dazu gehör
die systematische Kritik von irrationalen Strukturen in der Arbeitso
sation, die auf der objektiv überflüssigen Herrschaft privilegierter
überalteter Führungseliten beruhen; die Bildung einer organisierten
sition in den berufsständischen Interessenverbänden; die Nutzung von
günstigen Arbeitsmarktsituationen zur Verbesserung der Arbeitsverhäl
se sowie Aufklärungsaktionen zur Herstellung einer politischen Koope
mit den bewußten Teilen der lohnabhängigen Arbeiter und der Jugend.

07.02.1968:
An der TU Berlin geben der Präsident des Studentenparlaments und zwei Fachschaftssprecher das Flugblatt "Vor einer Kraftprobe?" heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung der KU um 19 Uhr im Audimax der TU heraus.
Q: Born, H., et al.: Vor einer Kraftprobe?, Berlin 7.2.1968

VOR EINER KRAFTPROBE?

Bevor es unsere Studentenvertretung wußte, waren die Berliner Zeitungen informiert:

> Der Rektor der TU hat die Vollversammlung der KU und weitere von der Studentenvertretung für diese Woche angemeldeten Veranstaltungen untersagt.

Bürgermeister Neubauer kommentiert:

> Dieses Verbot sei erlassen worden, weil nach den jüngsten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten gewesen sei, daß zu kriminellen Handlungen aufgerufen werde.

Welches Spiel wird hier getrieben ?

Gemeinsam mit Spriger versuchte man seit langem, kritisierende und demonstrierende Studenten als radikale Minderheiten zu disqualifizieren.

Nach der neuesten Version unseres vorsorglichen Senats sind von Studenten organisierte politische Veranstaltungen Stätten krimineller Unterweisungen.

Anscheinend können unsere staatlichen Biedermänner noch immer nicht zwischen Satire und Aufforderung zur Brandstiftung unterscheiden.

Wir distanzieren uns selbstverständlich von allen kriminellen Delikten.

Wir wehren uns aber ausdrücklich gegen die Unterdrückungen von Meinungen, die im Widerspruch zur springer-konformen Staatsmeinung stehen.

Es gibt eine Pflicht zum Widerstand !

Wenn die Staatsautorität pervertiert, bleibt uns die Möglichkeit, unsere Grundrechte notfalls auch mit Gewalt zu verwirklichen.

Wir können es nicht zulassen, daß unsere TU nicht mehr Forum kritischer Auseinandersetzung sein darf.

Die Vollversammlung der TU findet statt!

HEUTE 19 UHR AUDI-MAX

gez.: H. Borns (Parlamentspräsident)
M. Reutlinger (Fachschaftssprecher)
W. Siebel (Fachschaftssprecher)

Berlin, 7. Februar 1968

07.02.1968:
Am Romanischen Seminar der FU Berlin erscheint vermutlich Mitte dieser Woche ein Flugblatt "Praktische Winke für den Lehrkörper des romanischen Seminars an der FUB zur Bekämpfung 'radikal-marxistischer'" Störer.
Q: N. N.: Praktische Winke für den Lehrkörper des romanischen Seminars zur Bekämpfung 'radikal-marxistischer', O. O. (Berlin) O. J. (1968)

PRAKTISCHE WINKE

für den Lehrkörper
des romanischen Seminars
an der FUB zur Bekämpfung
"R A D I K A L -
M A R X I S T I S C H E R"

Faustregel: "Studentische Politik ist in einem sehr begrenzten Sinne nützlich als tätige politische Anteilnahme des einzelnen. Sie ist in aller Regel los, und die politische Fähigkeit der Profe und der Verwaltung muß sich daran erweisen, Kommilitonen gerade bi zu dem Punkte gewähren zu lassen, an dem prob matische Folgen für da Ganze der Gemeinschaft entstehen könnten."
(halten Sie sich also hinfort an Prof. Sontmer, Beauftragter für polit. Bildung a.D.; lesen Sie K.S.: "Der polit. Bildungsauftrag der heutigen Uni.", in: Die moderne Demokra und ihr Recht, Festschrift G. Leibholz, Tübingen 1966)

1.) Zeigen Sie sich weiterhin diskussionsfreudig, allerdings nur "b zu dem Punkte ..." (s.O. Prof.Sontheimer) Bekunden Sie Ihre Entschlossenheit, "die Studien- und Hochschulreform in Diskussione und praktischen Versuchen" unbeirrt durch Provokationen voranzutreiben. (s. Beschluß des Akademischen Senats vom 18.9.67)

2.) Stehen Sie weiterhin wie ein Mann hinter Ihren Ordinarien! Hand Sie in jedem Falle auf Weisung von Oben.
LASSEN SIE SICH NICHT SPALTEN!
SPALTEN SIE DIE STUDENTENSCHAFT, am besten so: spielen Sie die "Studenten mit den theoretischen Postulaten" gegen diejenigen a "die das Grundstudium erfuhren". (Näheres siehe Briefwechsel de Professoren Baader, Pabst, Loos mit der Studentenvertretung, ab gedruckt in der Sonder-Nr. des "Roanistik-Studium".)

3.) Stärken Sie denen, "die das Grundstudium erfuhren" den Rücken g die radikalmarxistischen Tutoren, indem sie ihnen klar machen, sie von Drahtziehern zu "spontanen Emanzipationsakten gebracht werden sollen. (Näheres s. Hochschulprotokoll des AStA vom Augu 1967, kursiert in der Dozentenschaft der Phil.Fak.)

4.) Machen Sie den Grundstudiums~~opfern~~ - Teilnehmern weiterhin deut daß man sie nur in das Chaos eines völlig wirbelig-quirligen St diums stoßen will, statt sie auch in Zukunft zügig auf die Zwis prüfung vorzubereiten.

5.) BIETEN SIE KOMMISSIONEN ÜBER KOMMISSIONEN AN!! Sagen Sie den S denten, daß Sie ständig von einer Kommissionssitzung zur ander müssen, daß Sie aber trotzdem noch Zeit für ihre Anliegen haben Machen Sie Ihren Ehefrauen klar, wie wichtig gerade jetzt zeitr bende Kommissionssitzungen sind!

6.) Lassen Sie nach und nach sämtliche Exemplare der "Stellungnahm FU-Kommission zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates" verschwinden, obwohl sie von Prof.Loos mit unterzeichnet wurde. Es schadet Ihrer Position, wenn Radikalmarxisten weiterhin aus die Papier theoretische Postulate schlürfen, alles nur geschickte Tarnung versteht sich!

7.) WIE VERHALTEN SIE SICH BEI sogen. "KRITIK VON INNEN" (damit si natürlich terroristische "GO-INS" gemeint(?

Generell ist folgendermaßen vorzugehen

b.w.

Generell ist folgendermaßen vorzugehen:

a) Sollten die radikalen Studenten, wie es der letzte Vollversammlungs beschluss vorsieht, mit der "Kritik -von-innen"-Praxis in Ihren Leh veranstaltungen fortfahren, so fordern Sie wie Professor Thielecke/Ham burg Polizei, gegfalls. Bundeswehr in Zivil als Hintergrundschutz an.
b) Lassen Sie Störer sofort nach Waffen untersuchen.
c) Sind solche nicht vorhanden, holen Sie Weisungen Ihres Ordinarius ein, sofern Sie als Assistent und dergl. zur akademischen Reserve- armee gehören.
d) Sind Sie selber Ordinarius, scheuen Sie sich nicht, die Störer nac Argumenten zu durchsuchen. Sollten Sie auf solche stoßen, ist "im Interesse der Studenten und in Wahrnehmung Ihres Ausbildungsauftra ges" die Sitzung unverzüglich abzubrechen. Ebenso der gesamte Semi narbetrieb für mindestens eine Woche, incl. Katalanisch-Kurses. (Vgl. Stellungnahme der Dozenten: Warum kein Go-In vom 20.1.68).
e) Sonderfall:

Sollten Sie den bzw. die Störer nicht sofort ausmachen können, ist wi folgt vorzugehen: Z.B. in Ihrem Seminar über frz. Texte vom 16. bis 20 Jahrhundert sind Sie bis in die Nähe der frz. Revolution (1789) vorge- drungen. Sie behandeln gerade einen Text von Diderot aus der Enzyklop Um Ihren "fachspezifischen Ansatz" zu verdeutlichen, beziehen Sie sic auf die vom verehrten Lehrer zweier unserer Ordinarien als "kurz aber scharfsinnig" bezeichnete Sekundärliteraturprodukzion von B. Groethuys zu diesem Thema. Nehmen wir an, Sie zitierten diese Passage: "Die Enz lopädie ist wie eine immense campagne couverte de montagne, de plaine de rochers, d'eaux, de forets, d'animaux et les objets qui font le mérite d'un grand pausage. La lumière du ciel les éclaire tous, mais ils en sont tous frappés diversement"... AN DIESER STELLE WERDEN SIE MIT GEWALT UND BRUTAL UNTERBROCHEN: Der Störer, den Sie bereits kurz vorher ausgemacht hatten, weil er nicht mitschrieb wie die übrigen Kommilitonen, sondern gelangweilt dasaß, RUFT MIT GEWALT UND TERROR: "Immerhin hat aber die Enzyklopädie doch die frz. Revolution vorberei ten helfen. Sie war das ARSENAL DES REVOLUTIONÄREN BÜRGERTUMS!".... S schöpfen Atem, bewahren aber Ruhe ob dieser linksfaschistischen Störu und zitieren, als sei es Innen soeben eingefallen, das Urteil des auc von Ihnen verehrten Kölner Romanisten zu eben diesem Stück Sekundär- literatur: "Diese Interpretation hat die AN SICH interessante politisc wenngleich nur Seiten des Werks umfassende Deutung so hinter sich gel sen wie die bloß deskriptive - es ist als seinder lebendige Strom der Enzyklopädie zu uns herübergezogen." (Siehe F. Schalk, Studien zur französischen Aufklärung, München 1964)

In der Folge gehen Sie so vor (Abweichungen sind in geringem Maße mög lich, s. oben Prof. Sontheimer):

Ehe der Störer die Möglichkeit hat, durch weitere unsachliche Bemerku gen mit "ausschließlich soziologischen oder radikal-marxistischen An- sätzen" (Warum kein go-in, a. a. O.) zu machen, um damit die Studente zu spontanen (!) Emanzipationsakten zu bringen (!!!), brechen Sie die Sitzung ab, und zwar "im Interesse der Studenten und unter Wahrnehmun Ihres Ausbildungsauftrages".

Nunmehr ist wie unter d) vorzugehen.

Schlußbemerkung: Es empfiehlt sich, eine eigene Kommission zu gründen die weitere nützliche Hinweise ausarbeiten könnte, z.B. zum Pun der frappierenden Ähnlichkeit zwischen dem UNGEIST der Zeit vor 1945 und dem Terror der radikalen FU-Minderheit. Nur so kann es schließlich gelingen, die Studenten mit der "berechtigten Unruh von den Radikalen zu trennen. Nehmen Sie Rücksprache mit Prof. Sontheimer, Prof. Löwenthal, Senator Stein und einem Herrn Klau Schütz. Viel Erfolg auch weiterhin!!!!!

07.02.1968:
An der FU Berlin wurde mit dem 'Soziologen Paper' Nr. 8 für heute eingeladen zur Vollversammlung um 15 Uhr.
Q: Soziologen Paper Nr. 8, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SOZIOLOGEN
PAPER 8
VOLLVERSAMMLUNG

Wozu sind Lehrveranstaltungen eigentlich da?

Wenn Professoren in ihren Lehrveranstaltungen auf Bücher hinweisen, die den Stoff ihrer Lehrveranstaltung beinhalten, und teilweise besser als diese sind, wäre es dann nicht sinnvoller, statt eines Vorlesungs- ein Bücherverzeichnis herauszugeben?

Wäre es dann nicht konsequent, die Hörsäle in Bibliotheksräume umzubauen und die eingesparten Gehälter unserer akademischen Lehrer zum Bücheretat zu schlagen; und so autodidaktisches Studium, verbunden mit sinnlicher Praxis in Rest-Uni und City durchzuführen?

Oder sollten Lehrveranstaltungen doch zu etwas nütze sein?

MITTWOCH 72.
15^{00} HS 104

Die Lehrenden (soweit sie nicht krank sind, auf Reisen, forschen oder keine Zeit haben) haben sich bereit erklärt, am Mittwoch den Lernenden ihr Lehrprogramm für das SS 68 und die bisherige Planung für das WS 68/69 kundzutun.

Da irgendwann jeden in jeder Lehrveranstaltung das Unbehagen beschleicht und er sich ausrechnet, was er in dem Semester besser hätte tun können, sollten Sie versuchen, Ihre Befürchtungen und Anregungen schon jetzt zu artikulieren.

Welche Funktion haben die einzelnen Lehrveranstaltungen im Soziologen da sein?

Welche Veranstaltungen stehen in Zusammenhang mit Forschungsvorhaben?

Welche Veranstaltungen haben experimentellen Charakter?

Welche Veranstaltungen werden in den folgenden Semestern fortgesetzt?

In welchen Veranstaltungen wird ein Praxisbezug hergestellt?

Sollten Sie von solchen oder anderen Fragen bedrückt sein, kommen Sie zur Vollversammlung, vielleicht ist jemand da, der sie beantworten kann.

Für diejenigen, die nicht kommen und lieber studieren wollen, haben wir einen Lehrveranstaltungskatalog zusammengestellt.

Die Antworten beziehen sich auf folgende Fragen:

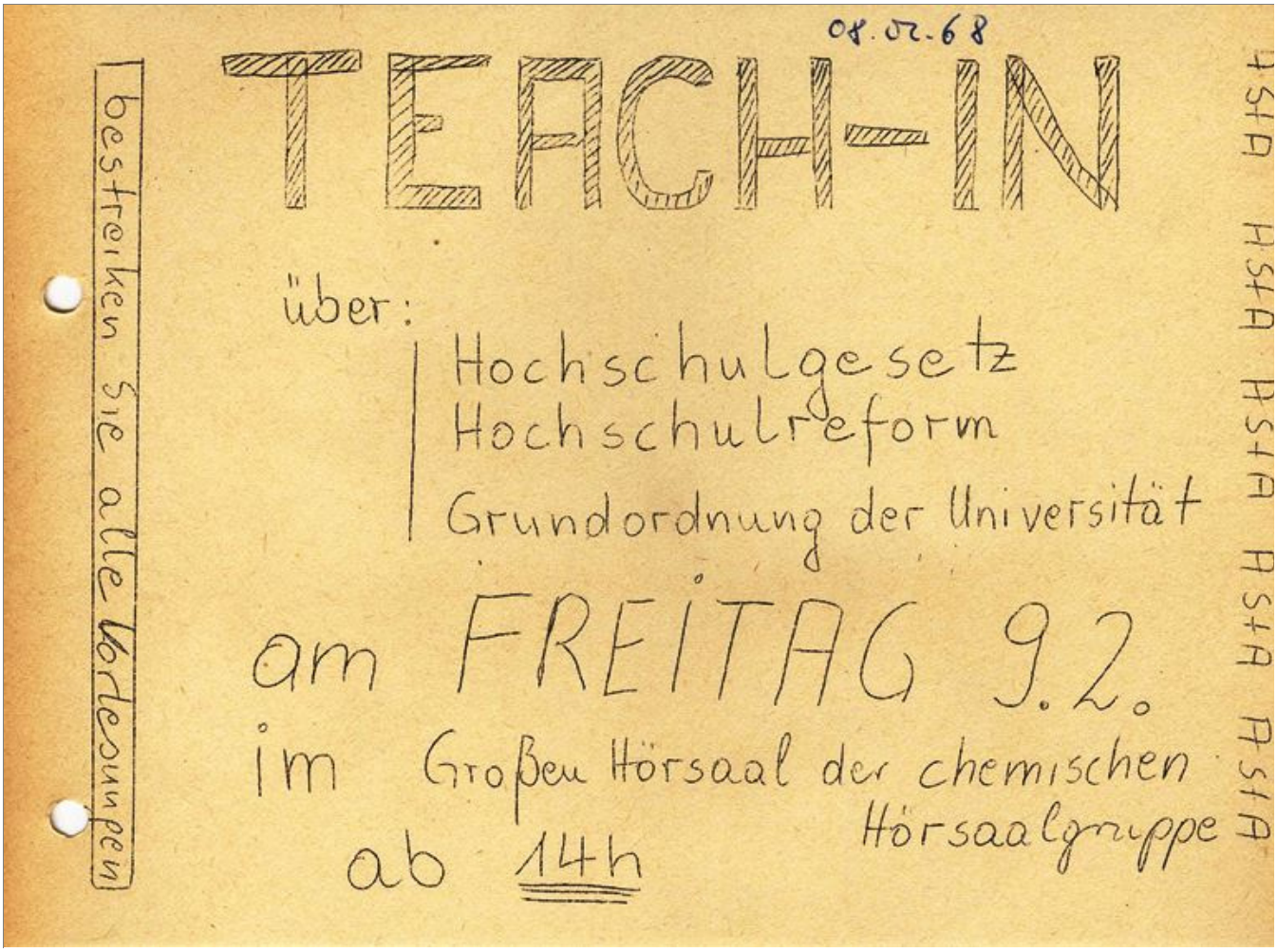
1. Vollständiger Titel
2. Kurze Inhaltsangabe
3. Ist diese Veranstaltung gedacht als
   a) Einführung für Studenten der ersten Semester?
   b) für Studenten mittlerer Semester?
   c) für fortgeschrittene Studenten bzw. Diplomanden?
4. Bestehen bestimmte Voraussetzungen für die Teilnahme an der Lehrveranstaltung?
5. Ist die Zahl der Teilnehmer begrenzt und wenn ja, auf welche Zahl?

Interessenvertretung Soziologie Tel. 450 WiSo 301

07.02.1968:
In Hamburg wird für heute in der Zeitschrift 'Roter Morgen' von Ernst Aust zur Gründung der Gruppe Roter Morgen (GRM) aufgerufen.
Q: Roter Morgen, Hamburg Jan. 1968, S. 10

07.02.1968:
Innerhalb des Republikanischen Clubs (RC) Dortmund (vgl. 2.2.1968, 2.4.1968) soll um 19 Uhr 30 in den Clubräumen im Südwall 31 eine Mitgliederversammlung stattfinden.
Q: RC Dortmund: Einladung zur Mitgliederversammlung, Dortmund 2.2.1968

08.02.1968:
In Heidelberg ruft der AStA der Universität, laut seinem Archiv heute, für morgen zum Vorlesungsstreik auf und zum morgigen Teach-In.
Q: AStA Uni: Teach-In, Heidelberg O. J. (1968); AStA Uni: Go-Out, Heidelberg O. J. (1968)



08.02.68

ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA-ASTA

GO-OUT

Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg ruft Sie zusammen mit allen ASten Baden-Württembergs auf zum

VORLESUNGSSTREIK

gegen die Verabschiedung des Hochschulgesetzes im Landtag am Freitag, dem 9.2.1968.

An diesem Tag findet im großen Hörsaal der chemischen Hörsaalgruppe ein

TEACH-IN

ab 14 Uhr c.t. statt.

Themen sind:

- Hochschulgesetz
- Hochschulreform
- Grundordnung der Universität

Wir fordern alle Kommilitonen auf, Vorlesungen und Übungen am Freitag nicht zu besuchen. Wehren Sie sich gegen Zwangsexmatrikulation, Disziplinarrecht und eine Verhinderung der Universitätsreform. Appellieren Sie mit uns an den Landtag, das vorliegende Hochschulgesetz nicht zu verabschieden.

STREIKEN SIE !!!

ooo

Der Allgemeine Studentenausschuß

Wir brauchen noch Streikposten !!! Bitte melden Sie sich sofort auf dem AStA, Grabengasse 14/54344

08.02.1968:
In Tübingen hatte der SDS zur Vietnam-Spaziergangsdemonstration aufgerufen, die zum Amerikahaus führt, wo die ca. 400 Teilnehmer einen halbstündigen Sitzstreik durchführen und dann zum Marktplatz weiterziehen. Der SDS verteilt ein Flugblatt "An die Tübinger Bürger!".

Später kommt es zur Anklage gegen drei Rädelsführer und zum Prozeß am 9.10.1968.
Q: Dokumentation zur Vietnam-Demonstration am 8. Febr. '68 in Tübingen & zum Prozess am 9. Okt. '68 vor dem Amtsgericht gegen Behnken, Winterhagen, Wolf, O. O. (Tübingen) O. J. (1968); SDS: An die Tübinger Bürger!, Tübingen O. J. (8.2.1968)

08.02.1968:
In Berlin wird mit einem Flugblatt zur Vollversammlung aller Universitäten um 14 Uhr im Foyer der TU aufgerufen. Berichtet wird unter der Überschrift "Wir lassen uns nicht in die Konfrontation treiben" von der gestrigen Vollversammlung der KU.

Auch die Studentenvertretung der TU ruft mit einem Flugblatt auf.
Q: N. N.: Heute Vollversammlung…, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SV TU: Heute 14 Uhr Vollversammlung aller Berliner Hochschulen, Berlin 8.2.1968

HEUTE

VOLLVERSAMMLUNG

ALLER UNIVERSITÄ-

TEN IM

FOYER DER

TU

UM 14 UHR

STRASSE DES

17. JUNI

Wir lassen uns nicht in die Konfrontation drängen

Trotz des Raumverbots versammelten sich unter dem Druck von Neubauer Polizei gestern in einem demonstrativen Akt die Studenten der Berliner Universitäten zur KU Vollversammlung. Sie beschlossen, heute zu einer Vollversammlung aller Berliner Universitäten zusammen zu kommen, um zu verhindern, daß sie der Berliner Senat in die Isolation drängt. Man wird zunächst die Debatte des Abgeordnetenhauses anhören und an Hand der Äußerungen "unserer Politiker" über weitere Aktionen diskutieren. Diese Versammlung, die ursprünglich als Ausgangspunkt einer Demonstration zum Schöneberger Volkspark gedacht war und von Neubauer verboten wurde, erhält in dem Moment einen neuen Charakter, in dem wir seine Erwartungen nicht erfüllen. Es wurde beschlossen, das TU-Gelände nicht zu verlassen, da wir anderenfalls in die Falle der Polizei laufen würden. Eine jede Ansammlung von Studenten und sei es nur in Diskussionsgruppen, würde zum polizeiwidrigen Auflauf erklärt und gäbe den Vorwand, uns zusammen zu knüppeln. Die Studenten diskutierten und analysierten das Verhalten des Berliner Senats und kamen zu dem Ergebnis, daß der bereitgestellten Polizei auf jeden Fall auszuweichen sei, d.h. wie am 3. Juni, sich auf dem Universitätsgelände zu versammeln.

Da es aber in der Stadt zu Straßenschlachten kommen würde und in der FU die Gefahr besteht, daß der Henry-Ford-Bau wiederum geschlossen wird, bleibt als einziger von Neubauer unerwarteter - weil nicht dem Stereotyp der terroristischen studentischen Minderheit entsprechenden - Entschluß die Zuflucht in das Gelände der TU.

Deutlicher wird es kaum möglich sein zu demonstrieren, mit welcher Art unverhältnismäßigen Mitteln gegen die in dieser Konfrontation ohnmächtigen Studenten vorgegangen wird. Unsere Stärke liegt gerade in der demonstrativ rationalen Diskussion unserer Situation und der zu diesem Zeitpunkt notwendigen Aktionen.

STUDENTENVERTRETUNG TU STUDENTENVERTRETUNG TU STUDENTENVERTRETUNG

HEUTE 14 UHR HEUTE

VOLLVERSAMMLUNG aller Berliner HOCHSCHULEN

Repressionen von Senat und Universitätsleitung zwingen uns zu Stellungnahme und Diskussion.
Gleichzeitig werden wir die Sitzung des Abgeordnetenhauses über Studenten und Universitäten hören und diskutieren.

In der FU ist der Henry-Ford-Bau geschlossen und auf dem Campus patroillierten gestern Polizeistreifen.

Die gestrige KU-Versammlung hat beschlossen, keine Demonstration zum Volkspark zu machen, weil eine Demonstration angesichts des Polizeiaufgebotes und dem Verlangen des Senats von Berlin nach Auseinandersetzungen eine ungeeignete Aktion ist.

DIE STUDENTENVERTRETUNGEN
A L L E R BERLINER HOCHSCHULEN

8.2.68

in oder vor dem AUDIMAX der TU

HEUTE 14h

HEUTE 14h

08.02.1968:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung eine Presseerklärung heraus zum Springer-Hearing am 9.2.1968.
Q: SV TU: Presseerklärung, Berlin 8.2.1968

PRESSEERKLÄRUNG der STUDENTENVERTRETUNG der TUB

8. 2. 1968

Die Studentenvertretung der Technischen Universität nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Rektor der TUB, Prof. Weichselberger in einer Presseerklärung festgestellt hat, daß es nicht zutreffe, daß er auf Anweisung von Senator Stein die Vergabe von Räumen verweigert oder zurückgezogen habe.

Nachdem darüberhinaus das Verwaltungsgericht Berlin heute festgestellt hat, daß die Zusagen von Räumen nur dann zurückgenommen werden könne, wenn die Raumverweigerer zwingend nachweisen, daß die geplante Veranstaltung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt, ist die Rechtslage eindeutig festgestellt.

Niemand außer den Alliierten hat in Westberlin das Recht öffentliche politische Veranstaltungen zu verbieten, ohne den vom Verwaltungsgericht geforderten Nachweis zu erbringen.

Die Studentenvertretungen der TU und FU und der Republikanische Club, werden daher das vorbereitete und öffentlich angekündigte Hearing über den Springerkonzern am Freitag, den 9. 2. 68 um 19.00 Uhr im Audi max der TU beginnen.

08.02.1968:
An der TU Berlin nimmt das Studentenparlament vermutlich noch heute zur Debatte im Abgeordnetenhaus Stellung. Veröffentlicht wird der Text mit Angabe der Parlamentarier, die ihm zustimmten und der Aufforderung, ihn selbst zu unterschreiben.
Q: StP TU: Unterschriften für Parlamentsbeschluss, Berlin 8.2.1968

UNTERSCHRIFTEN für

PARLAMENTSBESCHLUSS

Das Studentenparlament der TU hat die Dringlichkeitsanträge der CDU und SPD Fraktionen im Abgeordnetenhaus mit grösster Empörung zur Kenntnis genommen. Die Unfähigkeit der meisten Politiker, sich mit den Problemen zu befassen, die die Studentenschaft beschäftigt, zeigt sich darin, dass man Verbote, Polizeieinsatz und administrativen Druck als geeignete Mittel zu ihrer Bewältigung ansieht. Hierbei wird versucht, politische unbequeme Meinungsäusserungen zu unterdrücken, wobei offensichtlich nicht davor zurückgeschreckt wird, dass dadurch gewalttätige Auseinandersetzungen provoziert werden. Wir sind der Meinung, dass die Anträge nicht einem demokratischen, sondern einem unerträglichen totalitären Geist entsprechen.
Wir betrachten es als Heuchelei, wenn Abgeordnete wie die Herre Wohlrabe und Wolff von sich behaupten, Demokraten zu sein.
Wir haben ferner den Eindruck, dass einige SPD-Senatsmitglieder die Situation noch nicht erkannt haben.
Auch die SPD-Fraktion beweist mangelndes demokratisches Bewusstsein und folgt damit der CDU-Fraktion: Auch sie tritt dafür ein, dass Demonstrationen nicht genehmigt werden sollen, wenn lediglich vermutet wird, dass diese "von gewissen Kreisen für ihre undemokratischen politischen Ziele missbraucht" werden könnten.
Offenbar ist die Vorstellung, dass "Ruhe und Ordnung" Werte an sich und selbst den grundlegenden demokratischen Freiheiten übergeordnet sind, bei den massgebenden Repräsentanten von Regierung und Parteien Motiv für ein solches Handeln.

Das Studentenparlament wird beraten, wie die demokratischen Freiheiten gegen solche Vorstellungen verteidigt werden können

Wir begrüssen die Äusserungen des FDP-Abgeordneten Oxfort, die als Ansatzpunkt für eine rationale Diskussion zu betrachten sind.

Das Studentenparlament hat diesen Antrag fast einstimmig angenommen.
Es fordert Sie auf, ihm durch Ihre Unterschrift Nachdruck zu verleihen.

(Rückseitig die Namen der Abgeordneten, die diesem Antrag zugestimmt haben).

----------	----------
(Name)	(Matr.Nr.)
.....	....

bitte wenden

Fak.I		Werner Siebel
Fak.II	Mathematik	Herbert R.Stahl
		Peter Bollmann
	Physik	Wolfgang Körner
		Ulrich Waas
Fak.III	Architektur	Klaus Brake
		Viktoria Waltz
		Angelika Gossa
		Wolfgang Meckel
		Dietrich Döpping
		Fritz Neumeyer
		Dirk Müller
Fak.IV	Bau u.Verk.	Jens Krause
		Paul Klippel
	Verm.	Werner Lühring
Fak.V	Schiffsb.	Heinrich Otto
	Maschinenb.	Hans Ruschke
		Gerd Martiny
		K.V. v.Schöning
		Stefan Schleissing
	Flugt.	Wolfgang Neef
Fak.-VI	Gartenb.	Christian Muhs
	L.Technol.	Hans-Henning Schmidt
		Gerhard Goller
Fak.VII	Bergbau	Lutz Köpke
Fak.VIII		
	Wi-Ing.	Hubert Wolf
		Gerhard Hain
Be-Wi:		Jörg Zöllner
Rolf Vieten		H DKretzmer
Klaus Kühn		Dieter Läpple
Peter Matthias		Hans-Rudolf Koch
Henning Strohmeyer		Mathias Reutlinger
		Dirk Rogge
		Hubert Borns
		Gottfried Kupsch
		Friedrich Ott

Fak IX E-Technik

Reinhard Block

Gert Heinrich

08.02.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis 21 der Kritischen Universität (KU) für heute ein zur Diskussion "Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland" mit Dr. Johannes Feest um 20 Ur in der Jur. Fak der FU.
Q: KU: Kommilitoninnen, Kommilitonen, …, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

Kommilitoninen, Kommilitonen,

am Donnerstag , den 8, Februar, 20 Uhr diskutiert der AK 21 im Seminarraum 206 Jur. Fak. " Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland " mit Dr. Johannes Feest über das Thema " Juristische Ausbildung und sekundäre Sozialisation", J Feest ist Mitverfasser des Buches " Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht " (Hrsg. W Zapf) und Assistent am Institut für Ausbildungsforschung in München

Donnerstag, 8 Februar 20 Uhr Seminarraum 206 Jur. Fak.

KKU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

08.02.1968:
Der AStA der Universität Göttingen berichtet von den Fahrpreiserhöhungen:"
Sitzstreik vor Stadtbussen

Tritte und angeblich auch Schläge benutzte die Göttinger Polizei, um am Donnerstag, dem 8.2., 17.30 Uhr, die Kreuzung Weender Tor von demonstrierenden Schülern und Studenten zu räumen. Zuvor hatten 50 Schüler den Verkehr blockiert, indem sie sich vor Linienbussen der Stadt auf die Straße setzten. (…). Die vorbereitete Polizei brauchte 45 Minuten, um den Bussen einzeln den Weg freizuräumen. - Die der Gewaltanwendung beschuldigten Polizisten weigerten sich, AStA-Mitgliedern ihren Namen zu nennen. Polizei-Chef Fritz: 'Ich habe Gewaltanwendung untersagt.'"
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 11, Göttingen 9.2.1968, S. 2

08.02.1968:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 2 (vgl. 25.1.1968, 22.2.1968) mit einem Leitartikel zu unverheirateten Müttern "Diese unverschämte Frage richtet der Staat täglich an 150 Frauen und Mädchen: 'Haben Sie wirklich nur mit einem Mann verkehrt?'". Dazu wird dokumentiert: "Ledige Mütter sind praktisch entmündigt". Der Artikel "Herzlich Ihr Amtsbruder - Aus diesen Gründen wurde der junge Reform-Pastor abgeschossen wirklich:" äußert sich zum Schulpastor der evangelischen Kirche, Reimer Piening. Gefragt wird "Mehrwertsteuern brachte neue Preise - wann meckern?". Von der Deutschen Bundesbahn bzw. über Sexurlauber wird in "Schlüpfer und schöne Hefte" berichtet über den Abteilfeger des aus Dänemark bzw. Kopenhagen kommenden Hamburg-Expreß D 344. Vom Verfassungsschutz und dem KPD-Verbot wird berichtet in "Unauffällige Herren wandern von Chef zu Chef: Entlassen Sie mal den!". Zu Südkorea wird in "Kleiner Unfall gefällig?" berichtet über den Protest von Rechtsanwalt Heinrich Hannover gegen die Todesurteile und Verschleppungen. Aus dem Hafen (ÖTV-Bereich) wird berichtet in "Ein Hamburger Präzedenzfall signalisiert: Bald Rente mit 60 für alle!", dokumentiert wird von der Pressestelle des Senats ein "Brief an Extra".
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 2, Hamburg 8.2.1968

EXTRa

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 2/68 8. Febr. erscheint 14tägig

Präzedenzfall im Hafen signa

520,- Bald Rente

Ausführlicher Ber

Diese unverschämte Frage richtet der Staat täglich an 150 Frauen und Mädchen:

„Haben Sie wirklich nur mit einem Mann verkehrt?“

Eine Diebin vor Gericht kann Fragen nach ihrem Intimleben mit berechtigter Entrüstung zurückweisen. Die völlig unbescholtenen Frauen und Mädchen, die bei uns von Staats wegen solche Fragen zu hören bekommen, können es nicht. Ihr einziges Verbrechen: Sie haben als Unverheiratete ein Kind zur Welt gebracht. Wilhelminische Gesetze legen noch heute fest, daß sie deshalb Personen von minderer Vertrauenswürdigkeit sind. Der gegenwärtige Bundesjustizminister, Dr. Gustav Heinemann, drängt auf modernere Gesetze - aber an dieser Aufgabe und an der Trägheit des Bundestages sind bereits andere gescheitert. Der Widersinn ist weiter Gesetz. Ein ungeheuerlicher Widersinn, der noch viel weiter geht, als das Beispiel von der Diebin: Lesen Sie die große, aktuelle EXTRA-Dokumentation auf Seite 2!

Herzlich, Ihr Amts

Zu engagiert für die Schule: Pastor Reimer Piening

Aus diesen wurde de Reform-Past abgeschosse

Der junge Pastor Reimer lichen Händedruck wie im T in einem schlechten Traum; zumute, wenn man zuerst „Amtsbruder“ um seine Ste dieser Amtsbruder sich dan Lächeln herzlich verabschiede

Für die breite Öffentlichk Pastor Erich Meder in seiner ratssprecher vor der evan Hamburg erklärt: „Herr Pie den Posten des Schulpasto wurde. Wir haben deshalb b Amt nicht einzuführen.“

Aus tiefster Not

Es geht das Gerücht, in Hamburg zu St. Michaelis träfen sich die Feinschmekker unter den Crème-Christen, und der eine oder andere halte den Prediger für

Ob denn der Bischof nicht ahnte, daß Prof. Helmut Thielicke den Kommandeur der Heeresoffiziersschule II Hamburg und 70 seiner Kameraden nur aus „tiefster Not“ in die Kirche gerufen

angewandte Theologie zu singen aufrief.

So harte Worte dem Star der Kanzel von St. Michaelis, dem Meister der vielschichtigen Beredsamkeit, der Gefühle aus dem Hut zaubert, daß es einen hinhaut aber nicht wehtut? So wenig Anerkennung für unbe-

Jesus. Zu Unrecht.

wo auch der Landesbischof Wölber kürzlich selbst von einer brillanten Idee dieses Predigers sagte: „Die Sache mit den Bundeswehroffizieren war ein Mißgriff... so wie die Lage ist, warf sie ein völlig falsches Licht auf alles, was wir mit unseren Gottesdiensten zu verantworten haben. Sie widersprach auch der ausdrücklichen Willensäußerung des Kirchenrates, der Kenntnis Deut davon wußte."

hatte? Weil der Prediger des „zwiespältigen Herzens" Knallkörper und Sprechchöre von jungen Leuten befürchtete, die in Wirklichkeit manierlich mit erhobenem Finger um eine Diskussion baten. Und sich gehorsam mit der Gemeinde erhoben, wenn der Professor für

streitbaren Verdienst um das allgemeine Wohlbehagen?

Prof. Thielicke mag sich trösten. Er hat sich um den Frohsinn in dieser Stadt verdient gemacht.

EXTRa

Damit war zunächst
wegen dokumentiert, w
gagement, zum Bekenntn
Männern der Kriche no
Nach der Synodesitzung,
nach dem herzlichen H
der Amtsbruder Meder
den Menschen: In Wir

Weit

EXTRa
dokumentation

Ledige Mütter sind praktisch entmündigt

Stellen Sie sich bitte folgenden Fall vor: Eine Frau von, sagen wir, 27 Jahren wird durch einen Unglücksfall Witwe; bald danach bringt sie ein Kind zur Welt.

Niemand würde so flegelhaft sein und Zweifel daran äußern, daß sie dieses Kind liebevoll und aufmerksam großziehen wird. Niemand.

Nun aber dieser Fall: Eine Frau von, sagen wir, 27 Jahren wird infolge unvorhersehbarer Entwicklungen von ihrem Freund im Stich gelassen. Anders als die, nach Ansicht von Kriminalisten und Juristen, jährlich etwa 600 000 Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik, die zur Abtreibung Zuflucht nehmen - anders als diese vielen hat sie ihr Kind haben wollen.

Flegel

Wer würde so flegelhaft ...? Der Staat. Er stellt ledige Mütter, weil sie ledig sind, in beleidigender Weise praktisch unter Kuratel. Er bricht damit jeden Tag etwa 150 Mal das Grundgesetz von 1949

Gültiger Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes (GG): „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Gültiger Paragraph 1707, Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB): „Der Mutter steht nicht die elterliche Gewalt über das uneheliche Kind zu."

Das Grundgesetz, Artikel 6, Absatz 5, schreibt vor: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche Lebensstellung der Mutter entsprechenden Lebensunterhalt zu gewähren."

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, nicht nach dem Grundgesetz, wird in der Praxis verfahren, obwohl das Grundgesetz Vorrang vor allen anderen Gesetzen hat. Die Praxis sieht so aus:

§

Auskünfte aus der Intimsphäre

Nach der Geburt des unehelichen Kindes erscheint am Wochenbett eine Fürsorgerin mit dem Auftrag, die junge Mutter in der einen oder anderen Formulierung folgendes zu fragen:

„Haben Sie in der fraglichen Zeit wirklich nur mit einem Mann verkehrt? Warum heiratet er Sie nicht? Haben Sie vor einer geregelten Tätigkeit nachzugehen? Sind Sie jetzt mit einem anderen zusammen? Sie wollen doch nicht etwa Möbel auf Kredit kaufen?"

Das neugeborene Kind steht sofort und automatisch unter Amtsvormundschaft; das heißt: Lebenswandel und häusliche Verhältnisse der Mutter werden von der Fürsorgerin kontrolliert.

Hat die junge Mutter **sich sogar ganz besonders „bewährt", dann überträgt man ihr selbst die Einzelvormundschaft. Natürlich muß sie sich weiter „bewähren". Bei derselben Fürsorgerin. Denn eine Einzelvormundschaft bringt nur begrenzte Elternrechte.**

„Bewährt" die ledige Mutter sich nach der ganz persönlichen Meinung der Fürsorgerin, dann kann sie beim Amtsgericht eine Einzelvormundschaft beantragen; das heißt, eine Person statt des Amtes ist dann für ihr Kind zuständig. Allerdings wird sie weiter von derselben Fürsorgerin kontrolliert.

Gewollte Fr

Jährlich 18 000 ledige Mütter in der Bundesrepublik sind unter 21, jährlich 40 000 sind über 21 Jahre alt. 64 000 weiteren Frauen gelingt während der Schwangerschaft eine Flucht in die Ehe. Jedes vierte Kind wächst heute in der Bundesrepublik ohne seinen Vater auf - sei es durch Scheidung, Tod oder uneheliche Geburt. Aber allein diejenigen Kinder, die nicht durch

ALLE VERS

und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern." Das Bürgerliche Gesetzbuch kontert. Paragraph 1708, Absatz 1: „Der Vater des unehelichen Kindes ist verpflichtet, dem Kinde ... den der

Gleiches Recht für Kinder ohne Vater? Justizminister Gustav Heinemann.

ALLE VERS
durch:
Udo Ja
2 Haml
Wildsch
Tel. 67

MEHRWERTSTEUER

brachte

neue Preise

Wann meckern?

Der Preissalat in unseren Läden ist jetzt wirklich nicht mehr zu überbieten. Immerhin, dieser hochoffizielle Wirrwarr infolge der Mehrwertsteuer ist zwar bösartig; aber es steckt Methode dahinter. EXTRA hat für Sie ermittelt, wo Sie bei Preissteigerungen stillhalten müssen, und wo Protest angebracht ist.

Hinnehmen müssen Sie Preissteigerungen bei:

- **Gas, Wasser, Strom, Kohle, Heizöl, Benzin;**
- **Gaststättenbesuchen, Hotelübernachtungen;**
- **Klempnern, Schornsteinfegern, Friseuren und allen anderen Dienstleistungen;**
- **Glühbirnen, Lampen;**
- **Bürobedarf, Schreibmaschinen;**

Dagegen rät Ihnen EXTRA bei solchen Preissteigerungen aufmerksam zu werden:

- **Lebensmittel aller Art;**
- **Kaffee, Tee, Schokolade, Tabakwaren;**
- **Seifen, Parfüms, Waschmittel;**
- **alle Stoff- und Gewebesorten, die aus Kunstfaser hergestellt sind;**
- **Bestecke;**
- **Kühlschränke und Öfen;**
- **Autoreifen.**

Meist können Sie davon ausgehen, daß die gerechtfertigten Preiserhöhungen bei Waren füglicherweise nicht mehr als drei Prozent betragen sollten. Bei Dienstleistungen dürfen es zwischen fünf und sieben Prozent sein.

Übrigens stehen wir in der Bundesrepublik mit unserem Mißbehagen über das Chaos im Preisschilderwald nicht allein da: Die Verbraucher in Dänemark und Frankreich murren schon seit eineinhalb Jahren über „MOMS" (Mehrwertsteuer auf dänisch) und „TVA" (Mehrwertsteuer auf französisch). Was natürlich die Fußballfans kaum über die horrenden, manchmal gerechtfertigten Preissteigerungen bei Bundesligaspielen hinwegtröstet.

Schlüpfer und schöne

Wie der Bundesbahn-Sloga „Alle reden vom Wetter; wir nich entstanden sein könnt

Der Abteilfeger Herbert M. beim Bahnbetriebswerk Hamburg-Langenfelde freut sich immer auf den Hamburg-Expreß D 344 aus Kopenhagen - den; der um 7 Uhr morgens dort abfährt und um 12 Uhr 09 in Hamburg ankommt.

Der Abteilfeger Herbert M. hat den interessantesten Job im stillstehenden leeren Zug. Er kommt als dritter nach dem Aschenbecherleerer und dem Papiersammler und kriecht auf dem Fußboden herum, um die Abteile auszufegen. Zu erwähnen ist, daß beispielsweise die Fußböden in den Wagen des Gotthard-Expreß D 96 aus Ventimiglia oft knöcheltief mit Abfall bedeckt sind, so Butterbrotpapier, Streichholzschachteln und Strohhalme. Die Skandinavier sind da ganz anders.

Nicht nur in den Liegewagen wird Herbert ganz

Unauffällige Herren wandern von Chef zu Chef:

Entlassen Sie mal den!

Die Namen sind der EXTRA-Redaktion bekannt. Die geschilderten Ereignisse wiederholen sich in diesem Moment, da Sie lesen - - an anderen Orten, mit anderen Personen. Nur die beiden freundlichen Herren werden die gleichen sein.

Als die beiden freundlichen, unaufdringlichen Herren zur Tür des Chefzimmers hinausgingen, ließ Wilhelm M., Inhaber einer Hamburger Möbelfirma, seinen Arbeiter Otto G. (47) kommen. „Sagen Sie mal, Herr G.", begann er, waren Sie früher in der Kommunistischen Partei?" Otto G. glaubte zu wissen, was jetzt kam.

Ja, bis zum Verbot der KPD am 17. August 1956 sei er eingeschriebenes Mitglied gewesen. Danach habe er keine Verbindung zu der nunmehr illegalen Organisation unterhalten. „Nichts, gar nichts - aber glauben

Nur selten trifft das sanfte Rollkommando auf einen Chef mit Rückgrat, wie etwa im Fall G.

Kaum ein Chef kommt auf den Gedanken, zu fragen, was seinem Mitarbeiter denn nun Strafbares vorzuwerfen sei. Die unauffälligen Herren in ihren grauen Popelinemänteln könnten kaum antworten. Kein Gericht beschäftigt sich mit ehemaligen, nach dem KPD-Verbot nicht mehr aktiven KPD-Mitgliedern. Denn nach Rechtsstandpunkt kann nur bestraft werden, wer nach dem Verbot einer Organisation noch Verbindung zu ihr hält oder sie gar fördert.

Er fährt oft auf der Autobahn, der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover. Er fährt ziemlich schnell von Ort zu Ort - heute Hamburg, morgen Gießen - und entnimmt seiner schwarzen Mappe Hintergründe. Der koreanische Komponist Isang Yun, sagt er, wurde unter Beteiligung von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz entführt; wurde mit offizieller deutscher Duldung vor jenes Gericht der Militärdiktatur in Seoul gestellt, das ihn zu lebenslangem Gefängnis verurteilte.

Ein einziger Deutscher k Todesurteile von Seoul. E Schweigen. Das ist gefährlich

Kleiner Unfal

Wenn man Hannover folgen darf, hat es denn auch in einem Brief von Bundes - Außenminister Brandt an Bundesjustizminister Heinemann geheißen: „Es bleibt uns nach der Sachlage nichts anderes übrig, als in Seoul auf die schnelle Durchführung des Pro-

tut es keiner."

Zu G.'s Überraschung sprach der Chef keine Entlassung aus. Obwohl er nicht verhehlte, woher die beiden freundlichen, stillen Herren gekommen waren. Vom Verfassungsschutz. Um dem Chef freundlich und still nahezulegen, G. zu entlassen.

Der Verfassungsschutz stellt sich mit seiner Aktion außerhalb des Rechtsstandpunktes. Er läuft wieder einmal nicht mit der Verfassung im Arm herum. Und die Arbeitgeber haben Angst, sie könnten auf irgendeine schwarze Liste der anonymen Macht mit dem irreführenden Namen geraten.

Die Militärdiktatoren Südkoreas haben sich in Bonn dafür entschuldigt; daß heißt: die Entführung vor aller Welt zugegeben.

Das Auswärtige Amt gegenüber Hannover: Es sei „zunächst noch zu prüfen, ob eine Entführung überhaupt vorliegt".

zesses (gegen die Verschleppten) zu drängen."

Der Bundesanwaltschaft bot Hannover Beweismaterial über die Verschleppungen an. Die Kanzlei des Rechtsanwalts vergaß, das Material dem Begleitbrief beizulegen. Die Antwort der Bundesanwalt-

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 2/68 2. Jahrgang

ZITAT

„Wir haben Grund zu der Annahme, daß auch die Zukunft nicht mehr das ist, was sie einmal war."
FRIEDRICH SIEBURG

Chefredakteur: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Produktion: Peter P. Dahl
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska, Thomas Schwieger, Helma Weber, Hans Joachim Wilkening, Mathias Wessel. Herausgeber: Hamburger Extrablatt; 2 Hamburg 50, Königstr. 30.
Tel. 22 – 73 – 46
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG Itzehoe.

EXTRA KLEINANZEIGEN

Ein Hamburger Präzedenzfall si

Bald Rente n

für

Herzlich, Ihr Amtsbruder

Fortsetzung von S. 1

Piening der Kirchenspitze deshalb nicht genehm, weil er der Schulbehörde vielleicht nicht zusagen werde. Diese völlig rätselhafte Äußerung begründete Meder mit einer eigenen Meinung, die er zum Richterspruch erhob: Seiner Meinung nach sei Piening nämlich ein Mensch ohne jedes Fingerspitzengefühl für den Umgang mit der Behörde.

Damit war weiterhin von einem maßgeblichen Kirchenmann gesagt, wie mindestens er persönlich der „Obrigkeit" gegenübersteht: in eilfertiger Unterwürfigkeit. Aber noch weiter. Auf den Einwand, daß ein Schulpastor doch eigentlich nicht in erster Linie nicht die Behörde, sondern die Schuljugend gewinnen solle, gab der Sprecher des Hamburgischen Kirchenrats zur Antwort:„ Darauf kommt es gar nicht an!" Was das wiederum dokumentiert, bedarf keiner Erläuterung.

Brief an EXTRA

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Staatliche Pressestelle, Hamburg, 25. Januar 1968. Dr.J/T.

Sehr geehrter Herr von Hanxleden!

‚Diese Zeitung soll sterben!' überschreiben sie den Aufmacher des Hamburger Extrablattes Nr. 1/68 vom 25. Januar. Wäre es nicht richtiger gewesen zu schreiben ‚Diese Zeitung wäre beinahe gestorben!'.

Ich möchte nicht verhehlen, daß ich von Ihrem Artikel sehr enttäuscht bin und ihn nicht fair emfinde. Dabei will EXTRA doch gerade fair sein? So jedenfalls habe ich Sie verstanden. Mit einem Mitarbeiter waren Sie am Freitag, 12. Januar, in den Mittagsstunden bei mir.

Schon aus unserem Gespräch ging ganz klar hervor, daß die Staatliche Pressestelle Ihnen behilflich sein wollte und Ihnen helfen würde. Beschleunigt vermittelte ich damals für Sie ein Gespräch mit Regierungsdirektor Claussen von der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, dem Leiter der Unterabteilung Gewerbeordnung für den folgenden Montag, 15. Januar, 9 Uhr. Wie ich von Herrn Claussen gehört habe, hat dieses Gespräch stattgefunden und ergeben, daß die Tätigkeit Ihrer Verkäufer nicht als Gewerbe angesehen wird, womit die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten beseitigt sind.

Warum schreiben Sie nichts der Michaeliskirche predigte.

Sind Sie bereit, den bei Ihren Lesern entstandenen falschen Eindruck zu berichtigen oder zumindest diesen Brief zu veröffentlichen?

Mit Empfehlung
In Vertretung:
(Dr. Hanno Jochimsen)

Im Hamburger Hafen, w merkwürdige Dinge nie gan fehlen, ist dieser Tage etwa wirklich Merkwürdiges ge schehen. Etwas Gutes. Alle dings, begonnen hat es wi alle Entlassungen.

178 älteren Hafenarbei tern wurde gekündigt. Fün Jahre vor dem Rentenan spruch. Mit Genehmigun des Landesarbeitsamtes wa ren sie arbeitslos. Für ei Jahr stand ihnen nur Ar beitslosenunterstützung zu danach ein - gemessen an Lohn - knappes „vorgezo genes Altersruhegeld".

Daß es wieder die Älte ren traf, die oft keine neu Arbeit finden,hat einen sim len Grund: Ein Kaiarbeite ist mit 60 Jahren verbrauch 50 bis 100 DM fehlte plötzlich wieder am gerad ausgehandelten Ruhegel von 520 DM im Monat

In grimmiger Überein stimmung kamen Arbeit geber und Gewerkschafte erneut zusammen. Das Un wahrscheinliche geschah: Di Betriebsgesellschaft legte de fehlenden Betrag noch ein mal zu. „Hier im Hafen ver steht man eben mehr davon wie einem alten Schauer mann zumute ist, wenn e über die Sechzig raus ist," meint ein Hafenarbeiter da zu. Die Wirklichkeit ist an ders. Beiden Verhandlungs partnern war es nicht nu um die 178 Männer ohne Arbeit gegangen. Beide ging es auch um einen Präzedenzfall für die Her absetzung der Altersgrenze denn die Rationalisierung wird bald solche Entschei dungen in größerem Um fang fordern.

Wir dürfen w

Bei Redaktionsschluß der letzten Nummer (Sonntag 14. 1.) schrieben wir: EXTRA soll sterben! Es sah wirklich nicht gut für uns aus.

Es ging um unsere Straßenverkäufer, genauer um die Frage, ob wir

Am Mon Verabredu vom Amt Er entschie Diese E nicht weil

VW 1200. B.J. 1955, AT-Motor, preisgünstig zu verkaufen. 6802 EXTRA

Student sucht für März interessante Beschäftigung. 5805 EXTRA

über Ihr Gespräch im Rathaus oder in der Behörde für Wirtschaft und Verkehr? Ein früher Redaktionsschluß kann dies ja nicht verhindert haben, denn immerhin haben Sie ausführlich über die Ereignisse um Professor Thielicke berichtet, der einen Tag später, am 13. Januar, in

ein Gewerbe sind oder nicht. Wenn wir ein Gewerbe sind, braucht jeder einzelne Verkäufer einen Wandergewerbeschein. Der kostet 35 DM.

Damals wurde uns wirklich klar, was es heißt, in der Bundesrepublik eine junge, unabhängige Zeitung machen zu wollen.

Denn EXTRA lebt vom Straßenverkauf. Wir schrieben auch, daß wir keinen Grund haben uns über mangelnde Hilfsbereitschaft von seiten der Behörden zu beschweren.

sondern n
chen Besch
Es gibt a
möglichkei
wenn bei
nicht Büro
kende Men

08.02.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' "inszenierte das FORUM POLITIKUM, Herausgeber der 'RUHR-REFLEXE' eine Podiumsveranstaltung über die "Politische Dimension einer Arbeiterliteratur heute".
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 19, Bochum 1968, S. 7

09.02.1968:
In Heidelberg rief der AStA der Universität für heute zum Vorlesungsstreik und zum Teach-In über Hochschulgesetz, Hochschulreform und Grundordnung um 14 Uhr im Großen Hörsaal der chemischen Hörsaalgruppe auf. Ein Resolutionsvorschlag fordert zur Gründung eines Aktionskomitees auf.
Q: AStA Uni: Teach-In, Heidelberg O. J. (1968); N. N.: Resolution, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

09.02.68

Resolution

Die bei dem teach-in in Heidelberg anläßlich des allgemeinen Vorlesungsstreiks der bade-württembergischen Universitäten Anwesenden beschließen:

A. Die hier Versammelten wählen aus ihrer Mitte ein Aktionskomitee das eine private Fahrt der Heidelberger Studenten nach Stuttgart zur Beteiligung an der vom Asta der Universität Stuttgart veranstalteten Demonstration organisiert.
Mit der Beteiligung an der Stuttgarter Demonstration protestieren die Heidelberger Studenten gegen eine Verabschiedung des Hochschulgesetzes in der bisher im Entwurf vorliegenden Form.

B. Bei dieser Demonstration werden die Teilnehmer dem Landtag folgende Forderungen übermitteln, die der Landtag bei der Beratung und späteren Verabschiedung des Hochschulgesetzes berücksichtigen soll:

1. Die Heidelberger Studenten lehnen die Feststellung der studentischen Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Universität wie sie in dem Änderung des Ausschusses(etwa 19% für den Senat und 23% für den großen Senat) vorgesehen ist, ab. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen des VDS, des Verbands der wissenschaftlichen Assistenten und der Mittelbauvereine fordern sie die drittelparitätische Besetzung aller Universitätsgremien. Gleichzeitig halten sie, zur Erhöhung der Arbeitseffektivität aller Gremien, in allen Fällen ein Repräsentationsprinzip auf Grund von Wahlen innerhalb der Gliedkörperschaften für sinnvoll und notwendig.

2. Der Landtag möge weiterhin im Sinne einer jederzeitigen Kontrolle und Transparenz der Universitätsgremien beschließen, daß die Sitzungen aller Universitätsgremien öffentlich abgehalten werden.

3. Öffentlichkeit und drittelparitätische Besetzung auf Grund getrennter Wahlen in den Gliedkörperschaften muß vor allem für die Konstituierung und Arbeit der Grundordnungskommissio gelten.

4. Die Heidelberger Studenten lehnen entschieden die Studienzeitverkürzung auf dem Verwaltungsweg ab, d.h. sie sprechen sich gegen die gesetzliche Fixierung der Möglichkeiten des relativen und absoluten numerus clausus aus, gegen eine Zwangsexmatrikulation auf Grund des § 41a, Abs.3(Änderungsvorschlag), wenn "der Student sich dadurch als ungeeignet erweist, daß er eine akademische Zwischenprüfung oder eine akademische, staatliche oder kirchliche Abschlußprüfung, ohne sie wiederholen zu können, nicht bestanden hat."
Da in den bisherigen Vorschlägen zur Studienreform (etwa die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums oder der Hochschulgesamtplan) nur unzulängliche oder rein restriktive Maßnahmen vorgesehen sind, fordern die

Heidelberger Studenten Landesregierung und Landtag auf, in Kommissionen zunächst Reformvorschläge zur qualitativen und quantitativen Neuordnung des Studiums zu erarbeiten und sinnvoll das vom Wissenschaftsrat empfohlene exemplarische Prinzip für Studiengang und Prüfungen zu realisieren. Die Studenten Heidelbergs sind der Meinung, daß die Studierenden die Möglichkeiten einer sinnvollen Studienneuordnung im Sinne einer Studienzeitverkürzung nutzen werden. Sie lehnen restriktive Maßnahmen ohne eigentliche Verbesserungsvorschläge scharf da sie das Prinzip der gleichen Bildungschancen für alle und das Grundrecht auf Freiheit der Berufswahl stark beeinträchtigen.

5. Weiterhin wenden sich die Heidelberger Studenten entschieden gegen alle Versuche, das Disziplinarrecht auf außeruniversitäre Bereiche auszuweiten, um obrigkeitskonformes studentisches Wohlverhalten zu erzwingen. Die Studenten würden sich sonst entscheidend in ihren Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit beeinträchtigt fühlen.

6. Wir fordern den Landtag und die Landesregierung auf, im Sinne des §1a(Änderungsvorschlag) durch das Hochschulgesetz Institutionen zu schaffen, die eine ständige Überprüfung, Leitung und Koordinierung von Reformvorschlägen übernehmen und für eine jeweils versuchsweise Erprobung von Reformmaßnahmen sorgen. Derartige Institutionen sollten von jeder der drei Gliedkörperschaften genutzt werden.

7. Die Heidelberger Studenten sprechen sich für eine funktionsgerechte Strukturveränderung und Neuaufteilung der Fakultäten im Sinne des VDS-Entwurfes §§ 13-2o aus.

8. Die Heidelberger Studenten sprechen sich für ein Präsidialsystem aus. Der Präsident sollte auf 5 Jahre gewählt werden, wobei einmalige Wiederwahl für den gleichen Zeitraum möglich wäre. Der Präsident muß durch den großen Senat abgewählt werden können, wenn er nicht mehr das Vertrauen des großen Senats besitzt.

9. Die Heidelberger Studenten fordern, daß alle Vertreter der jeweiligen Gliedkörperschaften abgewählt werden und durch neugewählte Vertreter ersetzt werden können, sobald sie nicht mehr das Vertrauen ihres Wahlgremiums besitzen.

C. Die Heidelberger Studentenschaft und alle, die sich mit ihr solidarisieren, wissen, daß diese Forderungen, nachdem sie sowohl im Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung als auch in den Änderungsvorschlägen der betreffenden Kommission nicht berücksichtigt worden sind, nicht alle bei der 2.Lesung berücksichtigt und für eine Verabschiedung vorbereitet werden können. Deshalb fordern sie den Landtag auf, das Hochschulgesetz in der bestehenden Form in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu verabschieden, dafür aber in der nächsten Legislaturperiode ein einheitliches Hochschulgesetz unter Berücksichtigung der oben genannten Forderungen zu erarbeiten.

09.02.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 77 (vgl. 5.2.1968, 26.2.1968) heraus mit dem Leitartikel "Uneingeschränkt. AStA legt dem StP Memorandum zum politischen Mandat vor".

Weitere Artikel sind:
- "Nachrichten aus der Philosophischen Fachschaft" bzw. der Philosophischen Fakultät;
- "Studentische Selbsthilfe - (Knüppel aus dem Sack)" zu einem Artikel in der 'Welt';
- "Demonstrationsrecht - auch nach 15 Uhr";
- "Freier Eintritt ins Theater?";
- "Kein Visum für den CIA Denn: Der Dienstpass reicht";
- "STP zum Moskauer Literatenprozess" in der Sowjetunion;
- "Buchbesprechungen";
- "Der Klau geht um" zum Diebstahl an der Uni;
- "Resolution für Freiheit Griechenlands";
- "Mitteilungen der Fachschaft Volkswirtschaft";
- "Die reaktionäre Linke" zum Hochschulgesetz;
- "Leserbrief: Betrifft: Fotografen im Institut für Soz. und Ethn." zur Soziologie und Ethnologie bzw. den Polizeifotografen bei der Demonstration für Fritz Teufel am 30.11.1967;
- "Sturm auf den Elfenbeinturm;
- "Kritik der Kritik";
- "Fachschaft Medizin";
- "Wie man grundordnet";
- "Go-In die Grundordnungskommission";
- "Statt Auslandsreferat: Hochschulreferat";
- "3 000 DM: für politisches Wohlverhalten?" zur Spende von Alex Möller (MdB, SPD) an den AStA der Uni Karlsruhe;
- "Republikanischer Club etabliert" zum RC;
- "Geht der RCDS unter die Anerkennler?" zur DDR;
- "Studentisches Jugendarbeitsprogramm - Stipendien";
- "Empfängnisverhütung";
- "Presseerklärung des AStA zur Gründung der ADS (gekürzt)";
- "Urteil zum politischen Mandat"; sowie
- "Schütte hat noch den Spott im Ohr" zum Kultusminister von Hessen.
Q: AStA Uni: Info Nr. 77, Heidelberg 9.2.1968

09.02.1968:
In Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt zum Springer-Hearing, das stattfinden werde.
Q: N. N.: Trotz massiver politischer Intervention…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

9.2.

TROTZ MASSIVER
POLITISCHER
INTERVENTIONEN VON
SENAT + SPRINGERPRESSE
das
SPRINGER-HEARING
findet statt
ERNST-REUTER-SAAL
FR. ab 11 UHR
Sa. ab 15 UHR
So. ab 11 UHR

09.02.1968:
Der SHB ruft in Berlin mit einem vermutlich heute oder gestern am Abend veröffentlichten Flugblatt auf zum Springer-Hearing um 19 Uhr in der TU.
Q: SHB: Das Springer-Hearing findet statt!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

DAS S P R I N G E R - H E A R I N G

FINDET STATT !

Die antistudentische Kampagne steuert einem neuen Höhepunkt zu. Begierig nahmen Springerpresse und Stadtbürokratie die eingeworfenen Schaufensterscheiben von fün f Springerfilialen zum Anlaß ein-es publizistischen und politischen Großangriffs (Kein Mensch weiß bisher, ob die Steinwürfe nicht auf das Konto bezahlter agents provocateurs gingen!):

1) Mit aufhetzenden Schlagzeilen, verzerrender Berichterstattung, Hetzkarrikaturen, und tendenziös ausgewählten Leserbriefen heizt die Springer-Presse seit Tagen die Pogromstimmung an.

2) Während der gestrigen Debatte im Abgeordnetenhaus hallte das Schöneberger Rathaus von Springerparolen wider. Bezeichnendes Ergebnis waren Demonstrationsverbot und Forderung nach Verbot des SDS.

3) Auch die Universitätsbürokratie reagierte promt und war bereit, ihre vielgerühmte Autonomie aufzugeben:
   -Sinnlose Schließung des Henry-Ford-Baus am 7.2. mit Polizei in Bereitstellung
   -Zurücknahme der Raumvergabe für unsere politischen Veranstaltungen.

Auch daß Prof. Weichselbergers Presseerklärung vom 8.2. nachmittags zu soviel Mißverständnis und Verwirrung führen konnte, ist Ausfluß des Druckes von Presse und Staatsbürokratie auf die Universitäten.

Wir beugen uns diesem Druck nicht und fordern auf, durch Teilnahme am Springer-Hearing die Machenschaften dieses Konezrns aufdecken zu helfen.

9.2. 19°° TU

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

09.02.1968:
Der AStA der FU Berlin ruft mit einem Flugblatt zum Springer-Hearing um 19 Uhr in der TU auf.
Q: AStA FU: Was will BZ?, Berlin 9.2.1968

09. FEB. 1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 9.2.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

Kommilitoninnen und Kommilitonen ! HEUTE

Unter der Schlagzeile "Die Berliner haben mehr erwartet" stellt die BZ von heute (9. Febr.1968) fest, daß die Abgeordnetenhausdebatte ohne Ergebnis gewesen sei. "Der Senat versprach zwar, hart gegen Terroristen vorzugehen. Gleichzeitig behauptet er jedoch, daß dies bisher auch geschehen sei". (Seite 1)

Der BZ scheint nicht zu genügen:

- Schließung des Romanischen Seminars
- Schließung des Henry-Ford-Baues unter Polizeieinsatz
- Verbot der KU-Vollversammlung vom 7. Febr. 1968
- Verbot der Demonstration am 8. Febr. 1968
- Verbot des Springer-Hearings am 9. - 11. Febr. 1968
- Verbot des Vietnam-Kongresses am 17./18. Febr. 1968

WAS WILL BZ ?

WAS WILL SPRINGER

Kommen Sie zum

SPRINGER-HEARING

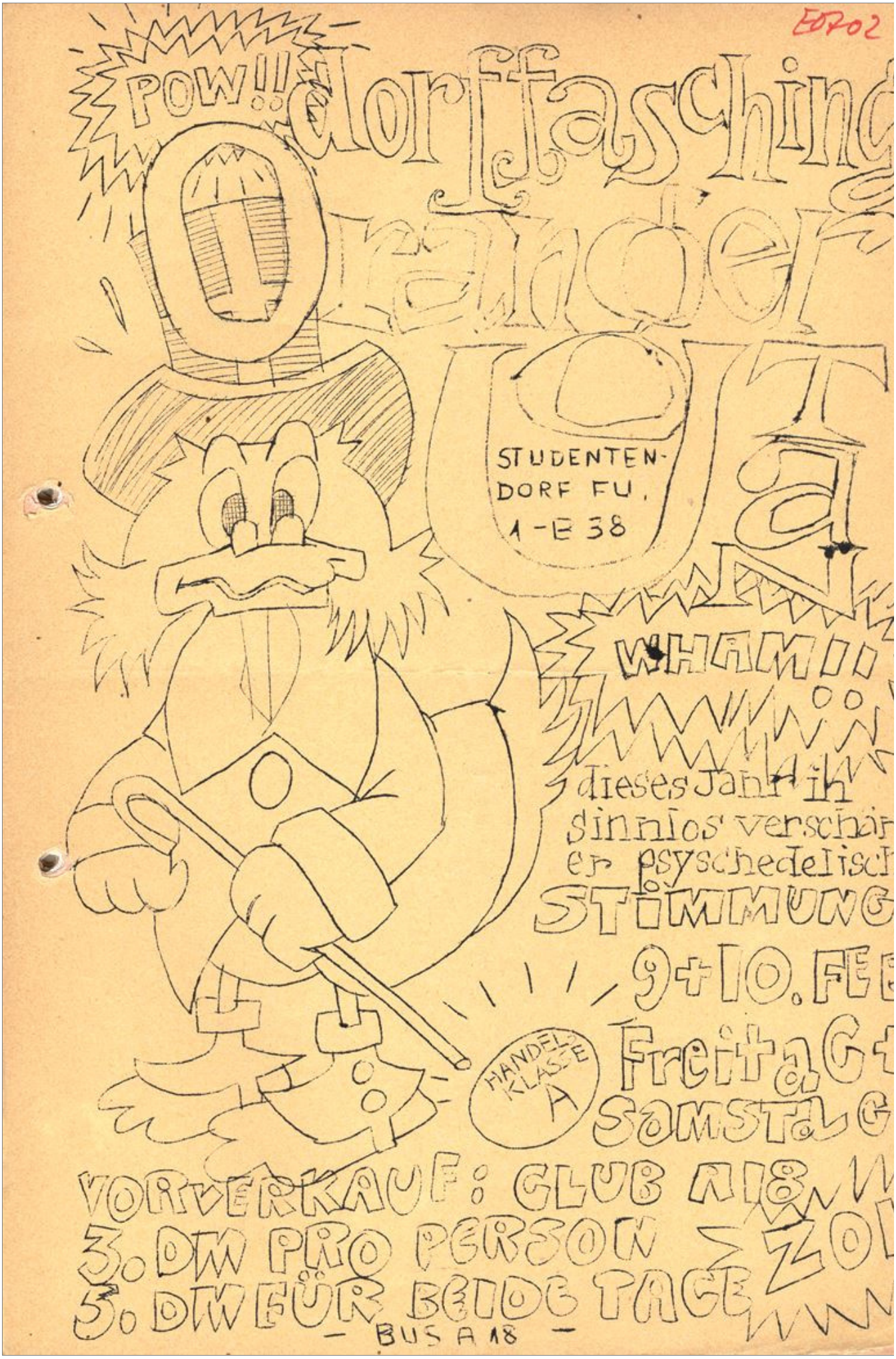
19 UHR TU

Ernst-Reuter- Saal

HEUTE

gez. Helmut Giesa
- Referent -

09.02.1968:
An der FU Berlin wurde in das Studentendorf für heute und morgen eingeladen zum Dorffasching.
Q: N. N.: Dorffasching, O. O. (Berlin) O. J. (1968)


E0702
POW!!
dorffasching
Orander
STUDENTEN-
DORF FU.
1-E 38
WHAM!!
dieses Jahr in
sinnlos verschär
er psyschedelisch
STIMMUNG
9+10. FEB
HANDELS KLASSE A
Freitag
Samstag
VORVERKAUF: CLUB A18
3. DM PRO PERSON
5. DM FÜR BEIDE TAGE
ZO
- BUS A 18 -

09.02.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 11 (vgl. 18.1.1968, 29.3.1968) heraus mit dem Leitartikel "Der AStA trat zurück. Linksrutsch bei Neuwahlen" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW).

Weitere Artikel sind:
- "Votum fürs 'Establishment'";
- "Streik abgeblasen" zur dreimonatigen Nichtbesetzung freiwerdender Stellen;
- "In Göttingen keine Chance für die rechte. Hohe Wahlbeteiligung - Niederlage der Unabhängigen" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW), bei denen die SDS-Liste DU 28 % und 13 von 41 Sitzen erhielt, das UFO 18 % und 8 Sitze, die UHU 15,8 % und 7 Sitze, der RCDS 15,5 % und 7 Sitze, die AGS 8,5 % und 5 Sitze, RABE 4,3 % und einen Sitze sowie UNS 3,7 % und einen Sitz;
- "Auch in Göttingen: Schüler gegen Busse!" zum Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen, von denen auch eine "Letzte Meldung" vom 8.2.1968 berichtet;
- "Professoren im Kreuzfeuer der Kritik. Direkte Aktionen in den Lehrveranstaltungen";
- "Die Kosten der Wahl" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW);
- "Verschläft Hannover die Zeit?" zum Hochschulausbau;
- "Göttingens Studenten wollen keine Elfenbeinfabriken. Stellungnahme des AStA zur Godesberger Rektorenerklärung";
- "Rektoren nehmen Stellung. Auszug aus der Godesberger Erklärung";
- "Gloss-in: Das ist der Wurm drin - Stimmenauszählung";
- "'Ein Wahlleiter namens Schulze'. Eine Richtigstellung" zu einem Flugblatt der Liste UNS gegen den Wahlleiter;
- "Theaterkritik"; sowie
- "Die Restauration und ihr Erfolg" mit Buchvorstellungen.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 11, Göttingen 9.2.1968

10.02.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' "trafen sich am Samstag, dem 10.2.1968 ca. 15 Bochumer Schüler zu einer Vorbesprechung über eine zukünftige sozialistische Schülergewerkschaft in Bochum. Um schon in nächster Zukunft mit ihrer Arbeit beginnen zu können, gab sich diese Gruppe vorläufig den Namen 'Unabhängige Schüler Gemeinschaft' (USG). Als Sofortmaßnahmen wurden beschlossen, die Schüler zu weiteren Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen aufzufordern. Außerdem wird ein Aufruf an Schüler ergehen, sich zu einer Bochumer Schülergewerkschaft zu formieren, "da die SMV nur als Beruhigungspille für die Schüler gedacht sei. … Sie diene nur dazu, die autoritären Maßnahmen der Schule, der Schulräte und des Kultusministeriums an die Schüler weiterzugeben. Die SMV sei aufgrund dessen nie in der Lage gewesen, eine Diskussion über Zensurengebung, Sexualaufklärung, Unterrichtsgestaltung und Disziplinierungsmaßnahmen herbeizuführen. Diesem Aufgabenbereich will sich daher die USG widmen".
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 19, Bochum 1968, S. 8

11.02.1968:
An der TU Berlin lud das Kulturreferat der Studentenvertretung für heute 20 Uhr ein zur Aufführung des Stückes "Der Schatten" von Jewgenij Schwarz durch das Theater der Freien Volksbühne Berlin, DDR.
Q: SV TU: Einladung, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

STUDENTENVERTRETUNG - KULTURREFERAT

in Zusammenarbeit mit dem THEATER DER FREIEN VOLKSBÜHNE BERLIN

am 11.Februar 1968

um 2o.oo Uhr

im Theater der Freien Volksbühne

"DER SCHATTEN" von Jewgenij Schwarz, anschliessend Diskussion (im Foyer) über das Stück. Teilnehmer: Regisseur, Dramaturg, Schauspieler, Kritiker und Studenten.

Im Theater der Freien Volksbühne ist zur Zeit "DER SCHATTEN" zu sehen, ein Stück, das der Autor, Jewgenij Schwarz als "Märchenkomödie für Erwachsene" bezeichnet. In diesem heutig-betreffenden politischen Märchenstück erzählt der russische Dichter die Fabel von einem jungen Intellektuellen, der ein Land betritt, in dem der Mensch der Feind des Menschen ist, weil die allmächtige Kraft des Kapitals die Gesellschaft korrumpiert hat. Gänzlich arglos und ohne gesellschaftlich-politisches Bewusstsein macht sich der junge Intellektuelle an die schwierige Arbeit, die Verhältnisse in diesem Land zu verbessern. Verstrickt in seine idealistischen Vorstellungen von einer besseren Welt, erkennt er nicht, welche Gefahr er für die Mächtigen des Systems darstellt und wie diese sehr bald sich um seine Liquidierung bemühen. Sein missionarischer Weltverbesserungs-Eifer bringt ihn in Konflikt mit den Machtmitteln des brutalisierten Kapital-Staates. Sein Engagement ist, weil es auf das Gut-Sein des Menschen reflektiert, wirkungslos, und die Methoden seines Engagements belegen die gleiche Fehleinschätzung eines Kampfes mit einer etablierten Ordnung. Der Intellektuelle versucht, den korrupten Staat mit Argumenten und Wahrheitsbeweisen zum Besseren zu bekehren. Er arbeitet innerhalb des Systems, er fühlt sich gar als demokratischer Partisan unter "Menschenfressern" und ihren gefügigen Mitläufern. Doch jede seiner Handlungen kehrt sich gegen ihn und kostet ihn schliesslich seine physische Existenz. Nur der Märchenumstand, dass der Hingerichtete wieder zum Leben erweckt werden kann, setzt den jugendlichen Revolutionär instand, seine späte Einsicht in die Notwendigkeit wirklich revolutionärer Tätigkeit zu formulieren. Er gewinnt die Erkenntnis, dass ein in sich geschlossenes Establishment nie von innen zu verändern ist und lehnt es deswegen auch ab, sich an der Regierung zu beteiligen. Er verlässt das System, um von aussen gegen seine Missstände und für seine Veränderung zu arbeiten.

Bernd Kittlass

- Kulturreferent -

Karten: Theaterkassen TU FU und Ihre Theaterkassen

12.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt der Israelischen Studenten "Anmerkung zum teach-in des ASTA (5. Febr.) betr. Auslandsamt und Aktion des SDS in der Stadthalle", in der darauf hingewiesen wird, dass die israelischen Studenten vom Akademischen Auslandsamt (AKA) nicht eingeladen wurden, da die arabischen Studenten sonst abgesagt hätten. Kritisiert wird sowohl der Einsatz israelischer Studenten für das AKA auf dem teach-in als auch die antiisraelische Haltung des SDS.
Q: Israelischen Studenten: Anmerkung zum teach-in des ASTA (5. Febr.) betr. Auslandsamt und Aktion des SDS in der Stadthalle O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Israelische Studenten Israelische Studenten Israælische

Bemerkung zum teach-in des ASTA (5. Febr.) betr. Auslandsamt und Aktion des SDS in der Stadthalle.

Ein Sprecher der ausländischen Studenten und der Auslandsreferent des ASTA gaben folgende Informationen:

1) Das Auslandsamt hat zunächst im November 1967, später im Dezember --- da nicht genügend Zusagen vorlagen --- Einladungen zur Teilnahme am Länderabend verschickt und sich sogar noch danach um die jugoslavischen Studenten bemüht.
2) Die israelischen Studenten erhielten in diesem Jahr keine Einladung.

Aus diesen beiden Punkten geht deutlich hervor, daß das Auslandsamt in diesem Jahr nicht an einer Teilnahme der israelischen Studenten am Länderabend interessiert war.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß das Auslandsamt große Schwierigkeiten überwinden muß, um alle Studenten in einer Veranstaltung als Vertreter ihrer Nation bzw. ihres Volkes auf eine Bühne zu bringen. Trotzdem erscheint es unangebracht, eine Gruppe von Studenten (sprich israelische Studenten) stillschweigend zu übergehen, um die Absage einer anderen Gruppe (sprich arabische Studenten) zu vermeiden.

An dieser Stelle kommt es uns nicht auf eine Kritik am Auslandsamt an. Verglichen mit den vom SDS erhobenen Vorwürfen --- es sei dahingestellt, ob diese berechtigt sind oder nicht --- wäre sie von untergeordneter Bedeutung.

Wir finden es jedoch paradox, daß gerade israelische Studenten beim teach-in unmittelbar nach den oben angegebenen Erklärungen als Verteidiger des Auslandsamtes auftraten.

Diese widersprüchliche Parteinahme könnte man als undifferenzierte Reaktion auf die anti-israelische Haltung erklären, die der SDS Heidelberg in einem Flugblatt (SS 1967) bekundet hat. Die beiden israelischen Studenten hätten dann nur deshalb für das Auslandsamt Partei ergriffen, weil der SDS gegen das Auslandsamt agierte.

Wir möchten uns auf jeden Fall von den Äußerungen unserer Landsleute beim teach-in distanzieren.

Zviel Friedmann Dalia Michel

12.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Handzettel der Projektgruppe Vietnam des LSD, die Mitarbeiter für eine Unterschriftensammlung vom 15.-17.2.1968 sucht und dazu am 13. und 14.2.1968 zwei Treffen durchführen will.
Q: LSD: Die Projektgruppe 'Vietnam'…, Heidelberg O. J. (1968)

12.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt der Kritischen Universität "Erstes teach-in der KU - Erfolg oder Schlappe?" zur Vollversammlung der KU vom 2.2.1968, mit der Einladung zum teach-in um 20 Uhr.
Q: KU: Erstes teach-in der KU - Erfolg oder Schlappe?, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

12.02.68

Kritische Universität Heute, Montag, 2o Uhr Hörsaal

Erstes teach-in der KU - Erfolg oder Schlappe?

Die erste Vollversammlung der KU Heidelberg verlief in einer Atmosphä geradezu euphorischer Einigkeit; in schöner Harmonie pflegt man eine Kritik, die der allgemeinen Zustimmung schon deshalb sicher sein kon weil sie sich mit der Beschreibung des Übels begnügte und die Frage ge nach seiner Bekehrung weitgehend ausgeklammert ließ. Eine von alle Praxis verlassene Theorie neigt indessen zur Verschleierung der Gegen sätze und somit zu einer Einigkeit aus Mangel an Präzision.

Theorie ohne Praxis

Der die theoretische Basis der KU betreffende Konsensus hat dieser zwar eine Voraussetzung zu ihrem Erfolg geschaffen; er bleibt indesse unverbindlich ohne seine Konkretion. Kritik ist unlösbar verbunden mi der Praxis, so unlösbar, daß sie erst mit dem Gelingen der Praxis sich selbst bewährt. Kritische Universität ist nichts anderes als der Bewe daß sogar die vielzitierte Effizienz der Hochschularbeit noch in koop rativen Gruppen besser gewährleistet ist als in vorwiegend vertikal ge gliederten Institutionen. Unter Effizienz verstehen wir allerdings nich den möglichst hohen Ausstoß an Examensabsolventen, sondern die Ausbil- dung von Wissenschaftlern. Damit ist die KU in erster Linie angewies auf die Diskussion der verschiedenen Arbeitskreise. Nur weil es kein unmittelbaren Zugang zur Praxis gibt, muß sie den theoretischen Rahme bereitstellen, den zu konkretisieren Aufgabe der Arbeitskreise ist.

Die nächsten Aufgaben der KU

Dieser Rahmen ist am 2. Februar lediglich skizziert worden. Präzisier wird er sich durch die Diskussion der Arbeitsergebnisse. Erst in der Rückwirkung der Praxis auf die Theorie, lernt diese sich recht verste Das heißt für uns: es ist allein die Beteiligung der Studentenschaft den Arbeitskreisen, die über Erfolg oder Mißerfolg der KU in Heidelbe entscheidet.
Sorgen Sie durch Ihre Mitarbeit dafür, daß der idyllische Konsens des am 2. Februar überfüllten HS 13 nicht schon das sanfte Sterben der KU vorweggenommen hat, bevor dieser überhaupt ins Leben treten konnte.
Kommen Sie heute abend um 2o Uhr zum teach-in in den Hörsaal 13!

12.02.1968:
In Berlin gibt der SDS vermutlich heute seine 'Vietnam Informationen' Nr. 7 (vgl. 13.2.1968) heraus mit dem Aufruf zu den Filmveranstaltungen am 12., 13., 15. und 16.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 7, Berlin O. J. (1968)

12.02.1968:
In Berlin lud der SDS für heute in der TU und morgen in der FU zur Vorbereitung des Vietnam-Kongresses zu Filmveranstaltungen auf.
Q: SDS: Veranstaltungskalender, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

12.02.1968:
An der FU Berlin gibt der Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre in der FU Berlin vermutlich in dieser Woche die Flugschrift "Die Vietnam-Kampagne an den deutschen Universitäten" als Veröffentlichung Nr. 5 heraus.
Q: Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre in der FU Berlin: Die Vietnam-Kampagne an den deutschen Universitäten, Berlin Feb. 1968

12.02.1968:
An der FU Berlin lädt vermutlich in dieser Woche der Arbeitskreis "Intellektuelle Psychosynthese" der Kritischen Universität (KU) zur Mitarbeit ein.
Q: Arbeitskreis Intellektuelle Psychosynthese, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Arbeitskreis

" Intellektuelle Psychosynthese "

Meldungen: Im AStA der FU, Abt. Kritische Universität

Kommilitonen!

Der Arbeitskreis "Intellektuelle Psychosynthese" hat sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, bewußtseinsintegratorisch tätig zu werden. Die in Ansätzen bestehende studentische Solidarisierung soll bewußt vorangetrieben werden. In der umfassenden Solidarisierung sieht der Arbeitskreis das gegenwärtig wirksamste Mittel des politischen Kampfes. Die Ablehnung des politischen Mandates durch die herrschende Rechtsordnung beruht allein auf der Interpretation der in der Universitätssatzung bestehenden Rechtsvorschriften. Die Rechtsverbindlichkeit des Gerichtsspruches enthebt uns aber nicht der Möglichkeit selbst die Voraussetzungen für das politische Mandat zu schaffen, die von der herrschenden Rechtsordnung niemals geschaffen werden, da diese nie schöpferisch tätig wird.

Es bestehen gegenwärtig starke politische Tendenzen, den Solidarisierungsprozeß aufzulösen. Der Arbeitskreis sieht in diesen Bestrebungen kollektive reaktionär-destruktive Strukturen, die schöpferische Entfaltung gesellschaftlicher Kräfte im Keime ersticken wollen, um den staatlichen Integrationsmechanismus zu befriedigen, der ein kollektiver Angstmechanismus ist.

Um die Realisierung unserer Forderungen optimal voranzutreiben, empfehlen wir desintegratorisches Bewußtsein gegenüber herrschendem Wertbewußtsein und integratorisches Bewußtsein innerhalb der Studentenschaft. Wir fordern die Negation der Identifikation mit herrschendem Wertbewußtsein, da der Mechanismus der Identifikation unkritisch ist. Er führt zur kollektiven Übernahme reaktionär-destruktiver Strukturen. Diese Strukturen müssen verdrängt werden! Suchen Sie den politischen Dialog mit den Kommilitonen!

Tauschen Sie ihre Meinungen und ihr politisches Tatsachenwissen aus,und werden Sie vor allem initiatorisch tätig bei der Organisation politischer Versammlungen innerhalb der Studentenschaft. Noch nicht bekannte Mißstände personeller und sachlicher Art sollen möglichst von jedem Studenten bekanntgemacht und in die politische Diskussion miteinbezogen werden.Hierdurch werden Kriterien gemeinsamer politischer Aktionen erarbeitet,die sowohl maßgebend für studentisches Bewußtsein,wie für die politische Einflußnahme auf die Öffentlichkeit werden.

Wir fordern die totale Negation des Militarismus sowohl in den kapitalistischen als auch in den kommunistischen Ländern!Der Militarismus wird als ein reaktionär-desruktiver Mechanismus zur Errichtung und Erhaltung von Machtposition aufgefaßt.Dieser Mechanismus muß ein für alle Male beseitigt werden!An seiner Stelle verlangen Wir die verstärkte intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus!

Wir sind der Meinung,daß die thetisch-antithetische Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus analytisch-synthetisch überwunden werden kann!

Der Arbeitskreis

12.02.1968:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung der Wiso Fak ein 'Wiso-Info' heraus, in der das regelmäßigere Erscheinen im Sommersemester angekündigt wird.
Q: Wiso-Info, O. O. (Berlin) 12.2.1968

12.2.1968

13. FEB. 19

Letzte Meldung: B E G R Ä B N I S FINDET NICHT STATT!

W I E D E R B E L E B U N G S V E R S U C H E

WAREN ERFOLGREICH!

W I S O

Mit Beginn des SS 68 erscheint das Wiso-Info wieder regelmäßiger. Hätten nicht auch S i e Lust, das " S p r a c h r o h r " der Wiso mitzugestalten?

Es stehen zahlreiche interessante Themen an!
[z.B. Kleingruppenarbeit - Vorlesungsbesprechungen - Studiengliederung - "Stein-Gesetz" - Hochschul-u. andere Politik u.a.m.]

Info-Notstands-Dienst - verpflichtung

Kommen Sie in den nächsten Tagen doch einmal in die Studentenvertretung.
Oder noch besser: Gehen Sie gleich mal rauf [Zi.301/II]
... natürlich ganz unverbindlich!

Vielleicht winken Sie ab, SIE HABEN KEINE ZEIT

[man will ja schließlich nicht ewig Student bleiben] - aber sicherlich haben Sie sich schon einmal über dieses oder jenes Gedanken gemacht [z.B. Stoffauswahl, Grundstudium, Juraklausuren].

Warum schreiben Sie Ihre persönlichen Eindrücke dann nicht einfach mal auf einen Zettel, damit auch Ihre Wünsche berücksichtigt werden können?

Hinterlassen Sie Nachricht in der Studentenvertretung, oder rufen Sie mich mal an [85 88 34].

Das Konzept für Nr. 1 des SS 68 wird bereits in den nächsten Tagen besprochen!

"D A S I D E A L D E R S T U D E N T E N -

zeitung wäre ein Blatt, dem es gelingt, ein wirkliches Sprachrohr der Studentenschaft zu sein und alle Hochschulangehörigen in einer klaren und sachlichen Diskussion über öffentliche- und Universitätsprobleme in ein ebenso verbindendes als klärendes Gespräch zu bringen. ..."

[Walter Rilly 1952; inzwischen Prof. u.z.Zt. Rektor der Uni Göttingen]

gez. Horst Arndt

12.02.1968:
An der FU Berlin gibt die Institutsvertretung Publizistik, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Warten auf Godot" heraus zur Berufungskommission mit dem Aufruf zur Vollversammlung am 14.2.1968.
Q: N. N. (IV Publizistik): Warten auf Godot, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

12. FEB. 1968

W A R T E N A U F G O D O T

Die Berufungskommission, die sich mit der Nachfolge des Ordinarius für Publizistik beschäftigt, hat in drei Jahren fast 30 Kandidaten"verbraucht"!!!!!!!!!!!!!!!!!

Wie die Nennung von Fernsehkommentator Ellwein in der letzten Sitzung der Kommission zeigt, mangelt es dem erlauchten Grohium an geeigneten Einfällen. Was für ein Wunder - ! nach drei Jahren "intensiver" Beschäftigung.

In dieser Situation sollten wir unsere Unterstützung nicht versagen!

Die IV-Publizistik schlägt daher der Berufungskommission weitere Namen vor.

Bei diesen Kandidaten ist sicher, dass sie,wie einige schon vorher genannte potentielle Nachfolger, auch Interesse für Publizistik haben:

Lou van Burg (vormals "Goldener Schuss")
Otto Höpfner ("Stelldichein beim Wein")
Hans Heigert (Träger der Goldenen Kamera)
Catarina Valente (Bundesverdienstkreuz)
Karl-Heinz Köpke (Chefsprecher der "Tagesschau")
Wim Thoelke ("Aktuelles Sportstudio")
Camillo Felgen (Radio Luxemburg - "Spiel ohne Grenzen"

In der Vollversammlung aller Publizistikstudenten am Mittwoch, den 14. Februar 1968 um 11.00 c.t. im Seminarraum I, wird sich entscheiden, welcher Kandidat den Zuschlag erhält.

Kommen Sie und protestieren Sie energisch! - falls Ihr Kandidat noch nicht genannt wurde.

ninarraum I - Mittwoch 11.00 c.t. Seminarraum I - Mittwoch 11.00 c.t. Semina

12.02.1968:
In Berlin geben der LSD und der SHB ein Flugblatt "Macht ohne Mandat!" heraus mit dem Aufruf zur Neugründung der Katholischen Studentengemeinde (KSG).
Q: LSD, SHB: Macht ohne Mandat!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

12. FEB. 1968

5 SHB LSD

Der SHB/LSD begrüßt, daß die neue KSG sich kritisch mit der Funktion der Kirche in einer demokratischen Umwelt auseinandersetzt und unterstützt die Initiative der Unterzeichneten.

MACHT OHNE MANDAT!

- Jahrzehntelange Zentrumstradition und massive Wahlkampfeinmischung bestimmen noch heute entscheidend das kath. Wählerverhalten.
- Trotz "Godesberg u. Konzil" wird die Öffnung der Kirche zu "linken" Parteien nur akademisch behandelt, während kath. Bischöfe (Ten-Humberg) noch immer und auf lange Sicht eine sog. christliche Partei (CDU) für wählbar halten.
- In wichtigen öffentlichen Institutionen wie Rundfunkräten und Filmselbstkontrolle, Jugendschutzämtern, Strafrechtsreformkommissionen etc. kommt die Kirche durch ihre Sprecher zu Wort.
- Die Schulpolitik wird entscheidend von der Haltung der kath. Kirche bestimmt, während in NRW die Bischöfe durch Zeitungsanzeigen die Eltern zur Ausübung des Elternrechts auffordern, müssen sich die Diözesen Freiburg und Rottenburg von einem Verwaltungsgericht sagen lassen, daß dieses Elternrecht "ein Raum der Entscheidungsfreiheit für Eltern darstellt und nicht auch für kirchliche Interessen zu dienen bestimmt ist." (BW VGH B.v. 17-2-67)

Gerade eine Hochschulgemeinde, die die Provokation der christlichen Verkündigung als politischen Protest vollzieht, wird den Öffentlichkeitsanspruch der Kirche grundsätzlich bejahen. Sie wird sich aber kritisch mit den Voraussetzungen befassen müssen, unter denen dieser Anspruch gegenwärtig realisiert wird.

- In der Regel sprechen in der Öffentlichkeit 'hohe Kleriker' mit der Autorität ihres geistlichen Amtes für "die Kirche" oder die "Katholiken". Für die traditionsbefangenen Gläubigen sind die Gewissensbindende Aussagen des Lehramtes.
- Nur selten ~~oder~~ werden die kirchlichen Sprecher demokratisch gewählt. Statt dessen wird die unvermeidliche Anpassung der absolutistisch-matriarchalischen Struktur kirchlicher Verwaltung an die weitgehend 'demokrtisierte' Gesellschaft fingiert. Dies geschieht durch Wiederbelebung ständischer, überwiegend von "oben" berufener, nur beratender, kompetenzlos neben der Hierarchie stehender Laiengremien.
- Dieser Monopolisierung kath. Stellungnahmen und Meinungsbildung entspricht die Mißachtung innerkirchlicher, pluraler Ansätze im Verhältnis Kirche und Politik; ein zu Freund-Feind praedisponierendes Ghettobewußtsein verhindert gerade in aktuellen politischen Fragen innerkirchlichen ~~He~~Dialog, wodurch der mit der "Welt" geführte Dialog unglaubwürdig-weil substanzlos wird.
- Diese undemokrtischen Strukturen bestimmen auch die politische Bewußtseinslage des kath. Kirchenvolkes: eine große Bevölkerungsgruppe begreift sich in wichtigen politschen Fragen als "Herde" die der Führung bedarf.

Wenn Sie sich für eine radikale Änderung dieser Situation einsetzen wollen, beteiligen Sie sich an der Neugründung der KSG, die sich in der Kirche selbst als legitimer Träger von Kritik etabliert.

Kommen Sie am 12-2-68 Henry-Ford-Bau FU Hörsaal B 18 Uhr.

R. Fahlbusch J. Goltsch Alex Grochtmann ST. Heiner K. Scher
B. Herding W. Keller R. Schäfer E. Lucas
Tel 766679; 246210; 6981715

- HEUTE - HEUTE - HEUTE -
- 18°° h - 18°° h - 18°° h -
FU - Henry-Ford-Bau - Hörsaal B

12.02.1968:
In Berlin rief der Initiativausschuß der Katholischen Studentengemeinde (KSG) auf zur 1. Gemeindevollversammlung der KSG um 18 Uhr im Henry-Ford-Bau der FU.

Aufgerufen wurde auch mit einer Serie von drei Flugblättern unter der Schlagzeile "Aufklärung - Kritik - Verkündigung - Provokation".
Q: KSG-IA: 1. Gemeindevollversammlung, Berlin O. J. (1968); Fahlbusch, R. et al: Aufklärung - Kritik - Verkündigung - Provokation Nr. 1-3, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E0702

Initiativausschuß der
Katholischen Studentengemeinde Westberlins

Montag, 12.Februar 1968, 18.oo Uhr
Henry-Ford-Bau, FU - Hörsaal D

I . G E M E I N D E V O L L V E R S A M M L U N G

der katholischen Studenten Westberlins

Es stehen zur Debatte:

* Theologisches Selbstverständnis einer Gemeinde heute
* Demokratisierung der Gemeinde
* Gesellschaftspolitisches Mandat
  Gemeinde in ihrer gesellschaftskritischen Funktion
  Theologie der Revolution
  Kirche und Dritte Welt
* Hochschulgemeinde
  Zusammenarbeit von Studenten, Dozenten, Assistenten
* Dezentralisierung
  Gemeinden an FU, TU und Fachschulen

Um eine umfassende Meinungs- und Willensbildung der katholischen Studenten schon vor der Vollversammlung zu erreichen, werden an den Hochschulen Flugblätter mit den Vorstellungen einzelner Gruppen zur Gemeinde an der Hochschule verteilt.

Anfang Februar wird eine Broschüre mit Beiträgen zur theologischen, soziologischen und politischen Stellung einer Gemeinde an der Hochschule und mit Vorschlägen zu deren Struktur vom Initiativausschuß veröffentlicht.

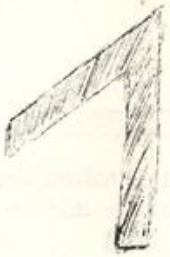
Eingeladen sind:

Vertreter der westdeutschen Studentengemeinden,
Dozenten und Assistenten der Westberliner Hochschulen,
Vertreter der Evangelischen Studentengemeinden,

- - - und Sie selbst !

E0702

AUFKLÄRUNG-KRITIK-VERKÜNDIGUNG-PROVOKATION-AUFKLÄRUNG-KRITIK-



Die Vollversammlung vom 12.2.68
wird die bisherige
Katholische Studentengemeinde
nicht überleben.

"Die Gefahr des Unfriedens, der Unfreiheit, der Ungerechtigkeit ist zu groß, als daß die Gleichgültigkeit ihr gegenüber nicht zum Verbrechen werden könnte." (J.B.Metz, Chrstl.Religion und gesellschaftl.Praxis.)

Ihr gesellschaftskritischer Auftrag zwingt die Kirche immer neu zur leidenschaftlichen Kritik der Gewalt und fordert ihre Mitglieder zur Anklage von kirchlichem Versagen in Vergangenheit und Gegenwart heraus.

Aufgrund der heutigen Verflechtung der Kirche mit den jeweiligen Machtträgern ist sie nicht in der Lage, diese Funktion zu erfüllen. Aus dieser Einsicht hat eine katholische Studentengemeinde die Aufgabe, mitzuhelfen, die gesellschaftlichen Zwänge in der Kirche zu analysieren und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit wirksam zu vertreten.

KSG hat die Aufgabe daraufhinzuweisen,

daß in unserer Gesellschaft eine autoritär-patriarchalische Kirche undemokratisch Macht ausübt.

daß die bestehenden kirchlichen Mißstände in der Informations- und Predigtpraxis verschleiert werden.

daß die Kirche durch die bürgerliche Gesellschaft mißbraucht wird, diese nur zu repräsentieren und zu rechtfertigen. Kirche darf nicht zum Ersatz für Psychotherapie degenerieren.

"Kirche muß auf Macht verzichten, damit sie ihr kritisches Wort gegenüber den Mächtigen sagen kann." (Msgr.Iljitsch, Kirche in Südamerika)

Wenn Sie sich von diesen Thesen provoziert fühlen und mitarbeiten wollen, beteiligen Sie sich an der Neugründung der KSG. Kommen Sie zur 1.Gemeindeversammlung der katholischen Studenten Berlins am 12.Februar 1968 Hörsaal D (Henry-Ford-Bau).

Reiner Fahlbusch (Tel.766679)
Alexander Grochtmann
Stefan Heiner (Tel. 246210)
Bruno Herding (62,Ebersstr.15a)
Eberhard Lukas (Tel. 766679)
Rudolf Schäfer (Tel. 698 111 5)

AUFKLÄRUNG-KRITIK-VERKÜNDIGUNG-PROVOKATION-AUFKLÄRUNG-KRITIK-VERKÜNDI

==========

Die Vollversammlung am 12.2.68
wird die bisherige
Katholische Studentengemeinde
nicht überleben.

Die 1. Gemeindeversammlung der katholischen Studenten Berlins wird m
der bisherigen autoritären unpolitischen, verbindungshörigen KSG
aufräumen.

Die neue KSG wird sich als politische Gemeinde verstehen. Sie lehnt
ab, sich einer politischen Doktrin oder Ideologie zu verschreiben.
Sie weigert sich aber, nur Aushängeschild des Katholizismus in der U
versität zu bleiben.

Sie ist Gemeinde, indem sie die christliche Verkündigung konkreten
Situationen von Unrecht, Unterdrückung und Unmenschlichkeit gegenübe
stellt und so in Gemeinde und Öffentlichkeit zur Bewußtwerdung der
noch ausstehenden Verheißung beiträgt.
Denn das Heil, das der christliche Glaube verkündet, ist kein privat
Heil. Die Proklamation dieses Heils fordert die christliche Gemeinde
dazu heraus, sich in Gegensatz zu den theologisch und politisch reak
tionären Autoritäten der jeweiligen Gegenwart zu setzen.

Die neue KSG wird ihr Teil dazu beitragen, den Mißbrauch von Kirche
Vergangenheit und Gegenwart bewußt zu machen. Damit übernimmt sie Au
gaben, denen sich die überorganisierte katholische Kirche bisher
kaum stellt.

Wir gründen Arbeitskreise und diskutieren öffentlich

P R E D I G T und K I R C H E N P R E S S E

Hierarchisches Informationsmonopol

K I R C H E im III. R E I C H

Bewältigung der Vergangenheit durch Apologie
und Schweigen

K I R C H E in der B U N D E S R E P U B L I K

Theoretischer Fortschritt auf dem Konzil und
repressive Praxis

L A T E I N A M E R I K A

Kirche im Dienst der Reaktion

Wenn Sie sich provoziert fühlen und mitarbeiten wollen, beteiligen S
sich an der Neugründung der KSG.
Kommen Sie zur 1.Gemeindeversammlung der katholischen Studenten Berl

Reiner Fahlbusch (Tel. 766679)
Alexander Grochtmann
Stefan Heiner (Tel. 246210)
Bruno Herding (1/62, Ebersstr.15 a
Eberhard Laukas (Tel. 766679)
Rudolf Schäfer (Tel. 698 111 5)

Foto 2

AUFKLARUNG'-KRITIK-VERKUNDIGUNG-PROVOKATION-AUFKLARUNG-KRITIK-PRO

Die Vol versammlung am 12.2.68
wird die bisherige
Katholische Studentengemeinde
nicht überleben.

Die neue Katholische Studentengemeinde wird sich mit dem Verhältnis von Kirche und Öffentlichkeit, insbesondere der Informationspraxis der Bistumsblätter befassen müssen.

SPRINGERS WAHLVERWANDTE

Unter dem Begriff Bistumspresse faßt man 22 Kirchenzeitungen zusammen, die jeweils in einem Bistum erscheinen.

Alle 22 Bistumszeitungen werden von den Bischöflichen Ordinariaten kontrolliert. Doppelloserschaft zwischen den den Blättern besteht nicht.

54,1% des redaktionellen Teils der Bistumszeitungen entfallen auf nichtreligiöse Themen. 65% davon wiederum auf politische und gesellschaftliche Themen im weiteren Sinne. 45,9% befassen sich mit religiösen Fragen.

Der Arbeitskreis "Kirche und Öffentlichkeit" analysierte die Handhabung dieses Monopols durch das Berliner "Petrusblatt":

- Dem Ordinariat nicht genehme Meldungen können notfalls noch im Satz entfernt werden. So weit geht der Einfluß bestimmter Prälaten auf die Redaktion.
- Berichterstattungen und kritische Leserbriefe werden unterschlagen. Dafür wird in einer fiktiven Fragecke "Dialog gemacht"!
- Die Herkunft der Nachrichten ist grundsätzlich nicht erkennbar. Das erleichtert die Identifikation von Zeitungsbericht und kirchlicher Verkündigung.

Dialog und Konflikte gibt es offensichtlich nur anderswo. In Berlin haben wir nur die "Bistumsfamilie".

Merke: "sogar Kritik ist selten bösartig, sondern kommt meist aus einem besorgten Gewissen." (Petrusblatt 42/1967, S.1)

Wenn Sie mitarbeiten wollen, beteiligen Sie sich an der Neugründung der KSG, kommen Sie zur 1. Gemeindeversammlung der kath. Studenten B'

Reiner Fahlbusch (Tel. 766679)
Jo Goltsch (Tel. 76 66 79)
Alexander Grochtmann
Stephan Heiner (Tel. 24 621o)
Bruno Herding (1-62, Oberstr. 15 a)
Wolfgang Koller
Eberhard Lucas (Tel. 76 66 79)
Rudolf Schäfer (Tel. 698 11 15)
Karl-Hermann Seher (Tel. 766679)

13.02.1968:
Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA) gibt vermutlich heute eine Presseerklärung "Verbot der Demonstration am 18. Februar 1968" zum Abschluß der Vietnam-Konferenz in Berlin heraus, in der betont wird, dass das Verbot rechtwidrig sei.
Q: KfDA: Presseerklärung Verbot der Demonstration am 18. Februar 1968, O. O. O. J. (1968)

13.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt des Aktionskomitee "2. Lesung", das am 9.2.1968 auf dem Teach-in zum Hochschulgesetz gewählt wurde und für die Busse zur Demonstration nach Stuttgart am 15.2.1968 wirbt.
Q: Aktionskomitee '2. Lesung': 'Die Hochschulreform…', O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

13.02.68

"Die Hochschulreform kann nicht durch gesetzliche Bestimmungen und Befehle erreicht werden" Prof Hahn, Ku-Mi

"Es gibt aber auch Studenten, die sich sofort zur Wehr setzen." (KM Hahn)

Bei den teach- in's am 9.2., anläßlich des Vorlesungsstreiks gegen das Hochschulgesetz wurde beschlossen, während der 2. Lesung am 15. 2. in Stuttgart anwesend zu sein, um dort vor dem Landtag noch einmal unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Ku-Mi Hahn sagte zu diesem Gesetz: "Die Reformgedanken sind.. im Text so eingearbeitet, daß sie dem Nichtfachmann nicht in die Augen springen, sie sind aber sehr wohl vorhanden...."

Z.B. Gesetzliche Verankerung des numerus clausus, der Zwangsexmatrikulation und eines Disziplinarrechts, welches den zeitgemäßen Umständen (Protestbewegungen, "Studententer etc.) Rechnung trägt.

Ku-Mi Hahn:" Sie (die Studenten) nennen den Entwurf "reaktionär", obgleich er das bei weitem fortschrittlichste Hochschulgesetz ist, das es bisher gibt."

Lasst uns am 15. 2. nach Stuttgart fahren, um nach den verborgenen fortschrittlichen Reformen im Landtag zu suchen.

Fragen wir die Abgeordneten, ob und wo sie diese Reformen gefunden haben, bevor sie darüber abstimmen.

Kommilitoninnen und Kommilitonen, fahrt mit nach Stuttgart, um dort auch mit den Studenten der anderen Universitäten des Landes zu diskutieren und zu protestieren !

Am 15.2. Donnerstag, Busse am Uniplatz um 7.45 Uhr
Preis ca. DM 6,5o

Tragen Sie sich bis Mittwoch Mittag in die überall aushängenden bzw. ausliegenden Listen ein !

Aktionskomitee "2. Lesung" , gewählt vom teach-in gegen die Verabschiedung des Hochschulgesetzes 9.2.

13.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt des AStA mit der "Resolution, verabschiedet beim Teach-in im Hörsaal 13 am 9.2.1968" zum Hochschulgesetz.
Q: AStA: Resolution, verabschiedet beim Teach-in im Hörsaal 13 am 9.2.1968, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

13.02.68

AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA

Resolution, verabschiedet beim Teach-in im Hörsaal 13 am 9.2.1968

A. Die beim Teach-in anläßlich des Vorlesungsstreiks an den baden-württembergischen Universitäten Anwesenden protestieren entschieden gegen die Verabschiedung des Hochschulgesetzes in der bisher im Entwurf vorliegenden Form.

Deshalb wählen die hier Versammelten aus ihrer Mitte ein Aktionskomitee, das eine Fahrt der Heidelberger Studenten nach Stuttgart zur Beteiligung an der vom AStA der Universität Stuttgart veranstalteten Demonstration organisiert.

B. Bei dieser Demonstration werden die Teilnehmer dem Landtag folgende Forderungen übermitteln, die der Landtag bei der Beratung und späteren Verabschiedung des Hochschulgesetzes berücksichtigen soll:

1. Paritätische Selbstverwaltung der Universität

Die Heidelberger Studenten lehnen die Festsetzung der studentischen Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Universität, wie sie in dem Änderungsantrag des Landtagsausschusses vorgesehen ist, ab. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen des VDS, des Verbandes der wissenschaftlichen Assistenten und der Mittelbauvereine fordern sie die drittelparitätische Besetzung aller Universitätsgremien, unter der Voraussetzung, daß dem Mittelbau ein eigenständiger Status in der Universität zugebilligt wird. Alle Vertreter in diesen Gremien werden demokratisch nach dem Repräsentationsprinzip gewählt.

2. Öffentlichkeit der Sitzungen

Die Sitzungen aller Universitätsgremien - ebenso die der Grundordnungskommission - sollen öffentlich stattfinden.

3. Abwählbarkeit und Kontrolle

Die Heidelberger Studenten fordern, daß alle Vertreter der jeweiligen Gremien abgewählt werden und durch neugewählte Vertreter ersetzt werden können, sobald sie nicht mehr das Vertrauen ihres Wahlgremiums besitzen.

4. Gegen numerus clausus und Zwangsexmatrikulation

Die Heidelberger Studenten lehnen entschieden die Studienzeitverkürzung auf dem Verwaltungsweg ab, d.h. sie sprechen sich gegen die gesetzliche Fixierung der Möglichkeiten des relativen und absoluten numerus clausus aus, ebenso gegen eine Zwangsexmatrikulation auf Grund des § 41 a, Abs. 3 (des Änderungsvorschlages).

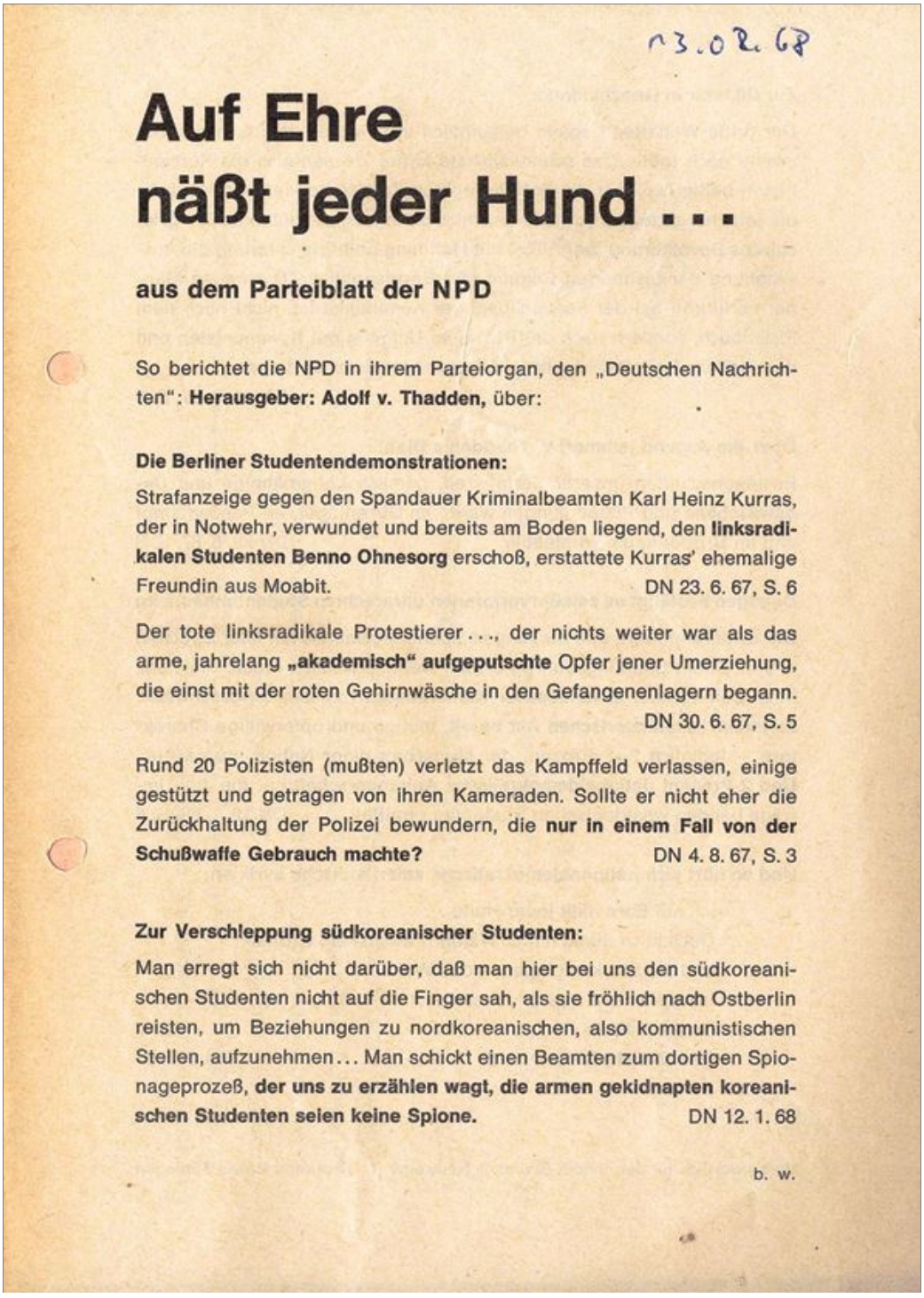
5. Disziplinarrecht

Die Heidelberger Studenten lehnen jedes Disziplinarrecht ab. Sie befürworten dagegen eine inneruniversitäre Hausordnung, die die Durchführung der Lehr- und Forschungsveranstaltungen gewährleistet.

6. Präsidialsystem

Die Heidelberger Studenten sprechen sich für ein Präsidialsystem aus. Der Präsident sollte auf 5 Jahre gewählt werden, wobei eine einmalige Wiederwahl für den gleichen Zeitraum möglich ist. Der Präsident muß abgewählt werden können, wenn er nicht mehr das Vertrauen der Universität besitzt.

13.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt "Auf Ehre näßt jeder Hund… aus dem Parteiblatt der NPD".
Q: Neuweiler: Auf Ehre näßt jeder Hund… aus dem Parteiblatt der NPD, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



13.02.68

Auf Ehre näßt jeder Hund ...

aus dem Parteiblatt der NPD

So berichtet die NPD in ihrem Parteiorgan, den „Deutschen Nachrichten": **Herausgeber: Adolf v. Thadden,** über:

Die Berliner Studentendemonstrationen:

Strafanzeige gegen den Spandauer Kriminalbeamten Karl Heinz Kurras, der in Notwehr, verwundet und bereits am Boden liegend, den **linksradikalen Studenten Benno Ohnesorg** erschoß, erstattete Kurras' ehemalige Freundin aus Moabit. DN 23. 6. 67, S. 6

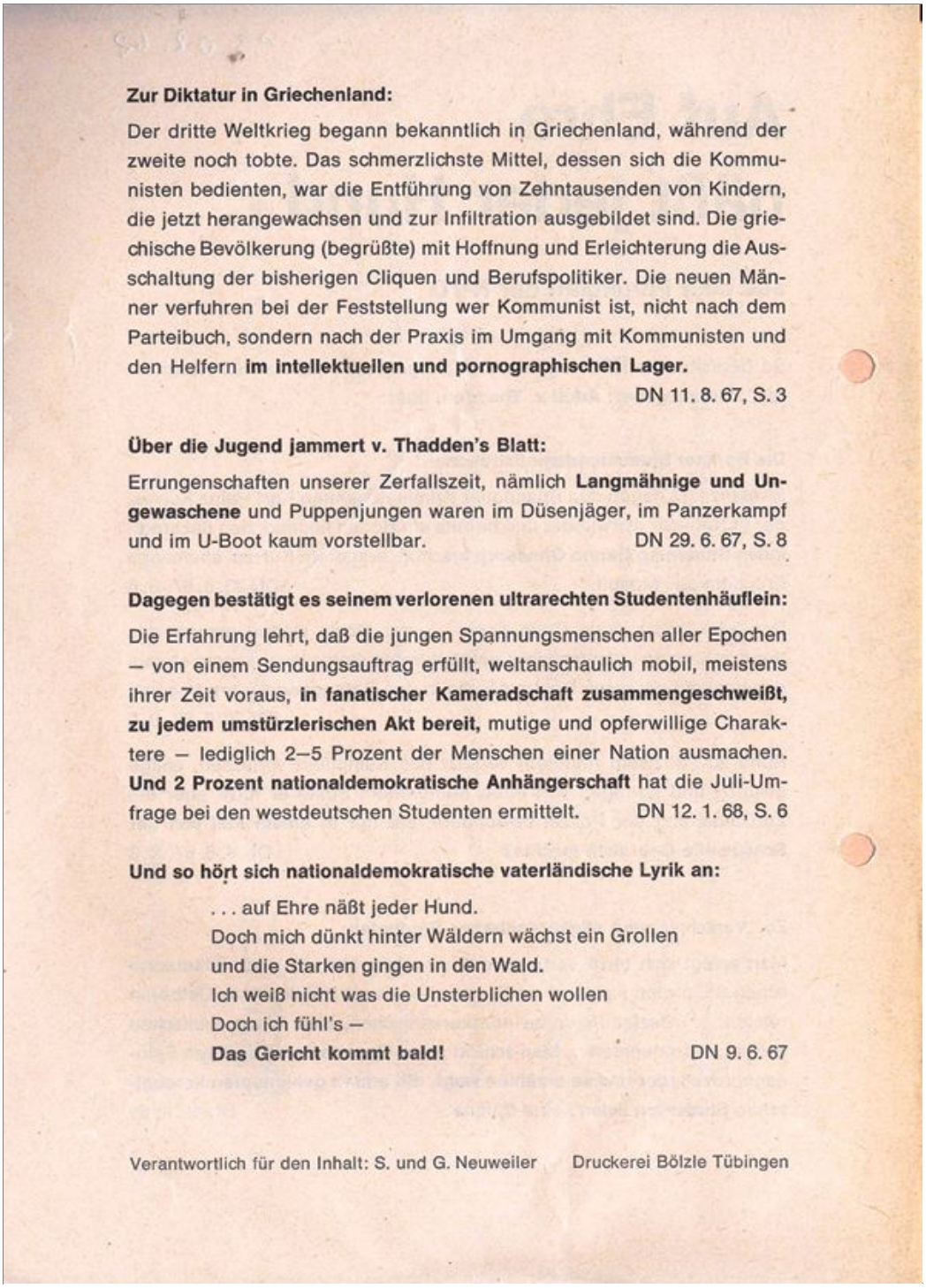
Der tote linksradikale Protestierer ..., der nichts weiter war als das arme, jahrelang **„akademisch" aufgeputschte** Opfer jener Umerziehung, die einst mit der roten Gehirnwäsche in den Gefangenenlagern begann. DN 30. 6. 67, S. 5

Rund 20 Polizisten (mußten) verletzt das Kampffeld verlassen, einige gestützt und getragen von ihren Kameraden. Sollte er nicht eher die Zurückhaltung der Polizei bewundern, die **nur in einem Fall von der Schußwaffe Gebrauch machte?** DN 4. 8. 67, S. 3

Zur Verschleppung südkoreanischer Studenten:

Man erregt sich nicht darüber, daß man hier bei uns den südkoreanischen Studenten nicht auf die Finger sah, als sie fröhlich nach Ostberlin reisten, um Beziehungen zu nordkoreanischen, also kommunistischen Stellen, aufzunehmen... Man schickt einen Beamten zum dortigen Spionageprozeß, **der uns zu erzählen wagt, die armen gekidnapten koreanischen Studenten seien keine Spione.** DN 12. 1. 68

b. w.



Zur Diktatur in Griechenland:

Der dritte Weltkrieg begann bekanntlich in Griechenland, während der zweite noch tobte. Das schmerzlichste Mittel, dessen sich die Kommunisten bedienten, war die Entführung von Zehntausenden von Kindern, die jetzt herangewachsen und zur Infiltration ausgebildet sind. Die griechische Bevölkerung (begrüßte) mit Hoffnung und Erleichterung die Ausschaltung der bisherigen Cliquen und Berufspolitiker. Die neuen Männer verfuhren bei der Feststellung wer Kommunist ist, nicht nach dem Parteibuch, sondern nach der Praxis im Umgang mit Kommunisten und den Helfern **im intellektuellen und pornographischen Lager.**

DN 11. 8. 67, S. 3

Über die Jugend jammert v. Thadden's Blatt:

Errungenschaften unserer Zerfallszeit, nämlich **Langmähnige und Ungewaschene** und Puppenjungen waren im Düsenjäger, im Panzerkampf und im U-Boot kaum vorstellbar. DN 29. 6. 67, S. 8

Dagegen bestätigt es seinem verlorenen ultrarechten Studentenhäuflein:

Die Erfahrung lehrt, daß die jungen Spannungsmenschen aller Epochen – von einem Sendungsauftrag erfüllt, weltanschaulich mobil, meistens ihrer Zeit voraus, **in fanatischer Kameradschaft zusammengeschweißt, zu jedem umstürzlerischen Akt bereit,** mutige und opferwillige Charaktere – lediglich 2–5 Prozent der Menschen einer Nation ausmachen. **Und 2 Prozent nationaldemokratische Anhängerschaft** hat die Juli-Umfrage bei den westdeutschen Studenten ermittelt. DN 12. 1. 68, S. 6

Und so hört sich nationaldemokratische vaterländische Lyrik an:

. . . auf Ehre näßt jeder Hund.
Doch mich dünkt hinter Wäldern wächst ein Grollen
und die Starken gingen in den Wald.
Ich weiß nicht was die Unsterblichen wollen
Doch ich fühl's –
Das Gericht kommt bald! DN 9. 6. 67

Verantwortlich für den Inhalt: S. und G. Neuweiler Druckerei Bölzle Tübingen

13.02.1968:
In Berlin gibt der SDS vermutlich heute seine 'Vietnam Informationen' Nr. 8 (vgl. 12.2.1968, 14.2.1968) heraus mit dem Aufruf zu den Filmveranstaltungen am 13., 15. und 16.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 8, Berlin O. J. (1968)

13.02.1968:
In Berlin erscheint vermutlich heute das Flugblatt "Proteste" zum Verbot der Vietnamkonferenz. Hingewiesen wird darauf, dass die Filmveranstaltung nicht in der FU, sondern der TU stattfindet.
Q: N. N.: Proteste, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

13.02.1968:
In Berlin rief die Gruppe des SDS am Berlin-Kolleg (BK) für heute mit einem Flugblatt "Krawalle - demnächst auch am Berlin-Kolleg?" zur Vollversammlung auf, auf der über ihre Zulassung abgestimmt werden soll.
Q: SDS BK: Krawalle - demnächst auch am Berlin-Kolleg?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Eo402

K r a w a l l e -

d e m n ä c h s t a u c h a m B e r l i n - K o l l e g

Zeigen wir, daß das nicht nötig ist,
diskutieren wir !

Geben wir ein gutes Beispiel:

Die SDS-Gruppe am Berlin-Kolleg hat den Antrag auf Zulassung gestellt. Wir sind mit dem Vorschlag des Lehrerkollegiums, darüber plebiszitär abzustimmen, einverstanden.

Wir begrüßen es, daß am Berlin-Kolleg die Kollegiaten über Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, abstimmen.

Das geschieht in der Vollversammlung am

13. Februar 1968.

Wir diskutieren mit den Kollegiaten [illegible] des Lehrerkollegiums, der [illegible] Berlin-Kolleg und des SDS-Landesverbandes Berlin.

SDS
Gruppe am Berlin-Kolleg

Macht von Eurem demokratischen Recht Gebrauch und nehmt
an Diskussion und Abstimmung teil !

13.02.1968:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus, mit der "Öffentlichen Erklärung" der Professoren Gollwitzer und Taubes zu ihrem Aufruf zur Vietnam-Konferenz, in der sie vor Anwendung von Gewalt warnen.
Q: AStA FU: Öffentliche Erklärung, Berlin 13.2.1968

13.02.1968:
Die Studentenvertretung (SV) der TU Berlin gibt ein Flugblatt "Warum wurde das Springer-Hearing vertagt?" heraus.
Q: SV TU: Warum wurde das Springer-Hearing vertagt?, O. O. (Berlin) 13.2.1968

Warum wurde das Springer-Hearing vertagt?

In den Räumen der TU waren drei Veranstaltungen des Springer-Hearing geplant. Von den Veranstaltern, der Studentenvertretung der TU und dem Republikanischen Club, waren drei Tage vorgesehen, der 9., 1o. und 11.Februar 1968. Aber schon am 9.Februar, zu Beginn des Hearing, musste umdisponiert werden. Was war geschehen

Die konzertierte Reaktion von Springer-Presse und Senatspolitik hatte ihre Früchte getragen. Tagelang war in der Öffentlichkeit der Eindruck hervorgerufen worden, man hätte die Veranstaltungen verboten.Bürgermeister Neubauer scheute nicht vor Falschmeldungen und massiven Drohungen zurück, um die Veranstalter einzuschüchtern So teilte er am 6.Februar 68 der Presse mit, die Rektoren der TU und FU hätten das Springer-Hearing abgesagt. Zwar korrigierte Rektor Weichselberger diese Darstellung, leider aber erst am Nachmittag des 8.2.68, als es schon zu spät war. Die Rufe nach härterem Durchgreifen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8.2.68 und die Unsicherheit der Raumvergabe schreckten die meisten geladenen Zeugen und Experten aus Westdeutschland ab, nach Berlin zu kommen. Sie mussten nun fürchten, es werde zu Eingriffen von aussen kommen, die eine nüchterne und sachliche Durchführung des Hearing verhindern würden. Wer wollte ihnen die vorläufige Absage an die Veranstalter übel nehmen ?

So konnte das Springer-Hearing am Freitag nur eröffnet und demonstrativ vertagt werden. Es wird voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt in einer anderen Stadt (vorgesehen ist Hamburg) fortgesetzt werden. Berliner Presse und Senat haben in ihren hysterischen Reaktionen in der letzten Woche bewiesen, dass sie einer sachlichen politischen Diskussion nicht gewachsen sind.

STUDENTENVERTRETUNG DER TECHN!UNIVERSITÄT
Pressereferat

13.2.68

14.02.1968:
In Heidelberg erscheint ein Handzettel des Republikanischen Clubs (RC) mit dem Aufruf zur Vietnamdemonstration um 17 Uhr 30 auf dem Bismarckplatz, die auch unterstützt wird von der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft (GAG), dem LSD, SDS Heidelberg, SDS Mannheim, ESG, HSU, DJD, KfDA, Kritische Universität (KU), Demokratische Linke (DL) und Deutsche Friedensgesellschaft (DFG).
Q: RC: Der Republikanische Club veranstaltet…, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

14.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint ein Flugblatt der Kritischen Universität mit der auf der Vollversammlung der KU am 12.2.1968 beschlossenen Resolution zur Solidarität mit der KU Berlin.
Q: KU: Die Kritische Universität…, Heidelberg 14.2.1968

16.02.68

KRITITISCHE UNIVERSITÄT HEIDELBERG

Die Kritische Universität Heidelberg erklärt sich in der Phase gegenwärtiger Unterdrückungsversuche mit der Kritischen Universität Berlin solidarisch.

Seit die Studenten die bisherige Form ihrer Opposition , die in ihrer Lethargie und Passivität bestand ,immer mehr überwinden und sich anschicken eine wichtige Kraft innerhalb der politischen Wirklichkeit dieses Landes zu werden , seit die Studenten immer weniger mit verbaler Kritik auf eine Gesellschaft ,die sie nicht billigen ,sich zufriedengeben ,sondern dabei sind den Rahmen zu sprengen ,den ihnen andere vorgeben ,häufen sich die repressiven Maßnahmen der staatlichen Exekutive gegen die Studenten.
Das Gerede unserer Volksboten ,wie es am Freitag den 28. Februar 1968 im Bundestag zu hören war ,wo von Bereitschaftbzum Gespräch und Verständnis die Rede war ,gewinnt erst vor dem Hintergrund dieser Maßnahmen seinen eigentlichen Innalt.
So wurde in Berlin über das Weisungsrecht des Senators für Wissenschaft und Kultur der Versuch unternommen der Kritischen Universität Berlin die Räume zu entziehen.
Die Volliversammlung der KU mußte in der Vorhalle der FU tagen ,das Springertribunal mußte sich den Raum in der TU durch eine einstweilige Verfügung erkämpfen.
Eine Demonstration gegen diese Maßnahmen wurde verboten.
Im Abgeordnetenhaus wurden Anträge auf Verbot des SDS behandelt und lediglich aufgrund juristischer Bedenken vorläufig ad acta gelegt.
Dem internationalen Vietnamkongress ,der am 17.&18.dieses Monats in Berlin tagea wird ,wollte die Exekutive ebenfalls die Rämme entziehen.Lediglich weil die Exekutive mit dem Verbot der KU-Sitzungen kein Glück gehabt hatte ,sah sie von einem weiteren Verbot ab.
Die geplante Demonstration der Kongressteilnehmer gegen den Krieg in Vietnam wurde verboten.Dieses Verbot wurde bisher nicht zurückgezogen,
Angesichts dieser repressiven Maßnahmen der Exekutive in Berlin und anderswo erweist sich das liberale Gerede der meisten Abgeordneten in Berlin und Bonn als bloßes Geschwätz.Die eigentliche Tendenz zeigt sich in dem Bestreben,den SDSvon der übrigen Studentenschaft zu trennen indem man die gegenwärtigen Studentenunruhen auf die Wühlarbeit einer terroristischen Minderheit zurückführt und durch Verbot dieser Minderheit die " gutwilligen Studenten " vor eben ihr zu schützen.Als Vorwand dazu sollen einige Steinwürfe dienen ,deren Urheber noch keineswegs ermittelt sind.
Wir sehen in dem Doppelspiel von freundlicher Rede und repressiven Maßnahmen einen weiteren Versuch ,die Ursachen der gegenwärtigen Studentenunruhen zu verschleiern und diese selbst zu unterdrücken.
Wir protestieren gegen die Maßnahmen der Berliner Exekutive ,die sich nicht nur gegen die KU Berlin und den Vietnamkongress wenden ,sondern gegen die oppositionellen Studenten überhaupt.
Wir erklären uns solidarisch mit den Mitarbeitern der KU Berlin und den Vietnamkongressteilnehmern.
Der Exekutive antworten wir mit den Worten einer ihrer Handlanger ,des Abgeordneten Herrn Jäger (CSU) :

" Landgraf , werde hart ! "

Diese Resolution wurde bei drei Gegenstimmen von der Vollversammlung der Kritischen Universität Heidelberg am 12. Februar 1968 beschlossen.
Diese Resolution wird den AStA's der Berliner Universitäten dem Initiativausschuß der Kritischen Universität Berlin, dem Regierenden Bürgermeister der Stadt Berlin und dem Bundeskanzler der BRD , Herrn Kiesinger übersandt.

Heidelberg ,am 14. Februar 1968 - Kritische Universität HD

14.02.1968:
Der SDS Tübingen gibt das Flugblatt "Waffen für den Vietcong!" heraus, das uns in zwei Versionen vorlag, welches den Vietnam-Kongress in Westberlin am 17.2.1968 ankündigt und zur Unterstützung der Geldsammlung des SDS auffordert.
Q: SDS Tübingen: Waffen für den Vietcong!, Tübingen O. J. (1968); SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen O. J. (1968), S. 10

14.02.1968:
In Berlin gibt der SDS vermutlich Mitte dieser Woche seine 'Vietnam Informationen' Nr. 9 (vgl. 13.2.1968, 16.2.1968) heraus mit dem Aufruf zum Vietnamkongress am 17./18.2.1968 und zu den Filmveranstaltungen am 15. und 16.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 9, Berlin O. J. (1968)

14.02.1968:
In Berlin gibt der SDS, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter!" heraus zu den Raum- und Demonstrationsverboten. Betont wird: "Die Vietnamdemonstration findet statt".
Q: SDS: Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

14.02.1968:
An der FU Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt der KU, das zur Gründung neuer Arbeitskreise aufruft, die dem AStA bis zum 1.3.1968 angezeigt werden müssen, um noch in der neuen KU-Broschüre aufgeführt zu werden.
Q: KU: Kurz vor den Ferien…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KU — KRITISCHE UNIVERSITÄT

14 FEB 19

Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von Westbe

Kurz vor den Ferien versichern wir: die KU ist keine Surplus-,keine Ferienarbeit. Wenn Sie allerdings meinen, dass S p a s s (sonst nur in den Ferien) ein Kriterium auch wissenschaftlicher Arbeit sein sollte: dann kommen Sie in die AK der KU. Besser noch:

GRÜNDEN SIE NEUE ARBEITSKREISE (7 Teilnehmer genügen!)

ZEIGEN SIE IHRE GRÜNDUNGEN DEM AStA (Politosches Referat) bis spätestems 1. MÄRZ 68 an. (Spätere Anmeldungen können nicht mehr in die neue KU-Broschüre aufgenommen werden).

Bisher haben sich vier neue Arbeitskreise angekündigt:

1. AK Bildungswerbung. In igm sollen Studenten und andere Aufsichtswillige für Suhuöarbeitszirkel ihre Arbeit mit Schülern reflektieren oder dazu erst angeleitet werden. Der AK will verhindern, dass aus Schularbeitszirkeln die frühesten, und damit wirkungsvollsten Anpassungsmaschinen werden (betr. Schüler des 4. bis 6. Schuljahrs).

2. Fritz V i l m a r, IG Metall/Frankfurt, hat sich bereit erklärt (und wird von seiner Gewerkschaft darin unterstützt !!!), in der KU 14tägig einen AK über
PROBLEME DER ABRÜSTUNG UND RÜSTUNG IM SPÄTKAPITALISMUS zu leiten.

   Gesucht werden Interessierte, die den AK so weit vorbereiten, dass Vilmar nicht gezwungen ist, den konkurrenz- und partnerlosen Spezialisten zu spielen.

3. AK " ARBEITERBEWEGUNG UND PARTEIEN"

4. AK "Das INDIVIDUUM IM SPÄTKAPITALISMUS"

   Um die Individuen in eine bestimmte Richtung zu lenken und in Bewußtlosigkeit und Handlungsunfähigkeit zu halten, haben sich im gegenwärtigen Kapitalismus besondere Formen entwickelt;z.B.durch hausinterne Analysen, die an kapitalkräftige Inserenten verschickt werden, weiß die Spitze des SPRINGER-Konzerns, daß das Lesen von BILD autoritatives Verhalten einübt. Diese Formen sind zu erforschen . Andere z.B.: harmonisierende Betriebspsychologie; Militärseelsorge; Ehevermittlungen; Sexualität in der Konsumwerbung und i der allgemeinen Bewusstseinsindustrie etc.

ALLE INFORMATIONEN IM AStA (Politisches Referat),Garystr.2o 1.Stock!

14.02.1968:
An der FU Berlin erscheint ein Extra des 'FU-Spiegel' unter dem Titel "Strafanzeige gegen FU-Spiegel" wegen dem abgedruckten Leserbrief der Kommune 1. Dokumentiert werden die Presseerklärung des Rektors vom 13.2.1968 und der Konventsbeschluß vom selben Tag, der Brief der Redaktion an den Bürgermeister Klaus Schütz sowie die Erklärung der Redaktion zu dem Vorfall.
Q: FU-Spiegel Extra Strafanzeige gegen FU-Spiegel, Berlin 14.2.1968

FU-SPIEGEL 14. Febr

STRAFANZEIGE GEGEN

FU-SPIEGEL

Presseerklärung des Rektors vom 13.II.1968

Veröffentlicht vom AStA der FU

Die Redaktion des "FU-Spiegels" hat sich nicht gescheut, in der letzten Ausgabe einen Leserbrief der sogenannten Kommune I abzudrucken, der schlechterdings nur noch als gemeinste Pöbelei gegen den Regierenden Bürgermeister zu bezeichnen ist. Es erübrigt sich, nur ein Wort über die Verfasser dieses üblen Machwerks zu verlieren. Sie sind durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit genügend bekannt.

Als grenzenloser Skandal muß es allerdings bezeichnet werden, wenn der AStA als Herausgeber und der Chefredakteur der offiziellen Studentenzeitschrift ein solches Pamphlet niedrigster Gesinnung - in welcher Form auch immer - veröffentlichen. Die hierfür Verantwortlichen haben sich selbst disqualifiziert, indem sie den politischen Gegner mit Schmutz bewerfen und so die Methoden der Goebbels-Presse übernehmen. Diese Taktik ist in ihrer Tendenz für unsere Demokratie zu gefährlich, um unwidersprochen hingenommen zu werden.

Wenn noch ein Gefühl für Anstand und politische Fairness in der Studentenvertretung vorhanden ist, dann dürfte die Konsequenz eindeutig sein. Aufgrund des Sachverhalts reicht eine offizielle Distanzierung hier nicht mehr aus. Vielmehr sollte man annehmen, daß der Konvent den ihm verantwortlichen Chefredakteur des "FU-Spiegel" abwählt. Es ist für die übrigen Organe der Universität unzumutbar, Vertreter der Studentenschaft als Gesprächspartner zu akzeptieren, die in dieser Art und Weise jegliche Form des Takts und der primitiven menschlichen Umgangsformen regieren.

Konventsbeschluß vom 13. Februar 1968

Der Konvent spricht dem Chefredakteur des FU-Spiegel das Vertrauen aus. Der Konvent ist der Meinung, daß der Intention der Redaktion des FU-Spiegel, mit der Veröffentlichung des Beitrags der Kommune I der Studentenschaft die politische Methode der Kommune I erneut zur Diskussion zu stellen, nicht mit administrativen Maßnahmen begegnet werden kann. Der Konvent bedauert, daß die interne Diskussion der Redaktion, die zur Veröffentlichung in Form eines Leserbriefes führte, der Studentenschaft bisher nicht bekanntgegeben wurde und fordert die Redaktion auf, dies in einem Sonderdruck sofort nachzuholen. Die Redaktion hat eindeutig klargestellt, daß die die Methoden der Kommuni I für das offizielle Presseorgan der Studentenschaft für unbrauchbar hält. Damit kann der Versuch des Rektors, den Konvent zu einer Abwahl des Chefredakteurs öffentlich aufzufordern und ein gerichtliches Vorgehen gegen den FU-Spiegel nur als eine politische Maßnahme gegen die gesamte oppositionelle Studentenschaft gewertet werden.

Mit 23:13:3 Stimmen angenommen

F U
S P I E G E L

1 Berlin 33, den 14.2.1968
Garystr. 20
Tel.: 7690 2246

Offizielle Studentenzeitschrift an der Freien Universität Berlin
Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß

An den
Regierenden Bürgermeister
der Stadt Berlin West
Herrn Klaus Schütz

1 Berlin 62
Rathaus Schöneberg
John-F.Kennedy-Platz

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!

Wie wir erfahren, haben Sie es für richtig gehalten, auf die Veröffentlichung eines Leserbriefes der"Kommune I" im FU-SPIEGEL 63 mit einer Strafanzeige gegen den verantwortlichen Redakteur zu reagieren.

Was uns zum Abdruck dieses Briefes bewogen hat, bitten wir Sie der beiliegenden öffentlichen Erklärung der Redaktion des FU-SPIEGEL zu entnehmen.

Wir versichern Ihnen, daß es zu keinem Zeitpunkt unsere Absicht war, Sie persönlich zu beleidigen oder zu diffamieren. Wir bedauern, daß durch den Abdruck in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, die offizielle Studentenzeitschrift an der Freien Universität identifiziere sich mit Form und Inhalt des Kommune-Pamphlets. Durch unsere redaktionelle Anmerkung zu diesem Leserbrief glaubten wir hinreichend klar gemacht zu haben, daß dies nicht der Fall ist.

Daß durch die Knappheit dieser Anmerkung die Distanzierung von der Kommune I offenbar nicht deutlich genug geworden ist, dafür möchten wir uns bei Ihnen entschuldigen.

Hochachtungsvoll

gez. Reinhard Mayer
-Chefredakteur-

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, hat gegen den verantwortlichen Redakteur des FU-Spiegel Strafanzeige wegen Beleidigung erstattet. Der Konvent hat am 13.Februar 1968 den FU-Spiegel aufgefordert, die in der Redaktion geführte Diskussion um den Abdruck eines von der Kommune I verfaßten Pamphlets öffentlich darzustellen.
Wir erklären daher folgendes:
1.Es versteht sich von selbst, daß Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.Der FU-Spiegel hat bei früheren Gelegenheiten hinreichend deutlich gemacht, daß er sich mit den Methoden "politischer Provokation", wie sie von der Kommune I praktiziert werden, nicht identifiziert. (Vgl.FU-Spiegel 57 u.59) Zudem hätte mittlerweile auch unkundigen Beobachtern der studentischen Politik nicht entgehen dürfen, daß die Kommune I gegen a l l e Institutionen Partei nimmt, auch gegen die Studentenvertretung und den FU-Spie
Wir haben es immer als eine unserer Aufgaben angesehen, die studenti
Öffentlichkeit über alle Formen und Inhalte politischer Auseinanders
ung,soweit sie die Studenten berühren, zu informieren, um ihr eine selbständige Urteilsbildung zu ermöglichen. Dies gilt auch für eine politische Gruppe, in deren Konsequenz es läge, uns abzuschaffen. Gerade die meist pauschalisierende und verständnislose Beurteilung der Kommune I und ihrer Sympathisanten in der Öffentlichkeit zwingt die studentische Presse immer wieder zu eigener Berichterstattung.

2. Die Kommune I zu "isolieren", wie es in der Öffentlichkeit unablässig gefordert wird, leistet politischem Irrationalismus Vorschub und steht der gleichfalls geforderten rational begründeten Distanzierung entgegen. Denn Distanzierung setzt möglichst umfassende Kenntni
voraus, während "Isolierung" gerade einer unreflektierten Solidarisierung den Boden bereitet. Diese Solidarisierung durch ein differenziteres Urteil zu ersetzen erscheint uns umso notwendiger, als die Zah
der Kommune-Anhänger u.a. infolge der Inhaftierung Teufels zugenomm
hat.Der Abdruck des Leserbriefs sollte unter den Studenten die Diskussion um die Provokationsmethoden der Kommune I und damit Beiträge fü
eine Bestandsaufnahme studentischer Politik insgesamt "provozieren".

3. Gerade wegen der "lächerlichen Unlogik dieses grotesk-militaristischen Unfugs" (Tagesspiegel, 13.2.68) des Kommune-Pamphlets lasen wi
darin den auch unserer Meinung nach inakzeptablen und entschieden mi
lungenen Versuch einer Satire auf die "Tränen-Presse" und nicht den ernstzunehmenden Versuch einer Diffamierung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz. Wir waren überzeugt, daß der Versuch der Kommune, den Regierenden Bürgermeister zu einer spektakulären Gerichtsv
handlung herauszufordern, scheitern würde. Deshalb, und weil wir di
nachweisen wollten, glaubten wir den Abdruck als Leserbrief verantw
ten zu können.

4. Das Ansinnen der Kommune I, ihr Pamphlet in redaktioneller Aufmachung und mit Illustrationen zu veröffentlichen, wurde von uns sofo
zurückgewiesen. Überdies versahen wir den Leserbrief - entgegen unse
Gepflogenheit - mit einer redaktionellen Anmerkung, die eine Distanzierung beinhaltete. Daß diese Stellungnahme der Redaktion zu knapp

geriet und die Absicht, die wir mit dem Abdruck verfolgten dadurch nicht deutlich genug wurde, bedauern wir.

5. Welche Form der politischen Auseinandersetzung mit dem Regieren den Bürgermeister wir für angemessen halten, läßt sich unserem Schütz-Portrait (FU-Spiegel 60) sowie den Berichten über die Veranstaltungen mit ihm in der Kirchlichen Hochschule und in der Freien Universität (FU-Spiegel 61 und 62) entnehmen.

6. Innerhalb der studentischen Öffentlichkeit, für die der FU-Spie herausgegeben wird, wurde der Abdruck des Kommune-Leserbriefes übe wiegend so verstanden wie wir es erwartet hatten. Die außeruniversitäre Öffentlichkeit wurde erst fünf Tage nach Erscheinen der Februarnummer, als der "Tagesspiegel" den Kommune-Brief haftig attakkierte auf ihn aufmerksam. Erst danach reagierte auch das Rektorat mit einer Presse-Erklärung.

7. Die Logik von Günther Matthes in seiner "Tagesspiegel"-Glosse, nach der sich der FU-Spiegel "der Verbreitung strafbarer Äußerungen" schuldig gemacht habe, hat der "Tagesspiegel" selbst nicht immer akzeptiert. Andernfalls wäre es unverständlich, daß der "Tagesspiegel"pauschale Diffamierungen der Studenten und Aufhetzungen gegen sie in seiner Leserbriefspalte veröffentlicht hat. (Beispiel: "Diese Lümmel, die auf Kosten der Steuerzahler ein ... angenehmes Leben führen, sollte man einmal für ein Jahr ins Arbeitshaus sperren, damit sie wieder zur Vernunft kommen." "Tagesspiegel, 7.6.67. Ähnliche Beispiele aus der Springer-Presse brauchen nicht eigens an dieser Stelle erwähnt zu werden.) Die Absurdidät dieser Logik wird auch dadurch unterstrichen, daß sich der "Tagesspiegel" durch die Zitierung eines Absatzes aus dem Kommune-Brief ebenfalls der "Verbreitung übler Nachrede" schuldig machte.

8. Dem Rektor der Freien Universität diente dieser vergleichsweise nichtige Anlaß erneut dazu, der immer wieder geforderten Diskussion mit den Studenten unter einem fadenscheinigen Vorwand auszuweichen und uns- dies allerdings zum ersten Mal - der Übernahme von "Methoden der Goebbels-Presse" zu bezichtigen.

Die Redaktion des FU-Spiegel

14.02.1968:
An der FU Berlin soll um 15 Uhr eine Sitzung der Philosophischen Fakultät stattfinden, zu der auch die Studentenvertretung am 12.2. mit einem Flugblatt aufrief.
Q: FU SV Phil Fak: Zur Information, Berlin 12.2.1968

Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät 12.2.68.
1 Berlin 33, Ihnestr. 22, Tel. 769043

Zur Information:

1. Fakultätssitzung Mittwoch, den 24.2.68
(zuvor öffentl. Probevorlesung Dr. René Ahlberg "Probleme der der sozialen Organisation der Wissenschaft in der Sowjetunion" Hörsaal 205, Boltzmannstr.3, 15 Uhr c.t.)

Tagesordnung der Fakultätssitzung:

1. Beschlussfassung über das Habilitationsverfahren Dr. Ahlberg
2. Personelles
3. Senatsmitteilungen
4. Kommissionsvorschlag: Neubesetzung des Lehrstuhls für Publizistik
5. Kommissionsvorschlag: Besetzung des Lehrstuhls Deutsche Philologie
6. Vorschlag Habilitationskommission Kaminski (Psychologie)
7. Vorschlag Habilitationskommission Metzel (Philosophie)
8. Richtlinien über die Höhe der Lehrauftragsvergütung und Unterrichtsgeldpauschale für nicht beamtete Lehrkräfte
9. Bericht der Struktur-Kommission
10. Mitarbeit studentischer Sprecher in Fakultätskommissionen; Teilnahme studentischer Sprecher an Sitzungen der Struktur-Kommission
11. Antrag des Sprechers der Assistenten: Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
12. Bericht der Studienreform-Kommission
13. Stellungnahme zur Rahmenordnung für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft
14. Verschiedenes

2. Neufassung der bisherigen Geheimhaltungsklausel des § 3 der Satzung der Philosophischen Fakultät:

"Die Verhandlungen der Fakultät und der von ihr eingesetzten Kommissionen sind vertraulich und nicht öffentlich. Die Pflicht zur Vertraulichkeit erstreckt sich insbesondere auf alle Habilitations- und Berufungsverfahren sowie auf Disziplinarangelegenheiten. In allen anderen Fällen steht den gewählten Vertretern der Fakultät das Recht zu, die von ihnen repräsentierten Gruppen wahrheitsgemäß und sachlich über Beratungen der Fakultät zu informieren. Stellungnahmen einzelner Fakultätsmitglieder dürfen nur mit deren Genehmigung berichtet werden. Das Recht zur Berichterstattung entfällt, wenn die Fakultät aus besonderen Gründen für einen Beratungsgegenstand die absolute Vertraulichkeit beschließt."
(Von der Philosophischen Fakultät beschlossen in ihrer außerordentlichen Sitzung vom 3. Februar 1968)

3. Mit dem 9.2.68 ging allen Mitgliedern der Fakultät ein Bericht des Sprechers der Assistenten zu, der sich kritisch mit der Verfahrensweise und der "inhaltlichen" Argumentation in einer Sitzung der Struktur-Kommission der Philosophischen Fakultät auseinandersetzt. Dieser Bericht macht einmal mehr deutlich, daß es im Interesse der Studenten liegen muss, in allen Gremien und an allen Entscheidungen der Fakultät und der Institute angemessen beteiligt zu werden. (s. auch TOP 10/Fakultätssitzung 1

4. An den Senator für Wissenschaft und Kunst 3.2.68.
Herrn Prof. Dr. Werner Stein

Sehr geehrter Herr Senator!

Ihr Angebot auf Vermittlung zwischen den Studenten und der Phi sophischen Fakultät nehmen wir gerne an. Sie werden verstehen, wir allerdings die Hoffnung aussprechen und unsere Teilnahme a die Bedingung knüpfen, daß die Beratungen der paritätischen Ko sion allen interessierten Universitätsangehörigen offen stehen wäre wenigstens bei diesem Gremium sichergestellt, daß "das Pr zip der Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung verwirklicht wird, wie es die Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulr und wie Sie es auch in Ihrer letzten Presseerklärung gefordert ben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Andreas Wiesand
(Fakultätssprecher)

5. An den Sprecher der Philosophischen 7.2.68.
Fakultät der FU Berlin

Sehr geehrter Herr Wiesand!

Ich danke Ihnen für die Annahme meines Angebotes, in der Frage der Studienreform zwischen Lehrenden und Lernenden zu vermitte Eine öffentliche Beratung dieser Kommission, so wie Sie sie vo schlagen, kann ich allerdings nicht akzeptieren. Sie würde den folg der Arbeit dieser Kommission von vornherein in Frage stel Ich bin auch sicher, daß die Godesberger Rektorenerklärung an von Ihnen zitierten Stelle nicht gemeint hat, daß Universitäts mien dieser Art ihre Beratungen öffentlich durchführen müßten. Gemeint ist ganz sicher nur, daß ihre Entscheidungen der Öffen lichkeit bekannt zu machen sind. Darf ich Sie bitten, mir die Vertreter der Philosophischen Fakultät zu benennen, die ich zu Beratung in dieser Kommission dann einladen möchte.

Hochachtungsvoll
gez. Werner Stein

6. Die ausserordentliche Fakultätssitzung mit Prof. Dr. Stein, Se für Wissenschaft und Kunst, auf der die Fakultät beständen hat bevor sie den Vermittlungsvorschlag von Senator Stein annahm, det statt am Donnerstag, den 15.2.68, 15 Uhr.
Auf dieser Sitzung soll nach den Intentionen der Fakultätsmehr beraten werden, wie die Sicherheit und die Arbeitsfähigkeit de Philosophischen Fakultät künftig gewährleistet werden kann. Di studentischen Sprecher werden dazu einige Vorschläge unterbrei

---

verantwortlich: Andreas Wiesand
(verschiedene Fakultätsmitglied forderten auf der letzten Fakul sitzung, dass die Flugblätter d Studentenvertretung auch nament gezeichnet sind)

14.02.1968:
Am Romanischen Seminar der FU Berlin wurde mit einem Flugblatt "Siegt die Konterrevolution?" aufgerufen zur Vollversammlung um 16 Uhr.
Q: N. N.: Siegt die Konterrevolution?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

ROMANISTEN + ROMANISTEN + ROMANISTEN + ROMANISTEN + ROMANISTEN + ROMANI

SIEGT DIE KONTER-REVOLUTION?

In Flugblättern und anderen Publikationen wurde behauptet, die Studenten-Vertretung am Romanischen Seminar sei abgewählt. Zwar wundern wir uns nicht mehr über unrichtige und manipulative "Informationen" (Prof.Baader unterstellte den Studenten im SPIEGEL, sie würden in einer Versammlung mit den Dozenten möglicherweise tätlich gegen sie vorgehen; Prof.Loos gab Springers WELT AM SONNTAG ein Interview ,in dem er die Studenten des "Terrors" bezichtigte) -- aber das Vorgehen der APhil und ihrer Anhänger am Rom.Sem. setzt allem die Krone auf: sie erreichten, daß das mit Hilfe der Institutsadministrati on vorbereitete Mißtrauensvotum gegen die SV mit knapper Mehrheit durchging und bezeichnete das Ergebnis als "Abwahl"!

In Wirklichkeit ist die SV wederabgewählt worden noch zurückgetreten; die von der Vollversammlung gewählte 5er-Kommission hat ausdrücklich nur 2 Befugnisse erhalten: Vorbereitung der Neuwahl and Ausarbeitung eines Satzungsentwurfs. Vor allem aber sind wir, solange wir keine vom Konvent gebilligte Satzung haben, an die "Satzung der Studentenschaft" gebunden: § 28. III "Alle Studentenver- t reter, die Ämter innehaben, sind verpflichtet, nach ihrem Ausscheiden die Geschäfte bis zur Regelung der Amtsnachfolge, die unverzüglich zu erfolgen hat, weiterzuführen."

WIE KAM ES DAZU ??

19.12.67 Beschluß der VV der Romanisten, ein Komitee für Diskussionen in den Grundstudiums-Kursen zu bilden

20.1.68 Beschluß des Lehrkörpers, diese Diskussionen zu

unterdrücken

24.1. Als das Komitee im Kurs von Dr.Friedrich mit den Teilnehmern zu diskutieren versucht, fordert er die Mitglieder des Komitees auf, den Raum zu verlassen - da sie nicht gehen, verläßt er selbst den Raum, wird eine Stunde später auf Weisung der 3 Direktoren der gesamte Lehrbetrieb am Seminar für eine Woche eingestellt!

Während dieser Woche organisieren die Studenten mehrere Kurse selbst und zogen eine kritische Bilanz der bisherigen Arbeit im GS, und ein Arbeitsausschuß aus SV-Mitgliedern und älteren Studenten erarbeitete Vorschläge zur Studienreform, die von der aktuellen Situation ausgingen. Die Forderung der VV vom Fr.,26.1., den Lehrbetrieb am Montag bereits wieder aufzunehmen, blieb ohne professorale Resonanz.

Zur gleichen Zeit beginnt eine Gruppe von Studenten eine Unterschriftensammlung für eine Distanzierung von der SV, weil diese in Flugblättern und Diskussionen mit den Dozenten die Form verletzt habe. Die Unterschriften werden später von der Sekretärin abgetippt. Herr Kleinhenz (APhil) schreibt später den Unterzeichnern, um sie zur VV am 7.2. aufzufordern (Die Adressen konnte er nur im Sekretariat erhalten). - Der Mißtrauensantrag wird am 7.2. mit einer inhaltlich absurden Begründung eingebracht, die unterstellt, die SV boykottiere das Gespräch über die Studienreform am Rom.Sem. Durch das Mißtrauensvotum gegen die SV sehen sich die Professoren in ihrer unrechtmäßigen Entscheidung, dem administrativen Akt der Aussperrung, nachträglich bestätigt -- die "Vorschläge zu einem Organisationsmodell", vorgelegt vom SV-Arbeitsausschuß, werden in der VV vom 7.2. nicht mehr diskutiert. Dieses Modell geht von der GLEICHBERECHTUGUNG DER STUDENTEN in der Studien- und Forschungsplanung aus und schlägt ein paritätisches 3/3-Komitee anstelle des bisherigen allmächtigen Direktoriums vor.

(* gez. J.Sieß D.Hahn

DIE ARBEIT EINES SEMESTERS DARF NICHT UMSONST GEWESEN SEIN
Die Studenten müssen weiter PRAKTISCHE KRITIK DER SEMINARARBEIT UND -ORGANISATION üben können !
Kommen Sie zur VV der Romanisten am MITTWOCH,14.2.,16h,Hs.1

14.02.1968:
Die Studentenvertretung (SV) der TU Berlin gibt ein Flugblatt "Politische Justiz im Zeichensaal" heraus zu den gestrigen Vorfällen an der Fakultät IV im Zeichensaal der Bauingenieure, wo ein Student wegen seiner Vietnamplakette von den anderen Studenten angegriffen wurde.
Q: SV TU: Politische Justiz im Zeichensaal, O. O. (Berlin) O. J. (14.2.1968)

15.02.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das Hochschulgesetz in Stuttgart verteilt die Demokratische Linke (DL) das Flugblatt "Nur ein Plan?", in dem sie ihre studentischen Kandidaten zu den Landtagswahlen (LTW) am 28.4.1968 vorstellt.
Q: DL: Nur ein Plan?, Stuttgart O. J. (1968)

Demokratische Linke 7 Stuttgart-W Rosenbergstr. 67a Telefon 62 13 80
Städt. Girokasse Stuttgart 2 727 666 Postscheckkonto Stuttgart 539 00

DL

Nur ein Plan?

In Baden-Würtemberg und in der ganzen Bundesrepublik herrschen an den Hochschulen katastrophale Zustände.

Während der Phase des Wiederaufbaus in der BRD wurde die Entwicklung eines zeitgemäßen Bildungswesens sträflich vernachlässigt. Diese Versäumnisse der Bildungs- und Wissenschaftspolitik traten Anfang der 60 Jahre deutlich zu Tage. Als Lösung hat man die Ausbildung rationalisiert.

Die Folgen waren die Einführung von numerus clausus, Zwangsexmatrikulation und Zwischenprüfungsordnungen. Der Plan der Landesregierung verfolgt die gleichen Ziele. Er stellt eine Pseudoveränderung der Hochschulstruktur dar und ist als Versuch, die Privilegien einiger Kreise zu festigen, anzusehen. Der Regierungsentwurf ist eine wahrheitsgetreue Beschreibung einer unzulänglichen Situation, die für die Zukunft unerträglich ist.

Der restaurative Charakter des Entwurfes erklärt auch die Eile, mit der er von der Großen-Koalition in Stuttgart verabschiedet werden soll. Der alte Landtag will in den letzten Wochen vor Beendigung seiner Legislaturperiode ein Gesetz verabschieden, ohne auf die zahlreichen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit eingegangen zu sein oder sie zu berücksichtigen.

Die DL hält den Protest der Studenten und eines Teils der Professorenschaft gegen die völlig unzureichenden Reformvorschläge der jetzigen Landesregierung für berechtigt. Sie fordert den jetzigen Landtag auf, die Verabschiedung des Gesetzentwurfes nicht durchzuführen. Die DL kann es nicht tatenlos zulassen, wie eine so schwierige Materie wie das Hochschulgesetz und ihre Kodifizierung auf dem Altar parteipolitischer Rücksichten und Koalitionsabsprachen geopfert wird.

Die DL wird noch vor den Landtagswahlen am 28. April einen eigenen Entwurf zur Hochschulgesetzgebung vorlegen und zur Diskussion stellen. Sollten die bisherigen Landtagsparteien den jetzigen Entwurf der Regierung trotz aller Bedenken und Proteste verabschieden, werden die Kandidaten der DL im neuen Landtag einen Antrag einbringen, der die Veränderung im Sinne einer demokratischen Hochschulreform beinhaltet.

Für die DL kandidieren Studenten - und zwar:

im Wahlkreis 1 Stuttgart: Georg R. Kiefer, Stuttgart, Am Krähenwald 20

im Wahlkreis 45 Freiburg-Stadt: Wolf-Dieter Gudopp, Hochdorf, Fabrikst

im Wahlkreis 56 Tübingen: Joachim Krüger, Tübingen, Klosterberg 2

Verantwortlich: H. Bader, Stuttgart - Eigendruck

15.02.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das Hochschulgesetz in Stuttgart verteilt der SDS Stuttgart ein Flugblatt "Arbeiter, Hausfrauen, Bürger!" an die Bevölkerung.
Q: SDS: Arbeiter, Hausfrauen, Bürger!, Stuttgart O. J. (1968)

Arbeiter, Hausfrauen, Bürger !

Sie wundern sich über die in Stuttgart einmalige Konzentration von Plizisten um den Landtag. Heute findet die zweite Lesung des Hochschulgesetzes statt. Dieses Gesetz soll die längst fällige Reform an den Hochschulen einleiten, das heißt, es soll die Interessen der Assistenten und Studenten berücksichtigen. Die Polizei ist aufgeboten gegen Studenten und Assistenten, das heißt gegen diejenigen, für die dieses Gesetz gemacht werden soll. Wir sind empört über dieses Gesetz, da es die Hochschulreform eher behindert als fördert. Trotzdem ist die Polizei überflüssig. Obwohl die Gewalt gegen uns steht, wollen wir keine Gewalt. Wir wollen mit den Abgeordneten diskutieren. Das wird systematisch verhindert.

Die Parteien der "großen" Koalition haben sich darauf geeinigt, vor der zweiten Lesung nicht mehr mit Assistenten und Studenten zu diskutieren. Gegen dieses undemokratische Verhalten protestieren wir entschieden. Wer sich der Diskussion der Öffentlichkeit entzieht, verdient nicht mehr als Volksvertreter bezeichnet zu werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen, auch Sie fordern Mitbestimmung in den Betrieben. Wir wollen mit Ihnen für dieses berechtigte Anliegen eintreten; verstehen Sie bitte auch unsere entsprechende Forderung.

Unterstützen Sie unseren Protest gegen Abgeordnete, die, wie Sie zum größten Teil selbst sagen, sich noch nicht mit den Hochschulgesetzen befaßt haben. Erst seit drei Tagen liegt ihnen der Gesetzentwurf vor. Wenn so unverantwortlich gehandelt wird - auch Ihre Steuergelder sind davon betroffen - muss man protestien. Die Parlamentarier unterhöhlen die parlamentarisch Demokratie, nicht wir.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Stuttgart
Schellingstr. 6

Verantwortlich: Dipl.Ing. H. Ehinger

15.02.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das Hochschulgesetz in Stuttgart verteilt der AStA der Uni Stuttgart ein Flugblatt "An die Stuttgarter Bevölkerung".
Q: AStA Uni: An die Stuttgarter Bevölkerung, Stuttgart O. J. (1968)

An die Stuttgarter Bevölkerung

Seit Anfang letzten Jahres scheint die Unruhe unter den Studenten nicht mehr abzureißen.

WORUM GEHT ES HEUTE?

Heute, am 15. Februar 1968, findet im baden-württembergischen Landtag die zweite Lesung eines Hochschulgesetzentwurfs statt.

Wir meinen: Was mit unseren Hochschulen geschieht, sollte auch Sie interessieren, denn gut funktionierende Hochschulen sind die Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen und technischen Fortschritt in unserem Lande. Es ist klar, daß dazu ein vernünftiges und fortschrittliches Hochschulgesetz notwendig ist. Es ist also erforderlich, daß der Landtag ein solches Gesetz erst nach gründlicher, sachkundiger Diskussion verabschiedet.

WAS ABER IST IM LANDTAG GESCHEHEN?

Die Landtagsabgeordneten erhielten erst vor wenigen Tagen den von einem Ausschuß überarbeiteten Gesetzentwurf. In dieser kurzen Zeit sollten die Abgeordneten die Vorlage begutachten und sich ihre Meinung dazu bilden. Unter derartigen Umständen kann kein gutes Gesetz entstehen. Wir haben den Eindruck, daß wenige Wochen vor den Landtagswahlen aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen im Eilverfahren ein Gesetz durchgepeitscht werden soll, das der künftige Tübinger Rektor als „spanische Jacke" für die Hochschule bezeichnet hat. Wir sind der Überzeugung, daß ein so wichtiges Gesetz zu Beginn der nächsten Legislaturperiode in Ruhe und ohne Zeitdruck noch einmal mit allen Beteiligten diskutiert werden sollte. Von einer vorschnellen Verabschiedung raten wir deshalb ab.

Wie ernst es uns mit diesem Anliegen ist, soll Ihnen unser heutiger Schweigemarsch demonstrieren. Bitte unterstützen Sie uns in unserem Bemühen um eine sachgerechte Hochschulreform!

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17
Verantwortlich: AStA-Vorstand

Stuttgart, 15. Februar 1968

15.02.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das Hochschulgesetz in Stuttgart erscheint ein Flugblatt des Landesvorstands des LSD in Baden-Württemberg.
Q: LSD-LV BW: Um die Demokratie…, Heidelberg O. J. (1968)

Landesvorstand des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (L S D
in Baden-Württemberg
69 Heidelberg , Sandgasse 11

Um die Demokratie in unserem Staat zu verwirklichen ist es unter anderem notwendig, dass alle Entscheidungsvorgänge in Öffentlichkeit vollzogen werden.

Das heisst zum Beispiel: 1) Jeder Interessent muss Gesetzesentwürfe und Änderungsvorschlage zu Entwürfen einige Zeit vor ihrer Beratung kostenlos erhalten können.
2) Alle Sitzungen des Landtags - auch Ausschussitzungen - müssen öffentlich stattfinden.
3) Jeder Interessent muss den Landtags und Ausschussitzungen beiwohnen können.

Nur so ist eine demokratische Kontrolle der gewählten Volksvertreter möglich. Nur so ist eine demokratische Meinungsbildung unter den von den Entscheidungen Betroffenen möglich.

Der Landtag von Baden-Württemberg bemht sich nicht einmal diese demokratischen Forderungen zu erfüllen.

- Wenige Tage vor der 2. Lesung des Hochschulgesetzes kommt ein neuer Entwurf heraus. Je 7000 Studenten erhalten nur ein einziges Exemplar davon!
- Die Ausschussitzungen sind geheim. Aus Gnade lässt man sich zu Hearings mit ausgewählten Interessenvertretern herab.
- Die Lesungen des Gesetzes finden im Landtagsgebäude mit nur 120 Zuhörerplätzen statt und nicht z.B. in der Liederhalle, obwohl sicher mindestens 1000 Studenten, Assistenten und Professoren die Diskussion über das sie betreffende Gesetz verfolgen möchten. Darüber hinaus wird die Vergabe der wenigen Plätze manipuliert. Die Die Hälfte der Plätze ist an Schulklassen vergeben. Die gesamte Studentenschaft der Universiät Heidelberg erhält z.B. nur fünf Pl

Das Ziel all dieser Manipulationen ist, klar: Die schwarzrote Koal möchte um wenigstens einen "Erfolg" vor den Wahlen vorweisen zu können, noch schnell ein Hochschulgesetz verabschieden. Dieses soll allerdings nur die Macht der Ministerialbürokratie stärken, ohne sonst durchgreifende Reformen zu brängen, wie sie von vielen Seiten und vor allem von der Studentenschaft gefordert werden. Ausserdem sind die verschiedenen Entwürfe derart verkorkst zusammengeflickt und in sich unstimmig, dass eine öffentliche Diskussion den Landtag und das Ministerium nur vollends blamieren w

Wir fordern daher:

1) Keine voreilige Verabschiedung des Hochschulgesetzes!

2) Öffentliche und allgemeine Diskussion und Verhandlung über alle vorhandenen Entwürfe unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfes, der von den Studenten und Assistenten des Landes vorgelegt wurde!

Georg Ehrent
LaVo der LSD

Was der Landtag nicht wusste:

Die Öffentlichkeit aller Entscheidungsvorgänge ist ein unverzichtbarer Bestandteil der freiheitlichen Demokratie!

15.02.1968:
Lars Müller berichtet vom Freiburger Fahrpreiskampf (vgl. 6.2.1968, 1.3.1968):"
Eine knappe Woche später begann am Nachmittag des 15. Februars die öffentliche Gemeinderatssitzung. Diesmal wurde die Debatte über Lautsprecher auf den Rathaus- und Münsterplatz übertragen. Der Gemeinderat beschloss nach fünfstündiger Debatte, die Tarife wie geplant zum 1. März zu erhöhen und um kleinere soziale Vergünstigungen zu ergänzen.

Die Demonstranten konnten sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen. Dennoch unterblieben weitere Demonstrationen. Am folgenden Tag fanden sich nur wenige Entschlossene am Bertoldsbrunnen ein. Statt zu blockieren, diskutierten sie mit dem Oberbürgermeister, der ebenfalls zum Bertoldsbrunnen gekommen war. Der SDS verteilte derweil Flugblätter, in denen er zur Teilnahme an der Berliner Vietnamkonferenz aufrief."
Q: Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003

15.02.1968:
Der SDS Tübingen richtet einen Offenen Brief an das Dezernat Staatsschutz der Landespolizeidirektion betreffend die "Vorladungen für Peter Winterhagen und Volker Wolf vom 14. Februar 1968" wegen der Spaziergangsdemonstration gegen den Vietnamkrieg am 8.2.1968. Man könne die Vorladungen nicht wahrnehmen, da man an dem gewünschten Tag bereits auf der Reise zum Vietnamkongress in Westberlin (vgl. 17.2.1968) sein werde.
Q: SDS: Offener Brief, Tübingen 15.2.1968

15.02.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Wem gehört diese Stadt?" zur Einführung des Weissen Kreises für Mietwohnungen ab 1.7.1968. Gefragt wird abschließend: "Soll auch dann der Polizeiknüppel gegen Demonstranten eingesetzt werden?".
Q: N. N.: Wem gehört diese Stadt?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

WEM GEHÖRT DIESE STADT?

Berlin 1945

Nach 1945 hat die Berliner Bevölkerung ihre Stadt aus Schutt und Asche mit eigenen Händen wieder aufgebaut.
Andere haben die Karre in den Dreck geschoben. Die Berliner haben die Dreckarbeit machen müssen, um sie wieder herauszuholen.
"Ihr tut es für Euch selbst"
"Diese Stadt gehört Euch"
das sagten die Vertreter der Parteien.

Berlin heute

Heute weiß jeder, daß die Stadt nicht den Berlinern gehört, sondern einer kleinen Clique von Kapitalherren. Sie haben sich mit den Parteien über die Köpfe der Berliner hinweg geeinigt.
Sie bescheren uns höhere Preise, Mehrwertsteuer, Entlassungen.
Wer mit dieser Entwicklung nicht einverstanden ist, wird von der Springerpresse als Feind der Berliner hingestellt.

Am 1. Juli wird Berlin weisser Kreis.

Soll auch dann der Polizeiknüppel gegen Demonstranten eingesetzt werden?

15.02.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' kommt es in der Bochumer Innenstadt zu einer weiteren Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der BOGESTRA (vgl. 3.2.1968, 4.4.1968), in deren Verlauf teilnehmende Demonstranten auch "die Mao-Bibel schwenken". Ca. 1 000 Menschen nehmen an der Demonstration teil.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 20, Bochum 1968, S. 4

16.02.1968:
Auch an der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt "An die ausländischen Studierenden der Universität Heidelberg" des AStA und ausländischer Studenten mit dem Aufruf zur Ausländer-Vollversammlung am 20.2.1968, die auf dem letzten Teach-in der ausländischen Studenten am 5.2.1968 gefordert und deren Termin vom AStA am 14.2.1968 beschlossen worden sei.
Q: AStA / Ausländische Studenten: An die ausländischen Studierenden der Universität Heidelberg!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

16.02.68

An die ausländischen Studierenden der Universität Heidelberg!

Wie Ihnen bekannt ist, wurde auf dem letzten Teach-in der ausländischen Studenten am 5.2.68 eine Resolution verabschiedet. Diese Resolution besagt, daß eine Vollversammlung der ausländischen Studierenden vom AStA einberufen werden sollte. Auf dieser Vollversammlung sollte u.a. dem Studentenparlament einen Auslandsreferenten von ausländischen Studenten vorgeschlagen werden.

Der AStA hat am 14.2.68 auf der 10. ordentlichen AStA-Sitzung beschlossen, die

VOLLVERSAMMLUNG

der ausländischen Studenten an der Universität Heidelberg am

Dienstag, den 20.2.68, 20 Uhr c.t.

im Hörsaal 13

einzuberufen.

Bitte kommen Sie, ausländische Kommilitonen und Kommilitoninnen. Erscheinen Sie zahlreich, denn es geht um Ihr wichtiges Interesse.

AStA und
Ausländische Studenten

16.02.1968:
Auch an der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt "Israelische Einschüchterung arabischer Flüchtlinge im Gaza-Streifen" der GUPS und der Arabischen Studentenvereinigungen (ASV) in Freiburg und Heidelberg mit einem übersetzten Auszug aus dem britischen 'Guardian' vom 26.1.1968.
Q: GUPS, ASV: Israelische Einschüchterung arabischer Flüchtlinge im Gaza-Streifen, Freiburg / Heidelberg O. J. (1968)

16.02.68

Auszug aus der liberalen englischen Zeitung
"The Guardian" vom 26. Januar 1968 (von Michael Adams)

Israelische Einschüchterung arabischer Flüchtlinge im Gaza-Streifen

Mit den Maßnahmen, die sie jetzt gegen die arabische Zivilbevöl kerung im Gaza-Streifen ergreift, mißachtet die israelische Besatzungsarmee die Vorschriften der Genfer Konvention von 1949 zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten.

Als Antwort auf eine Reihe kleinerer Zwischenfälle in den verga nen drei Wochen hat die israelische Armee der Bevölkerung (haup sächlich Flüchtlingen von Palästina) kollektive Strafen auferle ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht der Bevölkerung. Sie schließen ein: Ausgangssperren, die mehrere Tage dauern, währen denen keine richtigen Vorkehrungen zur Verteilung von Nahrungsmitteln und Wasser getroffen wurden, willkürliche Verhaftungen und das ziellose Niederreißen von Häusern und des Besitzes von Zivilisten, die in keiner Weise mit den Vorfällen in Verbindung stehen.

Als ich Gaza heute morgen verließ, befanden sich die drei Flüch lingslager, die 100 000 Palästinaflüchtlinge beherbergen, unter einer Ausgangssperre für Tag und Nacht, und in den Straßen der Stadt Gaza gab es sporadisches Gewehrfeuer, das keinem anderen sichtlichen Zweck diente, außer der Einschüchterung der Zivilbe kerung. Der UNRWA (UN-Organisation), die für das Wohlergehen de Flüchtlinge im Gazastreifen verantwortlich ist, sagte man nicht vorher über die Ausgangssperren, die einander in den vergangene zwei oder drei Wochen gefolgt sind.

Die Gründe, die für die Maßnahmen an gegeben werden, sehen merk würdig unzulänglich aus. Keine Begründung erfolgte für zwei von drei Ausgangssperren des heutigen Tages: ein Sprecher der Armee Oberst Mart, sagte mir, daß die dritte Ausgangssperre, die seit gestern morgen im Jabaliyeh-Lager (es enthält etwa 40 000 Flüch linge) auferlegt sei, eine Vergeltungsmaßnahme sei für das Verm eines israelischen Zivilwagens, in dem drei israelische Schmuggl mit einer Schmuggelladung von Zigaretten und Feigen gesessen hä Der Vorfall, bei dem die Schmuggler verletzt wurden, hatte sich Nacht zuvor wenige Meilen vom Jabaliyeh-Lager entfernt ereignet auf dem Weg zum israelischen Dorf Malfalsim.

Undeutliche Spuren:
Der Sprecher sagte, daß "Spuren" vom Schauplatz aus über offene Felder und Zitruspflanzungen zum Lager geführt hätten. Er stimm mit mir überein, daß "es Ihnen und mir schwer fallen könnte, ih zu folgen, aber Experten könnten das".

Das Shati-Lager (Strand) am Stadtrand von Gaza, das heute auch Ausgangssperre stand, erlitt vor 14 Tagen 5 Tage und Nächte lan ein ähnliches Schicksal. Während der ersten 28 Stunden war es niemandem unter irgendeinem Vorwand erlaubt, sein Haus zu verla - das bedeutet in Flüchtlingslagern ein oder zwei kleine Räume ohne Toilette.

Am zweiten Tag wurde auf Drängen der UNRWA hin die Ausgangsspe für eine Stunde aufgehoben, um den Flüchtlingen zu gestatten, W zu holen. Den Flüchtlingen war es noch verboten, das Lager zu v lassen und die Verteilung von Lebensmitteln wurde nicht gestatt Nicht vielen gelang es, Wasser zu bekommen, da es bei der besch ten Zahl von Wasserstellen, die mit Handpumpen versorgt werden, braucht, um die 35 000-köpfige Bevölkerung des Lagers zu verso

b.w.

Während der Pause wurden alle Männer zwischen 16 und 60 zu einem Lager am Seeufer geschickt, wo sie für 7 Stunden festgehalten wurde während einem der schlimmsten Stürme des Winters, und während israe lische Wachen wiederholt mit kleinen Waffen über ihre Köpfe hinweg feuerten.

Diese Art Kollektivstrafe ist charakteristisch für die gegenwärtige Serie von Ausgangsverboten. Im Jabaliyeh-Lager wurde die männliche völkerung des Lagers auf einer Fläche sumpfigen Bodens 25 Stunden ohne Nahrung und Wasser festgehalten; während langer Zeit gab es in Shatilager schwere Regenfälle, und vier Tage gingen vorbei, bevor d Israelis der UNRWA gestatteten, Nahrungsmittel zu verteilen, und s dann wurde die Ausgangssperre wieder verhängt, bevor die Verteilung Ende war. Angehörige des Hilfswerks fanden viele Frauen im Lager, b sonders jene mit kl. Kindern, am Rande der Hysterie.

Explosion:
Der Grund, den man für die 5-tägige Ausgangssperre in Shati angibt, die Explosion eines winzigen selbstgemachten Sprengkörpers (die offi elle israelische Darstellung sagt, er habe aus einem halben Pfund T in einer Pepsicolobüchse bestanden) nahe des Fischmarkts von Gaza, Opfer zu fordern. Der Schuldige soll den Strand entlang in Richtung das Flüchtlingslager gelaufen sein. Da die Israelis ihn nicht ident zieren konnten, sprengten sie 9 Vorratshäuser von Fischern in die L in denen sie ihre Netze und Geräte aufbewahrten, und zerstörten eine Anzahl Fischerboote. Dies alles neben der Verhängung des Ausgangsve

Bei einem ähnlichen Zwischenfall in der Wahdastreet in Gaza sprengt israelische Soldaten 4 Häuser in die Luft (wobei die Explosion noch 8 weitere stark beschädigte), nachdem ein Feuerwerksfrosch in die N eines der Häuser geworfen worden war. Den Bewohnern wurde 10 Minute Zeit gegeben, ihre Familien mit kleinen Kindern zu evakuieren.

Dieses sind einige der vielen Fälle, die ich nachgeprüft habe, und deren Echtheit ich mit neutralen Zeugen festgestellt habe, es wurde gar von ihnen in der israelischen Presse berichtet. Als ich Oberst fragte, wie er sie mit der Unterschrift seiner Regierung unter die fer Konvention in Einklang bringe, zeigte er Interesse. "Was für ei Konvention ist das?" fragte er, und als ich erklärte, daß sie kolle Strafmaßnahmen gegen Zivilisten u. die Zerstörung von zivilem Eigen auch in Kriegszeiten ächte, zuckte er mit den Schultern. "Unsere So ten mögen diese Arbeit nicht. Aber Sie müssen verstehen, sie müssen die Sicherheit schützen".

Die größere Zahl der nicht-arabischen, nicht-jüdischen Bevölkerung Gazas ist nicht überzeugt, daß irgendeine ernsthafte Widerstandsbew in diesem Gebiet in Aktion ist; es fällt ihnen schwer zu glauben, d einer der wenigen ernsthaften Vorfälle - bei dem eine Bombe auf dem Markt von Gaza 35 Araber verwundete - absichtlich von einem Araber verursacht werden können. Sie glauben, daß die einzige Gefahr für d Sicherheit in Gaza von dem gegenwärtigen entschlossenen und offen b len Versuch von seiten der israelischen Armee kommt, die arabischen Flüchtlinge zu "überreden", den Gaza-Streifen zu verlassen, um so d Weg zu seiner Annexion durch Israel zu öffnen. Meine Beobachtungen kräftigen diese Ansicht.

Ich habe während vier Jahren als Kriegsgefangener in Deutschland Hö und Tiefen erlebt, aber die Deutschen behandelten mich nie so hart die Israelis (jetzt) die Araber des Gazastreifens behandeln, von de die Mehrheit Frauen und Kinder sind.

übersetzt und gedruckt durch:

Generalunion Palästinensischer Studenten
Arabische Studentenvereinigung in Freiburg u.Heidelb

16.02.1968:
In Berlin gibt der SDS vermutlich Ende dieser Woche seine 'Vietnam Informationen' Nr. 10 (vgl. 14.2.1968) heraus mit dem Aufruf zur Demonstration am 18.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 10, Berlin O. J. (1968)

16.02.1968:
An der FU Berlin lud der AStA zwecks Vorbereitung des Vietnam-Kongreß mit einem Flugblatt "Warum Widerstand Demonstration ersetzen muss" ein zur Vorführung des Films "Hanoi 13. Dezember" um 19 Uhr im Audimax.
Q: AStA FU: Warum Widerstand Demonstration ersetzen muss, Berlin O. J. (1968)

16.02.1968:
In Berlin werden innerhalb des SJ-Rings der SJD Die Falken die Mitglieder mit einem Schreiben über die aktuelle Lage bzgl. des Vietnamkongreß unterrichtet.
Q: SJD-SJ-Ring: An alle Mitglieder im SJ-Ring!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

17.02.1968:
Die Worldwide Union of Ethiopian Students (WWUES) veröffentlicht vermutlich zum heute in Berlin beginnenden Vietnamkongress eine Solidaritätserklärung, die endet mit dem Satz: "Vietnam is our example".
Q: WWUES: Solidarity, o. O. O. J.

17.02.1968:
In Westberlin beginnt eine Internationale Vietnamkonferenz, die am 18.2. fortgesetzt wird. Laut 'BED' wird die Konferenz von ca. 20 sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen veranstaltet. Aufgerufen wurde u.a. vom AStA der FU am 30.1.1968 mit einem Flugblatt, in dem auch eine Erklärung von Agnoli und zahlreichen weiteren Prominenten zur Unterstützung dokumentiert wird. Vermutlich ungefähr zur selben Zeit richtete auch die Studentenvertretung der TU einen Brief an die westdeutschen ASten.

Der SDS Bundesvorstand erlässt einen "Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968". Begrüßt wird dieser Aufruf durch zahlreiche Professoren und Prominente. In Berlin erließen im Vorfeld SDS, GSG, HSU und der Landesverband des SHB ebenfalls einen "Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar in Berlin".

Laut 'Roter Morgen' nehmen ca. 4 500 Menschen aus Westdeutschland und aus dem Ausland daran teil.

U.a. wird während des Kongresses ein provisorischer Kindergarten eingerichtet. Die Initiative zu diesem Kindergarten ging vom Aktionsrat zur Befreiung der Frau aus (vgl. Jan. 1968). Es gibt einen ärztlichen Notdienst und während der Demonstration am 18.2. auch einen chirurgischen Notdienst.

Zur Unterbringung der Gäste wurden vom Vorbereitungskomitee, das über den RC erreichbar ist, Privatquartiere gesucht.

Laut der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale beteiligen sich aus Köln auf die eigene Initiative hin 250 bis 300 Personen.

Der Europäisch-Föderalistische Studentenverband (EFS) bekundet in einem Flugblatt "Europa und Vietnam" seine Unterstützung des Kongresses und spricht sich für gewaltfreien Widerstand aus.

Am 17.2. wird ein "Offener Brief der ausländischen Delegationen des Vietnamkongresses an die alliierten Stadtkommandanten" verfasst, der sich gegen das Verbot der Demonstration wendet. Vermutlich ebenfalls am 17.2. wird eine "Protesterklärung" gegen das Verbot verbreitet.

Vermutlich ebenfalls am 17.2.1968 erscheint das Flugblatt "Wie wird Berlin regiert", dass über die Beantragung einer Demonstration vom Kudamm nach Dahlem informiert.

Zur Organisierung der Demonstration erscheint das Flugblatt "Die Demonstration findet statt", das den einzelnen Gruppen ihre Plätze zuteilt.

Laut dem Solidaritätskomitee (manchmal: Köln-Kalk) Freispruch im Kölner Vietnamprozeß (vgl. 30.9.1975)

ist einer der Mitorganisatoren des Kongresses Horst Mahler (später RAF). Das Komitee vermeldet, daß "nahezu 30 000 Menschen teilnahmen und gegen die USA-Aggressoren demonstrierten."

Laut der Roten Hilfe Westberlin wird Vorbeugehaft gegen Störer angeordnet.

Aufgerufen wurde auch vom SDS Tübingen (vgl. 12.2.1968).
Q: AStA FU: Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 30.1.1968; Solidaritätskomitee Freispruch im Kölner Vietnamprozeß: Nachrichtendienst Vietnamprozeß Nr. 4, Köln O. J. (1975), S. 5;VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 10, o.O. Apr. 1969;Rote Hilfe: Imperialismus, Sozialdemokratie, Terror, Militanz. Zur Konterrevolution in Westberlin, Berlin Juni 1970, S. 84;Rote Presse Korrespondenz Nr. 2, Berlin 1969, S. 6ff;Roter Morgen, Hamburg März 1968, S. 9;Berliner Extra Dienst Nr. 7, Berlin 1968, S. 2;Offener Brief der ausländischen Delegationen des Vietnamkongresses an die alliierten Stadtkommandanten, Berlin 17.2.1968;N. N.: Die Demonstration findet statt, O. O. (Berlin) O. J. (1968);SDS-BV: Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968, Frankfurt O. J. (1968);SDS, GSG, HSU, SHB: Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar in Berlin - zwei Versionen, O. O. (Berlin) O. J. (1968);Agnoli, J. u.a.: Aufruf zur internationalen Vietnamkonferenz, O. O. O. J. (1968);SDS Tübingen: Waffen für den Vietcong!, Tübingen O. J. (1968);Vorbereitungskomitee: gesucht: Privatquartiere für die Vietnamkonferenz, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: Protesterklärung, O. O. (Berlin) O. J. (1968);EFS: Europa und Vietnam, Berlin O. J. (1968);N. N.: Kongressinformationen, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: Internationale Vietnamkonferenz Westberlin 1968, Berlin O. J. (1968);Ströhler, U.: Wie wird Berlin regiert, O. O. (Berlin) O. J. (1968);SV TU: AStA Info Am 17.02. …, O. O. (Berlin) O. J. (1968);SV TU: An die ASTAs und…, Berlin O. J. (1968)

17.02.1968:
Das Neuer Roter Turm Schülerflugblatt Nr. 1 in Berlin, welches zu dem heute beginnenden Vietnamkongreß aufruft und eine Auflage von 20 000 Stück angibt, ist außer von der NRT-Gruppe noch unterzeichnet von: Unternehmen Caroline (unabhängige Berufsschülerzeitschrift), Politischer Arbeitskreis Berufsschulen, USG, Arbeitskreis Kritische Presse, Rote Sophie, Politik AG an der Fritz Karsen Schule.
Q: Neuer Roter Turm: Schülerflugblatt Nr. 1, Berlin O. J. (1968)

17.02.1968:
In Berlin gibt die Kommune I, Berlin 12, Kaiser Friedrich Str. 54 a die Schrift "Nr. 1" heraus, in der zunächst ein Strafbefehl dokumentiert wird. Weitere Beiträge sind:
- "Willkommen, Kanonenfutter" zum Vietnamkongress bzw. zum Demonstrationsverbot;
- "So rutsch man unschuldig in eine Sache hinein" zu einem Leserbrief der Kommune I im 'FU-Spiegel', der zuerst in 'Anrisse' an der TU erscheinen sollte, wozu auch ein Schreiben der Druckerei Mercator dokumentiert wird;
- ein anonymer Brief aus Braunschweig von "zwei Maoistinnen", in dem Kunzelmann als das parasitäre Element der Kommune bezeichnet wird;
- "Nachlese zu unseren Gefängnisaktionen";
- "Wie man einen Molotowcocktail unschädlich macht";
- "alle wasserwerfer sind papiertiger" zur Relegation Fritz Teufels von der FU;
- "Zahnklinik";
- "Pazifismus, Terror, nackter Terror" zu den Griechenlandaktionen am 3.2.1968;
- "Wir sind allein geblieben" zur Nichtgründung weiterer Kommunen;
- "Kommune packt aus";
- Anzeigen und ein Aufruf zum "Volksfest Moabit mit Prachtfeuerwerk" am 4.3.1968;
- eine Dokumentation der Anklageschrift gegen die Kommune Eins sowie;
- ein Prozesskalender.
Q: Kommune Eins: Nr. 1, Berlin 17./18.2.1968

17.02.1968:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 25.4.1968) berichtet vom Prozeß wegen der heutigen Demonstration am Hauptbahnhof.

Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet, "am Semesterende fand zur Vorbereitung des Berliner Vietnamkongresses eine eindrucksvolle Solidaritätskundgebung für die vietnamesische Revolution statt, an der über 3000 Studenten, Schüler und Arbeiter teilnahmen. Eine Woche lang hatten SDSler jeden Morgen Flugblätter vor Hamburger Firmen und Fabriken verteilt, in denen die Vietnamberichterstattung der 'Bild'-Zeitung vom selben Tag richtiggestellt wurde, eine 'Anweisung zum richtigen Zeitunglesen', die vor allem bei den Hafenarbeitern Zustimmung fand."
Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S. 3; Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der

Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 389

18.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SAALA-Flugblatt Nr. 3 (vgl. 5.2.1968, 20.2.1968) mit dem Aufruf zur Ausländer-Vollversammlung am 20.2.1968, für die Öffentlichkeit auch für deutsche Studenten gefordert wird.
Q: SAALA: Flugblatt Nr. 3, O. O. (Heidelberg) 18.2.1968

AUSLÄNDER ZUR VOLLVERSAMMELUNG
VOM DIENSTAG,20.2.1968,2000 h
Hörsaal 13, Neue Uni

SAALA(1968.2.18)
Flugblatt Nr.3

Wie es schon bekannt ist, beruft der AStA eine Vollversammlung der ausländischen Studierenden DIENSTAG(20.2.1968) um 2ooo h in HS 13 ein. Der AStA wurde mit der großen Mehrheit im Teach-in vom 5.2.68. beauftragt, diese VV einzuberufen. Zum großen Teil waren die Anwesenden an diesem Abend des Teach-in ausländischen Studenten.
Da die Nationenvertreter vom Akademischen Auslandsamt nicht für politischen Zweck,oft auf undemokratischer Weise bestimmt worden sind, können sie die Interessen der ausl. Studierenden nicht angemessen vertreten. Noch weniger legitimiert ist der Bruchteil von ihnen, das sog. Provisorische Komitee, eigenmächtig eine VV der Ausländer einzuberufen. Das kann nur AStA, im Auftrag von den ausl. Stud selbst (etwa von dem Teach-in vom 5.2.) machen.
In dieser VV vom DIENSTAG soll die Vertretung der ausl. Stud im Rahmen der allgemeinen Studentischen Vertretung an der HD Uni erörtert werden. Durch die Abschaffung des Auslandsreferats von Studentischen Parlement ist dieses Problem der Vertretung der ausl. Studenten besonders akut geworden.
Nach dem Teach-in vom 5.2. müßte es den ausl. Stud. klar sein, daß sie dringend eine eigne Vertretung brauchen, die ihr Interesse wahrnimmt. Um diese Ziele zu erreichen, ist es nutzlich miz unseren deutschen Komilitonen bzw. AStA zusammenzuarbeiten (z.B. Der von VV vorzuschlagende Auslandsreferent muß von StP zugestimmt werden). Daß auch die deutsche Komilitonen ihrerseits an die Angelegenheiten der ausl. Studenten interessiert sind, zeite sich als sie auch zu dem Teach-in am 5.2. zahlreich erschienen. Die Anwesenden Ausläander am Teach-in waren sich der Forderung nach eigner Vertretung und der Zusammenarbeit mit dt. Stud. sehr bewußt. So haben sie auch die Resolution zur Einberufung von VV für DIENSTAG verabschied.
SAALA ist nicht der Meinung, daß eine Diskussion solcher VV über die Angelegenheiten der ausl. Stud. hinter den verschlossen Türen staattfinden sollte, so daß lediglich die ausl. Studenschaft (mit irgendwelchen scheinheiligen Mitteln von "gültigen" Ausweisen!) zugelassen wären! Freunde! Die Öffentlichkeit muss hergestellt werden. Öffentliche Diskussion muss sein.
In der VV von DIENSTAG sind daher auch die deutschen Kommilitonen herzlich eingeladen. ALSO bis DIESTAG, um 2oooh. HS 13.

SALUTE!

18.02.1968:
Zur Abschlußdemonstration des Vietnamkongresses in Berlin mit, laut 'Roter Morgen' mehr als 15 000 und laut SEW gar 30 000 Teilnehmern, wurde u.a. aufgerufen mit einem Flugblatt "So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam".

Für die Katholiken geben vermutlich im Vorfeld der Arbeitskreis Lateinamerika, der Arbeitskreis Kirche und Öffentlichkeit und die Unitas Stauffenberg ein Flugblatt "Vietnamdemonstration" heraus.

LSD, HSU, SHB, ESG, GSG, SDS und RC verbreiten vermutlich im Vorfeld das Flugblatt "Die Demonstration ist genehmigt".

Auf der Demonstration verteilt die U.S. Campaign das Flugblatt "Informationen von US-Bürgern über Vietnam" Nr. 2.

Das Vereinigte Sekretariat (VS) der Vierten Internationale wendet sich mit einem Flugblatt auf Deutsch und Französisch "An die Teilnehmer der internationalen Demonstration".

Eine vermutlich rechte Gruppierung veröffentlicht später, vermutlich auf der Gegenkundgebung, drei Fotos von der Demonstration mit jeweils dem Text auf der Rückseite.
Q: Roter Morgen, Hamburg März 1968, S. 9; N. N.: So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam, O. O. (Berlin) O. J. (1968);U. S. Campaign: Informationen von US-Bürgern über Vietnam, Berlin O. J. (1968);AK Lateinamerika et al.: Vietnamdemonstration, O. O. (Berlin) O. J. (1968);LSD et al.: Die Demonstration ist genehmigt, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: drei Fotos, O. O. O. J.;Wahrheit Sonderausgabe, Berlin 19.2.1968;VS: An die Teilnehmer der internationalen Demonstration, Paris O. J. (Berlin)

18.02.1968:
Auf der Vietnamdemonstration verteilt die Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) noch einmal ihr Flugblatt Nr. 3 vom 26.1.1968 an die Demonstranten mit einer angegebenen Auflage von 5000 Stück.
Q: Neuer Roter Turm: Flugblatt an die Demonstranten, Berlin O. J. (1968)

19.02.1968:
Die DPA verbreitet den Text "Der politische Standort der deutschen Studenten" von Curt Ottensmeyer.
Q: DPA: Der politische Standort der deutschen Studenten, 19.2.1968

19. feb 68 1138

-27-

w i e d e r h o l u n g

dpa 46 id/ku
studenten eins (drei teile)
der politische standort der deutschen studenten
von dpa-korrespondent curt ottensmeyer

hamburg, 19. februar 68 dpa - die deutschen studenten sind in bewegung geraten. protestdemonstrationen mit plakaten fuer mao und gegen den krieg in vietnam, fuer eine andere gesellschafts ordnung oder eine hochschulreform, sitzstreiks, vorlesungsstreiks und ''go-in'' gehoeren zum alltaeglichen bild der deutschen universitaeten. stoerungen von gottesdiensten und vorlesungen, schlaegereien mit der polizei, das eindringen in universitaets-gebaeude und botschaften befreundeter staaten, sowie aufruehrerisc reden radikaler fuehrer erwecken den eindruck, als ob es das ziel der deutschen studenten sei, die verfassungsmaessige ordnung des staates umzustossen.

eine dpa-umfrage an den universitaeten von muenster, tuebingen, berlin, kiel, bochum, mannheim, hamburg, goettingen, koeln, bonn, wuerzburg, mainz, hannover, heidelberg, braunschweig, stuttgart, freiburg/br. und regensburg versucht das ergebnis der letzten asta wahlen (asta gleich allgemeiner studentenausschuss) zu analysieren um den politischen standort der deutschen studenten zu ergruenden.

zwtl: radikale ohne anhang

aber die frage nach ihrem politischen standort ist nicht leicht zu beantworten. auch die asta-wahlen geben kein klares bild. nur zwei ergebnisse aus der analyse von 20 wahlen koennen mit sicher-heit festgestellt werden: die radikalen rechts und links haben (noch) keine chance.

dutschke und seine radikale gruppe des sozialistischen deutsche studentenbundes (sds) sind eine ganz kleine minderheit. mit aus-nahme von mannheim, wo der sds vier und in stuttgart, wo er drei kandidaten durchbrachte, hat er kaum mehr als eine stimme bei den einzelnen asta-wahlen erhalten. ein seltsames bild bietet kiel, wo der kandidat des sds von rund 3 000 stimmen ueber 1 000 auf sich vereinen konnte.

die npd ist auf den deutschen universitaeten so gut wie nicht vertreten. es ist aber moeglich, dass sich dieser oder jener gesinnungsgenosse in einer der vielen ''unpolitischen'' oder ''unabhaengigen'' gruppen verbirgt. ihr einfluss ist vorerst gleich null.
folgt studenten zwei
dpa 46 js/wt 19. feb 68 1144

ewg und efta ins auge gefasst ist, ob bonn eine art vermittlerrole zugedacht wurde, das alles steht noch in den sternen. schon jetzt kann man aber sagen, dass die stabilisierung der deutsch-franzoesischen freundschaft trotz meinungsverschiedenheiten ein gewinn fuer ganz europa ist.

england soll der weg nach europa zurueck gebahnt werden, aber es muss auch selbst das seine dazu tun. mit der starren formel 'vollmitgliederschaft oder nichts' wird es die schwelle nach dem kontinent noch lange nicht zu ueberschreiten vermoegen.''
dpa 55 js/pr 19.feb 68 1151

dpa 45 al
frauenstimmrecht jetzt in fuenf schweizer kantonen

bern, 19. februar 68 dpa (korr) - die zahl der schweizer kantone, in denen frauen politisch gleichberechtigt sind, hat sich am wochenende auf fuenf erhoeht. bei einer volksabstimmung in kanton bern entschieden sich die maenner mit 64 118 gegen 58 805 stimmen fuer das frauenstimmrecht. dagegen wollen die maenner im kanton solothurn auch weiterhin die frauen aus dem politischen leben heraushalten. mit 20 304 gegen 14 999 stimmen lehnten sie das frauenstimmrecht ab.

bisher konnten die frauen in den drei westschweizer kantonen genf, waadtland und neuchatel sowie in basel zur wahlurne gehen. ein bundesstimmrecht fuer frauen gibt es nicht.
dpa 45 js/pr 19.feb 68 1153

dpa 47/46 id/ku
studenten zwei (hamburg)
zwtl: aber das ergebnis taeuscht

es ist zwar sicher, dass die radikale gruppe unter den studenten die kleinste ist, aber ihr einfluss ist unverhaeltnismaessig groesser als ihre zahl. besonders natuerlich da, wo sich der sds mit anderen linksgruppen liiert, und das ist bei sehr vielen asta-wahlen der fall gewesen. es gibt kombinationen zwischen dem sds und dem shb (sozialistischer hochschulbund), mit dem lsd (liberaler studentenbund) oder dem hus (humanistischer studentenbu in einzelnen faellen auch mit der esg (evangelische studentengemeinde) oder oben mit allen zusammen. da nun die mitglieder des sds die politisch aktivsten sind, kann durch ihre verbindung mit anderen linksgruppen ihr einfluss in der zukunft wachsen. besonders gross ist diese aussicht dann, wenn der sds, wie etwa in tuebingen, den asta-vorsitzenden stellt.

zwtl: weitere faktoren der ungewissheit

zwei weitere faktoren kommen hinzu, die die politische kategorisierung der deutschen studenten erschweren. einmal sind viele studentische gruppen, auch wenn sie politische ziele vorgeben, politisch indifferent, und niemand kann genau sagen, auf welche seit sie sich im einzelfall stellen werden. zum andern sind - seit altersher - viele deutsche studenten ueberhaupt unpolitisch. ein typisches beispiel bietet dafuer heidelberg, wo keine sichere auskunft darueber gewonnen werden konnte, wie das ergebnis der asta-wahlen politisch zu bewerten sei.

-30-

nach der version des asta war es ein sieg der mitte. es wurden 22 ''parlamentarier'' der mitte, vier der rechten, zwei der linken (sds) und ein auslaender gewaehlt. kenner der politischen verhaeltnisse an der universitaet geben aber ein ganz anderes bild. sie sagen, zur linken muessten ausser den zwei sds-kandidaten 14 der sogenannten unabhaengigen, vier des lsd, zwei der humanistischen union, einer der evangelischen studentengemeinde und ein kandidat vom ''republikanischen klub'' gezaehlt werden. das waeren zusammen 24 ''parlamentarier'' der linken, so dass fuer die rechte nur noch drei kandidaten und zwei unabhaengige uebrigblieben.

so oder so aehnlich lassen sich viele asta-ergebnisse deuten, so dass nicht mit sicherheit gesagt werden kann, ob die studenten rechts oder links stehen. entscheidend haengt es vom astavorsitzenden oder seinem vertreter ab, wobei dann natuerlich nicht allen seine politische zugehoerigkeit, sondern auch seine persoenlichkeit mit ins gewicht faellt.

mit all diesen vorbehalten ergibt sich folgendes bild: zum linken trend neigen die universitaeten von berlin (fu), muenster, tuebingen, kiel, bochum, mannheim, hamburg, goettingen und koeln. einen leichten ''rechtseinschlag'' zeigen die universitaeten bonn, wuerzburg, mainz, hannover, braunschweig, stuttgart, freiburg, erlangen und regensburg. aber auch das kann taeuschen.
folgt studenten drei und schluss
dpa 47/46 js/schm a19.feb 68 1200

dpa 61 al
gerichtliches nachspiel um untergang der griechischen faehre ''iraklion''

athen, 19. februar 68 dpa (korr) - vor dem landgericht piraeus begann am montag das gerichtliche nachspiel um den untergang des griechischen faehrschiffes ''iraklion'' (8922 brt), bei dem am 8. dezember 1966 von insgesamt 283 passagieren und besatzungsmitgliedern 241 den tod fanden. der prozess wird mindestens einen monat dauern. wegen fahrlaessigkeit, pflichtverletzungen und fahrlaessiger toetung sind elf personen angeklagt: drei ueberlebende besatzungsmitglieder der ''iraklion'', fuehrende vertreter der reederei und offiziere der handelsmarine aus dem amt fuer kontrolle der handelsschiffahrt. gegen den 70jaehrigen reeder spyro typaldos, dem die ''iraklion'' gehoerte, wird in abwesenheit verhandelt, da er ins ausland gegangen ist und nicht festgenommen werden konnte.

die ''iraklion'' war seinerzeit auf der fahrt von kreta nach piraeus unweit der aegaeis-insel falkonera gesunken. im untersuchungsbericht der zustaendigen staatlichen stellen war festgestellt worden, dass ein im schiffsrumpf geparkter grosser kuehllastwagen im sturm das einfahrtstor der kraftwagen aufgedrueckt hatte und dadurch wasser in den schiffsrumpf eingestroemt war. die drei angeklagten besatzungsmitglieder, darunter der ladeoffizier, werden wegen schlechter unterbringung und mangelhafter kontrolle der ladung, vor allem des kuehllastwagens angeklagt. dem dritten offizier wird unter anderem vorgeworfen, dass er waehrend des schlechten wetters nicht die geschwindigkeit des schiffes drosselte. den reedern wird mangelhafte ausruestung des schiffes, vor allem des laderaums fuer kraftwagen vorgeworfen. der kapitaen war bei dem untergang der ''iraklion'' ums leben gekommen.
dpa 61 js/pr 19.feb 68 1204

dpa 48/46 id/ku
-31-
studenten drei und schluss (hamburg)
zwtl: es gibt keine unterscheidung zwischen links und rechts

mit der unterscheidung zwischen rechts und links kann man den politischen standort der studenten nicht erfassen. ebenso wie im parlamentarischen raum verschieben sich auch bei ihnen die grenzen man wird der wahrheit naeher kommen, wenn man zwischen radikalen und gemaessigten studenten unterscheidet. dabei wird man als radikale diejenigen studenten bezeichnen, die auf die strasse und auf die ''barrikaden'' gehen, die politische und gesellschaftliche ordnung unseres staates ablehnen und in der marxistischen, maoistischen vorstellung einer ''zukunftsgesellschaft'' gegen alles sind, was diesen staat, von dem sie in erheblichen masse mitunterstuetzt werden, charakterisiert. in ihren unklaren terminologien kommt es ihnen gar nicht zum bewusstsein, dass erst die freiheit unserer staatlichen ordnung ihnen gestattet, fuer systeme zu demonstrieren, die diesen freiheitsbegriff nicht kennen beim wort genommen, verwandeln sich ihre ziele oft in unreife und unausgegorene dialektik.

zu den gemaessigten wird man in erster linie die weltanschaulich gebundenen studenten rechnen koennen, das heisst, die jenigen, die etwa den verbindungen christlicher konfessionen angehoeren, oder die mitglieder schlagender korporationen, die es allerdings weitgehend vermeiden, ueberhaupt in der oeffentlichkeit zu erscheinen. dazu werden im zweifelsfalle alle diejenigen kommen, die unpolitisch und deshalb fuer grundsaetzliche politische veraenderungen ''unbrauchbar'' sind, die sogenannten ''unabhaengigen'' und die grosse zahl derer, die nicht gewaehlt haben. und das ist fast die haelfte der deutschen studenten.

zwtl: einig in der forderung nach hochschulreform

alle deutschen studenten, ob links oder rechts, radikal oder gemaessigt, fuer oder gegen demonstrationen, fuer demokratisches wohlverhalten oder unpolitische passivitaet, sind sich einig in der forderung nach einer tiefgreifenden hochschulreform. sie fordern damit etwas, was kenner der deutschen universitaeten, auch viele professoren, schon seit jahren oder jahrzehnten gefordert haben, ohne freilich bei den regierungen der laender - hochschulen sind laendersache - gehoer gefunden zu haben.

das scheint sich jetzt zu aendern. die rektorenkonferenz unter fuehrung des frankfurter rektors ruegg hat sich zu wort gemeldet. in einzelnen laendern (baden-wuerttemberg und bayern) wird das vielschichtige problem der hochschulreform debattiert, andere werden folgen. eine der grundsaetzlichen fragen aber, wieweit die studenten und der sogenannten mittelbau an der verwaltung der universitaet beteiligt werden sollen oder beteiligt werden muessen bleibt umstritten.

immerhin: es ist ein verdienst der demonstrierenden studenten, die deutsche universitaet - nicht nur ihre studenten sondern auch ihre professoren - aus der immobilitaet herausgerissen haben. (die wahlbeteiligung lag uebrigens bei 50 prozent, frueher zwischen zehn und 20 prozent.) dieses neuerwachte politische interesse sollte fuer eine umfassende hochschulreform genutzt werden. sie sollte allen deutschen studenten in allen laendern die gleichen rechte, pflichten und berufschancen geben. die studenten jedenfalls wollen nicht elf verschiedene laender-hochschulreformen, sondern eine, die fuer alle gilt - und diese moeglichst bald.
dpa 48/46 js/pr 19.feb 68 1210

19.02.1968:
In Berlin lud die AUD zur Großveranstaltung "Strauß oder Dutschke wo liegt unsere Zukunft?" um 20 Uhr im Schultheiß in der Hasenheide mit August Haußleiter ein. Rudi Dutschke sei eingeladen, FJS vermutlich nicht.
Q: AUD: Strauß oder Dutschke wo liegt unsere Zukunft?, Berlin O. J. (1968)

Wie soll es weitergehen?

Unruhe an den Universitäten, Demonstrationen, Notstandsplanung und Korruption in Bonn, immer mehr Rüstung und immer weniger Sozialleistungen, „Wirtschaftsbelebung" durch katastrophale Verschuldung —

wie geht es weiter?

Besuchen Sie die Großveranstaltung der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)

am Montag, dem 19. Februar 1968,
um 20.00 Uhr
im großen Saal des „Schultheiß in der Hasenheide", Bln. 61, Hasenheide 23

Es spricht

August Haußleiter
stellv. Vorsitzender der AUD

zum Thema

Strauß oder Dutschke

wo liegt unsere Zukunft?

Eintritt frei! Diskussion!

(Herr R. Dutschke ist eingeladen)

AUD Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher

Landesverband Berlin - 1 Berlin 42 - Attilastraße 109

Druck O. M. Berlin Verantwortlich H. Alfes

19.02.1968:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Freiheit für die nichteuklidische Geometrie" als satirische Antwort auf den Fragebogen, der Hochschullehrern für die Vorlesungsankündigung zugeschickt worden sei.
Q: Stöhr / Tippe: Freiheit für die nichteuklidische Geometrie, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

FREIHEIT FÜR DIE NICHTEUKLIDISCHE GEOMETRIE

Für die Vorlesungsankündigungen wurde den Hochschullehrern ein Fragebogen zugeschickt, in dem man u.a. wissen wollte, in welcher Weise die betreffende Lehrveranstaltung "Bewußtsein" bilde und sich gesellschaftlich auswirke. Die folgende Dokumentation und der angefügte Aufruf wollen dazu beitragen, einem hier offenbar schmerzlich empfundenen Mangel abzuhelfen.

Aus zuverlässiger Quelle sind uns folgende Äußerungen Euklids bekannt geworden, die bezeichnend sind für die Zustände an den Hochschulen.

> Man sagt, Ptolemäus habe ihn einmal gefragt, ob es nicht bei geometrischen Dingen eine kürzeren Weg als den durch die "Elemente" gebe, er aber erteilte den Bescheid, zur Geometrie hin gebe es keinen geraden Pfad für Könige.- Als einer seiner Schüler die Vorfrage stell welchen Nutzen ihm das Studium der Geometrie bringen würde, sagte Euklid zu einem Sklaven, er möchte doch dem jungen Mann einige Geldstücke in die Hand drücken, denn dieser sei genötigt, Nutzen aus der Wissenschaft zu ziehen.

ENTEIGNET EUKLID !!

(Verantwortlich: A. Stöhr, J. Tippe)

WIR STELLEN FEST:

- Euklid widersetzt sich hartnäckig jeglicher Straffung des Unterrichtsstoffes und verschließt sich damit den Erfordernissen einer längst überfällig gewordenen Studienreform.
- Über die gesellschaftspolitische Notwendigkeit eines rational auf ein Berufsziel gerichteten Studiums geht er mit der seinem Stande eigenen Selbstherrlichkeit hinweg.
- Die von ihm angebotene finanzielle Beihilfe stellt in ihrer entwürdigenden Form eine ungeheuerliche Provokation aller Stipendienempfänger dar.

WIR PROTESTIEREN FEIERLICH!

Wir lassen uns durch Scheingefechte zwischen den etablierten Vertretern der Wissenschaft und höchsten Regierungsstellen nicht länger Sand in die Augen streuen. Euklid hat nun endgültig seine Maske fallengelassen. Seine starrköpfige Absage gegenüber allen Reformbestrebungen beweist, daß er und die von ihm vertretenen privilegierten Schichten zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind und daß jeder Fortschritt in der Geometrie nur durch gezielte Aktionen des progressiven Flügels der Studentenschaft erkämpft werden kann. Wer die Geometrie in Ordnung bringen will, muß zuerst einmal die Gesellschaft in Ordnung bringen. Da unter dem gegenwärtigen System wissenschaftliche Geometrie nicht möglich ist, da die herrschenden Kreise zu einer kritischen Selbstanalyse nicht bereit sind, treten wir ein für eine Umstrukturierung der Gesellschaft! Getragen vom demokratischen Willen aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte muß die Herrschaft Euklids in der Mathematik ersetzt werden durch die erhabenen Ideen von MARX, MAO, MARCUSE.

WIR FORDERN DESHALB:

- Die Aktionseinheit aller Betroffenen,
- Solidarität mit unseren antiken Kommilitonen,
- Gleichberechtigung für die nichteuklidische Mathematik,
- Mitbestimmung aller nichteuklidischer Kräfte in Universität und Gesellschaft,
- Vollversammlungen, Protestmärsche und Sit-ins, um - notfalls auch mit Gewalt - die bevorzugte Aufnahme nichteuklidischer Theorien in den Lehrplan zu erzwingen,
- Schaffung eines nichteuklidischen Bewußtseins in der durch die Springer-Presse systematisch fehlinformierten Westberliner Bevölkerung

MORGEN DISKUSSIONSABEND!! Gezeigt wird ein Lehrfilm zum Thema "Legitime demokratische Methoden der antieuklidischen Opposition"

20.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SAALA-Flugblatt Nr. 4 (vgl. 18.2.1968, 21.2.19968) mit dem Aufruf zur Ausländer-Vollversammlung um 20 Uhr, wo ein Brief eines Provisorischen Komitees vom 17.2. erwähnt wird, der zum 19.2.1968 zu einer VV einlud.
Q: SAALA: Flugblatt Nr. 4, O. O. (Heidelberg) 20.2.1968

AUSLÄNDER ZUR VOLLVERSAMMELUNG
VOM DIENSTAG,20.2.1968,2000 h
Hörsaal 13, Neue Uni

SAALA(1968.2.18)
Flugblatt Nr.3

Wie es schon bekannt ist, beruft der AStA eine Vollversammlung der ausländischen Studierenden DIENSTAG(20.2.1968) um 2ooo h in HS 13 ein. Der AStA wurde mit der großen Mehrheit im Teach-in vom 5.2.68. beauftragt, diese VV einzuberufen. Zum großen Teil waren die Anwesenden an diesem Abend des Teach-in ausländischen Studenten.
Da die Nationenvertreter vom Akademischen Auslandsamt nicht für politischen Zweck,oft auf undemokratischer Weise bestimmt worden sind, können sie die Interessen der ausl. Studierenden nicht angemessen vertreten. Noch weniger legitimiert ist der Bruchteil von ihnen, das sog. Provisorische Komitee, eigenmächtig eine VV der Ausländer einzuberufen. Das kann nur AStA, im Auftrag von den ausl. Stud selbst (etwa von dem Teach-in vom 5.2.) machen.
In dieser VV vom DIENSTAG soll die Vertretung der ausl. Stud im Rahmen der allgemeinen Studentischen Vertretung an der HD Uni erörtert werden. Durch die Abschaffung des Auslandsreferats von Studentischen Parlement ist dieses Problem der Vertretung der ausl. Studenten besonders akut geworden.
Nach dem Teach-in vom 5.2. müßte es den ausl. Stud. klar sein, daß sie dringend eine eigne Vertretung brauchen, die ihr Interesse wahrnimmt. Um diese Ziele zu erreichen, ist es nutzlich miz unseren deutschen Komilitonen bzw. AStA zusammenzuarbeiten (z.B. Der von VV vorzuschlagende Auslandsreferent muß von StP zugestimmt werden). Daß auch die deutsche Komilitonen ihrerseits an die Angelegenheiten der ausl. Studenten interessiert sind, zeite sich als sie auch zu dem Teach-in am 5.2. zahlreich erschienen. Die Anwesenden Ausläander am Teach-in waren sich der Forderung nach eigner Vertretung und der Zusammenarbeit mit dt. Stud. sehr bewußt. So haben sie auch die Resolution zur Einberufung von VV für DIENSTAG verabschied.
SAALA ist nicht der Meinung, daß eine Diskussion solcher VV über die Angelegenheiten der ausl. Stud. hinter den verschlossen Türen staattfinden sollte, so daß lediglich die ausl. Studenschaft (mit irgendwelchen scheinheiligen Mitteln von "gültigen" Ausweisen!) zugelassen wären! Freunde! Die Öffentlichkeit muss hergestellt werden. Öffentliche Diskussion muss sein.
In der VV von DIENSTAG sind daher auch die deutschen Kommilitonen herzlich eingeladen. ALSO bis DIESTAG, um 2oooh. HS 13.

SALUTE!

20.02.1968:
In Berlin verfassen die Asten von FU, PH und Kirchlicher Hochschule (KiHo) sowie die Studentenvertretung der TU eine Presseerklärung zur morgigen Freiheitskundgebung bzw. zur Vietnamdemonstration vom 18.2.1968, die auch als Flugblatt "Nicht unsere Demonstration" verbreitet wird.
Q: AStA FU, AStA PH, AStA KiHo, SV TU: Presseerklärung In den letzten Wochen…, Berlin O. J. (1968); AStA FU, AStA PH, AStA KiHo, SV TU: Nicht unsere Demonstration - zwei Versionen, Berlin 20.2.1968

20.2.68

TECHN. UNIVERSITÄT BERLIN
STUDENTENVERTRETUNG
Sekretariat
21. 3. 1968
Vert. | ges. | erl.

P R E S S E E R K L Ä R U N G

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:
- am 19. Dez 1967 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in de die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten,
- von seinem Werbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnam-konferenz und Vietnam-Demonstration wollter er verbieten: alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuc die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Bittgänge um Investitionen hatteh keinen Erfolg; die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung v den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpress in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der außerparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, ver-sucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: vor der durch die Springer-Presse aufgehetzten Bevölkerung sollen die verheerenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folgen der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitzeund das Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Sonat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so brauchte er jetzt nicht in großangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren, Man säne dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Würden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gäbe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Vernichtung des vietnamesi-schen Volkes durch die Amerikaner. Dadurch, daß der Senat auf den Inh der Demonstration nicht eingeht und stattdessen Hetze gegen die außer-parlamentarischem Opposition betreibt, verhindsrt er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevolkerung über den Befreiungskampf des vietnamischen Volkes.

AStA FU
AStA PH
AStA KiHo
Studentenvertretung TU

F.d.R.

(Johann-Wolfgang Landsberg)
- 1. AStA-Vorsitzender -

AStA der FU
1 Berlin 33
Garystr. 20

E0702
20.2.68

NICHT
unsere DEMONSTRATION

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:

- am 19.Dezember 67 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in der Lage, die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten,
- von seinem Werbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnamkonferenz und Vietnam-Demonstration wollte er verbieten: Alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Bittgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpresse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der ausserparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: Von der durch die Springer-Presse aufgehetzten Bevölkerung soll die verheerenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folger der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitze und das Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Senat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so brauchte er jetzt nicht in grossangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren. Man sähe dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Würden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gäbe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Vernichtung des vietnamesischen Volkes durch die Amerikaner Dadurch, dass der Senat auf den Inhalt der Demonstration nicht eingeht und statt dessen Hetze gegen die ausserparlamentarische Opposition betreibt, verhindert er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevölkerung über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

AStA Freie Universität
AStA Pädagogische Hochschule
AStA Kirchliche Hochschule
Studentenvertretung Technische Universität.

f.d.R. Reiner Wethekam

(Reiner Wethekam)
1.Vors. Stud-Vertr.TUB

20.2 68

NICHT UNSERE DEMONSTRATION

PRESSEERKLÄRUNG vom 20.2.1968

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:
- am 19. Dez. 1967 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in d Lage, die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworte
- von seinem Werbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnamkonferenz und Vietnam-Demonstration wollte er verbieten: alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Bittgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpresse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der außerparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: vor der durch die Springer-Presse aufgehetzten Bevölkerung sollen die verheerenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folgen der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitze und des Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Senat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so brauchte er jetzt nicht in großangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren. Man sähe dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Würden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gäbe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Vernichtung des vietnamesischen Volkes durch die Amerikaner. Dadurch, daß der Senat auf den Inhalt der Demonstration nicht eingeht und stattdessen Hetze gegen die außerparlamentarische Opposition betreibt, verhindert er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevölkerung über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

AStA FU
AStA PH
AStA KiHo
Studentenvertretung TU

20.02.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis "Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland" der Kritischen Universität (KU) ein zur Diskussion mit Helmut Ridder über das Thema "Progressive verfassungsrechtliche Deutungen zum Problem des Sozialstaats" um 20 Uhr in der Jur Fak der FU.
Q: KU: Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

"Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland"

Trotz des Semesterschlusses ist die Kritische Universität in Aktion. Der Arbeitskreis "Rechtsstaat und Demokratie in DeutschLand" diskutiert am Dienstag dem 20. Februar '68 im Raum 206 JurFak 20 Uhr c.t mit Professor

H E I M U T R I D D E R ,

aus Gießen über das Thema "Progressive verfassungsrechtliche Deutungen zum Problem des Sozialstaats".

Dienstag 20.2.'68 20 Uhr c.t. Raum 206 JurFak

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

20.02.1968:
Vermutlich an der Architekturfakultät der TU Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt, das den Aufruf der Aktion demokratisches Berlin zur Freiheitskundgebung am 21.2.1968 dokumentiert und darauf hinweist, dass dieser auch von Professor Werner Düttmann unterzeichnet worden sei.
Q: N. N.: Unter der Überschrift…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Unter der Überschrift: "Wir wollen sagen, wofür wir sind" (Schütz - Zitat) erschien in der BZ am Dienstag, den 20.2 folgender Aufruf der "Aktion demokratisches Berlin":

Aufruf an die Bevölkerung des freien Berlin.
Wir wollen der Welt die Wirkliche Meinung der Berliner zeigen. Wir demonstrieren

für die parlamentarische Demokratie - gegen Rätediktatur, Linksfaschismus und Rechtsfaschismus

für die Freiheit in gesetzlicher Ordnung - gegen Strassenterror und Anarchie

für die Achtung der Meinung der Minderheit - gegen die Intoleranz von selbsternannten Eliten

für die Erweiterung der Demokratie an der Hochschule gegen die Bedrohung der Freiheit von Lehre und Forschung

für die gesunde politische und wirtschaftliche Zukunft Berlins - gegen die Propagierung eines dritten deutschen Staates Westberlin

für die Erhaltung der deutschen Nation - gegen Separatisten und politische Rückversicherer

für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung in aller Welt - gegen Illusionen und politischen Selbstmord

Es bleibt bei dem Wort Ernst Reuters:
Frieden ist nur in Freiheit möglich.

Unterzeichnet unter anderem auch von Herrn Professor Werner Düttmann, Professor an der Fakultät der Architektur der TU Berlin

20.02.1968:
Die Fachschaft Architektur der TU Berlin verfasst vermutlich heute ein Flugblatt "Offener Brief an Professor Werner Düttmann", das den Aufruf der Aktion demokratisches Berlin zur Freiheitskundgebung am 21.2.1968 dokumentiert und darauf hinweist, dass dieser auch von Düttmann unterzeichnet worden sei.
Quelle: TU FS Arch: Offener Brief an Professor Werner Düttmann, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

OFFENER BRIEF AN PROFESSOR WERNER DÜTTMANN

"Wir wollen sagen, wofür wir sind": unter dieser Überschrift erschien am 20. Februar ein von der "Aktion demokratisches Berlin" initiierter "Aufruf an die Bevölkerung des freien Berlin". Er war unterzeichnet unter anderem von zwei Architekten, Frau Dipl-Ing Kressmann-Zschach und Ihnen, Herr Professor Düttmann; beide verfügen dem Vernehmen nach über ein Auftragsvolumen von mehreren hundert Millionen in Westberlin.

Es interessiert uns als Studenten nicht, was Sie, Herr Prof. Düttmann, als Architekten veranlasst haben mag, diesen Aufruf mit zu unterzeichnen; uns interessiert, was Sie als Professor bewogen hat, einen Aufruf gegen eine Bewegung der ausserparlamentarischen Opposition, die auch von Studenten getragen wird, zu unterschreiben.

Der Aufruf spricht von Rätediktatur, Linksfaschismus, Strassenterror und Anarchie; historische Schlagworte, die ihre Wiederbelebung durch die Springerpresse erfuhren und die einem hilflosen Senat in einem einzigartigen Verdrängungsprozess zur Legitimation politischer Ersatzhandlungen dienen.

Sie dürften aufgrund Ihrer Tätigkeit als Professor und durch den Kontakt mit Studenten wissen, dass die politische Lüge, mit deren Hilfe die ausserparlamentarische Opposition als Gefahr für die demokratische Grundordnung dargestellt wird, als Instrument zur Diffamierung politisch Andersdenkender benutzt wird.

Sie treten in dem von Ihnen unterschriebenen Aufruf ein:

für parlamentarische Demokratie
Meinen Sie, die konzertierte Aktion von Springer und Senat unter Berufung auf eine von ihnen manipulierte Volksmeinung sei eine mögliche Grundlage parlamentarischer Demokratie? Halten Sie die berliner Polizei- und obrigkeitsstaatlichen Praktiken für ein legitimes Ausdrucksmittel Parl.Demokratie?

für Freiheit in gesetzlicher Ordnung
Meinen Sie, dass Notstandsgesetze, berliner notstandsmassnahmen und Versammlungsgesetze à la Schütz keine Verstümmelung der Freiheit bedeuten und es legitim ist, ein unabhängiges Gericht als gewissenlos und unverantwortlich zu bezeichnen?

für Achtung der Meinung der Minderheit
Meinen Sie, dass Polizeiterror, Progrom und Volksjustiz geeignete Formen der Achtung der Meinung Andersdenkender sind?

für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung in aller Welt.
Meinen Sie, dass Völkermord das geeignete Mittel ist, diesen Völkern Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zu garantieren?

Herr Professor Düttmann, Sie haben sich politisch exponiert mit einem Aufruf, der sich auch gegen Ihre Studenten richtet. Wir halten das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden durch die bestehenden Unklarheiten für gestört und bitten Sie, unsere Fragen zu beantworten:

Wir wollen wissen, wofür Sie sind, Herr Professor Düttmann!

FACHSCHAFT ARCHITEKTUR

Unter der Überschrift:"Wir wollen sagen, wofür wir sind" (Schütz - Zitat) erschien in der BZ am Dienstag, den 20.2 folgender Aufruf der "Aktion demokratisches Berlin":

Aufruf an die Bevölkerung des freien Berlin.
Wir wollen der Welt die Wirkliche Meinung der Berliner zeigen. Wir demonstrieren

für die parlamentarische Demokratie - gegen Rätediktatur, Linksfaschismus und Rechtsfaschismus

für die Freiheit in gesetzlicher Ordnung - gegen Strassenterror und Anarchie

für die Achtung der Meinung der Minderheit - gegen die Intoleranz von selbsternannten Eliten

für die Erweiterung der Demokratie an der Hochschule gegen die Bedrohung der Freiheit von Lehre und Forschung

für die gesunde politische und wirtschaftliche Zukunft Berlins - gegen die Propagierung eines dritten deutschen Staates Westberlin

für die Erhaltung der deutschen Nation - gegen Separatisten und politische Rückversicherer

für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung in aller Welt - gegen Illusionen und politischen Selbstmord

Es bleibt bei dem Wort Ernst Reuters:
Frieden ist nur in Freiheit möglich.

Unterzeichnet unter anderem auch von Herrn Professor Werner Düttmann, Professor an der Fakultät der Architektur der TU Berlin

21.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SAALA-Flugblatt Nr. 5 (vgl. 20.2.1968, 28.2.19968) mit dem Aufruf zur Veranstaltung "Songs und Anderes aus vielen Ländern von Studenten und Arbeitern" am 23.2.1968 mit Juan und Jose aus Spanien, Nicos und Fuenko aus Griechenland und Kamerun, Hugh Bobb aus Trinidad und Anderen.
Q: SAALA: Flugblatt Nr. 5, O. O. (Heidelberg) 21.2.1968

Politische

Songs und Anderes Aus Vielen Ländern von Studenten und Arbeitern

SAALA(1968.2.21)
Flugblatt Nr.5

Veranstalter: SAALA, Kulturreferent AStA
Zeit: 23.2.68 (FREITAG) !!!!
Ort: Alte Aula der Uni, Uni Platz

XXX XXX XXX XXX XXX XXX XXX XXX XXX XXX

I. Lernen Sie die andere Seite der Ländern der Welt kennen! und zwar aus politischer Sicht. Es wird ein Abend, der erstmälig in Heidelberg veranstaltet wird. Mit diesem Abend wollen wir zum Ausdruck bringen, daß die Kultur eines Volkes von der Politik n i c h t getrennt werden kann oder darf.
Unsere Welt ist keine Welt von satten Bäuchen; unsere Welt ist, überwiegend, eine Welt von hungernden Menschen. Usere Welt ist keine wo Menschen frei wären; unsere Welt ist eine Welt, wo Terror und Repression herrschen. Man kann und darf nicht darüber hinwegsehen. Ja, wir meinen, man kann heutezutage und hierzulande nicht engagiert genug arbeiten, sich kulturell betätigen. (Wir kritisieren die sich neutral ausgebende Wissenschaft, die nicht von Engagement wissen will, die aber ihre Kenntnisse doch irgendwie kommerziell verkauft!)

UNSERE SONGS UND ANDERES SIND VON VORNEHEREIN ENGAGIERTE! Wir versuchen die politische Notlage vieler Länder durch Lieder und Geschichte auszudrücken und Stellungen offen nehmen!

II. SAALA und Kulturreferent vom AStA werden den Grossen Teil der Einnahme aus der Abendveranstaltung den ausl. Stud. in ihrer organisierten Selbstverwaltung zugute kommen lassen. Den politisch bzw. finanziell in Schwierigkeit geratenen ausl. Stud. sollen damit geholfen werden. Die Verständigung zw. ausl. und dt. Stud. soll auf politischer Ebene (jedenfalls nicht lediglich folklorischer) mit diesen Geldern gefördert werden.

III. Es singen
JUAN/ JOSE aus Spanien
NICOS/ FUENKO aus Griechland und Kamaron
HUGH BOBB/ aus Trinidad
und über zehn andere Nationen.

Abendkasse zu 2.- DM und 3.-DM

21.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Vom Protest zum Widerstand" zum Vietnamkongreß in Berlin.
Q: SDS: Vom Protest zum Widerstand, Heidelberg O. J. (1968)

21.Oc.68

VOM PROTEST ZUM WIDERSTAND

Als das Berliner Verwaltungsgericht in der Nacht von Samstag auf Sonntag das Demonstrationsverbotdes Senats aufhob, war der Plan schon ausgearbeitet, wie die Polizeiketten der Schütz-Neubauer u.Co. zu durchbrechen seien. Die 1o ooo Teilnehmer der International Vietnam Konferenz, die aus allen Teilen Europas und der USA kamen, waren bereit,sich in den Seitenstrassen des Kurfürstendamms zu samme und den Durchbruch auf die angemeldete Demonstrationsroute zu versuc Gleichwohl war nach der Aufhebung des Demonstrationsverbots die Erle terung darüber zu spüren,die Kampfansage des Berliner Senats zur Off nen Strassenschlacht nicht annehmen zu müssen.Offensichtlich war, da die Provokation ,die von Schütz, Lücke und den Länderinnenministern ausgeheckt war, Vorwände für ein Verbot des SDS liefern sollte.Masse lager für die"Unterbringung" von Demonstranten war von Polizei und Behörden vorbereitet. Die Massnahmen waren derart, dass selbst Alber sich distanzierte.

Schütz blieb auch nach der Bestätigung der Illegalität seines Vorgeh auf dem Standpunkt der Gewaltandrohung.Heute wird er zusammen mit den herrschenden Parteien das von Springer aufgebaute Gewaltpotential de Berliner Frontstadtbevölkerung in einer Grosskundgebung dronend vor- zeigen.Mit der Bundestagsdebatte über die "unruhige Jugend" ist diese Politik des Zuschlagens bereits legitimiert.Auch schon während der Vi nam Demonstration machten sich Schlägertrupps zu privaten Exekutoren dieser Politik. Die Unzufriedenheit und Aggressivität der Manipulier- ten entlädt sich zuerst gegen diejenigen ,die ihre gesellschaftlichen Ursachen artikulieren.Die Gewalt richtet sich zuerst gegen diejenige die die Gewalt der Herrschenden angreifen.Wir können dieser Phase nic aus dem Weg gehen, sondern müssen durch Disziplin und Selbstorganisa- tion eine Antwort darauf finden, wie es schon in Berlin zunächst in- stinktiv von den Demonstranten praktiziert wurde.

In der gegenwärtigen Situation wird es für die studentische Oppositio zur Existenzfrage, sichtbar zu machen, dass es ihr nicht um die Befre ung einer privilegierten Minderheit geht, sondern um die Kritik an ei nem System, das nicht nur in Vietnam Leid und Unterdrückung erzeugt. So muss aufgezeigt werden, dass die Stillegungsprämien, die für 1o tau sende von Bergarbeitern den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten, in Afrika zu profitablerer Ausbeutung angelegt werden.Es muss aufgezeigt werden, dass diese Gesellschaft sich nur durch Destruktion und geplan ten Verschleiss gewaltiger Produktivkräfte erhält!Der defromierten Pr duktion entspricht die Manipulation der menschlichen Bedürfnisse und die Verhinderung der freien Entfaltung der Individuen. Die Wohlstands- gesellschaft, die gewaltiger Rüstungsausgaben zu ihrer Stabilisierung bedarf, ist unfähig, Bildungsinvestitionen zu leisten, die das Bildung privileg aufheben könnten.Die Konjunktur und die Laune der Arbeitender kann nur am Rande des Krieges und des Terrors im Innern aufrecht erhal ten werden.

Vom Protest zum Widerstand, diesen Übergang markierte die Berliner Vietnam-Konferenz. Die Erfolge des Vietcong und die drohende Gefahr einer atomaren Verzweiflungsstrategie der USA in Vietnam machen ihn dringend. Dabei müssen wir einsehen, dass unsere Proteste dem Vietcong weniger geholfen haben als seine Erfolge unseren Protesten. Unterstützung können wir nur leisten, wenn wir die Ursachen von Krieg und Unterdrückung in den Industriemetropolen selbst angreifen.
Der Zusammenhang zwischen unserem System und den unterentwickelt gehaltenen Ländern lässt sich an der Rolle der NATO darstellen. Die Verwendung von NATO-Plänen und NATO-Potential beim Putsch in Griechenland, im Rahmen der Kolonialpolitik Portugals sind beredte Beispiele. Pläne existieren für die Einordnung des afrikanischen Kontinents in den NATO-Bereich. In der Bundesrepublik werden amerikanische Truppen f den Vietnam-Krieg ausgebildet (Rangerausbildungslager im bayrischen Wald u. in der Nähe des Tegernsees), und von der Bundeswehr werden Tru pen des griechischen Obristenregimes ausgebildet. Es ist die Aufgabe studentischen Opposition die Rolle der NATO und der Militärmaschinen im Zeitalter der Koexistenz überhaupt zu analysieren und eine adäquat Praxis zu entwickeln. Wir müssen versuchen, der Internationale der Ge walt ins Geschäft zu pfuschen. Wir müssen gegen Truppentransporte nac Vietnam demonstrieren und die Produktion und den Versand chemischer Kampfstoffe deutscher und amerikanischer Firmen in der BRD zu verhindern. Voraussetzung solcher Aktionen ist die Aufklärung der Bevölkeru und die Verhinderung des täglichen Flächenbombardements des Springer-Konzerns, das bereits Millionen den Verstand gekostet hat.

Man mag mit Recht einwenden, das Potential der studentis hen und auss parlamentarischen Opposition sei zu schwach, dies zu leisten. Künftig Aktionen müssen daher exemplarisch wirken und der passiv gehaltenen Bevölkerung eigene Handlungsmöglichkeiten aufweisen. Die feindseelige Haltung der lohnabhängigen Bevölkerung erklärt sich auch daraus, dass unsere Aktionen häufig den Handlungsspielraum der Manipulierten überstiegen. Sie mussten sich provoziert fühlen, obwohl wir doch nur die eingeübten Normen, die verinnerlichte Autorität, provozieren wollten. In dem Masse aber, indem die herrschende Autorität verunsichert wird und in hilflosen Reaktionen ihr wahres Gesicht zeigt, kann auch die Identifikation mit ihr durchbrochen werden. Dies ist ein langer Weg, er muss jetzt begonnen werden. Er kann sicher im jetzigen Zeitpunkt besser begonnen werden als nach Verabschiedung der Notstandsgesetze und besser als nach Vollendung der Disziplinierungsbemühungen durch das Hochschulgesetz.
Wer das hysterische Geschwätz der Parlamentsdebatte über die Unruhe in der Jugend sich angehört hat, wird uns zugeben müssen, dass wir gute Aussichten haben, auch ans ziel zu gelangen. Die Herrschenden sind unfähig unsere Opposition zu analysieren. Würde es ihnen aber gelingen, sie exakt zu analysieren, müssten sie den undemokratischen Charakter der von ihnen geschaffenen Verhältnisse selber bestätigen.

V E N C E R E M O S !

SDS- Heidelberg

21.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute ein Flugblatt von Kurt Berna mit einem Artikel des 'Tages-Anzeiger' (Schweiz), in dem der SDS mit Hitler gleichgesetzt wird.
Q: Berna, K.: Versuch, Berlin in ein Saigon zu verwandeln, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Versuch, Berlin in ein Saigon zu verwandeln

Internationaler Vietnamkongress und Demonstration am Ku-Damm / Von Hugo Leber

Mit einer grossen Demonstration protestierten am Sonntagnachmittag die Teilnehmer des Internationalen Vietnamkongresses, der am Samstag in Berlin begonnen hatte, gegen die amerikanische Kriegführung in Südostasien. In der Nacht zum Samstag waren 42 Personen – darunter Peter Brandt, der Sohn des Aussenministers – beim Plakatekleben verhaftet, aber nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts, der das Verbot der Demonstration aufhob, wieder freigelassen worden. Die Demontration – Schätzungen variieren von 8000 bis 20 000 Teilnehmern – verlief ruhig.

Berlin, 18. Febr. Ansichtskarten, buntfarbig, eine Berliner Szenerie zeigend, zum Beispiel das Europa-Center mit Hochhaus – Ansichtskarten können politisch sein: In die Farbenpracht, wo sonst mit grossen Lettern Berlin steht, hatte man den Namen »Saigon« eingedruckt. Solche Karten wurden am Samstag in der Technischen Universität (TU) in Berlin verkauft. In den Gängen und Hallen vor dem neuen Auditorium Maximum der TU waren Stände mit revolutionärer Literatur, Plakaten, die Ho Chi Minh zeigen, Mao und vor allem Ché Guevara. »Ché«, wie er von den jungen Revolutionären familiär genannt wird, ermordet vor einigen Monaten in Bolivien, ist der Gott der Rebellen, die, unzufrieden mit unserer Zeit und unserer Gesellschaft, die Worte des früheren kubanischen Guerillo als Aktionsbibel verstehen. Viele Vietnams müssten geschaffen werden, um den Imperialismus endlich in die Knie zu zwingen, hatte Guevara gesagt. Und so haben es die Schüler seiner Revolution verstanden. Vietnam war der Grund zu einem grossen internationalen Kongress am Samstag in Berlin; aber Vietnam war in vielerlei Beziehung nur der Vorwand.

Demonstration von Verwaltungsgericht doch noch gebilligt

Vom »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS), von den »Falken«, dem »Liberalen Studentenbund«, der »Humanistischen Studentenunion« und anderen linksgerichteten Clubs, die Namen wie »Lila Eule« und »Egalité-Club« tragen, wurde der Kongress organisiert. Die Veranstaltung war bewilligt worden, der Rektor der TU hatte das Auditorium Maximum freigegeben; die vorgesehene Demonstration auf den Strassen Berlins hatte der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Schütz, verboten. Die Studenten wollten dennoch demonstrieren, trotz dem Verbot, und so erwartete man für den Sonntag Schlägereien zwischen Polizei und Demonstranten. Beim Verwaltungsgericht wurde von den Studenten eine Klage eingereicht, das Verbot der Demonstration sei verfassungswidrig. In den Abendstunden des Samstags gab das Gericht den Studenten recht. Schütz musste das Urteil des Gerichts befolgen, die Studenten gingen am Sonntag auf die Strasse.

Ueber 10 000 mögen es gewesen sein, nicht nur Studenten, die sich beim *Olivaer-Platz* gegen 14 Uhr versammelten und dann über den *Kurfürstendamm* und die *Joachim-Friedrich-Strasse* zur *Deutschen Oper* marschierten. Sie zogen zur Oper, an den 2. Juni erinnernd, als die Polizei mit Knüppeln Demonstranten niederschlug und der Student Benno *Ohnesorg* von einem Polizisten erschossen wurde. Vietcong-Fahnen, Transparente, Plakate mit verzerrten Gesichtern darauf, verwundet von Napalm-Bomben, dazu Bilder von Che, Ho Chi Minh, *Lenin*, *Trotzki*, den Vätern der Revolution. Die Studenten schirmten sich selber ab, hatten sich eingehängt, und wie die *Zengakuren* in Japan, sprangen sie rhythmisch immeer wieder vorwärts zu den Rufen »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh«. Ueber der Stadt amerikanische Helikopter, und wenn sie über den Demonstrationszug einschwenkten, schrie man ihnen entgegen: »Nastern gehoben und die hielten die Fahnen im Wind.

Entlang der Strassen standen wenig Leute, und die Aufforderungen, in den Demonstrationszug einzutreten, belächelten sie. Flugblätter wurden nur flüchtig gelesen, auf denen zum Beispiel stand: »Sie sagen: Vietnam ist weit. Und Sie sagen: Was geht uns das an. In Vietnam führt Amerika aus Machtinteressen einen ungerechten, schmutzigen Krieg. Es geschehen grauenhafte Verbrechen im Namen der Freiheit. Ein Volk wird erschlagen, das frei sein will. Wer Verbrechen schweigend duldet, wird mitschuldig.« In den Seitenstrassen stand die Polizei mit Spritzkanonen und Ueberfallwagen. Sie hielt sich zurück, war freundlich.

Delegationen aus dem Ausland

Delegationen linksgerichteter Studentengruppen kamen von überall her. Auf der Autobahn nach Berlin wollten sie einen *Konvoi bilden*. Diese demonstrative Fahrt am Samstag haben die *Behörden der DDR* zum Teil verhindert. An den Kontrollposten verlangte man keine Gebühren für die Durchfahrt durch die DDR, aber Grenzpolizisten untersuchten die Autobusse und Privatwagen. Nicht geschlossen kamen sie vor der TU an, sondern tropfenweise. Auch der *Zürcher FSZ (Fortschrittliche Studentenschaft Zürich)* hatte eine Delegation entsandt, sowie andere Universitäten und Organisationen in Europa.

An der Stirnwand des Auditoriums in der TU hing eine grosse *Vietcong-Fahne*, rot und blau die beiden Felder, ein gelber Stern darin und die Schrift: »Für den Sieg der vietnamesischen Revolution. Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.« Man versuchte wenigstens, ein Revolutionsbewusstsein zu schaffen. Die rund 4000 Kongressteilnehmer hörten Referate genicht alle Kongressteilnehmer zu fassen, auf Stiegen und Gängen lagerten sie, hörten die Referate über Lautsprecher. Sie lagerten auf den Wolldecken, müde von der Reise, mit geröteten Augenlidern oft: ein »Sit-in« zwischen Betonstützen, unter hellem Neonlicht, wie es sich für eine technische Universität gehört. Viele Männer in Jeans, pilzköpfig oder intellektuell kurz geschoren, die Mädchen in Hosen oder Minirock. Diese Revolution der Jungen – sie ist nicht *ohne Charme*. Vor den Bildern chés, Maos und Ho Chi Minhs sassen oder standen sie, gelassen, hin und wieder klatschend, wenn eine Sentenz der Vortragenden ihre eigene Meinung bestätigte. Auch für Mütter war gesorgt. Es gab einen *Kindergarten*, wo SDS-Leute mit dem Nachwuchs der Revolutionäre spielte: zum *Blutspendedienst* für den Vietcong wurde man aufgerufen, mit Sammelbüchsen gingen einige durch die Menge, man konnte für ein Maschinengewehr spenden. In der Vorhalle hingen Transparente, offensichtlich vom Kommunarden *Teufel* geschrieben, der friedlich und lebend mit Lockenkopf und in blauem Rollkragenpullover Revolutionsliteratur verkaufte: »Lasst dem Schütz die Gräten – es reicht, wenn wir ihn treten –, nur die Macht den Räten«.

Gegen 12 Uhr nachts, noch immer dröhnten die Referate aus dem Lautsprecher, war der Boden in den Vorhallen mit Zeitungen überlegt. Springer machte sein Geschäft, auch bei jenen, die eine Plakette mit der Aufschrift: »Enteignet Springer« trugen. Die Springersche »Welt am Sonntag« mit den ersten Berichten vom Kongress fand guten Absatz. Später dann, gegen ein Uhr, sah man die Jungen an den Bushaltestellen stehen, im leichten Schneegestöber, mit Decken, Koffern, am Ernst-Reuger-Platz. Die Revolutionäre waren müde geworden.

Vormittags um 11 Uhr hatte der Kongress begonnen. Ausgeblieben waren die angekündigten angesehenen Philosophen der Linken, *Ernst Bloch* und *Jean-Paul Sartre*. Vom blossen Protest gegen den Völkermord und den

Rudi Dutschke

imperialistische
Vietnam müss
stand übergeh
fang. Und auf
die revolutionä
sich dann die
direkt den Kri
den Aufbruch
dem Kolonialis
rung der gesel
se im Westen.
Die Strasse
Massenmedium
worden, meint
Weiss; Presse
in den Händen
schern und L
nacht stiegen
aufs Podium u
ihre Einberufu

Brandts Sprö

Beim Rathau
Barrikaden b
sche Truppen
US-Wohnviert
verhaftete Pla
nacht, darunte
senministers W
3000 Polizister
Und Klaus Sc
der die Entsch

Berliner Slogans

Auf Transparenten und in Sprechchören der Demonstranten hiess es:

Ho, Ho, Ho Chi Minh!

Amerikaner raus aus Vietnam!

Ledernacken – Koffer packen!

Keine Bomben auf Saigon – alle Macht dem Vietcong!

Johnson – Mörder!

Lee H. Oswald – Wir brauchen Dich – 1968!

Amis raus aus Berlin!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die beste Waffe für den Vietcong – unser Kampf gegen die grosse Koalition!

Die Senatsfaschisten muss das Volk ausmisten!

Bürger runter vom Balkon – unterstützt den Vietcong!

Die den Springer lesen – töten auch Vietnamesen!

Von der Gegenseite tönte es:

Berlin hält zu Amerika!

Dutschke raus aus Westberlin! Geht an die Mauer!

Auflage über 170 000 Preis 30 Rp.
Redaktion 25 02 85 Zürich
Tages
Überparteiliche schweizer

21.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute ein 'Scarlet Paper' - Information für Anglisten zur Vollversammlung vom 19.2.1968, die von nur 46 Stundenten besucht wurde.
Q: Scarlet Paper Aufklärerische Bergriffsbestimmung, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

SCARLET PAPER

- Informationen für Anglisten -

Aufklärerische Begriffsbestimmung:
V O L L V E R S A M M L U N G, die = Versammlung aller Mitglieder einer definierten Gruppe.

Bei der studentischen Vollversammlung der Anglisten am 19.2.1966 wurden 46 (in Worten:sechsundvierzig) anwesende Anglistikstudent gezählt...

Ihre
(dadurch schönstens legiti-
mierte und stets unverzag
Seminarvertretung

21.02.1968:
In Dortmund streiken, laut 'Roter Morgen, 1 400 bei Rheinstahl Union Brückenbau.
Q: Roter Morgen, Hamburg März 1968

22.02.1968:
Der AStA der FU Berlin gibt eine Presseerklärung heraus zur Demonstration vom 21.2.1968.
Q: AStA FU: Presseerklärung, Berlin 22.2.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuss

1 Berlin 33, den 22.2.1968
Garystr. 20
Tel.: 76 90 2246

An
alle Redaktionen

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Die Ereignisse der letzten Tage in Berlin haben gezeigt, daß die parlamentarische Demokratie sich in einen faschistischen Obrigkeitsstaat zu verwandeln droht.

1. Seit Wochen wird von Springer-Presse und Senat eine beispiellose Hetzkampagne gegen die linke Opposition in dieser Stadt geführt,
2. die "Gegendemonstration" vom 21.2. war von der Berliner Führungsspitze angeordnet, bezahlt und manipuliert,
3. alle Redner der "Gegendemonstration" benutzten alte antikommunistische Emotionen zur Mobilisierung von Massen gegen einen systematisch aufgebauten inneren Feind. Damit soll von den Niederlagen der Senatspolitik abgelenkt werden,
4. die Hetzreden hatten die voraussehbare Wirkung: eine große Zahl von Leuten übten physischen Terror gegen Studenten. Es wurde geprügelt, mehrere Personen mußten in Schutzhaft genommen werden. Das SDS-Zentrum wurde von einer dreifachen Polizeikette vor anstürmenden Trupps geschützt,
5. ein neues Versammlungsgesetz wurde angekündigt, das auch die Rechtssprechung anpassen soll an die Politik der brutalen Unterdrückung einer Minderheit.

Wir fordern daher alle noch verbliebenen liberalen und demokratischen Kräfte Westberlins und der Bundesrepublik auf, der Politik der Gleichschaltung einer radikalisierten Mehrheit durch die Berliner Führungsspitze Einhalt zu gebieten.

AStA Freie Universität Berlin

22.02.1968:
Die Studentenvertretung (SV) der TU Berlin gibt eine Presseerklärung zur Demonstration vom 21.2.1968 heraus, die uns aus dem Archiv der SV auch mit einer handschriftlichen Ergänzung vorlag.
Q: SV TU: Presseerklärung, Berlin 22.2.1968

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

Die Studentenschaft der Technischen Universität Berlin ist zutiefst empört und erschüttert über die Folgen der Hetzpropaganda des Berliner Senats und eines großen Teils der Berliner Presse bei der Kundgebung "Berlin steht für Frieden und Freiheit" am 21.02.1968.

Die Art und Weise, wie diese Demonstration organisiert wurde, läßt den Eindruck entstehen, daß es sich hier um eine bezahlte und z.T. sogar befohlene Demonstration handelte, wie es ähnlich aus Ost-Berlin bekannt ist. Der massive moralische Druck, durch den die freie Entscheidung zur Teilnahme an der Kundgebung "erleichtert" wurde, kann nur als undemokratisch und rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechend bezeichnet werden.

Bereits am Sonntag zogen im Anschluß an die Vietnamdemonstration "beherzte Berliner" mit einer deutschen und einer berliner Fahne durch die Innenstadt. Der Polizei war bekannt, daß ein Teil dieser Herren mit Totschlägern bewaffnet war. Die Polizei ließ sie dennoch ungehindert ziehen und Hetzjagden gegen einzelne Mitglieder der außerparlamentarischen Opposition veranstalten.

Am Mittwoch war vor Beginn der Kundgebung über eine dpa-Meldung der Öffentlichkeit bekannt, daß von Teilnehmern des ÖTV-Zuges an der Joachimstaler- Ecke Augsburger-Straße Plakate zerfetzt wurden und diese darüber hinaus tätlich angegriffen wurden. Dennoch hielt es der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz nicht für notwendig, die auf dem John-F.-Kennedy-Platz versammelten Bürger aufzufordern, von Tätlichkeiten abzusehen. Seine Rede hatte vielmehr die Wirkung, die Pogromstimmung gegen die außerparlamentarische Opposition weiter anzuheizen. So wurde z.B. ein junger Mann, der irrtümlich für Dutschke gehalten wurde, von einer verhetzten Menschenmenge gejagt. Es ertönten dabei Rufe wie: "Hängt ihn auf" und "Lyncht ihn". Der junge Mann mußte in einen Polizeiwagen flüchten. 100 Polizisten waren notwendig um den Verfolgten in Sicherheit zu bringen. Dabei wurden mehrere Fensterscheiben von Polizeieinsatzwagen von aufgebrachten Berlinern zertrümmert.

Ist das das wahre Gesicht der Bevölkerung der Deutschen Hauptstadt? Offensichtlich war es dem Veranstalter nicht möglich, im Anschluß an die Demonstration Gewalttätigkeiten und ungesetzliche, wilde Demonstrationen zu verhindern.

1 Berlin 12, d. 22.02.68

Studentenvertretung der TU-B
- Der Vorstand -

R. Wethekam E. Udem

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

Die Studentenschaft der Technischen Universität Berlin ist zutiefst empört und erschüttert über die Folgen der Hetzpropaganda des Berliner Senats und eines großen Teils der Berliner Presse bei der Kundgebung "Berlin steht für Frieden und Freiheit" am 21.02.1968.

Die Art und Weise, wie diese Demonstration organisiert wurde, läßt den Eindruck entstehen, daß es sich hier um eine bezahlte und z.T. sogar befohlene Demonstration handelte, wie es ähnlich aus Ost-Berlin bekannt ist. Der massive moralische Druck, durch den die freie Entscheidung zur Teilnahme an der Kundgebung "erleichtert" wurde, kann nur als undemokratisch und rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechend bezeichnet werden.

Bereits am Sonntag zogen im Anschluß an die Vietnamdemonstration "beherzte Berliner" mit einer deutschen und einer berliner Fahne durch die Innenstadt. Der Polizei war bekannt, daß ein Teil dieser Herren mit Totschlägern bewaffnet war. Die Polizei ließ sie dennoch ungehindert ziehen und Hetzjagden gegen einzelne Mitglieder der außerparlamentarischen Opposition veranstalten.

Am Mittwoch war vor Beginn der Kundgebung über eine dpa-Meldung der Öffentlichkeit bekannt, daß von Teilnehmern des ÖTV-Zuges an der Joachimstaler- Ecke Augsburger-Straße Plakate zerfetzt wurden und ruhig diskutierender Gegendem diese darüber hinaus tätlich angegriffen wurden. Dennoch hielt es der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz nicht für notwendig, die auf dem John-F.-Kennedy-Platz versammelten Bürger aufzufordern, von Tätlichkeiten abzusehen. Seine Rede hatte vielmehr die Wirkung, die Pogromstimmung gegen die außerparlamentarische Opposition weiter anzuheizen. So wurde z.B. ein junger Mann, der irrtümlich für Dutschke gehalten wurde, von einer verhetzten Menschenmenge gejagt. Es ertönten dabei Rufe wie: "Hängt ihn auf" und "Lyncht ihn". Der junge Mann mußte in einen Polizeiwagen flüchten. 100 Polizisten waren notwendig um den Verfolgten in Sicherheit zu bringen. Dabei wurden mehrere Fensterscheiben von Polizeieinsatzwagen von aufgebrachten Berlinern zertrümmert.

Ist das das wahre Gesicht der Bevölkerung der Deutschen Hauptstadt? Offensichtlich war es dem Veranstalter nicht möglich, im Anschluß an die Demonstration Gewalttätigkeiten und ungesetzliche, wilde Demonstrationen zu verhindern.

1 Berlin 12, d. 22.02.68

Studentenvertretung der TU-B
- Der Vorstand -

R. Wethekam E. Udem

22.02.1968:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 3 (vgl. 8.2.1968, 7.3.1968) mit einem Leitartikel "Politische Polizei holt Schüler aus den Klassenzimmern - Die rebellierenden Studenten sind nicht mehr allein - PoPos in der Schule". Berichtet wird auch in "Fanny's Knödel sind verboten" vom katholischen Volkswartbund bzw. der durch diesen bewirkten Indizierung von Kurt Deschs "Fanny Hill". Zur Schutzgemeinschaft (SG) heißt es: "NPD-Kolonnen schließen ihre Reihen - SG marschiert". Dokumentiert wird das "Kalkül der NPD: Parteiprogramm für Provinzler". Aus dem Justizbereich wird berichtet über die repressive "Amtshilfe für die KPD" am 8.2.1968 in Frankfurt aber auch von der Liberalisierung des Sexualstrafrechts kundgetan:"'1967 nur 123 Ehebrüche' - Justizminister Heinemann spottet über bestehende Gesetze". In "Für ein paar Dollar mehr" wird berichtet aus Vietnam.

Berichtet auch aus Hamburg vom RC in "Republikanischer Club Hamburg - Nach kurzer schwerer Krankheit" sowie in "150 Betten, notfalls Reifen beim Li-La-Le: Die Polizei verbietet nichts" zum Fest in der Hochschule der bildenden Künste (HBK) am Lerchenfeld, für das auf der Titelseite geworben wurde: "Künstlerfasching Li-la-Le: Mädchen dürfen gekniffen werden" und wo offenbar hinreichend Lagerstätten für freien Sexualverkehr bereitgestellt werden.

Beigelegt ist ein Extrablatt des 'Blinkfüer' mit dem Titel "Bonn fürchtet KPD-Programm".
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 3, Hamburg 22.2.1968; Blinkfüer Extrablatt Bonn fürchtet KPD-Programm, Hamburg 1968

EXTRa

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 3/68 22. Febr. erscheint 14täglich

Politische Polizei holt den Klassenzimmern

Die rebellierenden Studenten sind

PoPos i der Sch

Wer glaub
Schüler in
Kiel und Re
Heidelberg
brück und
paar Straße
Knüppel de

Oder etwa
Noch so laute
Wetter sind ka
grund ständig
ist auch eine
allzu wohlerzo
lichen Gründe
Aktionen verm

FANNY'S KNÖDEL sind verboten

Das Mädchen verbringt seine erste Nacht mit einer Mitbewohnerin, die bringt ihr süße Sachen bei. Das Mädchen wird tags darauf im Stande technischer Unschuld an einen Lustgreis verschachert, vor dem es kreischend davonläuft. Das Mädchen wird hierauf wieder von einigen Mitschwestern zu einem Guckloch geführt, hinter dem eine andere Mitschwester in heftiger Aktivität mit einem Kunden des Lusthauses aus dem königlich englischen 18. Jahrhundert liegt. Das Mädchen heißt Fanny Hill und ist nunmehr verboten, weil sich ein Kölner Pfui-Pfui-Verein sittlich entrüstete.

Der katholische Volkswartbund, vormals „Katholischer Männerverein zur Bekämpfung der Öffentlichen Unsittlichkeit", hatte diesmal ein weibliches Wesen Fräulein Mischke Anzeige wegen unzüchtiger Darstellung nach § 184 StBG bei den Staatsanwaltschaften Hamburg und München. Durch Urteil des Landgerichts München I wurde dieser Tage das Buch aus dem Kurt Desch Verlag von den Ladentischen verbannt.

Weiter auf Seite 3

NPD-Kolonnen schließen

SG marsch

Über die NPD hat es immer zwei Meinungen gegeben. Bis heute - nun nicht mehr. Die erste Meinung: „Das sind Brummelköpfe und Unverbesserliche, die werden der Demokratie nicht gefährlich." Zweite Meinung: „Das ist eine verkappte Neuauflage der NSDAP." Die Warner haben recht behalten - Adolf von Thaddens SG marschiert bereits.

SG - das heißt „Schutzgemeinschaft." Im November 1967 rief von Thadden zur Gründung auf. Im Februar 1968 kamen sie, einige hundert Mann stark, dort zusammen,

wo schon einm
Alles - das heiß
lung" besser b
SA. Jetzt kame
lung gegen den
radikalismus an
hatte das Dritt
fen, trampelten,
ter am Pult n
Adolf es befahl.

Über ihn un
auf Seite 2 dies
Dokumentation

Für ein paar D

In den Städten fanden die Angreifer sich für Tage zu verbarrikadieren.

Auf dem Lande hat die Befreiungsfron behörden errichtet und arbeitet eng mit

Die alliierten Truppen in Südvietnam sind in gewachsen - doch militärisch sieht es manchmal den. Und obwohl offizielle Schätzungen von nu von 55 000 Nordvietnamesen sein sollen.

In einer Großoffensive hat jetzt der Viet städte angegriffen und für Tage erobert.

Viele werfen dem Amerikaner Unfähigk nen Gegener fertig zu werden.

Dafür gibt es Gründe.

- Einer davon ist, daß sie nicht gegen ei Armee in den Krieg gezogen sind, sonde gegen ein Volk.

EXTRA
dokumentation

Kalkül der NPD: Parteiprogramm für Provinzler

Adolf ist der Kopf. Adolf ist der Führer. Adolf ist die NPD.

Seit dem 3. Bundesparteitag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands in Hannover (11. Nov. 1967) ist Adolf von Thadden mit 93 Prozent der Stimmen Vorsitzender.

Seitdem hören 27 000 Parteimitglieder auch offiziell auf sein Kommando.

Bei der NPD-Gründung 1964 in Hannover war die Partei erst 473 Mann stark. Inzwischen haben sich nahezu alle nationalistischen Splittergruppen und versprengte Haufen unter der NPD-Fahne Adolf von Thaddens versammelt.

Erfolge bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bremen waren gleichzeitig auch Werbeerfolge. Die Mitgliederzahl stieg.

64 Prozent der Mitglieder gehören zum Mittelstand (Selbständige aus Handel, Handwerk und Landwirtschaft). 6 Prozent sind Akademiker.

Die älteren Jahrgänge überwiegen: Das Durchschnittsalter ist 45.

Auch die Wähler sind vorwiegend älter. Eine repräsentative Befragung anläßlich der Bremer Bürgerschaftswahl vom 1. Oktober 1967 ergab, daß die Altersgruppe zwischen 21 und 29 Jahren die NPD am wenigsten gewählt hat.

Apolitisch

Die NPD versammelt die Enttäuschten und Unzufriedenen.

Nur wenige Bundesbürger arbeiten auf politische Ziele hin. Das weiß die Partei. Daher zieht sie aus Mißstimmungen Nutzen.

Bergleute, die um ihre Existenz bangen. Bauern, die sich benachteiligt fühlen. Einzelhändler, die keine Geschäfte mehr machen. Soldaten, die nicht mehr auf der oberen Stufenleiter sozialen Ansehens stehen. Vertriebebe, die sich keine Chancen auf Rückkehr mehr ausrechnen.

Über 20% der Stimmen zialpolitik und aktiviert unreflektierte Gefühle. Es soll alles wieder so wie früher werden.

Dabei weiß auch die NPD, daß die technologische Entwicklung und ökonomische Verflechtung des industriellen Zeitalters längst über Handwerker und Kleinbauern hinausgegangen ist.

Aber sie weiß auch, daß das Denken der Leute noch nicht so weit ist.

Neues Deutschland

Manifest und Programm der NPD versprechen ein neues Deutschland.

In den Kinos laufen nur völkische und Heimatfilme. Die Miniröcke werden wieder länger. Gastarbeiter und Studenten aus Afrika gehen nach Hause. Deutsche heiraten nur Deutsche. Deutsche essen nur deutsche Lebensmittel. Deutsche Truppen verteidigen Deutschland. Deutsche produzieren in Deutschland. Deutsche lesen deutsche Bücher.

Das neue Deutschland bevorzugt den bedächtigen Handwerker und werkelnden Kleinbauern. Die Industrieproduktion wird in die mittleren Betriebe verlegt.

Manifest und Programm der NPD entwickeln ihre Theorie der gesunden Volkswirtschaft.

Deutsche Frauen

gehören an den Herd. Sie ziehen die Kinder auf, besorgen den Haushalt und überlassen dem Mann Geldverdienen und Politik. Fordert die NPD. Denn: „Die Frau ist nach innen gerichtet."

Dabei weiß auch die NPD, daß in der Bundesrepublik heute 9,2 Mill. Frauen berufstätig sind. Das sind ca. 45 Prozent der arbeitsfähigen Altersstufen von 15 bis 65 Jahren. Sie arbeiten zum größten Teil in spezifisch weiblichen Berufen und sind aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

Deutsche Bauern

gehören auf den eigenen Kleinbauernhof. Sie sichern die „Ernährungsbasis" des eigenen Volkes. Denn das garantiert „politische Unabhängigkeit."

Dabei weiß auch die NPD, daß die Bundesrepublik 1966 32 Prozent der Getreidebestände aus dem Ausland bezog. 19,6 Prozent des Fleischaufkommens stammte aus nicht-deutschen Schlachthöfen. Im Rechnungsjahr 1966/67 waren 23 Prozent des Gesamtverbrauchs durch ausländische Erzeugnisse gedeckt.

Dabei weiß auch die NPD, daß der technische Fortschritt und die europäische Integration in der Landwirtschaft zur Kooperation zwingen, wenn wirtschaftlich produziert werden soll.

Deutsches Geld

bleibt im Lande. Entwicklungshilfe wird nichts mehr gezahlt. Dabei weiß auch die NPD, daß 1967 von den 1,6 Mrd. DM Entwicklungshilfe 80 Prozent reine Kredite waren.

Entwicklungshilfe dient dem sozialen Fortschritt der unterentwickelten Länder und schafft Absatzmärkte für die Zukunft. Denn die deutsche Wirtschaft ist auf Industrieexport angewiesen.

Deutsche Arbeiter

brauchen nicht arbeitslos zu sein. Sie haben vorrangigen Anspruch auf „Sicherung des Arbeitsplatzes gegenüber ausländischen Arbeitern".

Dabei weiß auch die NPD, daß die 902 800 (Jan. 1968) Gastarbeiter in der Bundesrepublik längerfristig beschäftigt sind. Sie sind besonders geschult und arbeiten an genau bestimmten Arbeitsplätzen. Die kurzfristigen Saisonarbeiter haben die Konjunkturkrise nicht überlebt. (Im Sommer waren es noch über eine Million, im Nov. 1967 noch 946 000).

Dezember 1967 gab es 526 218 Arbeitslose in Deutschland. Ihre Zahl ist saison- und strukturbedingt. Das Ausbildungsförderungsgesetz ist noch nicht verabschiedet, das den Arbeitern die Um- und Weiterbildung erleichtern muß. Die Zahlen der Gastarbeiter und Arbeitslosen korrespondieren kaum miteinander.

Deutsche Energien

gehören den Deutschen. Energiequellen müssen unabhän-

extrablatt... extrablatt...

Bonn fürchtet KPD-Programm

Polizeiaktion statt freier Diskussion

Noch zu keiner Zeit hat ein Programm in der Bundesrepublik ein solches Interesse gefunden wie der Programmentwurf der KPD. Es hat aber auch noch kein Programm gegeben, das solche hysterischen Reaktionen der regierenden Stellen auslöste wie dieses Parteiprogramm. Die „Programmangst" in Ministerien, Bundesanwaltschaft und Polizei grassiert. Sie hat unter anderem dazu geführt, daß die Druckstöcke des BLINKFÜER mit dem Entwurfstext beschlagnahmt wurden. Daß anderweitig abgedruckte Entwürfe zu Tausenden von der Polizei eingezogen wurden. Die Programmängstlichen, mit Bundesinnenminister Lücke an der Spitze, setzten ein Massenaufgebot von Ordnungshütern in Marsch. Ihr Befehl lautet: Das Programm muß weg. Selbst auf der Bonner Pressekonferenz des Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD am 14. Februar 1968 wurde den Veranstaltern die Auflage erteilt: Kein Wort über das KPD-Programm!

An die 200 Fernseh- und Rundfunkjournalisten sowie Pressevertreter des In- und Auslandes mußten erfahren, daß sie die dort anwesenden Politbüromitglieder Max Schäfer und Herbert Mies sowie das ZK-Mitglied Grete Thiele nicht zum Entwurf befragen durften. In Stellung gegangene politische Polizei hatte den Auftrag, nicht nur die Pressekonferenz auf Tonband zu bannen, sondern auch die Konferenz aufzulösen, falls das verfemte Programm zur Sprache käme. Wie bereits gemeldet, war in Frankfurt wenige Tage zuvor eine andere Pressekonferenz aufgelöst worden, weil dort über die Programmatik der KPD gesprochen und Fragen gestellt wurden.

In eineinhalb Stunden prasselte trotzdem eine Fülle von Fragen auf die KPD-Sprecher ein, die, ohne auszuweichen, Rede und Antwort standen. Das außergewöhnlich große Interesse der Journalisten unterstrich, wie hochaktuell das Thema der Wiederzulassung der KPD im In- und Ausland ist.

Eingangs dankte Max Schäfer der Presse dafür, daß durch ihre Reaktion die Öffentlichkeit vom Verbot der Frankfurter Veranstaltung erfuhr. Er wandte sich gegen die von Bonn erfolgte Darstellung, die KPD habe irgend etwas testen wollen. „Die Pressekonferenz in Frankfurt war kein Test. Sie sollte ausschließlich den Zweck haben, den Programmentwurf der Öffentlichkeit zu übergeben." Indessen sei das Verbot zu einem Testfall gemacht worden, durch Bundesinnenminister Lücke, der dem hessischen Innenminister Schneider die Verbotsweisung erteilt habe. Schäfer nannte das eine Durchführungsverordnung zu den verschiedenen Erklärungen, die KPD könne sich „neu" gründen oder gar ihre Programmatik der Bevölkerung vorlegen.

■ Bekanntlich hat Minister Wehner
■ in einem Zeitungsinterview fol-
■ gendes ausgesagt: **„Die SPD würde**
■ **es für denkbar halten, daß eine**
■ **Partei, die als Kommunistische**
■ **Partei ihrer Zielrichtung nach be-**
■ **zeichnet werden will, sich hier**
■ **legal bewegen kann, sofern sie**
■ **die Bestimmungen des Grund-**
■ **gesetzes und unserer Gesetze ein-**
■ **hält . . . Ob das Neugründung sein**
■ **muß oder ob das nicht auch eine**
■ **Form bekommen kann, die recht-**
■ **lich einwandfrei ist dadurch, daß**
■ **die Erklärungen hinsichtlich Statut**
■ **und Programm so eindeutig sind,**
■ **das muß man denen, die es**
■ **machen, überlassen."**

Max Schäfer, der vom KPD-Vorsitzenden Max Reimann als Mitglied

Polizeiaktion statt Diskussion

Fortsetzung von Seite 1

■ **lange das Verbot bestehe, bleibe**
■ **der sogenannte vorbeugende**
■ **Staatsschutz existent, mit dem man**
■ **eine bestimmte Gruppe der Bun-**
■ **desbevölkerung unterdrücken**
■ **könne.**

Weiter wies er darauf hin, daß seine Partei 1968 50 Jahre bestehe. Sie habe 12 Jahre Hitlerfaschismus überdauert und während dieser Zeit die größten Opfer gebracht. Und: „Sie ist gegründet worden von zwei hervorragenden Deutschen: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg."

Herbert Mies erinnerte daran, daß seine Partei vor 50 Jahren in der Geburtsstunde der ersten deutschen Republik gegründet worden ist. Den Fragen der Pressevertreter, was juristisch einer Neugründung entgegenstehe, wurde geantwortet, daß es auch Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes gibt, die sogar kommunistische Wählergemeinschaften unter hohe Strafen stellte, weil sie „Teil- oder Fernziele" der verbotenen Partei verfolgten. Die Urteile besäßen auch heute noch Gültigkeit. Außerdem lägen nach wie vor Haftbefehle gegen zahlreiche führende Mitglieder der Kommunistischen Partei vor.

Wichtig sei auch die Auffassung, die „SPD-Kronjurist" Dr. Arndt zu dieser Frage vertritt, der meint, daß bei dieser Lage der Versuch, eine neue KPD zu gründen, „direkt ein Unglück" wäre.

● Der Sprecher des Initiativaus-
● schusses, Manfred Kapluck erläu-
● terte den Journalisten die Vor-
● schläge Dr. Arndts, der eine mit
● einfacher Parlamentsmehrheit zu
● beschließende Änderung des Bun-
● desverfassungsgerichtsgesetzes für
● ausreichend hält, die Relegalisie-
● rung der KPD zu erreichen.

Nach Dr. Arndt brauchte in dieser Änderung lediglich das Verbot einer Partei auf 10 Jahre beschränkt zu werden, um damit auch der KPD ihre vollen Rechte wieder zurückzugeben.

● Die drei KPD-Sprecher stellten auf
● entsprechende Fragen der Presse
● heraus, daß die KPD eine Partei
● der Bundesrepublik Deutschland
● sei, die ihre Politik auf dem Bo-
● den des Grundgesetzes entwickle,
● was übrigens eindeutig aus dem
● Programmentwurf hervorgehe. Auf
● die Frage, was denn die SED zu
● den Vorstellungen der KPD sage,
● erklärte Max Schäfer: „Alle Kom-
● munistischen Parteien, einschließ-
● lich der SED, sind an nichts mehr
● interessiert als daran, daß in der
● Bundesrepublik eine legale marxi-
● stisch-leninistische Partei, eben die
● KPD, wirken kann."

Weg des Sozialismus

Zur Frage der sozialistischen Zielsetzung der KPD sagte Herbert Mies: **„Wir sind davon überzeugt, daß unser Land den Weg des Sozialismus gehen wird. Wann, das vermag noch niemand vorauszusagen. Wir Kommunisten erstreben den friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus. Er ist dann möglich, wenn die überwältigende Mehrheit des Volkes zum Sozialismus will. Wir Kommunisten fühlen uns auch als Teil der sogenannten Anerkennungspartei."** Normale Beziehungen zu dem anderen „Staat deutscher Nation", der DDR, könnten beginnen mit Vereinbarungen über einen gegenseitigen Gewaltverzicht.

Aus der Fülle der Fragen, die die KPD-Sprecher beantworten mußten, seien noch einige herausgegriffen.

Bundeswehr: Dazu sagte Schäfer: „Wir sind der Meinung, daß man die Bundeswehr nicht abschaffen oder sofort abschaffen kann. Wir sind für Forderungen, wie sie die IG Metall vorschlägt, daß der Rüstungsetat um 5 Milliarden gekürzt wird." Danach sollte der Etat in gegenseitiger Vereinbarung mit der DDR um 50 Prozent gestrichen werden. Mies: „Auch wir sind der Meinung, daß die DDR-Verteidigungsausgaben um die Hälfte zu hoch sind."

Weitere Vorschläge waren: Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate und danach Abschaffung der Wehrpflicht überhaupt. Ferner Säuberung der Bundeswehrspitze von nazistisch belasteten Offizieren.

Demokratie statt draufschlagen

Zuständigkeit der Partei: Grete Thiele: Die KPD ist eine Partei der Bundesrepublik. Sie ist der SED brüderlich verbunden. Beide Parteien haben den gemeinsamen Ursprung.

Zur Mitbestimmung erklärten die KPD-Sprecher, sie stimmen mit den Gewerkschaftsforderungen nach Mitbestimmung überein. Die Gewerkschaften sollten mehr und mehr als zuständiger Faktor zu allen politischen Fragen in der Bundesrepublik Stellung beziehen. In dem von der KPD angestrebten Bündnis der einigen Arbeiterklasse fänden das Bürgertum, die Intelligenz und auch das mittlere Unternehmertum ihren Platz.

Zum Studenten- und Schülerproblem führte Grete Thiele aus, daß ihre Partei diese Protestaktionen unterstütze, weil die Forderungen der Jugend berechtigt seien. Das träfe nicht nur auf die materiellen Forderungen zu: „Wir sind der Meinung, daß Studenten und Jugend ein Recht haben, gegen den sich ausbreitenden Obrigkeitsstaat aufzutreten und ein Recht auf mehr Demokratie haben, statt der Alternative des ‚Draufschlagens' und nochmals ‚Draufschlagens'". Dieses Draufschlagen sei auch der Tenor der jüngsten Bundestagsdebatte gewesen. Thiele: „Wir stehen mit aller Sympathie auf seiten der Jugend und fordern, daß nicht länger nur fünf Prozent aller Studierenden Arbeiterkinder sind."

Zu den Angriffen gegen den SDS führte Herbert Mies aus: „Wir betrachten den SDS als eine fortschrittliche und demokratische Kraft und werden uns gegen eine Verbotsdrohung des SDS stellen."

Volle Freiheit gefordert

Zum Abschluß der Pressekonferenz hob Manfred Kapluck noch einmal hervor, daß der Initiativausschuß an die Bundestagsparteien zwei Forderungen gerichtet habe:

Eine Amnestie für die verfolgten Mitglieder der KPD und eine Gesetzesinitiative zur zeitlichen Begrenzung des Parteienverbots.

Die FDP habe dazu erklärt, sie werde diese Möglichkeiten prüfen lassen.

Die CDU habe auf die Grundgesetzänderung verwiesen, während die SPD bisher nichts dazu gesagt habe.

Zuvor hatte Max Schäfer folgende drei Forderungen wiederholt:

1. Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Max Reimann und gegen andere bekannte Kommunisten;
2. die Einstellung aller Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot und die Aufhebung aller aus diesem Grunde noch anhängigen Strafen;
3. die Wiederherstellung der Legalität der KPD. **Sie müsse in voller Freiheit, gleichberechtigt mit den anderen politischen Parteien ihre Politik in der Bundesrepublik vertreten können.**

PoPos in der Schule

Rebellion im Klassenzimmer

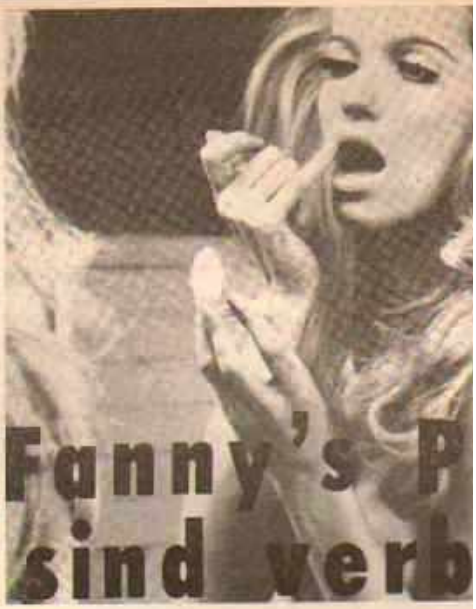
Fortsetzung von S. 1

Da ist der Fall Hamburg und der Grund Nummer Eins: Kleinliches, kränkendes Mißtrauen gegenüber den jungen Bürgern, die spätestens in drei, vier Jahren auch Wähler sein werden. Am Tag der Vietnam-Demonstration erschien die Politische Polizei in den Oberschulen (!), beschlagnahmte einige studentische Flugblätter, holte nichtsahnende Schüler zu peinlichen Verhören aus den Klassenzimmern und brachte Schulleiter dazu, ihnen die Teilnahme an der abendlichen Demonstration zu verbieten, wozu Rektoren und Direktoren gar nicht berechtigt waren. Mit den Schülern wäre wirklich nicht viel los gewesen, wenn sie darauf nicht in Massen demonstriert hätten; und sie demonstrierten.

Da ist der Fall Bremen und der Grund Nummer Zwei: Die offizielle Demokratie- und Freiheitsheuchelei der herrschenden Politiker, die schon bei vergleichsweise geringen Anlässen ihre Mitbürger mit Gewalt traktieren lassen. Der Bremer Bürgermeister Koschnik (SPD) ebenso pathetisch wie ungerechtfertigt über demonstrierende Schüler: „Terror kann nur durch Gewalt gebrochen werden!" Sein Polizeipräsident von Bock und Polach: „Draufhauen! Draufhauen! Nachsetzen!" Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus überbot ihre Bremer Geistesverwandten: Sie verlangte bei jeder Demonstrations-Ankündigung gleich eine Vorausverhaftung mutmaßlicher Rädelsführer, einfach so nach Gutdünken.

Die radikale Minderheit von SDS und jungen, SDS-verbündeten Pastoren - das war einmal. Inzwischen ist daraus eine Massen-Empörung auch gegen den Grund Nummer Drei geworden: Gegen die erschreckende Provinzialität des herrschenden politischen Systems in der Bundesrepublik - jenes Systems, das sich den jungen Bürgern durch die schnauzenden Bonner Prinzipal-Typen Gerstenmaier und Wehner darstellen mag.

Wie sagt der Bonner CDU-Fraktionschef Rainer Barzel: Es müsse „hart und unerbittlich durchgegriffen werden". Und wie echot sein SPD-Pendant Helmut Schmidt: Über Staats-Autorität solle nicht soviel geredet werden. „Man übt sie aus am Orte, wenn es noch Zeit ist!"



Fanny's P
sind verb

Fortsetzung von S. 1

Zweifellos: Ohne die Initiative des 3000 sittenstarke Mitglieder zählenden Volkswartbundes, die schon 4500 Bücher auf den Index brachten, wußten die 40 Millionen der übrigen Erwachsenen in der Bundesrepublik nicht, welch schokkierende Schweinerei sie schon mit der nur ge-danklichen Erwägung eines Kaufes von „Fanny Hill" begehen würden.

EXTRA leistet deshalb an dieser Stelle einen eigenen Beitrag gegen die öffentliche Unsittlichkeit und legt dem Volkswartbund ein weiteres Werk zur Verdammung vor: „O Süßester! O Engel Du der Liebe, Ausgeburt der Lust! Ah, ah, du junger Teufel, glatter Knabe, wie du das kannst, Mein Mann kann gar nichts, überhaupt nichts, mußt Du wissen. O du Beseliger, du tötest mich! Die Wonne raubt mir den Atem, bricht mein Herz, ich werde sterben an deiner Liebe!" Sie biß mich in die Lippe, in den Hals. „Nenne mich du!" stöhnte sie plötzlich, nahe dem Gipfel...

Eine reife Masochistin besteht auf diese Weise darauf, sich von einem minderjährigen Knaben sozusa-

„1967 nur 123 Ehebrüche"

Justizminister Heinemann spottet über bestehende Gesetze

Gustav Heinemann veränderte sich keine Sekunde. „Ich würd's fertigbringen ein neues Gesetzbuch zuwegezubringen", sagte er den Teilnehmern einer Pressekonferenz in Hamburg. Die Journalisten glaubten ihm sofort. Ihm schon.

Aber danach war eigentlich nicht gefragt worden. Die Frage hatte gelautet: „Können Sie, Herr Minister einen vernünftigen, akzeptablen Grund dafür nennen, daß dem Bundestag seit 1962 ein vollständiger Entwurf zur Reform des Strafrechts vorliegt und doch bis heute nichts geschehen ist?"

Damit war beispielsweise gemeint: Warum ist die Liebe zwischen Verlobten

Und gleich noch hintergründiger: „Der vorliegende Entwurf muß nun Paragraph für Paragraph durchgearbeitet werden."

Jetzt arbeitet der Bundestag den Unterschied zwischen Paragraphen aus dem vorigen Jahrhundert und nicht mehr zeitgemäßen Reformen durch. Das vorige Jahrhundert muß dem Bundestag sehr am Herzen lie-

Justizminister Heinemann

tung von Moralgrundsätzen endlich abzuschaffen, fällt dem Bundestag unendlich schwer. Oder ist es die Regierungspartei, der Heinemann nicht angehört?

Ganze 123 Fälle von Ehebruch wurden 1967 in der Bundesrepublik bestraft, teilte der Bundesjustizminister mit. „Wenn man danach geht, gibt es gar keinen Ehebruch bei uns."

Amts
für K

Deutschlands illegale KP is
hüter gut zu sprechen. Mit r
die Polizei den Mitgliedern de
zu kostenloser Publicity.

**Der ungewöhnliche Fall er
einem Frankfurter Hotel als
gramm der Presse vorlegen w
der Einladung. Zwölf Polizist
den, kamen aber trotzdem. M
konferenz verstößt gegen da
suchten sie, die Pressekonferen**

**Herbert Mies, Mitglied d
Politbüros der KPD, protestier
zu. Sie Solidarität half wenig**

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 3/68 2. Jahrgang

ZITAT

In der Demokratie kann jeder schwindeln so viel er will, Hauptsache er findet Dumme, die ihm glauben.

Udo Walendy, NPD-Historiker und Vorstandsmitglied, Hamburg 1966.

HAMBURGER EXTRABLATT
2 Hamburg 50, Königstr. 30
Tel. 22 - 73 - 46

Herausgeber: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Chef vom Dienst: Peter P. Dahl
Dokumentation: Hans Jürgen Plaumann (verantwortlich)
Mitarbeiter: Hans Peter Herbst, Thomas Schwieger, Mathias Wessel
Lay-out: Helma Weber
Verlagsleiter: Gerhard Has
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co. KG, Itzehoe

Republikanischer Club Hamburg

Nach kurzer schwerer Ki

Die Veranstalter kamen bis zum Manifest. Dann ging ihnen die Puste aus.

Die Gründer des Republikanischen Club Hamburg riefen zur Gründungsversammlung ins Curio-Haus auf und gaben ihre Absicht zu verstehen. Dann blickten sie versonnen ins Publikum - Studenten und andere Interessierte an der Opposition in der Demokratie - und warteten auf den genialen Organisator.

Die Revolte der Versammelten verhinderte den vorzeitigen Abbruch der Zusammenkunft. Vier Organisationsgruppen wurden spontan im Saal gebildet. Es ging um Programm, Räumlichkeiten, Werbung und Finanzen.

ER WOLLTE...

Der Republikanische Club Hamburg, gegründet nach dem Berliner Vorbild und doch davon verschieden, sollte kein Club unter vielen sein. Er wollte zugleich

- **oppositionelle Kreise bei Bier und Büchern in einem Club versammeln**
- **politische Theorien überdenken und Anwendungsmöglichkeiten für die politische Praxis suchen und prüfen**
- **notwendige Zusar mitteilen**
- **eine politische Hal**

Der Republikanische gramm, das an der K Die Organisatoren brac Konzept.

ER WAR...

Auf der Gründungsv sierten noch erbittert Hände zu nehmen. Ihr geschläfert. Räume sind Pressekonferenz aus kei die anwesenden Vorsta Zielen keine Antwort Gutwilligen vom Nicht diskussion,die das Arb Clubs, die außerparlam deln sollte, stand noch handlungsleiter da.

Der Republikanische und willkommen. Daß an den Verhältnissen. Im

EXTRA KLEINANZEIGEN

Neues Paidi-Kinderbett 140x 90 cm mit Matratze für DM 70,- zu verkaufen.
6806 EXTRA

150 Betten, notfalls Reifen beim Li

Die Polizei verbie

„Wenn ein Mädchen irgendwo gekniffen wird und empört ist - die wäre besser zu Hause geblieben." Das erklärt das Hamburger Polizeipräsidium auf besorgte Fragen von Vätern, deren Töchter zum Li-La-Lerchenfeld gehen wollen. Das sowieso nie zimperliche Faschingsfest der Hamburger Kunststudenten verspricht in diesem Jahr alle bisher dagewesene erotische Freizügigkeit in den Schatten zu stellen. Denn: „150 Betten laden Liebespaare zum -spiel... Liebe auf 1000 ausgedienten Autoreifen ist besser als Liebe auf dem Rasen... am Sonntag der Liebe können die Kostüme an der Garderobe abgegeben werden", verkünden die Veranstalter.

Auf den ausreichend vorhandenen Lagerstätten werden Tanzmüde mit einem akustischen Dauerprogramm bombadiert, und das nicht allein von 4 Bands. Neun Stunden lang donnern ununterbrochen Tonmontagen aus Lautsprechern.

In den Gängen, Sälen und Treppenhäusern der Kunsthochschule am Lerchenfeld tanzen die Besucher über einen Teppich von Tausenden von Werbeplakaten und durch einen Wald echt deutscher Eichen. Fernsehübertragungen aus allen Räumen in alle Räume ermöglichen es jedem, dabeizusein, wenn die Freundin abhandengekommen ist. Kunststudenten in langen weißen Gewändern werden beim „Aufheben der Privatheit" zur Hand gehen, übersetzt: beim Ablegen der Kostüme.

10 000 Schaumstoffbüsten stehen aufgehängt denen zur Verfügung, die von einer

ken proji
Boil:„Lig
Und i
sche und
reien. Di
EXTRA:
steckt 3
Käfig und

„So alt
Krieg, Kra
teressieren
finden hei
Publikum
standssitua
und feiert
gen."

Zu dies
pressestell
des Krimi
überhaupt
Fest beob
amte sollt
müßte ja e

Zei

23.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint eine Einladung zur Veranstaltung "Songs und Anderes aus vielen Ländern von Studenten und Arbeitern" um 20 Uhr. Das Programm und auch die Texte der Lieder werden vermutlich auf der Veranstaltung selbst verteilt.
Q: N. N.: Kommen Sie unbedingt heute Abend tut sich was, O. O. (Heidelberg) O. J. (23.2.1968)

KOMMEN SIE UNBEDINGT

HEUTE ABEND

TÜT SICH WAS

ALTE AULA

20 UHR

23.02.68

SIE HABEN SICHER DAS PLAKAT GESEHEN: "SONGS U. ANDERES"

AUS ETWA 15 LÄNDERN

OHNE KOSTÜMKITSCH

KEINE EXOTISCHEN ZIRZENSISCHEN SPIELE

DAS "ANDERE" WIRD MANCHEN ÜBERRASCHEN

WAS HEUTE ABEND GESCHIEHT WIRD FOLGEN HABEN!

EINTRITT NUR 2.- U. 3.- DM

BEFOLGEN SIE DEN TIP:

GEHEN SIE ALLE HEUTE

ZUR ALTEN AULA

20 UHR

ES LOHNT SICH DABEI ZU SEIN!

23.07.67

Programm der "Songs und Anderes aus vielen Ländern, dargestellt von Studenten und Arbeiter" 23.2.1968 2o h Alte Aula

ERSTER TEIL

Ansprache: Shao Tzu-ping (China)

Katzoulis(Griechenland) eigne Komposition mit Mundharmonika, begleitet von Nicos.

Dov Andjawitsch Doran(UdSSR), Geiger Solo, Sarasate auf Zigeuner Weise

Prakash Agnihotri (Indien) Lied aus der Partitionszeit

Watanabe Naoki und Okamoto Mitzuo (Japan)
"In Nagasake the Bells toll"

Franco Kapel (Surinam), begleitet von Hugh Bobb
"MalaMuyer" aus Curaçao, "Szelito Lindo" aus Mexico

Bayanifar (Iran)
"Sehnsucht nach der Heimat" von P. Wakili

Frau Banisabr Gedichte :"Die Hingerichteten", begleitet von Bayanifar

Fuenko(Kamerun) Erklärung über Kamerun und Lieder

Türkische Arbeiter Lieder aus Türkei, eingeführt von Metin Gunday

Jose Bosch (Philippinen) Gedichte aus Kuba,"La Sangre Numerosa", Tierro en la Sierra y Ell Llano" von Nicolas Guillan begleitet von Jose Suerez

Frl. Luce Mijović (Jogoslawien) Rezitation "Das Massengrab" von Ivan Goran Kovacic, eingeleitet von Popović

Jordi Mones (Katalonien) über die spanische Studenten

Metin Gunday (Türkei) Gedichte"Agnina Pektoris" von Nazim Hikmet

Frau Trepp (Portugal) Zitat von Lusitanischer Popanz von Peter Weiß begleitet von Mandoza (Philippinen)

PAUSE

Zweiter Teil

Nicos (Griechenland) Einführung zu den Lieder von Theodorakis begleitet von Katzoulis,Fuenko (Kamerun)
"Eine Schwalbe" "Diese Erde" "Der lächelnde Junge"
"Die Glocken werden läuten!"

HughBobb (Trinidad) begleitet von Fuenko (Kamerun)
"Great America" "Kuba si, Yankee no" (Zum Mitsingen)

Spanische Arbeiter Geschichte und Rezitationen

Juan Esteller/ Jose Suerez (Spanien)
Eigne und sontige Kompositionen, Dichtlesung

23.02.68

1. Die Hingerichteten

Die Nachricht war kurz - sie sind hingerichtet.
Das Mädchen schrie mit zitternden Lippen,
und ihre müden Augen füllten sich mit Tränen
Sie weinte.
Warum?
Weinend fragte sie. Warum hat man sie hingerichtet?
Meine Tochtet, dies ist eine Welt aus Wundern.
Eine Welt der Lüge und der Feindschaft.
Ihr Gott ist das Geld,
aus Menschenblut gewonnen.
Sie ist eine Welt, in der seit je das Menschenrecht
als hohle Phrase tönt.
Eine Welt des Raubens, des Mordes, und des vergossenen Blutes.
Eine Welt, die die Freiheit in Ketten legt.

Meine Tochter!
Sie sind meine Feinde,
Sie sind deine Feinde,
Sie sind die Feinde der Wahrheit.
Und darum töten sie.

Sie gingen in den Tod
auf den Lippen den Gesang
für unser Leben
für unsere Hoffnung
und gaben nicht auf.

Meine Liebe, trockene die Tränen!
Du lebst in mir
ich lebe in dir, steh' auf.
Niemals werden wir sterben
du und ich und die tausend Anderen werden den gleichen Weg gehen
und wir werden siegen.
Die Zukunft gehört uns
mit ihren Freuden und ihren Erfüllungen.
Und jede Knospe, die aus dem Blut der Gefallenen erblüht
ist eine Verheissung der Freiheit.

2. Das Massengrab

I

In Blut gebadet sind mir Licht und Dunkel.
Die traute Nacht, ich muss sie jetzt vermissen.
Es tropft der Tag ins blutige Gefunkel
der Augenhöhlen. Licht ward mir entrissen
In meinem Hirne brennt der Wunde Brand
Mein Augenpaar erlosch auf meiner Hand

Ein Vogelflattern noch in ihnen zittert
Noch muss darin des Himmels Umkreis blinken
Mein blutges Antlitz, fühle ich erschüttert,
mit seinem Blau im Augenstern versinken
Auf meiner Hand lacht noch der Augen Schimmer,
und meine Tränen, versiegt sind sie für immer.

Nur von des Henkers Fingern tropft es warm,
als er,die Qual zu mehren,dort gewühlt,
wo tief mich traf der dolchbeschwerte Arm
den ich an meiner Kehle schon gefühlt.
Mir aber sind entgegen sein n Wähnen
die Tropfen so vertraut,als wären's Tränen.

Der letzte Lichtsrahl vor der Urnacht Grauen
war noch des Dolches blitzgeschwindes Zücken,
ein Aufschrei! grell in Blindheit zu erschauen
der Henker weisse Haut,die weissen Rücken:
nackt bis zum Gürtel standen sie im Freien
die Augen auszustechen uns in Reihen.

O Licht,voll Weh,wie du-mit solchen Gluten
ist keine Sonne jemals aufgegangen.
In Feuertränen fühlt ich mich verbluten,
da sie aus leeren Höhlen glühend sprangen
Das Schreien anderer Gequälter gellte
durch diese Unterwelt,die blitzerhellte.

Nicht weiß ich mehr,wie lang der Brand gedauert,
da wuchsen Knorren aus den Augenwänden,
- zwei harte Kugeln - ,und ich stand durchschauert,
die Augen,schleimig fühlt ich in den Händen:
"Blind!Liebe Mutter!Wie vor dir erscheinen?
Wie kann ich,Mutter,dich beweinen?"

Doch Licht-wie weisser Türmer Glocken-klanggedröhn-
durchbrach die Wirrsal meiner Finsternis.
Licht! Herrlich wie ein Glanz aus Zions Höhn!
Licht, das da leuchtete und Wege wies!
So hell sind Baum und Vogel, Mond und Fluss!
So weiss wie Muttermilch ist euer Gruss!

Doch neuer Schmerz durchfuhr mir jäh die Glieder:
"Die Augen!" rief der Henker - "zerdrücke sie!"

Fast brach ich überwältigt vor ihm nieder.
Und meine Faust umkrampfte Schleim - ich schrie.
Die Sinne schwanden mir, ein dumpf Verhallen.
In Grabestiefen fühlte ich mich fallen.

Ivan Goran Kovacic

3. Angina Pektoris (Nazim Hikmet)

Wenn die Hälfte meines Herzens hier ist, Doktor,-
die Andre ist in China
mit der Armee,die hinabzieht, dem gelben Fluss zu,
undan jedem Morgen, Doktor,
an jedem Morgen, wenn es dämmert,
wird mein Herz in Griechenland erschossen.
Und wenn die Gefangenen einschlafen,
die letzten Schritte im Krankenbau verstummen,
geht mein Herz fort, Doktor,
geht es fort, einem kleinen Holzbau zu in Istanbul.
Auch habe ich zehn Jahre, Doktor,
nichts in den Händen gehabt, was ich meinen Leuten hätte
geben können,
nichts als einen Apfel,
einen roten Apfel - mein Herz.

Ich schaue die Nacht durch-die Gewitter,
und trotz all dieser Wände, schwer lastend mir auf der Brust,
schlägt mein Herz mit dem fernsten Gestirn.
All diese Dinge, Doktor,
und nicht etwa Arteriosklerose
oder Nikotin oder Zuchthaus,
sind die Ursachen meiner Angina Pektoris.

4. Eine ist die Taube — Musik: M. Theodorakis
Text: O. Elytis

Eine ist die Taube — und der Frühling ist teuer
damit sich die Sonne dreht — bedarf es viel Arbeit.
Es müßten Tausende von Totenauf den Riedern liegen
Es müßten auch die Lebendigen ihr Bett opfern.

Mein Gott erster Meister — du hast mich in den Bergen gebaut
Mein Gott erster Meister — du hast mich ins Meer eingeschlosse

Das Mais Leib wurde — von den Magiern genommen
Sie haben es in — einem Grab des weiten Meeres Begrab

In einem tiefen Brunnen — halten sie es eingeschlossen
Es duftet die Dunkelheit — und der graue Abgrund

Mein Gott erster Meister — Du auch in den Fliedern
Mein Gott erster Meister — Du ließt die Auferstehung duften.

5. DiesesBäume — Musik: M. Theodorakis
Text: G. Ritsos

Diese Bäume fühlen sich nicht wohl bei weinigerem Himmel
diese Steien fühlen sich nicht wohl unter den fremden Schrittem
diese Gesichter fühlen sich nur in der Sonne wohl
diese Herzen fühlen sich nur in der Gerechtigkeit wohl.
Die Landschft ist hart wie das Schweigen
es preßt in seiner Brust die glühenden Steine
es drückt seine weisen Olivenbäume und seine Weinberge in das Licht.

Es gibt kein Wasser. Nur noch Licht.
Der Weg verliert sich in das Licht und der Schatten der Mauer ist Eisen.

6. Der lächelnde Junge — Musik: M. Theodorakis
Text: Brendan Behan

Es war ein Orakel am Morgengrauen im August
ich ging auf die blühende Erde um frische Luft zu schnappen,
da sah ich ein Mädchen, es wint, es jammert heulend,
zerbrich mein Herz, sie haben den lächelnden Kerl getötet.

Er war tapfer und mutig und ich werde seinem hüpfenden Schritt,
seinem süßen Lächeln ewig nachweinen.
Verdammt soll die Stunde sein, verflucht der Augenblick.
Die Faschisten haben den lächelnden Kerl getötet.

Oh, wäre er neben dem Kommandanten von einer englischen Kugel gefallen
oder wäre er beim Hungestreik im Gefängnis gestorben.
So würde sein Verlust für mich eine Ehre.

Meine Königsliebe, ich werde Dir für das, was du getan hast ewig nachweinen.
Denn er würde alle unsere Feinde vernichten.
Ruhm und Ehre sei dem unvergleichlichen lächelnden Kerl.

7. Die Glocken werden läuten

Musik: M.Theodorai
Text: J.Ritsos

Mit so vielen Blättern winkt die Sonne zum Morgengruß
Mit so vielen Bäumen glänzt der Himmel.
Und diese hinter Gittern und jene unter der Erde.

Schweig, bald werden die Glocken läuten.
Diese Erde gehört ihnen und uns.

Unter der Erde
halten sie in ihren gekreuzten Händen
das Glockenseil
sie warten auf die Stunde
sie warten, daß sie die Auferstehung läuten.

Diese Erde gehört ihnen und uns
Niemand kann sie uns wegnehmen.

Schweig, bald werden die Glocken läuten.
Diese Erde gehört ihnen und uns.

8. Great America

AMERICA saviour of democracy
has txxxx her soldiers in everybody's country.
In the USA of freedom the people speak
But they are taking advantage of countries they know are weak
They are fighting now away down in South East Asia
and the reason they tell us is to contain Red China
Just imagine the yankees are saying to you and to me
That the Vietnamese people want to be free.

Refrain:
But I say that:
America is fighting for freedom way down in South East Asia
But not in Georgia and not in Alabama
so Mr. Johnson listen to me
fight for freedom in Mississippi.

The VietCong they so called enemy
Is really trying to improve his own country
They are trying to get rid of feudalism
Puppet dictators and imperialism
Washington knows that this is the case
But the truth of the matter they do not want to face.
They don't want the starving peasants to know
So therefore they're trying to maintain the Status Quo.

Propaganda it is spread in America
Anti-Castro America spreading hatred so
they say Castro is Russian lead
Cuba is a Commie beach-Lead
But they are afraid of Cuba
Russia is there to protect her

Chorus (Zum Mitsingen)

Well Batista, he was a slave of America
this dictator made the Cuban people suffer
that's why Castro and Guevara
got the peasants all to-gether
and they caused his overthrow
the people shouting viva Castro

Communism is a great curse in 'America
Everz disturbance they're blaming on poor Russia
all kinds of nonsense they put in the people's head
they habe this frolish saying better dead than red
but there are yankees who do not agree
with their country's outrageous foreign policy
But when they talk the others shout communist
and before you know they are on the F!B!I! List.

Chorus(Zum Mitsingen)

America claims there's a Communist and free world
with a great big difference between them so we are told
they claim the eastern people are in slavery
But I was thinkin g about it logically
Portugal, Rhodesia, South Africa
Haiti, Spain and dear old America
If these countries represent democracy
Then Communist China I would consider free

Chorus (Zum Mitsingen)

9."Cuba si, yankee no" Hugh Bobb

Castro's Cuba nor more yankees in Havana
with Batista all the gringos have left Cuba
America says that he's a red
and that Castro is better dead
But the Cubans they do not care
imperialism is no more there.

But the yankees are trying so , Cuba si ,Yankee no
But the gringos they do not know, Cuba si Yankee no
They can not overthrow Castro, Cuba si Yankee no
the Bay of Pigs was a fiasco, Cuba si, Yankee no
Castro broke down the Yankees ego, Cuba si, Yankee no
And the people shouting Vava Castro, Cuba si yankee no

10. Was tun wir, Freunde?

Was tun wir, Freunde?
Wir reden viel, aber was sonst?
Seht ihr denn nicht, dass die Welt uns gehört, ganz!
Seht ihr, dass wir mutlos leben wie die Alten!
Seht ihr nicht, dass die Zeit in unseren Händen stirbt!

Was tut Ihr, Ihr Armen,
ganz umgeben vom Elend?
Meint Ihr denn, dass Gott will, dass Ihr arm seid!
Und glaubt Ihr noch den Worten der Reichen!
Und glaubt Ihr, dass Euer Brot das Brot der andern sein muss!

Was tut Ihr, Ihr Reichen?
vom Geld verroht?
Seht Ihr denn nicht, dass es in der Welt Millionen von Hungriger
gibt!
Seht Ihr nicht, dass der Hunger für viele der Tod ist!
Seht Ihr nicht, dass dieser Tod vielleicht Euer Tod ist!

Was tut Ihr,
Ihr unterdrückten, erschöpften Arbeiter?
Erkennt Ihr denn nicht, dass Eure Arbeit Profit für wenige ist!
Erkennt Ihr nicht, dass Eure Hände verdammte Hände sind!
Erkennt Ihr nicht, dass Euer Leben ein Sklavenleben ist!

Was tut Ihr, Ihr Herren,
die Ihr nur an Euch denkt?
Seht Ihr denn nicht, dass Ihr alles haben wollt!
Seht Ihr nicht, dass Ihr versucht, den Arbeiter zu unterjochen!
Seht Ihr nicht, dass viele Menschen sich nicht kaufen lassen!

Joan, José

11. Wir werden siegen

Heute, da ich mich niedergeschlagen fühle,
heute, da mir die Kräfte fehlen,
scheint mir der Gesang schöner,
sehr, sehr fern sehe ich die Tränen.

Heute, da Kämpfen Verlieren zu sein scheint,
heute, da man den Schrei erstickt,
scheint mir das Siegen sicherer,
sehr, sehr fern sehe ich den Tod.

Heute, da Liebe nur gekauft werden kann,
heute, da man sowenig sich achtet,
scheinen mir die Umarmungen stärker,
sehr, sehr fern sehe ich den Hass.

Heute, da Soldaten Christi den Frieden mit Füssen treten,
heute, da die Gefängnisse besetzt sind,
scheint mir das Morgen friedlicher,
sehe ich die Gitter sehr, sehr fern.

Ich weiss, dass wir siegen werden,
Ihr wisst, dass wir siegen werden.
Einerlei, wie viele Jahre wir brauchen,
wir werden kämpfen, ja, wir werden kämpfen.

Joan, José

12. Der Mond

Mit einem Stein
lösche ich das letzte Licht
des Abends im Wasser.

Der Schlag zerschlug
den ganzen Abend, die dünnen
Gefängnisse des Glases.

Auftauchen breite
Hände aus Licht. Herab stieg
durch den Mais, über die Bäume,
dem gehörten Schweigen
jener Gipfel, entblösst,
sehr langsam verbreitet,
die Nacht, die ich betrachte.

Espriu, Joan, José

13. Der Wind

Hörst du, wie der Wind
durch die Apfelbäume herankommt
bis zum Fenster?
Er will herein.

Das Pferd wiehert
tief in der Nacht.
Die Hunde verbellen den Schatten
eines seltsamen Wanderers.

Der Wind hat uns betrachtet
mit seinen so leeren Augen
und klopft nun an die Tür:
Er will herein.

Traurig, sehr still
neben dem Feuer, verbringen wir
diese langsamen Stunden
der Totenwache.

Der Wind kam durchnässt
von seinen Wegen im Fluss
Wenn er sich beruhigte, liessen wir
ihn gerne mit uns sitzen
neben dem Feuer.
Espriu, Joan, José

14. Ein Lied

Ein lied, ein lied,
ein lied, ein lied
wohl durch die strassen
der stadt hinzieht.
bom bom bom bom bom bom bom.

Es singt der kammer
singt der motor
rufen zum singen
den arbeiter vor.
bom...

Alles das werkzeug
zum singen bereit -
schon singt der mann
bei seiner arbeit.
bom...

Alle die hände
heben sie auf,
alle vereinigt
zu einer faust.
bom...

Volk du von Spanien
fang und sing,
ein volk, das singt,
noch nicht unterging.
bom...

Widerstandslied aus dem Buch: "Pueblo que canta" Übers.: G. Semmer

15. Amnestie

Kommt, Freunde aus den Gefängnissen
in denen ihr schon dreissig Jahre verbracht habt.
Kommt aus den Gefängnissen, Freunde:
Macht Platz für eure Kinder.

Ihr zahllosen Verbannten,
Flüchtlinge und Entwurzelten,
kommt ins Paradies zurück, beeilet euch,
man gibt euch Amnestie;
und die Tore der Gefängnisse
hat man ohne Bedingungen geöffnet
und die Heimgekehrten
tanzen von Freude auf der Strasse,
mit den entlassenen Gefangenen
und den Blauhemden.
Kommt...

Mit Geduld und Spucke
vergisst man leicht die dreissig Jahre
und die Luft des Kerkers
soblad man Freiheit atmet.

Kümmert euch nicht darum, dass eure Haare weiss geworden sind,
ihr eure Gesundheit verloren habt:
Noch habt ihr ja Zeit genung,
freie Luft zu atmen und zu lachen,
in euer warmes Bett zurückzukehren
wo ihr getrost sterben dürft.
Kommt...

Und in den eben freigewordenen Gefängnissen
wird man wiederum Platz genug haben,
für die Bergleute aus Asturien,
und diezahllosen Studenten,
eure Kinder ... doch seid unbesorgt,
so schlimm ist das ja nicht,
im Gegenteil: Ihre Zukunft ist nicht gefährdet,
das Gefängnis ist doch ein sicherer Ort.
Und wenn sie als Greise entlassen werden
werden sie ihre Kinder ins Gefängnis einziehen sehen.
Kommt...

Alain, Joan, José

16. Bruder Julian Grimau

Ich habe eines Morgens das Verbrechen kennen gelernt
mein Schmerz hat die Farbe des menschlichen Blutes.
Nur Wolken und Blei waren anwesend
Bruder Julian Grimau, sie haben dich ermordet,
sie haben dich ermordet.

Auf der Erde entsteht kein Gedanke mehr,
der nicht diesen Schmerz in sich trägt.
Aus dem Schmerz meines Volkes wächst mein Gesang
Saiten meiner Guitarre, ihr seid Begleiter meiner Tränen,
ihr seid Begleiter meiner Tränen.

Verdammt, die von der Rache leben,
während die Völker für die Hoffnung sterben.
Schweigen meines Landes, wie schmerzlich ist dein Ton
die Steine des Weges sind heute voll Blut,
sind heute voll Blut.

Der junge Weizen wird in den Furchen wachsen,
das Recht wird aufs neue mit Füssen getreten.
Aber trotzdem weiss ich dass du eines Tages
mit uns zusammen sein wirst, wie du es gewünscht hast,
wie du es gewünscht hast.

Widerstandslied (anonym)

17. Mein Schmerz ist dir fremd

Mein Schmerz ist dir fremd
und der traurige Klang meines Liedes,
warum ich nicht wie die anderen lache
fragst du mich, Freund, warum.

Ich habe Tausende von Menschen gesehen,
vorbeiziehen, fliehen über den Grat.
Sie fliehen alle voll schmerzlicher Sehnsucht.
Ich sah, wie die Hoffnung verlorenging.

Ich sah manche Gerechtigkeit predigen,
die das Brot
den Arbeitern geraubt haben.
Ich sah sie deren Schmerz verlachen.

Ich sah einen bewaffneten Frieden
schon seit 25 Jahren,
den erzwungenen Frieden eines Kerkers,
den fruchtlosen Frieden der Gräber.

Mein Schmerz ist dir fremd
und der traurige Klang meines Liedes.
Wenn ich ohne Hoffnung lebe,
Freund, dann weisst du warum.

Jordi, Joan, José

18. Zum Streik

Zum Streik, Kameraden,
geht nicht zur Arbeit,
lasst das Werkzeug liegen
denn die Stunde des Kampfes ist da.

Z um Streik zehn,
zum Streik hundert
zum Streik Mutter
geh ich auch.
Zum Streik hundert
zum Streik tausend
ich für die andern,
und die andern für mich.

Gegen die Regierung, die unshungern lässt
werden wir uns erheben.
Alle Arbeiter
Schulter an Schulter für das Brot.
Zum Streik...

Von der Grube und vom Acker,
von der Drehbank und vom Webstuhl
wird das Volk
zum Generalstreik gehen.
Zum Streik...

Alle Völker der Welt
werden uns die Hand reichen
um Spanien die verlorene Freiheit
zurück zu geben.
Zum Streik...

Widerstandslied (anonym)

19. Die Landarbeiter

Die Schlachtfelder sind von so vielen Geschossen verwundet.
Die Dörfer verbluten von so viel Schmerz
und die Landarbeiter sind mitten in der Schlacht
um den Faschismus zu vernichten.
Wir lassen den Pflug auf der Erde liegen
und nehmen stattdessen das Gewehr zum kämpfen.
wir gehen mutig zu den Schützengräbern
damit es in Spanien Freiheit gibt.

Wir sind Landarbeiter.
Heute sind wir Soldaten.
Vorwärts,
rufen unsere Gewehre
rufen unsere Pflüge.
Vorwärts - vorwärts - vorwärts.

Text: Antonio Aparicio Musik: Enrique Casal

20. In Nagasaki the Bell Tolls

Die Sonne scheint herrlich;
Mein Herz aber ist voll von Wut und Trauer;
Oh, meine Geliebte, meine Kinder! Ihr Unschuldigen!
Welcher Augenblick hat Euch gemordet?
Wer kann die Atombombe wieder dulden?
Für Frieden und Gerechtigkeit,
Schlägt die Trommel in Nagasaki!

Oh, Hafen, Hügel und Kirche!
Nur Ruinen! Wer hat Euch zerstört?
Nie wieder, oh Gott! Fluch über die Bombe!
Für Frieden und Gerechtigkeit,
Schlägt die Glocke in Nagasaki!

Freunde in aller Welt!
Lasst uns gemeinsam den Frieden schaffen!
Seien wir Apostel des Friedens;
Und verschwören wir uns gegen die Atombombe!
Oh, Frieden und Gerechtigkeit,
So schlägt die Glocke in Nagasaki!

M. Okamoto

23.02.68

Wacht auf verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt
Das Recht wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Ausbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern,
Heer der Sklaven wache auf,
Ein Nichts zu sein, Tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zu hauf.

:/ Völker hört die Signale
auf zum letzten Gefecht,
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht /

Es rettet uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun.
Leeres Wort - des Armen Rechte,
Leeres Wort - des Reichen Pflicht.
Unmündig nennt man uns und Knechte.
Duldet die Schmach nun länger nicht.

:/ Völker hört die Signale
auf zum letzten Gefecht
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.

In Stadt und Land Ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärksten der Partein.
Die Müssiggänger schiebt beiseite,
diese Welt muß unser sein.
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der mächtgen Geier Frass
erst wenn wir sie vertrieben haben
dann scheint die sonn! ohn' Unterlass
(Refrain)

23.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Über die Fehler des SDS und wie die Studenten sie vermeiden können" zur Wahl des 1. AStA-Vorsitzenden bei der der SDS-Kandidat, ein Theologe und 'Kirchenterrorist', dem unabhängigen Kandidaten unterlag.
Q: SDS: Über die Fehler des SDS und wie die Studenten sie vermeiden können, Heidelberg O. J. (1968)

23/02-68

SDS- Flugblatt

Über die Fehler des SDS und wie die Studenten sie vermeiden kö

Vier Kandidaten standen zur Wahl des 1. AStA-Vorsitzenden. Ein ADS-Ko
porierter("Dem Freund die Brust, dem Feind die Stirn"), ein unabhängiger
Kandidat, ein Kandidat vom LSD(Landesvorsitzender), einer vom SDS (Theo-
loge und "Kirchenterrorist").
Alle Kandidaten traten mit progressivem Programm auf, wobei nur der vom
LSD originelle Vorschläge machte, die allerdings wenig durchdacht schie
nen. Der ADS-Kandidat kam mit einem SDS-Programm und der Unabhängige mac
te einige Komplimente für den LSD, wofür er auch einige LSD-Stimmen er-
hielt. Die zwei Stimmen für den LSD-Kandidaten kamen nicht vom LSD. Die
linkische Taktik des ADS-Kandidaten wurde vom Parlament durchschaut. ER
erhielt nur die Stimmen der Rechten.
Der Kandidat des SDS, der in der Personalbefragung die meisten Fragen z
beantworten hatte und in seinen Antworten zeigen konnte, dass seine Pos
tion nicht nur verbales Bekenntnis sondern auch praktisch werden kann,
unterlag klar dem Unabhängigen, der nicht nur wenig zu sagen hatte, son
vom Parlament auch nur wenig zu konkreten Stellungnahmen aufgefordert
wurde.
Der SDS hat sich durch den Eindruck täuschen lassen, dass dieser Farblo
wenig Interesse im Parlament fand, und hat deshalb seine Fragen auf die
anderen Kandidaten konzentriert. Nachdem die öffentliche Personalbefragu
über die Qualifikation der Kandidaten hinreichend Auskunft gegeben hatt
schien eine weitere Personaldebatte nicht notwendig. In dieser Situation
wurde von einer Parlamentarierin, die dann garnichts sagen wollte, Antr
auf Personaldebatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Kandidat
gestellt.
In dieser Debatte wurde nichts diskutiert, was nicht unter Anwesenheit d
Öffentlichkeit und der Kandidaten besser und fairer hätte diskutiert wer
den können. Den Kandidaten wurde die Möglichkeit zu Erwiderungen und der
Öffentlichkeit die Information und Teilnahme an der Erörterung neu aufge
tretener Aspekte verwehrt. Dies geschah, nachdem das Parlament gerade ei
nen Antrag angenommen hatte, dass Personaldebatten grundsätzlich öffent-
lich zu führen sind und nur in ganz besonderen Rücksichtsfällen die Öffe
ntlichkeit auszuschliessen sei.
Mit diesem Vorgehen hat das Parlament und die AStA-Vorsitzenden bewiesen
dass sie die Forderungen der Studentenschaft nach Öffentlichkeit nicht e
mal in der Lage sind, in ihren eigenen Institutionen zu verwirklichen.
Auch die SDS Parlamentarier haben es versäumt, vor dem Wahlgang nochmal An
trag auf öffentliche Debatte zu stellen. Unmittelbar nach der nicht öffen
lichen Debatte schritt das Parlament zur Wahl. Durch ein Misstrauensvotu
gegen den neugewählten AStA-Vorsitzenden wurde dann noch einmal eine Öff
liche Diskussion erzwungen. Dabei zeigte die Abstimmung, in der der Miss
trauensantrag mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde (23;2o;Rest Enthaltun
dass das Parlament sich in seiner Wahl des AStA-Vorsitzenden(17;32;1) ni
so sicher war, wie es zunächst erschienen war.
Der SDS und viele andere halten den neuen AStA-Vorsitzenden nach wie vor
für unfähig, die Studenten im nächsten Semester zu vertreten. Er vermochte
es nicht, fortschrittliche Mitarbeiter für den AStA zu gewinnen. Wir werde
am kommenden Mittwoch noch einmal versuchen, eine Neuwahl zu ermöglichen.
Programm und Mannschaft werden den Studenten noch vorgestellt.
Kommt am Mittwoch ins Studentenparlament und helft dem SDS Fehler zu ver-
meiden. Stellt die Öffentlichkeit her. Damit soll nicht zu einer Störung
der Parlamentssitzung aufgerufen sein, sondern zu einer disziplinierten
Diskussion mit dem Parlament.

23.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt der KU "Medizinische Arbeitskreise in der Kritischen Universität" mit der Einladung zur Vorbesprechung am 5.3.1968.
Q: KU: Medizinische Arbeitskreise in der Kritischen Universität, Heidelberg O. J. (1968)

23/02 '68

KUH

Medizinische Arbeitskreise in der Kritischen Universität

Welche Ziele setzen sich die medizinischen Arbeitskreise in der KU ?

-Sie wollen die bestehenden Zustände an der medizinischen Fakultät einer rationalen Kritik unterziehen. Sie wollen Alternativpläne für ihre Umgestaltung erarbeiten.

-Sie wollen die Methodik der Medizin analysieren: Dabei soll die methodische Einseitigkeit innerhalb der Medizin und die gesellschaftlichen Kräfte, die jene bedingen, aufgezeigt werden.

-Sie wollen bisher wenig beachtete Gebiete untersuchen.

-Innerhalb der Gruppen wird ein nicht-autoritärer Arbeitsstil angestre

Hie r werden eine Reihe von Themen vorgeschlagen, die sich an obigen Zielen orientieren. Wenn Sie an einem oder mehreren dieser Arbeitskreise teilnehmen möchten, kreuzen Sie bitte das entsprechende Thema an und geben Sie dieses Flugblatt mit Ihrer Adresse an den Verteiler oder an die Medizinische Fachschaft zurück.

THEMENVORSCHLÄGE FÜR DIE ARBEITSKREISE

1. Erkenntnis- und Methodenprobleme in der Medizin.
   Dieser Arbeitskreis besteht schon seit einem Semester. In diesem Semester: Kritik der Psychoanalyse.
2. Reformprobleme des Medizinstudiums.
   Studienreformvorschläge etwa des Wisswnschaftsrats sollen kennengelerntund anhand von Sekundärliteratur, wie z.B. Stephan Leibfried "Wider die Untertanenfabrik" kritisch geprüft werden.
3. Soziale Ursachen pathologischer Reaktionsformen bei Studenten.
   Stichworte: Suicid, Sucht, Alkoholmißbrauch, Prüfungsangst, vorzeitiges Abbrechen des Studiums.
4. Soziologie der Medizinischen Fakultät.
   Stichworte: Klinikaufbau, "Forschungsarbeit", Gutachtertätigkeit, Ordinariengehalt, Prüfungsordnung, Gebühren, etc.
5. Vergleich der Psychiatrie im "Dritten Reich" mit der heutige n Anstaltspsychiatrie.
6. Arzt und Gesellschaft.
   Stichworte: Ideologie der Standesorganisationen, Die Verhinderung der adäquaten Therapie durch die Struktur der Sozialversicherung.
   (In Zusammenarbeit mit praktischen Ärzten)
7. Sozialmedizinische Fragen.
   Die Situation des nicht organisch Kranken in der Gesllschaft, besond im Hinblick auf die Sozialversicherung, die Nicht-Berücksichtigung sozialer und Psychischer Faktoren in der Medizin und ihre Ursachen in der Ideologie unserer Gesellschaft.
8. Eigene Vorschläge:

bitte wenden

In den Arbeitskreisen sollten nicht mehr als 1o-15 Teilnehmer mitarbeiten. Es wäre wünschenswert, wenn sich an den Arbeitskreisen auch Nichtmediziner beteiligen würden(Studenten, Assistenten und sonstige Interessierte), da viele Fragen nicht von medizinischen Gesichtspunkten allein gelöst werden können.

Der Termin zur Auswahl und Vorbesprechung der Arbeitskreise ist:

Di. 5.3.68 20h Collegium Academicum, Seminarstr.

Falls Sie zu dieser Zeit verhindert sein sollten, aber trotzdem Interesse an der KU besitzen, kreuzen Sie bitte die beteffenden Themata an und geben Sie das Flugblatt an die Fachschaft Medizin zurück.(evt. wenn niemand da ist, in den Briefkasten werfen).

Ihr Name

Ihre Adresse(tel.)

KU

Verantwortlich:
Helga Bezner
Fachschaft Medizin
69 Heidelberg
Inst. f. Gerichtsmedi
Voßstr. 2

23.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein "Diskussionsbeitrag" von Meinhard Schröder zum Thema "Kritik der Theologie und kritischen Theologie", der sich gliedert in die Abschnitte:
- "Aufgaben einer kritischen Theologie";
- - "I. Traditionskritik";
- - "II. Ideologiekritik"; und
- - "III. Institutionskritik".
Q: Meinhard Schröder: Diskussionsbeitrag, Heidelberg O. J. (1968)

23.02.68

DISKUSSIONSBEITRAG

Wenn es bei der Forderung nach Diskussion im Gottesdienst nur um Diskussion ginge, wären viele Vorwürfe gegen das Vorgehen berechtigt.
Aber, wie vermutet, es geht um mehr. Es geht schlicht darum, ob sich diese Gottesdienstgemeinde noch eine christliche Gemeinschaft nennen darf. Eine Reihe von Beobachtungen führt mich dazu, dieses zu bezweifeln.
In dieser Gemeinde herrscht die Heuchelei, nicht die Wahrheit.

-- Heuchelei nenne ich es, wenn man wegen der Forderung eines Gemeindemitgliedes nach Diskussion einen Gottesdienst abbricht, während Hunger und Elend, sowie die brutale Vernichtung des vietnamesischen Volkes noch nie zum Abbruch eines Gottesdienstes geführt haben.
-- Heuchelei nenne ich es, wenn man vor lieblosen Methoden und vor dem Auseinanderbrechen der Gemeinde warnt, nachdem die Gemeinde bereits auseinandergebrochen ist durch das Fernbleiben derjenigenvom Gottesdienst, die die schreiende Diskrepanz zwischen kirchlichem Anspruch und kirchlicher Wirklichkeit nicht mehr aushielten und die man mit der lieblosen Methode selbstgerechter Gleichgültigkeit behandelte.
-- Heuchelei nenne ich es, wenn Prediger sich hinter den Bedürfnissen des "alten Mütterchen" verstecken, nachdem sie es jahrzehntelang in Unwissenheit und Aberglauben hielten. Die Ergebnisse und Konsequenzen wissenschaftlich-theologischer Arbeit sind der Gemeinde vorenthalten worden. Das Gericht für diese Unwahrhaftigkeit steht heute in Form der durch die Bekenntnisbewegung drohenden Kirchenspaltung vor uns.
-- Nicht Heuchelei, aber theologische Unwissenh it nenne ich es, wenn man die Frage nach der gemeinsamen Aktivität der Gemeinde mit dem Hinweis auf die Kollekte und individuelle caritative Tätigkeiten zu beantworten versucht.
-- Ahnungslosigkeit von der Bibel nenne ich es, wenn man egozentrische Erbauungsbedürfnisse mit der Nachfolge Jesu verwechselt.
-- Heuchelei neene ich es aber, wenn man diese Unwissenhait und Ahnungslosigkeit erkennt und nichts dagegen tut, sondern sie durch sein Verhalten bestätigt.

KRITIK DER THEOLOGIE UND KRITISCHE THEOLOGIE

Theologie ist ihrem Anspruch nach kritische Rationalität im Dienste des Menschen.

Sie ist diesem Anspruch selten gerecht geworden.

-- Rational ist die Theologie, weil in ihr nachgedacht wird über Gegenstand und Form christlichen Glaubens.
-- Praktisch ist die Theologie, weil sie sich auf die Kirche, auf einen sozialen Verband, auf Menschen bezieht.
-- Kritisch ist die Theologie, weil sie ihre Grundlage in einem Geschehen der Vergangenheit und in noch nicht verwirklichter Zukunft hat. In dieser Spannung ist sie zu Kritik der Tradition und des Bestehenden verpflichtet.

Gerät einem die gegenwärtige universitäre Theologie ins Blickfeld, so möchte man sagen, sie sei weder rational, noch praktisch, noch kritisch.

-- Aber wo sollte Rationalität herkommen, versucht doch (jedenfalls teilweise) die Philosophie, einst Denkschule der Theologie, diese nunmehr an Irrationalität zu übertreffen. Und findet doch das Gespräch mit anderen Wissenschaften, die heute mögliche Schule sauberen Denkens sein könnten, nicht statt!
-- Und wo sollte Praxis herkommen, ist doch der Bezug zur Praxis delegiert worden an eine kümmerliche Teilwissenschaft. So im Ganzen des Bezugs zur Praxis entledigt, ist Theologie auch keine brauchbare Theorie.
-- Und wo sollte Kritik herkommen, liefert doch die sogenannte praktische Theologie meist nur den ideologischen Überbau zu bestehenden kultischen Handlungen und dient sie doch der Schulung von Funktionären des Kults, während die nicht-praktische Theologie sich weitgehend mit der Wiedergabe von zeitlos gültigen Sätzen und dem Repetieren steriler Tradition begnügt.

AUFGABEN EINER KRITISCHEN THEOLOGIE:

(Bedingungen von Theologie sind - nach Moltmann - :
a) als Konstante der Bezug auf den gekreuzigten Christus und die Solidarität der Elenden im Mangel an Freiheit und Herrlichkeit;
b) als Invariante die Ausrichtung auf die Zukunft Christi und die kommende Freiheit
c) als Variablen gelten Auslegung und Applikation, weil immer neue Formen von Entfremdung, Sünde und Elend produziert werden.)

I. Traditionskritik
II. Ideologiekritik
III. Institutionskritik

Natürlich sind diese drei Punkte grundsätzlich nicht zu trennen, was sich in der gegenseitigen Abhängigkeit von Tradition, Ideologie und Institution in der Kirche zeigt.
Eine solche kritische Theologie wäre zu entfalten im Hinblick auf die Gesellschaft und auf die Kirche, ist doch Kirche Teil der Gesellschaft und für diese da, wenn nicht die von der Kirche verkündete Hoffnung eine Hoffnung auf die Kirche sein soll, sondern eine Hoffnung auf das Reich Gottes als der Zukunft der Welt.
Was damit gemeint ist, möge ein Beispiel illustrieren, was als Kriterium für viele Anstrengungen gelten kann: Im Raum Kalkutta werden im Jahre 2000 (das ist in 32 Jahren!) ca. 70 Mio Menschen leben. An der Bewältigung der damit aufkommenden Probleme werden sich Theologie zu bewähren haben.

I. TRADITIONSKRITIK

Hierbei geht es um die kritische Aufnahme der Überlieferung von Jesu Verkündigung, Kreuz und Auferweckung. Allerdings kann es sich nicht um ein Einlassen auf Fragen und Nöte der Menschen handeln, um die Tradition zu aktualisieren, vielmehr um ein Einlassen auf die reale Entfremdung des Menschen, um zu befreien (damals von Sünde und Krankheit - Jesus- und von kosmischen Mächten - Paulus -, heute von gesellschaftlichen Mächten).

So kann sich also Hermeneutik als Prinzip der Auslegung von Tradition nicht mehr nur auf Verkündigung und Sprache beziehen, "weil diese selbst schon im größeren politischen und sozialen Forum der Öffentlichkeit stehen. Darum gehören die politische Gestalt der Kirche und die ethische Lebensform der Christen in die hermeneutischen Überlegungen hinnein." (J. Moltmann)
Werden also alle Verhaltensäußerungen von Christen in die Auslegung einbezogen, so kann man dem nicht mehr mit einem Prinzip gerecht werden. Eine Methode, ein kybernetisches Modell faßt den Sachverhalt besser: "eine "Methode geschichtlicher Wirksamkeit in Entwurf, Erfahrung und Kritik des Entwurfes".
Das bedeutet für die Predigt, daß der Prediger den Entwurf liefert in Auslegung des Textes, daß sich dieser Entwurf der Erfahrung der Gemeinde stellt und daß die Gemeinde sich in Kritik des Entwurfes Informationen aneignet.
"Die Predigt braucht zur Begründung den Text und zur Kontrolle das Gespräch mit der Gemeinde."
Damit aber greifen wir schon zur Institutionskritik über und merken, wie der Bezug von Theorie und Praxis hergestellt werden kann.
"Eine geschichtliche Hermeneutik (muß) die Mittel und Methoden praktischer Befreiung entwerfen." (Zitate: J. Moltmann)

II. IDEOLOGIEKRITIK

Beispiele für Möglichkeiten innerkirchlicher Ideologiekritik:
a) Kritik der kirchlichen Verkündigungssprache, ihres bedenklichen Intimitätsjargons
b) Milieukritik: Abbau unkontrolliert vorherrschender Gesellschaftsvorstellungen etwa jener des Kleinbürgertums oder jener des Akademikertums
c) Antisemitismuskritik
d) Kritik am relativ geringen Versöhnungs- und Toleranzeffekt des Glaubens in der Christenheit selbst
e) Aufweis der geschichtlichen Bedingtheit und des Wandels gesellschaftlicher Vorstellungen in der Kirche
f) Kritik des Kampfes an falschen Fronten (Bekenntnisschule)

(nach J.B.Metz)

Ideologiekritik hat dort anzusetzen, wo Theologie und Kirche zum ideologischen Überbau einer bestimmten bestehenden Gesellschaftsordnung werden, wo man Christentum als "letzte Religion" ansieht und sich vom ihm eine Entlastungsfunktion für den Einzelnen verspricht, wo man also Kirchen im Neubaugebieten baut wie samitäre Anlagen: hier die Seele - da der Körper!
Beispielsweise läßt sich in allen Formen heutiger Transzendental- (Barth), Existential- (Bultmann, Braun) und Personaltheologie (Buber) ein Trend zum Privaten, zum Intimen aufweisen. Geschichtliche und gesellschaftliche Bezüge geraten aus

dem Blickfeld. Statische Begriffe, die sich angeblich in der Geschichte durchhalten wie "Wort Gottes", "Existential" und "Begegnung" verlieren ihre Geschichtslosigkeit die kritische Kraft und lassen die Dimension der Zukunft, des noch nicht verwirklichten Heils völlig unberücksichtigt.
Diese Theologien erfüllen durch ihre Privatisierung und Individualisierung in unserer Gesellschaft eine Entlastungsfunktion, d.h. eines ideologischen Überbaus: sie bestätigen das Individuum als Individuum, trösten es religiös über seine isolierte Lage in der Gesellschaft hinweg. Sie treten damit an die Seite der Manipulationsmechanismen einer repressiven Gesellschaft, indem sie eindimensionales Denken einüben.
Schon Marx sah (vor Max Weber), daß der Individualismus protestantischer Frömmigkeit der Isolierung des Menschen im Produktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft entspricht.
Aber wenn der Mensch das Bedürfnis nach Erbauung, nach Religion hat, darf man ihm dieses Glück nehmen?
"Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks.
Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine Wirklichkeit gestalte wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch..." (K.Marx)

Wenn der unmythologische Kern der Religion der Protest gegen das menschliche Elend ist und wenn wir Jesu Kreuz als umfassenden Ausdruck wirklichen menschlichen Elends sehen können, dann ist die Auferweckung Jesu der umfassende Protest gegen das menschliche Elend, die Ermöglichung der Befreiung und der Hoffnungsgrund für die noch ausstehende Aufhebung jeglicher Entfremdung.
Die Geschichte ist machbar geworden. Nie zuvor hatte der Mensch so viele Möglichkeiten, Hunger, Elend, Krieg und harte Arbeit abzuschaffen, aber auch so viele Möglichkeiten, die Hölle auf der Erde zu errichten.
Eine Theologie, die an diesem Faktum vorbeigeht, verkennt Gestalten heute möglicher Gnade, möglichen Heils.
Was wir also brauchen, ist eine Theologie für mündige Menschen. Eine Theologie, die Menschen Mündigsein ermöglicht. Eine Theologie, die nicht religiöse Bedürfnisse befriedigt, sondern herausruft zur Nachfolge Jesu, zur Mitarbeit am Heil, zur Befreiung des Menschen, zur Bewußtwerdung. Vielleicht eine Theologie der Stellvertretung.
Im Gleichnis vom jüngsten Gericht werden die seliggesprochen, die einem der geringsten Brüder zu essen gaben, als er hungrig war.
Heute hungern 2/3 der Menschheit und der Abstand zwischen unterentwickelt gehaltenen Völkern und reichen Industrienationen vergrößert sich. Individuelle Lösungsversuche verkennen das Ausmaß der Not und dienen letztlich der Selbstrechtfertigung. Wie die Kirche im 19! Jahrhundert trotz Innerer Mission in der sozialen Frage versagte und schuldig wurde, so entscheidet sich heute Christsein oder Nichtchristsein an der Frage der Dritten Welt.

Wenn Jesus zu den Armen, Elenden und Kranken geht und sie heilt, dann kommt das Reich Gottes zu den Mühseligen und Beladenen, dann ist das Beweis der Hoffnung auf Erlösung der Leiber im Diesseits. "Die soziale Revolution ungerechter Verhältnisse ist die immanente Kehrseite der transzendenten

Auferstehungshoffnung2 (J.Moltmann), d.h. der noch ausstehenden Aufhebung aller Entfremdung.
Wenn Jesus mit den Rechtlosen, den Huren und Zöllnern, das eschatologische Mal der Gerechten feierte, wenn seine Auferweckung von der Erniedrigung am Kreuz als Offenbarung der neuschaffenden Gottesgerechtigkeit begriffen werden kann, dann stellt sich für Theologie und Kirche die Frage der Beteiligung an Freiheitsrevolutionen, in denen der Christ anderen Menschen zum Recht verhilft, frei zu sein und das Leben selbst zu bestimmen.
Wann endlich begreifen Theologie und Kirche, daß ihr theologisches Hauptproblem sich exemplarisch zeigt im Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die größte Industrienation der Erde um nationale und soziale Befreiung, also um Brot und Recht!

III. Institutionskritik

Trotz der Verquickung mit Tradition und Ideologie sei der Gottesdienst beispielhaft für die Institution herangezogen.
Der protestantische Protest gegen die Vergegenständlichung der Gnade in der katholischen Kirche führte zur Aufhebung des Gegensatzes von profan und heilig (Tillich).
Damit war der Weg frei für permanente sachgerechte Änderung von Gestalten des Gottesdienstes. Tatsächlich aber ist eine Form völlig erstarrt und wird (gänzlich unprotestantisch!) geradezu als heilig angesehen!
Viele haben das kritisiert, aber eine Vermittlung zur Praxis gelang der Kritik bisher nicht. H.J.Schultz sieht den Gottesdienst als einen Vorgang der Sonderung von der Welt, statt der Sendung in die Welt, und das Abendmahl als ein Eintauchen in die Illusion einer Zeitlosigkeit.
Am schwersten wiegt das Ergebnis einer soziologischen Analyse von J.M.Lohse:
Vom Anspruch her wird Gottesdienst verstanden, als der Ort, in dessem zentralen Geschehen sich die Einheit der Gemeinde ereignet. Die Wirklichkeit aber sieht so aus: "Die persönliche Unterwerfung unter die applikative Form biblischer Texte im Verkündigungsgeschehen der Predigt, die bedingungslose Hingabe an die göttliche Rechtfertigung im Abendmahl, die schweigende Annahme der biblischen Verheißungen während der Textverlesungen, des Segens und des Friedensgrußes, die persönliche Identifizierung mit den in Wort und Ton geprägten Bekenntnisaussagen der Choräle fordern vom Gottesdienstbesucher die Grundhaltung der persönlichen Anbetung und Demut in dem meditativ geprägten Raum des Gotteshauses."
Die etwa aus einer solchen Grundhaltung der persönlichen Anbetung und Demut entspringenden "sozialen Prinzipien des Christentums" hat K. Marx als Eigenschaften der Canaille bezeichnet, und Bruno Bauer hat diesem "religiösen Egoismus" die soziale Gesinnung gegenübergestellt.
Womit wir wieder bei den unter Ideologiekritik angesprochenen Aufgaben der Theologie wären.

LITERATUR:

K.Marx und B.Bauer in: I.Fetscher,Der Marxismus I
J.Moltmann, Existenzgeschichte und Weltgeschichte in: Ev. K Kommentare 1/6 8
H.Marcuse, Das Ende der Utopie
J.B.Metz,Zum Problem einer "pol. Theol." in: Kontexte 4
H.J.Schultz,Hat Jesus d. Kirche eigentlich gewollt? Kontexte 4 - Protestation - Revolution -, Rothenfelser Hefte 3+4 (3/67)

Meinhard Schröder, 69 HD
Hauptstr. 75

23.02.1968:
Laut MSB Spartakus lassen Studenten aus den Obergeschossen der Ludwig Maximilian Universität (LMU) in München, während einer Festrede zum 25. Jahrestag der Ermordung der Geschwister Scholl, Flugblätter flattern, die nach "den antifaschistischen Taten des versammelten Establishments" fragen. Auf Handzetteln wird zum Protest gegen die Ermordung Benno Ohnesorgs und die Springer-Hetze aufgerufen.
Q: MSB-Spartakus: 500 Jahre Klassenuniversität München - 500 Jahre Kampf gegen die Reaktion, München O. J., S. 78

26.02.1968:
Vermutlich Anfang dieser Woche erscheint die Vorankündigung für die ab dem 27.2.1968 erhältliche März-Ausgabe der 'konkret' mit dem Artikel "Der Kampf in den Metropolen" von Ulrike Marie Meinhof.
Q: konkret Der Kampf in den Metropolen, O. O. O. J. (1968)

E57

konkret

Ulrike Marie Meinhof

schreibt in der März-Ausgabe von KONKRET

Der Kampf in den Metropolen

Es sind Gerüchte in Umlauf, daß die Vereinigten Staaten in Vietnam taktische Nuklearwaffen einsetzen wollen (NZZ 12. 2.). Es sind Gerüchte in Umlauf, daß die Berliner Polizei in Zukunft auch Tränengaskommandos und Judo-Trupps gegen Studenten einsetzen wird (BZ 7. 2.), Nuklear-Waffen als letztes Mittel, „um zu beweisen, daß sich ein Guerilla-Krieg nicht lohnt" (Westmoreland), tote Vietnamesen werden nicht mehr „um Gnade winseln" (Westmoreland). Tränengas- und Judo-Einheiten, „härtere Mittel", auch keine Rücksicht mehr auf Passanten und Schaulustige (Innensenator Neubauer), um zu beweisen, daß sich die Bewegung gegen den Springerkonzern nicht lohnt, auch nicht der Protest gegen den Krieg in Vietnam.

Aber die Völker der dritten Welt, die sich auf ein zweites und drittes Vietnam vorbereiten, wissen schon jetzt, mit wem sie es zu tun haben. Und die Studenten, die sich auf einen zweiten Juni vorbereiten, um einen 2. Juni zu verhindern, wissen es auch: daß der amerikanische Imperialismus entschlossen ist, die Welt, die er beherrscht, zu vernichten, bevor er selbst abtreten muß. Daß die Berliner Bürokratie und Administration und im Nachtrapp auch die bundesdeutschen Gesellschaftsinhaber bereit sind, die Demokratie zu zerstören, bevor sie ihre Positionen aufgeben müssen. Freiheitsphrasen sind beiden billig, solange sie von einer Bevölkerung als Surrogat von Freiheit akzeptiert werden. Gewaltlosigkeit ist beiden recht, wo sie den Widerstand gegen Gewalttätigkeit lähmt, wo Gewaltlosigkeit diejenigen, die Widerstand leisten wollen, unfähig macht, Widerstand zu leisten.

Der Drohung mit Nuklearwaffen steht der Aufruf der in Huê gebildeten „Front der nationalen, demokratischen und friedlichen Allianz" gegenüber: „Wir können die Sklaverei und Ausbeutung der Armut nicht länger ertragen. Wir dürfen den amerikanischen Aggressoren nicht erlauben, den Krieg fortzusetzen. Wir wollen Unabhängigkeit, Souveränität, Freiheit, Demokratie, Frieden, Neutralität. Wir wollen Nahrungsmittel, Kleider und Boden" (NZZ 3. 2. 68). Der Drohung mit Tränengas und Judo-Trupps steht die Erklärung von über 70 Professoren, Journalisten, Verlegern u. a. gegenüber: „Vietnam ist das Spanien unserer Generation ... Wir begrüßen die vom SDS einberufene Konferenz junger sozialistischer Gruppen aus verschiedenen Ländern zur Unterstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Recht des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen."

Das sind die Programme, die gegenwärtig zur Entscheidung anstehen: Nuklearwaffen gegen Vietnam oder Nahrungsmittel, Kleider und Boden für Vietnam. Um diese Entscheidung zu beeinflussen, hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund zu einer Internationalen Vietnamkonferenz für den 17. und 18. Februar in Berlin aufgerufen. Um auf dieser Konferenz zu beraten, was in den Metropolen, in den reichen Ländern der kapitalistischen Welt zu geschehen hat, um diesen Krieg in Vietnam zugunsten des vietnamesischen Volkes zu einem Ende zu bringen, um den Amerikanern in Vietnam das Handwerk zu legen.

Solidaritätsbekundungen für den Vietkong und Protestaktionen gegen die Amerikaner in Vietnam können sich nicht einfach zusammenknüppeln lassen, sich nicht einfach verbieten lassen, sich nicht einfach von der Straße fegen lassen, wenn es um mehr geht, als nur dem lieben Gott Bescheid gesagt zu haben, man sei dagegen gewesen, als sich nur ein gutes Gewissen verschafft zu haben, etwas getan zu haben, zwischen den Zeilen zu verstehen gegeben zu haben, man habe diesen Krieg mißbilligt. Davon kommen nicht Nahrungsmittel, Kleider und Boden für Vietnam. Die Internationale Vietnamkonferenz am kommenden Wochenende, dem 17./18. Februar, wird auch nicht — wie das Springer-Hearing — verschoben werden können. Man kann nicht dreitausend Konferenzteilnehmer aus dem Ausland und dreitausend aus der Bundesrepublik „verschieben".

Diejenigen aber, die den paar Steinwerfern auf Springers Morgenpostfilialen in Berlin den Vergleich mit der Reichskristallnacht auferlegt haben, müssen in dieser Situation gebeten werden, logisch konsequent und historisch richtig die Teilnehmer der Internationalen Vietnam-Konferenz in Berlin mit den US-amerikaschen GIs in Vietnam zu vergleichen. Sie müssen gebeten werden, angesichts der von ihnen praktizierten Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse ihre Hetzkampagne gegen diese Vietnamkonferenz abzuleiten von den Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam, so wie sie die Bewegung gegen den Springerkonzern in eins gesetzt haben mit den Verbrechen von SS und SA gegen die Juden im faschistischen Deutschland. Sie müssen gebeten werden, ihren späten, platonischen Protest gegen SS und SA auf jene konkrete Situation anzuwenden, wo SS und SA in amerikanischer Uniform den Einsatz von Nuklearwaffen planen. Sonst aber

sollen sie doch offen sagen, daß auch der Aufstand im Warschauer Getto und Befreiungsversuche aus Konzentrationslagern sich faschistischer Methoden bedienten, weil Gewalt angewendet wurde, nicht Gewaltlosigkeit.

Die Linke in der Bundesrepublik scheint gegenwärtig stark genug zu sein, um den Amerikanern ihre Kriegsführung in Vietnam zu erschweren; und wenn sie nur das eine tut: die Phraseologie von Recht und Freiheit entlarvt, indem sie beweist, daß es das hier nicht gibt, indem sie davon Gebrauch macht. Von ihrem Demonstrationsrecht, das ihr Rechtens nicht verweigert werden kann; von ihrer Meinungsfreiheit, die ihr Rechtens nicht verweigert werden kann; von ihrer Versammlungsfreiheit, die ihr Rechtens nicht verweigert werden kann. Rechtens, d. h. aufgrund des Grundgesetzes, aufgrund der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf die sich die Linke beruft. Die Springerpresse, der Berliner Polizeipräsident, der Regierende Bürgermeister, der Innensenator berufen sich schon längst nicht mehr auf das Grundgesetz, nicht im Fall von konkretem politischem Verhalten, von Demonstrationsverboten, von Raumverweigerung, von Verhaftungen. Sie berufen sich nicht auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, sondern auf die bestehende, die tatsächliche Ordnung: die Ordnung von Springerkonzern und Monopolparteien, von geordneten Polizeieinsätzen, von geordnetem Wasserwerfereinsatz, von geordneten Tränengaskommandos, von einem geordneten Straßenverkehr, von ordentlich angezogenen Leuten, von ordentlich studierenden Studenten und ordentlich arbeitenden Arbeitern, von einem ordentlichen Krieg in Vietnam.

„Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir die Aktivität der jungen Generation, die dazu beiträgt, die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren." — In Vietnam wird gegenwärtig mit einer „Kill-Rate" von 1:13 gekämpft, 13 tote Vietkongs gegenüber einem Toten der südvietnamesischen und amerikanischen Streitkräfte. Es gibt keinen vernünftigen und keinen ehrlichen Grund, es dem vietnamesischen Volk alleine zu überlassen, einsam und sterbend zu beweisen, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist. — „Wir dürfen den amerikanischen Aggressoren nicht erlauben, den Krieg fortzusetzen." ■

Kommentar
Leserbriefe

KONKRET-EXTRA

Interview mit Rudi Dutschke
Geheime Notstandshilfe
Post aus Schweden
Giftgas gegen Kinder
Lauter geht's nicht

GESELLSCHAFT

Die Beate-Uhse-Story
Rolf Lasa an der Sex-Front
Räuche, staune — Bein ab

POLITIK

BILD macht dumm
Wallraff beim Verfassungsschutz
Bürgerkrieg in Athen?

FEUILLETON

Peter Rühmkorf: Schmierzettel
Leinwand, Lust und Liebe
Rolv Heuer: Irland
Party mit Hindernissen

REZENSIONEN

Sebastian Haffners Monatslektüre

konkret im März

Ab 27. Februar an allen Kiosken

Verantwortlich die Herausgabe:

KONKRET-VER
Klaus Rainer R

26.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Quo vadis, AStA?" des Collegium Politicum (CP) in einer verbesserten Neuauflage zur Wahl von Arnulf Lorentz zum 1. AStA-Vorsitzenden. Aufgefordert wird zum Besuch der nächsten Sitzung des Studentenparlaments (StP) am 28.2.1968.
Q: CP: Quo vadis, AStA?, Neuaufl., Heidelberg O. J. (1968)

26/or-68

COLLEGIUM POLITICUM
HEIDELBERG

QUO VADIS ,ASTA ?

(Verbesserte Neuauflage)
(des Flugblattes v. 23.2.68)

Auf der 1. Sitzung des neuen Studentenparlaments am 21.2.d.M. scheiterte der Ver einen ASTA zu bilden,der von der Mitte und der Linken des Parlaments getragen wu Keine der Gruppierungen konnte sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.Mit 31 Stimmen wurde der Mediziner Arnulf L o r e n t z gewählt.Die wechselseitig g äußerten Zweifel an der persönlichen oder politischen Eignung bestätigten sich b Lorentz anschließend in besonders krasser Weise.

Der gewählte ASTA-Vorsitzende machte die Annahme xxx seiner Wahl von der Bedingu abhängig,daß sein Gegenkandidat (Schröder,SDS) als 2. Vorsitzender in seinen ASt trete.Glücklicherweise bewahrte diesen sein Urteilsvermögen vor einem solchen Sc Der AStA-Vorsitzende hingegen blieb sich selbst treu und nahm die Wahl an. Er ha in Wahrheit nur einen Wunsch äußern wollen. Um seine Glaubwürdigkeit zu wahren,w er auch nicht zurücktreten und sich um ein neues Votum bemühen.Ein Mißtrauensant erhielt ihm noch 23 (gegen 20) Stimmen, davon 10 aus der "fortschrittlichen Mitt (ADS etc.). Er fand im weiteren keinen einzigen Mitarbeiter, der unter einem sol Votum im AStA bleiben wollte. Der bisherige 2.AStA-Vorsitzende ließ sich wählen, überhaupt einen AStA auf die Beine zu stellen. Lorentz aber ließ sich von der Re die Kandidatur des gerade abgewählten Fachschaftssprechers der phil.Fakultät (Fr richs,ADS) unterjubeln. Als dieser nicht gewählt wurde, blieb er aufrecht im Amt und überließ es seinen parlamentarischen Wählern,ihm noch Mitarbeiter zu beschaf

W i r s t e l l e n h i e r z u f e s t :

Der gewählte AStA-Vorsitzende hat seine persönliche und politische Unfähigkeit b sen. Er kann nur noch als untragbar empfunden werden. Wir gestehen ihm gern zu,d zunächst einen persönlich inte gern Eind ruck macht und durch besonnenes Argumen zu überzeugen scheint.

1. Er ist aber unfähig,sich in einer politisch bewegten ,wenngleich relativ einf Situation überhaupt zu orientieren.
2. Er ist unfähig,seinen politischen Willen auszudrücken (s.den Eintritt Schröde seinen AStA).
3. Er ist unfähig,seine politische Glaubwürdigkeit zu beurteilen und die einfach Konsequenzen zu ziehen.
4. Er ist handlungsunfähig bis zur Grundsatzlosigkeit. Er schweigt,wenn ihm die ihre Kandidaten präsentiert. Er bleibt im Amt,als jedermann sehen kann,daß d Linke und die Mitte,für die er kandidieren will,ihn mehrheitlich nicht mehr terstützen. Er befolgt die Tugend bundesdeutscher Berufspolitiker,sich durch dermann unterstützen zu lassen und ebenso unbefangen umzufallen,weil in seine Augen der eigentliche Umfaller erst am Rücktritt erkennbar ist.

Haben WIR NUN ENDLICH DEN STUDENTISCHEN FACHIDIOTEN INS AMTS DES ASTA-VORSITZENDE GEWÄHLT ?

W i r e r i n n e r n d a r a n :

Die Studenschaft in Baden-Württemberg steht vor der Verabschiedung eines Hochs gesetzes,das in seiner politischen Absicht einer Neuauflage der Karlsbader Besch se des Fürsten Metternich im Gewande der repräsentativen Demokratie gleichkommt. Sein Urheber (wenngleich nur ein "Hahn" und kein Doppeladler) nennt folgerichtig jenigen,auf die es angewendet werden soll,"Demagogen" und ordnet sich damit sich in die Tradition der Demagogenverfolgungen gegen die damaligen Studenten und li ralen Professoren ein. (Vgl. sein Interview m.d."Heiddelb.Tagblatt").

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Prof. R ü e g g , wurde nich wiedergewählt, weil er in der inneren Reform der Universitäten zu weit gegangen war. (Nach e.Meldg.d."Frankf.Rundschau).

In der Phil.Fakultät ist ein Reformplan (Wortlaut in der "RNZ", 21.2.67) ausgearbeit worden, der auf einer Absprache beruht, unter keinen Umständen eine grundsätzliche Dr telparität zu akzeptieren.

Wie will ein solcher AStA-Vorsitzender gegenüber den politischen Institutionen der bundesrepublikanischen Demokratie auftraten? Wie will er auf Landesebene einen Wider stand gegen reaktionäre Hochschulgesetze initiieren? Wie will er auf dem bevorstehe den Verbandstag des VdS für eine konsequente Haltung gegenüber der WRK sorgen? Wie will er gegenüber den Hochschulpolitikern gegenüber den Professoren die studentisch Interessen wahren?

WIR BRAUCHEN EINE POLITISCHE PERSÖNLICHKEIT IM AMT DES ASTA-VORSITZENDEN !

Die hochschulpolitischen Vorstellungen von Lorentz sind unzureichend:
Er lehnt in Übereinstimmung mit dem bisherigen AStA-Vorsitzenden Kegler direkte Ak tionen ab. Direkte Aktionen (go-ins, teach-ins) sind aber notwendig, um den Professor glaubhaft zu machen, daß die Studentenschaft positiv hinter der Forderung nach Öffen lichkeit in den akademischen Gremien steht. Sie sind vor allem die einzig wirks men Formen der studentischen Öffentlichkeit, in denen unter den sozialpsychologische Strukturen von autoritären Institutionen eine "herrschaftsfreie Diskussion", die ein Voraussetzung der künftigen studentischen Mitbestimmung ist, überhaupt eingeübt werd kann. Den Vorstellungen von Lorentz über die studentischen Aktionsformen entspricht daß er sich mit einer Unterstützung der Rechten zufrieden gibt, wenn ihm die Unterst zung von links fehlt. Ließ sich auf diese Weise durch den AStA Kegler zwar eine for schrittliche Hochschulpolitik der Studentenschaft in Gang setzen, so reicht doch geg wärtig weder diese Konzeption, noch ihre politische Basis aus.
Auch das Parlament hat es nicht verstanden, Öffentlichkeit in den eigenen Angelegenh ten herzustellen. Nachdem es die grundsätzliche Öffentlichkeit der Personaldebatten gerade beschlossen hatte, verzichtete es auf sie und ließ zu, daß die dorthin gehören den Fragen in einer nichtöffentlichen Debatte erörtert wurden, die nur dem Schutz de Person und ihrer Privatsphäre dienen sollte. So wurde die beschlossene Öffentlich zu einem Persilschein gegenüber der Studentenschaft.

WIR RUFEN DIE KOMMILITONINNEN UND KOMMILITONEN AUF:
Gehen Sie zur nächsten Sitzung des Studentenparlaments am Mi., d.28.2. in die Heusche er! Kontrollieren Sie Ihre Abgeordneten, ob Ihnen die Ferien wichtiger geworden sein sollten, als ein handlungsfähiger AStA! Stellen Sie durch ihr diszipliniertes Ersche nen Öffentlichkeit her und verlangen Sie von Ihren Abgeordneten, daß sie den Mißbrau der Personaldebatten verhindern!

WIR RUFEN DIE LINKEN HOCHSCHULGRUPPEN AUF:
Schlagen Sie dem Parlament eine sachliche und personelle Alternative vor! Setzen Si diese Alternative politisch durch! Betreiben Sie nicht durch gegenseitige Blockad das Geschäft der Rechten! Ersparen Sie dem Parlament die Alternative zwischen einem rechten und einem schon jetzt lächerlichen AStA! Nominieren Sie den Kandidaten des SDS oder schlagen Sie dem Parlament einen besseren vor, nicht aber einen bequemeren! Bilden Sie eine politische Aktionsgemeinschaft und unterstützen Sie den AStA währen seiner Amtszeit! Machen Sie auf diese Weise eine selbständige politische Willensbil dung innerhalb der Studentenschaft möglich!

WIR RUFEN DAS PARLAMENT AUF:
Lassen Sie keinen Rechtsruck an der Heidelberger Universität zu! Besitzen Sie den M zu einer politischen Entscheidung! Kokettieren Sie nicht mit der Rechten, weil Sie d Auseinandersetzung innerhalb der Linken scheuen!
Führen Sie eine kritische Personaldebatte durch! Nur an einem Studenten, der sich po tisch exponiert hat, werden auch seine Fehler sichtbar. Prüfen Sie, ob er das Format sitzt, Fehler einzusehen und in seinem Verhalten zu berücksichtigen oder sich zu ver digen!

W Ä H L E N S I E E I N E N N E U E N A S T A !

26.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt des SHB Heidelberg mit einer "Erklärung" gegen die "faschistische Politik" des westberliner Senats zur Vietnamdemonstration.
Q: SHB: Erklärung, Heidelberg O. J. (1968)

26.02.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 78 (vgl. 9.2.1968, 7.5.1968) heraus mit dem Leitartikel "'Wenn wir Drittelparität fordern…'" von Burkhart von Braunbehrens.

Weitere Artikel sind:
- "Zusammensetzung des 28. StP.";
- "Gegenerklärung der ADS" zur Erklärung des AStA;
- "In Sachen ADS: Einstweilige Anordnung gegen AStA abgewiesen";
- "Verwalter und Ausbilder" u.a. zu den Spitzeln auf der Immatrikulationsfeier im November 1967, von D. Walter;
- "Jedem Ordinarius sein Spezialgebiet! Prof. Dolf Sternberger: Zur Geschichte des Repräsentationsbegriffs", eine Vorlesungskritik;
- Leider nur ein Gastspiel! Prof. Chr. Graf v. Krockow: Marxismus, Kommunismus und Probleme der Entwicklungsländer" von der Universität Saarbrücken, eine Vorlesungskritik;
- "Chemisches Praktikum für Mediziner", eine Vorlesungskritik;
- "Vorlesungskritik;. Prof. Weinert, Psychologie der Persönlichkeit, Teil 1";
- "'Allgemeine Histologie' (Prof. Altmann)" in der Vorklinik der Medizin, eine Vorlesungskritik;
- "Arbeitskreis zur Methodik und Koordination der Vorlesungskritik" von Regula Langbein;
- "Blockierung der Parlamentsarbeit. Gegendarstellung zur RNZ und zum HT" zum Vietnamprotest am 14.2.1968 im Studentenparlament;
- "Sinnlichkeit allein führte dem AStA nicht die Feder" zu seinen Briefen an Ärzte zwecks Verschreibung der Antibabypille;
- "Wer war am Apparat" zum Aktionskomitee für die Hochschulgesetzdemonstration in Stuttgart;
- "Collegium Academicum" zum CA, von Detlef Feuerborn;
- "'Krawall' in der Stadthalle" am 26.1.1968, von Eckhard Daser; sowie
- "Ist die Landeskirche Baden sozial?" zur Theologischen Fakultät bzw. der Unterbringung von 15 sich dort weiterbildenden Pfarrern im Studentenwohnheim Comeniushaus.
Q: AStA Uni: Info Nr. 78, Heidelberg 26.2.1968

26.02.1968:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet vermutlich aus dieser Woche:"
Als Ende Februar die Schließung der Kampnagel-Werke drohte, halfen Studenten bei der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und trugen den Protest der Belegschaftsmitglieder in die Öffentlichkeit. Die gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten haben gezeigt, daß die Verständigungsschwierigkeiten zwar groß sind, aber keineswegs unüberwindlich. Ein Anfang ist gemacht."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 389

27.02.1968:
Auch an der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, vermutlich u.a. vom RC Heidelberg und evtl. auch vom RC Mannheim, ein Aufruf "10 000 Tote Hunger Krieg Fasching" zu einer Vietnamspendensammlung auf ein Konto der Stadtsparkasse Mannheim, der das "Ergebnis einer Diskussion zwischen dem Republikanischen Club und Vertretern der Kirchen" sei.
Q: N. N.: 10 000 Tote Hunger Krieg Fasching, Heidelberg O. J. (1968)

27.02.1968:
Der SDS Tübingen und die Studentische Linke (SL) Tübingen verteilen, laut einer handschriftlichen Datierung heute vor Tübinger Betrieben, ein Flugblatt zum Vietnam-Kongress in Berlin (vgl. 17.2.1968) bzw. zu dessen Abschlußdemonstration.

Abschließend heißt es:"
Dies ist das erste Mal, dass wir uns in dieser Form an Sie wenden. Wir wären interessiert daran, mit Ihnen über all dies zu sprechen. In Kürze werden wir einen Vorschlag machen, wann solche Gespräche stattfinden könnten."
Q: SDS / SL: Liebe Kolleginnen und Kollegen!, Tübingen O. J. (1968)

27.02.1968:
In Berlin richtet der Vorstand des SJ-Rings der SJD Die Falken einen Offenen Brief an die Mitglieder zum Vietnamkongreß und der Freiheitsdemonstration vor dem Rathaus Schöneberg.
Q: SJD-SJ-Ring: Offener Brief an die Mitglieder des SJ-Ringes, Berlin 27.2.1968

28.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SAALA-Flugblatt Nr. 6 (vgl. 21.2.19968, 28.4.1968) in der SAALA sich vorstellt als bereits seit zwei Semestern bestehende Arbeitsgemeinschaft.
Q: SAALA: Flugblatt Nr. 6, O. O. (Heidelberg) 28.2.1968

SAALA (1968.2.28)
Flugblatt Nr. 6

SAALA (Sozialistisches Afrika, Asien Latein Amerika) ist eine Gruppe, die von ausländischen Studenten gegründet worden ist, und die folgende Ziele hat:

1)Verstäarkung des politschen Bewußtseins der Studenten aus Afrika, Asien und Latein Amerika, d.h., die wirtschaftlichen und politischen Probleme dieser Ländern in ihrem internationalen Zusammenhand klar zu erkennen.

2) Anregung zur Erarbeitung von Richtlinien, welche die Lösung der Probleme dieser Länder auf eine ihrer Besonderheit angemessene Art zu ermöglichen versuchen, die jedoch unabhängig von westlichen Ansichten sein müssen.

3)Vermittlung eines der Wirklichkeit entsprechenden Bildes der Zustände dieser Länder und deren Ursachen.

4) Beteiligung der organisierten ausländischen Studentenschaft in Fragen der Hochschulpolitik, insbesondere die Fragen, die die ausläandischen Studenten unmittelbar angeht.

SAALA existiert bereits seit zwei Semester in Form einer Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der obengenannten Thematik beschäftigte. Das Ziel unserer Arbeitsgemeinschaft war, sich mit der Problematik auseinander zu setzen, die im Rahmen der dt. Universitäten (bes. den ausl. Stud. aus unterentwicklten Gebieten) nicht angeboten ist. Die AG, also eine Art von kritischer Universität en miniature, hat großen Anklang bei den ausl. Stud. gefunden.

SAALA trifft sich jeden Donnerstag um 20:30 Uhr im Essighaus, Plöck 97, oberstes Stockwerk, bei José Bosch. Wir laden hiermit alle Interessierten herzlich, natürlich besonders Freunde aus AFRIKA, ASIEN, LATEIN AMERIKA.

+++ +++ +++ +++ +++ +++

SAALA(1968.2.28)
Flugblatt Nr.6

Erfolgreich veranstatete SAALA, in Zusammenarbeit mit dem asta-Kulturreferent, am letzten Freitag einen Abend, der durch Gesang, Gedichte und sogar Statistiken die politische und soziale Wirklichkeit in den Ländern offenbaren sollte. Am dem Abend, der den unterdrückten Völker der Welt und insbes. dem gegen die amerikanische imperialistische Intervention kämpfenden VIETNAMESISCHEN Volk gewidmet wa versuchten ausl. Stud. und Arbeit diese Welt der wirtschaftlichen Ausbeutung, sozialen Ungerechtigkeit und politischen Ohnmacht darzustellen und ihre Hintergründe--Kolnialismus, Neokolonialismus--aufzuklären; hier fand man keine Kostumierten auf der Bühne; hier war kein folklorisches Museum zur Schau gestellt! Dadurch sollte kritisches Nachdenken und Diskussion unter den Zuschauern angeregt werden.

SAALA meint, eine wahr Verständigung zw. Ausl. und Dt kann nur in den gegenseitigen Verständissen ihrer Realitäten und deren Ursachen wurzeln. Wir lehen entschieden ab, die bisher angeregte (und allzu gemütliche) Trennung zw. "rein kulturellen" und "politischen" Veranstaltungen. Ein Abend muß, wenn es verspricht über ein Land zu berichten, ein Gesamtbild geben: nämlich auch die Widersprüche zw. der alten überlieferten Kultur und den heutigen Zuständen müssen nicht verschont bleiben.

Der Abend am Freitag hat gezeigt , daß eine Veranstaltung politischer Natur möglich ist und durchaus eindrucksvoll sein kann. Die Kurze Zeit, die uns zur Vorbereitung des Abends zu Verfügung stand, bezeugt daß durch echte Zusammenarbeit ausländischer Stud. Vieles erreicht werden kann. SAALA schlägt vor, in kommenden Semester keine rein folklorischen Vergnügungsabend der unterdrückten Völker mehr zu ver anstalten; mann soll vielmehr versuchen, je nach dem politischen Gesichtspunkt (z. B. Abend der Ölländer der Monokulturländer usw.) einige Abende veranstalten. SAALA stellt sich gerne zu Versfügung, mit den ausl. Freunden aus aller Welt, dafür zusammenzuarbeiten.

28.02.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Die Alternative: ein linker AStA" des SDS und Collegium Politicum (CP).
Q: SDS / CP: Die Alternative: ein linker AStA, Heidelberg O. J. (1968)

28/02-68

Die Alternative: ein linker AStA

"Wir müssen die radikale Linke isolieren, sichtbar in die Ecke stellen und - geistig jedenfalls hochprügeln."
Rainer Barzel

In einer Situation, in der durch die Verabschiedung der Hochschulg
setze, durch die neuerlichen Entscheidungen der Rektorenkonferenz,
durch die vorangegangene Konferenz der Länderinnenminister über di
studentische Opposition und die Bundestagsdebatte über die "Unruhe
der Jugend" eine Zuspitzung der hochschulpolitischen Auseinanderset
zwischen Studenten, Professoren und staatlichen Institutionen befü
ten lässt, konnte sich das Studentenparlament während der letzten
AStA-Wahlen nicht für eine eindeutige politische Lösung entscheide
Es wählte den"Kompromiss" in Gestalt eines unabhängigen Kand
daten, der weder klare Vorstellungen mitbrachte noch fortschrittli
Mitarbeiter gewinnen konnte. Wir versuchen deshalb heute noch einm
eine sachliche und personelle Alternative dem Parlament und den St
denten zur Neuwahl des AStA vorzustellen.

Unser Programm in Thesen

1.) Drittelparität und Öffentlichkeit in allen Gremien der Universi
als Voraussetzung einer Hochschulreform unter Beteiligung alle
Universitätsmitglieder. Nur eine Hochschule, die in ihrer Verfa
sung den Kriterien der Wissenschaft genügt, reformfähig bleibt,
und deren Reformen das Werk aller Beteiligten sind, kann sich
durchsetzen gegen eine von aussen verfügte Scheinreform, die si
vor allem durch Zwangsmassnahmen gegenüber den Studenten aus-
zeichnet. Eine Hochschulreform von innen wird auf Dauer gesehen
auch im Interesse der Professoren sein.

2.) Die Intentionen der studentischen Vorschläge, wie sie sich ausd
ken in der Kritischen Universität, können nur dauerhaft realisi
werden, wenn die Universität in der Lage ist, solidarisch zu ha
deln. Da wir im nächsten Semester unsere Vorschläge gegen besch
sene Gesetze behaupten müssen, ist diese Solidarität unentbehrl
In einer Situation, in der unsere Vorschläge durch Gesetz verun
möglicht werden sollen, wirkt das fortschrittliche hochschulpol
tische Bekenntnis der Rechten unglaubwürdig, weil es zu seiner
Durchsetzung nur verbale Einwände und den Appell an politisch
wirksame Rechtsmittel enthält. Die Rechte und die Mitte ist abe
allzu gern bereit, durch eine Diffamierung direkter Aktionen ei
Scheinsolidarität mit den Professoren herzustellen. Ein Appell
die Solidarität mit den Professoren muss nämlich berücksichtige
dass die Professoren in ihrem bisherigen hochschulpolitischen Ve
halten die Interessen der Universität staatlichen und wirtschaft
lichen Instanzen weitgehend überlassen haben, die ihrerseits vor
der Gesellschaft nicht demokratisch kontrolliert werden.

3.) Unsere Aktionen sollen den Professoren deutlich machen, dass die
Studentenschaft hinter den Forderungen und der Politik ihrer
Vertreter steht. Kriterium von Aktionen bleibt die Gewinnung
der studentischen Öffentlichkeit und Aufklärung der Professoren,
Aktionen, die von der studentischen Öffentlichkeit diskutiert un
gebilligt sind, werden von den Professoren in der Regel als Terr
aktionen missverstanden. Sie haben dem gegenüber aber die Aufgab
den kritischen Teil der Professorenschaft aus einer falsch ver-
standenen Professorenkollegialistät herauszulösen und zu klaren
Stellungnahmen zu veranlassen. Das hat auch der letzte AStA miss-
verstanden.

Beispielsweise wäre ein GO IN zur Herstellung der Öffentlichk notwendig gewesen, als der Senat ein "öffentliches" Hearing m einigen studentischen Vertretern unte Ausschluss der Öffentl keit im Haus Buhl mit Schinkenbrötchen, Kaffee und Tee dinier liess.

4.) Ein linker AStA wäre auch besser in d r Lage, das gestörte Ve hältnis von Studenten und Bevölkerung zu klären, im Unterschi zu OB Zundel, der dies durch polizeiliche Bespitzelung der St denten versucht.(siehe KONKRET Nr.3) Selbst der AStA Kegler k der fatalen Unterscheidung zwischen linken (bösen) und fleis (guten) Studenten durch seine Informationspolitk nicht wirksa entgegen treten. Wir sind der Meinung, dass ein linker AStA a zeigen kann, dass auch die Interessen der Bevölkerung, insbes dere der bildungspolitisch benachteiligten Schichten durch ei linke Hochschulpolitik am besten vertreten werden.

Unser Vorschlag zur Besetzung des AStA

1.) AStA-Vorsitzender: Meinhard Schröder, stud.theol. SDS
"Ich werde das Programm, welches ich schon im Parlament aus- führlich dargelegt habe, mit einem als Kollegium arbeitenden AStA durchführen.Integration der einzelnen Referate im Sinne e einheitlichen Hochschulkonzeption, gemeinsame Entscheidungen, Ausgleichung der Aufwandsentschädigungen.

2.) Stellvertr. AStA-Vorsitzender:Eberhard Faupel,Philosophie, Col gium Politicum. a Finanzen: 1.Durchleuchtung des Haushaltsplan nach hochschulpolitischen Gesichtspunkten "2.Rechtliche Klärun der Forderungen des Finanzamtes 3.Bildung eines Beratergremium aus Juristen und Volkswirtschaftlern.
b.Die politischen und administrativen Aufgaben decken sich mit nen des 1.Vorsitzenden, wobei sich ein Schwerpunkt auf die Arb nach innen ergibt.

3.) Hochschulpolitischer Referent:Bodo Voigt,Pädagog.Politik, SDS Vorbereitung der hochschulpolitischen Entscheidungen des AStA des Parlaments.Konkretisierung unserer Konzeptionen in den De- tails der Mitbestimmung auf Seminarebene, der Studiengänge, de Prüfungsordnungen und des Beamtenrechts.Zusammenarbeit mit Fac schaftsvertretungen.

4.) Politisches Referat:Burkhart v. Braunbehrens, Soziol. SDS Zusammenhang von Politik und Wissenschaft artikulieren und so politisches Mandat der Studentenschaft realisieren. Vorurteile Bevölkerung abbauen den Professoren die gesellschaftspoliti schen Konsequenzen ihres hochschulpolitischen Verhaltens dis- kutieren.

5.) Pressereferat:wir bitten zwei Kandidaten sich zur Wahl zu stell Detlef Feuerborn,stud.jur.LSD, bisher a.o. Pressereferent stud.phil.Hildebrand, links-unabhängig
Aktualisierung des INFO im sinne der Hochschulpolitik, Heraus- gabe eigener Blätter für die Bevölkerung,Einräumung von Spalten in den Lokalzeitungen.

6.) Sozialreferat:Peter Bippus,cand.med.links-unabhängig
Als zweiten Kandidaten bitten wir: Wolf Schluchter. Polit.Sozio Institutsvertreter der Soziologen,Collegium Politicum
a.Vermehrung der Freitische b.Antibabypillen c.Verbesserung der Honnef-Vergabe,die in HD besonders restriktiv gehandhabt wird. Paritätische Besetzung des Hauptförderungsausschusses d Unter- stützung der Selbstverwaltungsbestrebungen in den Wohnheimen e Kontrolle und erweiterte Mitbestimmung in der Studentenhilfe

7.) Auslandsreferat: Wir unterstützen den Vorschlag der Vollversam lung der ausländischen Studenten und damit eine intensivere Ver- tretung ihrer Interessen.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Collegium Politicum

29.02.1968:
In Berlin erscheint die Nr. 1 der 'Linkeck' (vgl. 1.4.1968) mit einem gefälschten Faksimile der 'VBZ' mit der Schlagzeile "Vergast die Kommune!" und einem Hintern, aus dem Blasen emporsteigen mit dem Text "Dreigeteilt - niemals!" zur "Freiheitskundgebung" vor dem Schöneberger Rathaus am 21.2.1968 bzw. der Schwäche der Berliner Wirtschaft.

Weitere Artikel sind:
- "Terror" zu "SS Werner", heute Kommandeur Berliner Schutzpolizei, der den Einsatz am 2.6.1967 leitete;
- "Fritz Teufel wieder in Moabit" zum Urteil gegen ihn am 23.2.1968;
- "Springer" - Prügelnde Dummheit und regierende Verbrecher";
- "'Wir werden euch die roten Pimmel abschneiden!'" zur Jagd von 10 bis 12 Taxifahrern auf den Privatwagen von Rudi Dutschke in der Nacht zum 18.2.1968;
- "Kurt der Feinmechaniker" zum Regierenden Bürgermeister Kurt Neubauer;
- "Schlagt zurück!" zur "Freiheitskundgebung" vom 21.2.1968;
- "Drei Tage lang" zum 21.2.1968;
- "Blutiger Mittwoch" zum 21.2.1968;
- ein Poster einer nackten, zum Skelett abgemagerten KZ-Insassin mit dem Text "Diesem wohlgestalteten Mädchen baute unser hochverehrter Herr Bundespräsident Lübke vor gut 30 Jahren ein Eigenheim mit allen Schikanen. Und unser ebenfalls hochverehrter Herr Bundeskanzler Kurt Kiesinger propagierte auch in anderen europäischen Ländern zur gleichen Zeit diese Form der deutschen Wohnkultur.";
- "'Schütz ist eine kleine impotente radikale Minderheit'" zum 21.2.1968;
- "Schüler!" mit dem Angebot bei Bernd Kramer, im Linkeck-Verlag selbst zu drucken;
- "SC" zum Sozialistischen Club Neukölln, der sich am 29.2.1968 trifft;
- "Haut den Springer. Prozesstermine";
- "Liberale Scheiße. Frostaufbrüche" zu einem Artikel im 'Tagesspiegel' über die Anweisung für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zur Teilnahme an der Kundgebung am 21.2.1968;
- "Me, myself and I. Interview mit Mick Jagger";
- "Mothers Absolutely free" zu den Mothers of Invention; sowie
- "Schauspieler gehen auf die Straße" in den USA.
Q: Linkeck Nr. 1, Berlin 29.2.1968

Letzte Änderung: 01.03.2023

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]